

Zoepfl, Heinrich,

Grundsätze des allgemeinen und des constitutionell-monarchischen
Staatsrechts mit Rücksicht auf das gemeingültige Recht in Deutschland,
nebst einem kurzen Abrisse des deutschen Bundesrechtes und den
Grundgesetzen des deutschen Bundes als Anhang

Heidelberg 1841

J.publ.g. 901 k

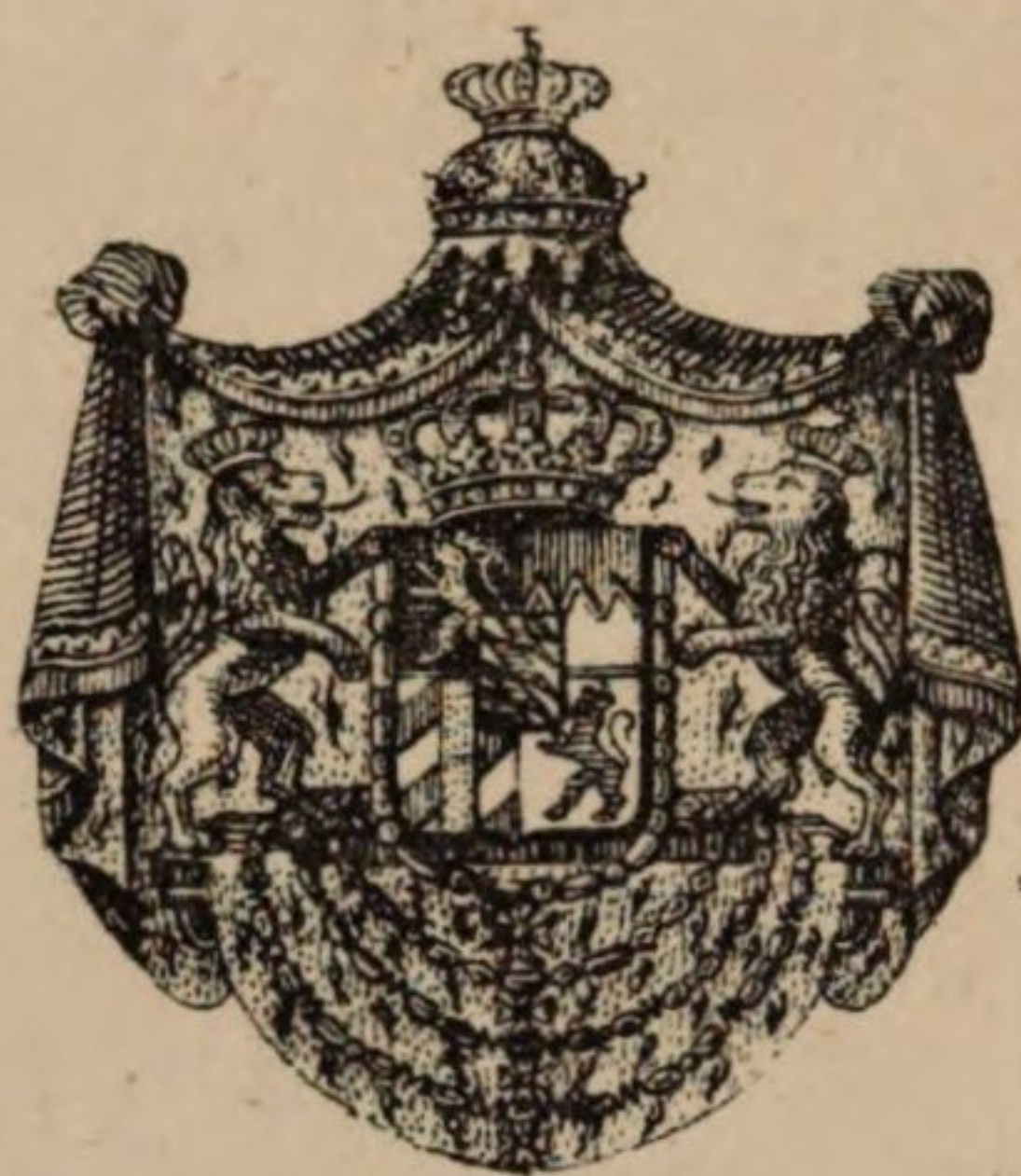
urn:nbn:de:bvb:12-bsb10562517-1

I. publ. g.

901k

Joseph

Fiche



BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS.

GRUNDSÄTZE

DES

ALLGEMEINEN

UND DES

CONSTITUTIONELL - MONARCHISCHEN

STAATSRECHTS,

MIT RÜCKSICHT

AUF DAS GEMEINGÜLTIGE RECHT IN DEUTSCHLAND,

NEBST

**EINEM KURZEN ABRISSE DES DEUTSCHEN BUNDESRECHTES UND
DEN GRUNDGESETZEN DES DEUTSCHEN BUNDES
ALS ANHANG.**

VON

Dr. HEINRICH ZOEPFL,

PROFESSOR DER RECHTE AN DER UNIVERSITÄT HEIDELBERG, RITTER DES
KÖN. SPANISCHEN ORDENS ISABELLA'S DER KATHOLISCHEN.

HEIDELBERG.

AKADEMISCHE VERLAGSHANDLUNG VON C. F. WINTER.

1841.

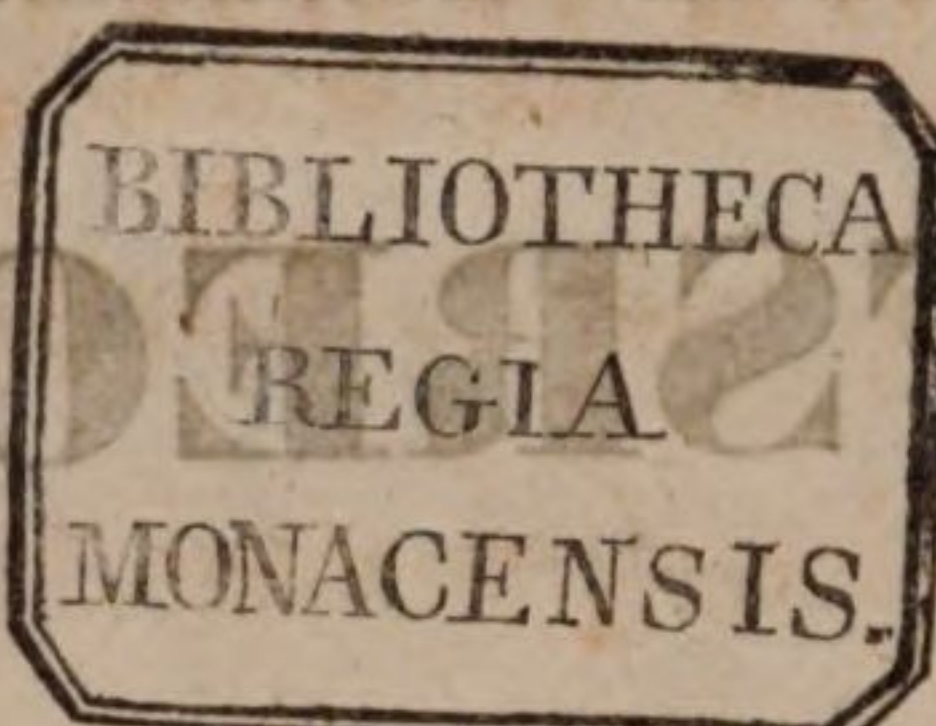
116. D.

GRUNDGESETZ

ALLGEMEIN

VON DEM

CONSTITUTIONNEL - MONARCHISCHEN



STAATSGESETZ

MIT BEIFÜGUNG

VON DEM VERFASSUNGSGESETZ UND DEM VERFASSUNGSGESETZ

UND

EINER KÜRZLICH ABGESCHLOSSENEN VEREINBARUNG ZWISCHEN DEN KÖNIGREICHEN PREUSSEN UND

BAVARIEN ÜBER DIE VEREINBARUNG DER VERFASSUNGSGESETZE

ALS ANHANG.

DR. HEINRICH ZOEPLF,

PROFESSOR DER RECHTE AN DER UNIVERSITÄT HEIDELBERG, MITTEIL DER
KÖN. BAYRISCHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN.

HEIDELBERG.

VERLAGS-ANSTALT VON C. F. WINTER.

1841.

VORWORT.

Ich übergebe hiermit der Oeffentlichkeit und der Kritik ein Werk, dessen Grundlagen schon seit einer Reihe von Jahren zusammengetragen, und einer fortwährenden Prüfung und Sichtung unterworfen worden sind. Wenn irgendwo, so ist hier das

„nonum prematur in annum“ beobachtet worden. Dass ich den gegenwärtigen Augenblick zur Herausgabe wählte, hat seinen Grund darin, dass neuere Ereignisse allenthalben wieder staatsrechtliche Fragen angeregt haben, und doch des lebendigen politischen Interesse ungeachtet nirgend eine solche Aufregung vorhanden ist, dass eine Schrift,

welche sich nur auf dem Boden des Rechtes bewegen will, und eben darum keinen Partheiinteressen huldigt, nicht wenigstens die Hoffnung erregen dürfte, nicht ohne Prüfung geächtet und verworfen zu werden. Was den Standpunct anbetrifft, von welchem aus ich meinen Gegenstand zu behandeln suchte, so ist er vielleicht in so ferne ein eigenthümlicher, als ich nicht beabsichtigte, ein Staatsrecht nach meinem subjectiven Gefallen zu entwerfen, oder eine Reihe utopischer Phantasieen als Wahrheiten vorzutragen, welche auf das Prädicat einer allgemeinen Vernünftigkeit und auf practische Geltung Anspruch machen. Im Gegentheile bin ich von der Ansicht ausgegangen, dass dem allgemein Bestehenden allgemein wirkende Ursachen, dass den allgemeinen Erscheinungen gewisse allgemeine Ideen zu Grunde liegen, dass es sich somit nicht sowohl darum handeln kann, neue Ideen zu erschaffen, als die gegebenen zum Bewusstsein zu bringen und zu entwickeln. Ich bin weit entfernt von

der Anmassung, als Reformator der Staatswissenschaft auftreten zu wollen. Mein Bestreben war vielmehr nur darauf gerichtet, manche bestrittene und dunkle Lehre von einer bisher noch nicht, oder doch weniger beachteten Seite zu beleuchten. Insbesondere habe ich mir angelegen sein lassen, die Begriffe und das Wesen von Souverainität und Legitimität einer genauen Untersuchung zu unterwerfen, und die Verhältnisse einer repräsentativen Monarchie, welche auf dem Systeme der Theilung der Gewalten beruhet, möglichst scharf von einer Staatsform zu unterscheiden, in welcher die Repräsentation nur als eine Schranke gegen den Missbrauch der in den Händen des Monarchen ungetheilt verbleibenden Staatsgewalt erscheint -- von jener Staatsform nämlich, welche nach der ausdrücklichen und grundgesetzlichen Bestimmung des Art. 57. der Wiener Schlussacte vom 15. Mai 1820 die einzig zulässige in den deutschen Bundesstaaten ist.

Schriften, welche allgemein menschliche Interessen besprechen, haben immer etwas geleistet, wenn sie im Stande sind, die Kritik in Bewegung zu setzen, wenn sie auch nur wie ein chemisches Reagens wirken, oder einen Gährungsprozess veranlassen, in welchen sich der edle Stoff von den Schlacken scheidet. In dieser Art zur Fortbildung der Wissenschaft beizutragen, ist der einzige Wunsch, mit welchem ich den Eintritt dieser Blätter in die Oeffentlichkeit begleite. Ich will Niemand in der Freiheit seines Urtheils beschränken, und nehme nur eine gleiche Freiheit zu denken in Anspruch. Uebrigens wird die Form meiner Darstellung keinem Schriftsteller, wer er auch sei, Veranlassung geben können, sich persönlich gekränkt zu fühlen, mögen seine Ansichten gleichwohl den Meinigen geradezu entgegengesetzt sein. Vor Allem war es mein Bestreben, zu zeigen, dass man auch über die wichtigsten Gegenstände ohne Leidenschaft sprechen kann.

Wenn auch in Manchem, so glaube ich doch nicht über das geirrt zu haben, was unserer Zeit noth thut, -- ein vernünftiges Recht auf einer nationalen Grundlage. So mögen denn diese Blätter versuchen, unter den Vorarbeiten zu seiner Entwicklung eine Stelle zu finden!

Heidelberg, im Mai 1841.

Heinrich Zöpfl.

Venn auch in Manchem, so glaube ich
 doch nicht über das geirrt zu haben, was un-
 ser Zeit noch thut, — ein vernünftiges
 Recht auf einer nationalen Grundlage.
 So mögen denn diese Blätter versuchen, unter
 den Vorarbeiten zu seiner Entwicklung eine
 Stelle zu finden!

Melbörge, im Mai 1841.

Heinrich Zöpfl.

Inhalt.

Einleitung.

Erster Abschnitt.

Vom Staate, von der Staatswissenschaft und vom Staatsrecht überhaupt.

1. Begriff und Idee des Staates.
2. Rechtliche Natur des Staates.
3. Verhältniss des Staates zu den Individuen.
4. Verhältniss des Staates zu anderen Corporationen.
5. Verhältniss des Staates zur Familie.
6. Verhältniss des Staates zur bürgerlichen Gesellschaft.
7. Verhältniss des Staates zu dem sogenannten Naturstande.
8. Factoren des Staates.
9. Staatswissenschaft, deren Begriff und Eintheilung.
10. Staatsrecht.
11. Eintheilung des Staatsrechts.
12. Allgemeiner Character des Staatsrechts. Sein Verhältniss zum Privatrecht.

Zweiter Abschnitt.

Vom Staatszweck.

13. Vom Staatszweck. Verschiedene Theorien.
14. Von der Theorie, welche den Zweck des Staates mit der Menschheit identisch nimmt und ihren Unterarten.
15. Kritik dieser Theorie.
16. Fortsetzung.
17. Von der Theorie, welche Schutz und Sicherheit der Rechte als ausschliesslichen Zweck des Staates betrachtet.
18. Von den Bedingungen der Ausgleichung dieser Theorien.
19. Versuch dieser Ausgleichung. Theorie der allseitigen Unterstützung.
20. Verhältniss dieser Theorie zu den Vorgenannten.
21. Folgerungen aus dem Staatszwecke. Von der Universalität und Ewigkeit des Staates.

Dritter Abschnitt.

Von der Entstehung der Staaten.

- §. 22. Historische und rationale Theorie im Allgemeinen.

Erste Unterabtheilung.

A. Von den historischen Theorien.

- §. 23. 1) Naturhistorische Theorie.
- §. 24. 2) Theorie der Uebermacht.
- §. 25. 3) Patriarchalprincip.
- §. 26. 4) Patrimonialprincip.
- §. 27. 5) Theocratische Theorie.

Zweite Unterabtheilung.

B. Von der rationalen Begründung des Staates.

- §. 28. Von den Theorien, welche Anspruch darauf machen, als rationale Begründungsweisen des Staates zu gelten, überhaupt: — ideale Theorie und sog. Vertragstheorie.
- §. 29. Unterarten der Vertragstheorie.
- §. 30. Verhältniss der Unterarten der Vertragstheorie zu einander, zu der idealen Theorie und zu den historischen Theorien.
- §. 31. Resultat der bisherigen Untersuchung. Nothwendigkeit politischer Toleranz.
- §. 32. Folgerungen aus der Vernünftigkeit des Staates. Staatsgewalt und Volksrechte.

Erster Theil.

Verfassungsrecht.

I. Abtheilung.

Allgemeines Verfassungsrecht.

Erster Abschnitt.

Von der Staatsgewalt und dem Souverain.

- §. 33. Idee und Begriff der Staatsgewalt.
- §. 34. Verhältniss der Staatsgewalt zur *volonté générale* Rousseau's.
- §. 35. Rechtlicher Character der Staatsgewalt.
- §. 36. Begränzung der Staatsgewalt.
- §. 37. Der Souverain. Begriff.
- §. 38. Persönliche Attribute des Souverains.
- §. 39. Verhältniss des Souverains zur Staatsgewalt. Territorialprincip.
- §. 40. Von der Uebertragung der Staatsgewalt.
- §. 41. Von der Unwiderruflichkeit der Staatsgewalt.

Zweiter Abschnitt.

Von der Erwerbung der Souverainität.

- §. 42. Eintheilung der Erwerbsarten.
- §. 43. Legitime Erwerbsarten der Souverainität. Nähere Bestimmung des Begriffes der Legitimität und Illegitimität.
- §. 44. Fortsetzung.
- §. 45. Von der legitimen regelmässigen Erwerbsart insbesondere.
- §. 46. Legitime ausserordentliche Erwerbsarten.
- §. 47. Fortsetzung.
- §. 48. Illegitime Erwerbsarten der Souverainität.
- §. 49. Von dem Beweise und der Geltendmachung der Souverainität.
- §. 50. Von der Rechtsgültigkeit der Handlungen eines Zwischenherrschafters.
- §. 51. Von der rechtlichen Natur der Thronfolge in der Erbmonarchie, und von der Verpflichtung des Nachfolgers aus den Handlungen des Vorgängers.

Dritter Abschnitt.

Von den Pflichten der Unterthanen, welche der Souverainität gegenüber stehen.

- §. 52. Von dem bürgerlichen Gehorsam.
- §. 53. Von dem Widerstandsrechte der Unterthanen.
- §. 54. Von der Bestärkung der Unterthanentreue durch den Huldigungseid.

Vierter Abschnitt.

Von der Beendigung der Souverainität.

- §. 55. Von der Beendigung und dem Verluste der Souverainität im Allgemeinen.
- §. 56. Von der Entsagung auf die Krone — Abdankung (abdicatio) in der Erbmonarchie insbesondere.
- §. 57. Von der Unfähigkeit zu regieren, und den in der Erbmonarchie hierdurch begründeten Rechten der Agnaten.
- §. 58. Fortsetzung. Vom Missbrauche der Staatsgewalt insbesondere.
- §. 59. Von der Revolution.

Fünfter Abschnitt.

Von den Hoheitsrechten.

- §. 60. Begriff. Oberste Eintheilung. Wesentliche und ausserwesentliche Hoheitsrechte.
- §. 61. Bisherige Theorien über die Eintheilung der wesentlichen Hoheitsrechte.
- §. 62. Nothwendigkeit der Unterscheidung von materiellen und formellen Hoheitsrechten.
- §. 63. Eintheilung der materiellen Hoheitsrechte. Innere und äussere Hoheitsrechte.
- §. 64. Die inneren Hoheitsrechte.
- §. 65. Von den formellen Hoheitsrechten oder den politischen Gewalten. Gesetzgebende und vollziehende Gewalt.
- §. 66. Von der sog. oberaufsichenden Gewalt.
- §. 67. Von der sog. richterlichen Gewalt.
- §. 68. Von der Theilung der Gewalten.
- §. 69. Von der Trennung der Organe der Staatsgewalt.

Sechster Abschnitt.

Von den Unterthanen.

- §. 70. Begriff von Unterthan und Staatsbürger.
- §. 71. Begründung der Unterthanschaft.
- §. 72. Von dem Staatsbürgerrecht oder Indigenat.
- §. 73. Erwerbung des Staatsbürgerrechtes.
- §. 74. Von den Wirkungen des Indigenates.
- §. 75. Verlust des Staatsbürgerrechtes.

Siebenter Abschnitt.

Von den Volksrechten.

- §. 76. Begriff und Wesen der Volksrechte.
- §. 77. Erste Spuren der Organe der Volksrechte.

- §. 78. Eintheilung der Volksrechte. Ihr Verhältniss zu den Hoheitsrechten.
- §. 79. Von der durch die Anerkennung von Volksrechten bedingten Unterscheidung von Beherrschungs- und Regierungsformen.
- §. 80. Fortsetzung.

Achter Abschnitt.

Von der Verfassung.

- §. 81. Begriff der Verfassung.
- §. 82. Entstehung und Eintheilung der Verfassungen.
- §. 83. Von der Errichtung der Constitutionen.
- §. 84. Von der Abänderung und Interpretation der Verfassungen.
- §. 85. Von der besten Verfassung.

II. Abtheilung.

Verfassungsrecht der constitutionellen Monarchie.

Erster Abschnitt.

Von der constitutionellen Monarchie überhaupt.

- §. 86. Begriff der constitutionellen Monarchie.
- §. 87. Von den Ideen, auf welchen die constitutionelle Monarchie beruht.
- §. 88. Fortsetzung.
- §. 89. Fortsetzung.
- §. 90. Fortsetzung.
- §. 91. Fortsetzung.
- §. 92. Fortsetzung.
- §. 93. Von den Vortheilen, welche die constitutionelle Monarchie gewährt.
- §. 94. Von dem Unterschiede der repräsentativen und der älteren deutschen ständischen Verfassung.

Zweiter Abschnitt.

Von dem Organe der Volksrechte oder dem Repräsentantenkörper.

- §. 95. Begriff der Repräsentation.
- §. 96. Publicistischer Character der Repräsentation.
- §. 97. Zusammensetzung des Repräsentantenkörpers.
- §. 98. Von der activen und passiven Wahlfähigkeit.
- §. 99. Fortsetzung.
- §. 100. Von der Wahlfähigkeit der Staatsbeamten insbesondere.
- §. 101. Von dem sogenannten Ein- und Zweikammersystem.
- §. 102. Von der Repräsentation nach Interessen.
- §. 103. Von den Bedingungen der Wahl tüchtiger Abgeordneten.
- §. 104. Von der Zeit der Versammlung des Repräsentantenkörpers.
- §. 105. Von der Dauer der Vollmachten der Repräsentanten und der Art der Erneuerung des Repräsentantenkörpers.
- §. 106. Von den Rechten der Mitglieder des Repräsentantenkörpers.
- §. 107. Oeffentlichkeit der Kammersitzungen und Kammerprotocolle.

Dritter Abschnitt.

Von den Volksrechten, welche durch den Repräsentantenkörper ausgeübt werden.

- §. 108. Vorbemerkung.
- §. 109. Von den Befugnissen des Repräsentantenkörpers im Verhältnisse zur gesetzgebenden Gewalt.
- §. 110. Von den Befugnissen des Repräsentantenkörpers in Bezug auf die vollziehende Gewalt.
- §. 111. Von dem Steuerbewilligungsrechte der Landstände insbesondere.
- §. 112. Von der Verantwortlichkeit der Minister insbesondere.
- §. 115. Verhältniss des Repräsentantenkörpers zu den einzelnen Staatsbürgern.

Vierter Abschnitt.

Von der fürstlichen Prärogative.

- §. 114. Begriff und Nothwendigkeit der fürstlichen Prärogative.
- §. 115. Inhalt der fürstlichen Prärogative.
- §. 116. Von der fürstlichen Sanction und dem fürstlichen Veto.
- §. 117. Von dem Rechte des Monarchen, den Repräsentantenkörper aufzulösen.
- §. 118. Von dem Rechte des Souverains, Pairs zu ernennen.
- §. 119. Von der Trennung der Regierung und der Verwaltung und der Contrasignatur der Minister in der constitutionellen Monarchie als nothwendige Folge der fürstlichen Prärogative.

Fünfter Abschnitt.

Von den Volksrechten, welche in der constitutionellen Monarchie von jedem einzelnen Staatsbürger selbst ausgeübt werden können.

- §. 120. Von dem Rechte der freien Gedankenäusserung überhaupt.
- §. 121. Von dem Rechte der freien Aeusserung in Bezug auf die gesetzgebende Gewalt.
- §. 122. Von dem Rechte der freien Aeusserung in Bezug auf die vollziehende Gewalt.
- §. 123. Von dem Missbrauche des Rechtes der freien Aeusserung, und den möglichen Schutzmitteln hiergegen.
- §. 124. Fortsetzung.

Sechster Abschnitt.

Von den Garantien der Verfassung.

- §. 125. Eintheilung und Aufzählung der Garantien der Verfassung.
- §. 126. Fortsetzung.

Zweiter Theil.

Verwaltungsrecht.

Erster Abschnitt.

Von der Ausübung der politischen Gewalten.

- §. 127. Von der Ausübung der gesetzgebenden Gewalt überhaupt.
- §. 128. Unterschied von Gesetz und Verordnung.
- §. 129. Von den Grundgesetzen und den organischen Gesetzen.
- §. 130. Von den Gränzen der gesetzgebenden Gewalt.
- §. 131. Fortsetzung. Von der rückwirkenden Kraft der Gesetze insbesondere.
- §. 132. Von den unwiderruflich erworbenen Rechten insbesondere.
- §. 133. Von den erworbenen Privatrechten insbesondere.
- §. 134. Fortsetzung. Von der Entschädigungspflicht des Staates, wegen Entziehung erworbener Privatrechte insbesondere.
- §. 135. Von den Rechten, welche nicht als erworbene Rechte gelten können.
- §. 136. Von der vollziehenden Gewalt.

Zweiter Abschnitt.

Von der Ausübung der materiellen Hoheitsrechte.

A. Von den materiellen Hoheitsrechten.

- §. 137. Von der Territorialhoheit.
- §. 138. Von der Justizhoheit.
- §. 139. Von den rechtsprechenden Behörden.
- §. 140. Von den Justizsachen.
- §. 141. Polizeihoeheit.
- §. 142. Privilegienhoheit.
- §. 143. Finanzhoheit und Fiscalhoheit.
- §. 144. Aeusserstes Recht des Staates.
- §. 145. Landesdiensthoheit.
- §. 146. Von der sog. gemeinen Landesdiensthoheit.
- §. 147. Militairhoheit.
- §. 148. Aemterhoheit.
- §. 149. Von den Staatsbeamten und der Begründung des Staatsdienerverhältnisses.
- §. 150. Von der Verantwortlichkeit der Beamten.
- §. 151. Von der Verpflichtung des Staates aus den Handlungen seiner Beamten.

B. Von den äusseren Hoheitsrechten.

- §. 152. Von der Repräsentativgewalt und den darin begriffenen Rechten.

A n h a n g I.

Oeffentliches Recht des deutschen Bundes.

Einleitung.

L i t e r a t u r.

- §. 1. Begriff des deutschen Bundes.

- §. 2. Entstehungsgeschichte des deutschen Bundes.
- §. 3. Quellen des deutschen Bundesrechtes :
 - A. Grundgesetze des deutschen Bundes.
 - §. 4. B. Bundesgesetze, resp. Beschlüsse der Bundesversammlung.
 - §. 5. C. Die übrigen Quellen des Bundesrechtes.

Erste Abtheilung.

Verfassungsrecht des deutschen Bundes.

- §. 6. Publicistischer Character des deutschen Bundes.
- §. 7. Verhältniss des deutschen Bundes zum deutschen Reiche und zu dem Rheinbund.
- §. 8. Mitglieder des deutschen Bundes.
- §. 9. Aufnahme neuer Mitglieder in den Bund.
- §. 10. Bundesgebiet.
- §. 11. Abtretung von Bundesländern.
- §. 12. Rechtsgleichheit der Bundesglieder.
- §. 13. Rangverschiedenheit der Bundesglieder.
- §. 14. Subject der Bundesgewalt. Bundesversammlung.
- §. 15. Innere Organisation der Bundesversammlung. Engerer Rath und Plenum.
- §. 16. Zahl und Verhältniss der Stimmen im engeren Rathe und im Plenum.
- §. 17. Gegenstände, welche vor das Plenum gehören.
- §. 18. Gegenstände, die nur durch Stimmeneinhelligkeit entschieden werden können.
- §. 19. Verhandlungsart im Plenum.
- §. 20. Verhandlungsart im engeren Rathe.
- §. 21. Vertrauliche Berathungen.
- §. 22. Dictatur und Druck loco dictaturae.
- §. 23. Wappen, Siegel und Titel der Bundesversammlung.
- §. 24. Vertagung der Bundesversammlung.
- §. 25. Von der authentischen Interpretation der Bundesgesetze insbesondere.
- §. 26. Von den organischen Einrichtungen des Bundes.
- §. 27. Von den Juribus singulorum insbesondere.
- §. 28. Von den Interessen oder sog. politischen Rechten der Bundesglieder.
- §. 29. Von den gemeinnützigen Anordnungen.
- §. 30. Von den Bundestagscommissionen und den Bundescommissionen.
- §. 31. Geschäftskreis des Präsidenten der Bundesversammlung.
- §. 32. Verhältniss der Bundestagsgesandten zur freien Stadt Frankfurt.

Zweite Abtheilung.

Verwaltungsrecht des Bundes.

- §. 33. Character der Bundesgewalt.
- §. 34. Die Bundesgewalt als oberste politische Autorität in Deutschland.
- §. 35. Verhältniss der Bundesgewalt zu den Unterthanen der einzelnen Bundesstaaten.
- §. 36. Aufzählung der in der Bundesgewalt liegenden Rechte.
- §. 37. Von der Competenz der Bundesversammlung in Bezug auf die von ihr zu behandelnden Gegenstände im Allgemeinen.
- §. 38. I. Formelle Rechte der Bundesversammlung :

A. Von der gesetzgebenden Gewalt des Bundes.

1) Rechtlicher Character der Bundesgesetzgebung überhaupt.

§. 39. 2) Verhältniss der gesetzgebenden Gewalt der deutschen Landesherren zur gesetzgebenden Gewalt des Bundes.

§. 40. 3) Verhältniss der Bundesgesetzgebung zu den deutschen Landständen.

§. 41. B. Vollziehende Gewalt des Bundes.

1) Berathungs- und Vollziehungs Gegenstände.

§. 42. 2) Executivmittel der Bundesversammlung.

§. 43. 3) Verfahren bei der Execution.

§. 44. II. Von den materiellen Rechten der Bundesgewalt.

A. Von der sog. richterlichen Gewalt (Gerichtsbarkeit) des Bundes überhaupt.

§. 45. Von dem Austrägalgerichte insbesondere.

§. 46. Von dem Bundesschiedsgericht.

§. 47. B. Von der Polizeigewalt des deutschen Bundes.

a) Im Allgemeinen.

§. 48. b) In Bezug auf Universitäten.

§. 49. c) In Bezug auf Nachdruck und Schutz des sog. geistigen Eigenthums.

§. 50. d) In Bezug auf die Pressfreiheit.

§. 51. e) In Bezug auf die Erhaltung der öffentlichen Ordnung und des Rechtszustandes.

§. 52. C. Finanzverfassung des Bundes.

§. 53. D. Kriegsverfassung des Bundes.

§. 54. E. Repräsentativgewalt des Bundes.

*Dritte Abtheilung.***Besondere Bestimmungen.**

§. 55. Vorbemerkung.

§. 56. Von der Nothwendigkeit von Gerichten dritter Instanz und von der Actenversendung.

§. 57. Bundesgesetzliche Bestimmungen über die landständische Verfassung.

§. 58. Bundesgesetzliche Bestimmungen über die Rechtsverhältnisse der mediatisierten Reichsfürsten und Reichsgrafen, so wie über die zur ehemaligen Reichsritterschaft gehörigen Familien.

§. 59. Fortsetzung.

§. 60. Fortsetzung.

§. 61. Fortsetzung.

§. 62. Fortsetzung.

§. 63. Fortsetzung.

§. 64. Bundesgesetzliche Bestimmungen zu Gunsten einzelner Personen.

§. 65. Bundesgesetzliche Zusicherung von Rechten der Unterthanen in sämtlichen deutschen Bundesstaaten.

A n h a n g II.**Die Grundgesetze des deutschen Bundes.**

A. Die Bundesacte vom 8. Juni 1815.

B. Die Schlussacte der Wiener Ministerialconferenzen v. 15. Mai 1820.



E i n l e i t u n g.

Erster Abschnitt.

Vom Staate, von der Staatswissenschaft und dem Staatsrecht überhaupt.

§. 1.

Begriff und Idee des Staates.

Der Staat ist seiner äusseren Erscheinung nach ein gegen Aussen abgegränzter Verein von ansässigen Familien, mit Anerkennung einer vernunftgemässen Beherrschung *). Der Staat in der Idee — oder die Idee des Staates — ist nichts Anderes, als die Vernunftvorstellung von einem solchen Vereine.

§. 2.

Rechtliche Natur des Staates.

In Folge des Bestehens unter einer vernunftgemässen Beherrschung ist der Staat in rechtlicher Beziehung ein Gemeinwesen — *universitas* **) — begründet durch vernunftgemässe gleichmässige Interessen seiner sämt-

*) Vernunftgemäss ist jene Beherrschung, welche durch die Beziehung auf ihren Zweck gerechtfertigt ist. — Die Angabe des Staatszweckes selbst gehört nicht in eine Definition, mit welcher die Untersuchungen über das Wesen des Staates eröffnet werden sollen, sondern muss sich als Resultat derselben darstellen.

**) Cic. de republ. — »Homo ex pluribus unus.«

lichen Mitglieder *). Er ist die unentbehrliche Form, in welcher die Menschheit ihrer Bestimmung und einer höheren Stufe der Vollkommenheit entgegenschreitet.

§. 3.

Verhältniss des Staates zu den Individuen.

Da der Character des Staates in dem Bestehen eines nach dem Principe der Gleichheit geordneten gesellschaftlichen Zustandes beruht, so folgt hieraus, dass die Specialinteressen der einzelnen Staatsmitglieder den Interessen der Gesamtheit — dem sogenannten öffentlichen Wohle — untergeordnet sein müssen — jedoch nicht weiter, als diess der Staatszweck fordert. **) Das öffentliche Wohl selbst besteht aber in der möglichst gleichmässigen und harmonischen Befriedigung aller Specialinteressen, und ist daher nichts anderes, als die Ausgleichung und das Produkt derselben. Als Gemeininteresse gilt im Falle eines Conflictes dasjenige, was der Staat in gewissen als gesetzlich anerkannten Formen positiv dafür erklärt. ***)

§. 4.

Verhältniss des Staates zu anderen Corporationen.

Insoferne der Staat die unerlässliche formelle Bedingung (§. 2.) für die Erreichung der Zwecke der Menschheit ist, so kann er in sich keine Verbindung dulden, welche eine absolute Unabhängigkeit von der in ihm bestehenden Beherrschung in Bezug auf ihre äussere Erscheinung in dem Kreise des Staatslebens in Anspruch

*) Cic. de offic. III. c. 6. »Unum debet esse omnibus propositum, ut eadem sit utilitas uniuscujusque et universorum.« — Der Staat ist für Alle — nicht für Einzelne.

**) Man vergl. §. 16.

***) Cic. de rep. I. 52. »Domini sunt cives legum, belli, pacis, foederum, capitis uniuscujusque, pecuniae.«

nehmen wollte.*) Daraus folgt, dass keine Corporation im Staate bestehen und keine Verbindung diesen Character sich beilegen kann, sie sei denn vom Staate gebilligt**). In dieser Beziehung — d. h. hinsichtlich der practischen Ausübung corporativer Rechte — ist daher der Staat die Mutter und Quelle aller in ihm bestehenden Corporationen, und jede Gemeinheit (*universitas*) im Staate ein von diesem selbst abgeleiteter und nach seinem Vorbilde geschaffener Rechtsbegriff. Hiermit soll (aber keineswegs behauptet werden, dass es nicht Verbindungen geben könne, welche nicht von Haus aus, d. h. wegen ihrer sittlichen und vernünftigen Zwecke einen Anspruch darauf hätten, von dem Staate als Corporationen anerkannt zu werden, so dass der Staat Unrecht thun würde, wenn er ihnen die Anerkennung und practische Geltung als solche verweigern würde. Namentlich gilt dies von Verbindungen, welche zum Theile historisch älter sind, wie der Staat, und aus welchen er selbst bei einer gewissen Nation erst erwachsen ist — welche also sogar oft lange Zeit seine Stelle vertreten haben, wie z. B. in Deutschland die Orts- und Landgemeinden. Noch weit mehr muss dies aber von Verbindungen gelten, welche mit dem Staate meistens gleich uranfänglich, ja sehr oft mit ihm selbst zu einem Ganzen verwoben sind, und erst nach und nach sich von dem Staate ausscheiden und absondern, wie die Kirche***). Wo der Staat in sich eine Verbindung als Corporation anerkennt, ist sie von ihm wesentlich durch ihren eigenthümlichen Zweck unterschieden.

*) Sog. *Status in Statu*.

**) Diese Theorie ist im römischen Rechte sehr entwickelt, und gilt daher auch positiv als die gemeinrechtliche in Deutschland.

***) Vergl. meine Anzeige der Schrift des Hrn. v. Tejada über die Eigenthumsrechte der Kirche, Madrid, 1840. in den Heidelb. Jahrb. 1841, II. Doppelheft No. 17. p. 259. ff.

§. 3. Verhältniss des Staates zur Familie.

Die Familie ist eine natürliche, auf einen durch Liebe und Sitte veredelten Geschlechtstrieb gegründete Verbindung, und als solche ein eigenthümlicher, von dem Begriffe und dem Bestehen des Staates an sich unabhängiger Rechtsbegriff. *) Die Familie ist bei allen Völkern früher vorhanden, als der Staat, und die Vorbedingung der Staatenbildung selbst. **) Hat diese aber einmal stattgefunden, so tritt die Familienverbindung selbst unter die Aufsicht und den Schutz des Staates, welcher ihr eine um so grössere Aufmerksamkeit zu widmen hat, als er darin fortwährend die eigentliche Basis seiner eigenen physischen und moralischen Existenz anerkennen muss. ***) Von der Art, wie der Staat die Familie auffasst — je nachdem er dieser Verbindung alle ihr naturrechtlich beizulegenden Rechte zuerkennt, und diese vielleicht sogar noch erweitert, oder je nachdem er dieselben im Gegentheile einschränkt — hängt es ab, ob die Familie in dem Staate auch als eine Corporation †), oder nur als ein bürgerlicher Zustand (*status*) ††) erscheint. Uebrigens sind in dem einen wie in dem anderen Falle Staat und Familie sowohl durch ihren Zweck, als durch den Rechtsgrund, Umfang und Gränzen der in ihnen geltenden Gewalt unterschieden.

*) *Pompon.* »Jura sanguinis nullo jure civili dirimi possunt.« (L. 8. Dig. de R. J.) —

**) So bezeichnet *Horaz* sehr schön den Zeitpunkt der ersten Civilisation bei den Griechen, als es dem *Orpheus* gelang »concubitu prohibere vago.« — *Ars poët.* 398.

***) Daher die Ehegesetze des Staates. Vortrefflich erkannte der *Imp. Octavianus Augustus* die Wichtigkeit dieser Verhältnisse in seinen Reden *de maritandis ordinibus*, etc. an. *Heineccius*, *antiq. Rom.* L. I. tit. 25. §. VII.

†) Grundansicht des ältern germanischen Rechtes.

††) Auffassung im Justinianäischen Rechte.

§. 6.

Verhältniss des Staates zur bürgerlichen Gesellschaft.

Seit Schlözer^{*)} hat man häufig eine Unterscheidung zwischen dem Staate und der bürgerlichen Gesellschaft gemacht, und unter letzterer eine solche Verbindung verstanden, in welcher der Zweck der Beherrschung ausschliesslich auf Schutz und Sicherheit der Rechte gerichtet ist, während man der Beherrschung im Staate noch ein weiteres Ziel bestimmen zu müssen glaubte.^{**)} Allein das Vorkommen einer bürgerlichen Gesellschaft in dem angegebenen beschränkten Sinne oder Gegensatze als einer allgemeinen Uebergangs-Stufe zum Staate ist ebenso unerweislich, als die Fiction derselben überflüssig ist, um die Genesis des Staates zu erklären. Wo aber eine bürgerliche Gesellschaft in dem angegebenen Sinne wirklich historisch nachgewiesen werden könnte, würde sie — je nachdem man den Staatszweck verschieden bestimmt^{***)} — (entweder mit dem Staate selbst für gleichbedeutend gehalten, oder als ein noch nicht vollkommen entwickelter Staatsorganismus angesehen werden müssen.

§. 7.

Verhältniss des Staates zu dem sogenannten Naturstande.

Unter Naturstand versteht man einen blossen Zustand der Socialität, ohne Anerkennung der den Staat auszeichnenden obersten Gewalt. Dieser Zustand stellet sich seinem Begriffe nach als absoluter Gegensatz des Staates

^{*)} Allgemeines Staatsrecht 1793.

^{**)} Denselben Gegensatz sucht Vollgraff System der prakt. Polit. im Abendlande Bd. I. durch die Worte »Stat und Staat« auszudrücken.

^{***)} Darüber im zweiten Abschnitt §. 13—20.

dar, und wenn er überhaupt vorkömmt, so gehet er historisch dem Staate stets voran. *)

§. 8.

Factoren des Staates.

Der Staat besteht zufolge seines Begriffes in subjectiver Beziehung aus zwei Factoren: aus dem Staatsherrscher — (Fürst) — und aus den Unterthanen — (dem Volke) **). — In objectiver Beziehung ist der Staat bedingt durch das Staatsgebiet (Territorium) ***). — in formeller Beziehung endlich, durch die Verfassung. †). —

§. 9.

Staatswissenschaft, deren Begriff und Eintheilung.

Staatswissenschaft, Staatslehre, (Politik im weiteren Sinne) ist der systematische Inbegriff sämtlicher auf das Staatsleben sich beziehenden Kenntnisse. Sie befasst sich

- 1) mit der Rechtfertigung des Staatszweckes, der Darstellung der rechtlichen Zulässigkeit und Nothwendigkeit des Staates und mit der Entwicklung der sämtlichen auf ihn bezüglichen Verhältnisse aus dem Gesichtspunkte des Rechtes — Staatsrecht —
- 2) mit der Darstellung der tauglichsten Mittel zur

*) Der Streit über die Realität des Naturstandes ist in Bezug auf die philosophische Rechtfertigung des Staates und der Staatsgewalt ohne allen Einfluss.

**) Die Bezeichnung »Volk« für die Gesamtheit der Unterthanen deutet darauf hin, dass sich in Deutschland die Staatsidee unter den überwiegenden Einflüssen des fürstlichen Gefolgschafts-Wesens entwickelt hat.

***). In dem Territorium liegt jenes stätige — stabile Element, von welchem der Staat selbst seinen Namen hat, und ohne welches er gar nicht gedacht werden kann.

†) Es gibt keinen Staat ohne Verfassung — aber nicht jede bestehet in einer Urkunde (Freibrief).

Erreichung des Staatszweckes und zur practischen Darstellung des Staatsrechtes — Staatsklugheitslehre (Politik im engern Sinn).

Die Lehre von den, dem Staate vorausgehenden, denselben historisch, philosophisch und rechtlich bedingenden Verhältnissen wird gewöhnlich als **Metapolitik** oder **Propolitik** bezeichnet.

§. 10.

Staatsrecht.

Unter **Staatsrecht** versteht man den **Inbegriff der Rechtsverhältnisse**, welche für den **Staatsherrscher** und die **Unterthanen** durch die **Staatsverfassung** begründet und in Gemässheit derselben auszuüben sind. — Die **Bezeichnung des Staatsrechtes als öffentliches Recht** ist dem römischen Ausdrucke *«jus publicum»* nachgebildet, jedoch unpassend, da letzterer weit mehreres umfasst, als man heutzutage unter **«Staatsrecht»** begreift.*)

§. 11.

Eintheilung des Staatsrechtes.

Das **Staatsrecht** theilt sich in **subjectiver Beziehung**, — d. h. mit Rücksicht auf die **Subjecte**, deren politische Verhältnisse es ordnet — in **inneres und äusseres Staatsrecht** — je nachdem es nämlich die politischen Rechte des Staatsherrschers und der Unterthanen in ihrem gegenseitigen Verhältnisse, oder die Rechte des Staates als **Gemeinwesen** anderen Staaten gegenüber bestimmt und erörtert. Das **äussere Staatsrecht** ist von dem **Völkerrechte** nur in sofern unterschieden, als letzteres nicht allein die **Berechtigungen eines einzelnen Staates** den übrigen gegenüber, sondern auch die **gegenseitigen Verhältnisse und Beziehungen der Staaten zu einander**, aus dem **Gesichtspunkte des Rechts zu entwickeln** hat.

*) L. 1. §. 2. Dig. de Just. et jure. »Publicum jus est, quod ad statum rei Romanae spectat.« —

In objectiver Beziehung — d. h. mit Rücksicht auf die Natur der politischen Verhältnisse selbst, welche unter den Subjecten des Staatsrechts in Frage kommen können, theilt sich das Staatsrecht in Verfassungsrecht und in Verwaltungsrecht. Ersteres ist der Inbegriff der in einem Staate hinsichtlich der Beherrschungs- und Regierungs-Form geltenden Grundsätze: letzteres der Inbegriff jener Rechtsnormen, welche sich auf die Staatsverwaltung, d. h. auf die Ausübung der Staatsgewalt selbst innerhalb der durch das Verfassungsrecht bestimmten Grenzen und Formen beziehen.

§. 12.

Allgemeiner Character des Staatsrechts: sein Verhältniss zum Privatrecht.

Alles Staatsrecht trägt den Character einer Nothwendigkeit an sich. Es ist eben so nothwendig, dass regiert als dass gehorcht werde. Dies ist die unmittelbare Folgerung aus dem Wesen des Staates selbst, insoferne er als die unerlässliche Bedingung einer vernunftgemässen socialen Existenz erkannt wird. (§. 2. §. 4.) — Alle politischen Rechte sind daher mit Pflichten gemischt — d. h. sie wurzeln in Pflichten, und finden ihre natürlichen Grenzen in diesen Pflichten.*) — Diese Pflichten selbst sind aber sowohl auf Seite des Staatsherrschers als der Unterthanen durch den Zweck des Staates vollkommen bestimmt, und aus diesem zu entwickeln. Politische Rechte tragen daher in subjectiver Beziehung auch nicht jenen Character des absoluten Beliebens (*jus disponendi*) an sich, welcher die Privatrechte auszeichnet,**) sondern der Berechtigte

*) So z. B. ist der Staat erst berechtigt zu strafen, weil er zu strafen verpflichtet ist; und er ist nicht berechtigt, eine andere Strafe zu vollziehen, als er zu verhängen verpflichtet ist.

**) Alles Privatrecht beruht auf dem Begriffe der Dispositionsbefugnisse und ist mit derselben identisch. Daher der ober-

ist verpflichtet *) sie auszuüben, wenn gleich nicht jede solche Pflicht eine Zwangspflicht ist**) und sein kann. — ***) Hieraus ergibt sich zugleich, dass der Berechtigte in der Regel auf die Ausübung seines politischen Rechtes nicht verzichten kann, und dass überhaupt das öffentliche Recht über aller Einwirkung der Einzelnen steht. ****) Dagegen ist umgekehrt alles Privatrecht hinsichtlich seiner practischen Gültigkeit vom Staate abhängig und demselben untergeordnet. †)

ste Grundsatz des Privatrechts: »jure suo uti nemo cogitur.«
L. un. Cod. ut nemo invitus. (3. 7.) —

*) Eine Ausnahme findet nur statt, wo die Gesetzgebung eines Landes ein politisches Recht entweder nur als *beneficium legis* aufstellt, oder facultativen Gebrauch ausdrücklich gestattet, oder eine Weigerungs- und Ablehnungsbefugnis des Berechtigten anerkennt, z. B. wenn er durch die Wahl zum Deputirten zum Gebrauche seines politischen Rechtes aufgefordert worden ist.

**) Je mehr in einem Staate den politischen Berechtigungen der Character einer Zwangspflicht aufgeprägt ist, desto vollkommener ist der Staat selbst organisirt.

***) So z. B. das Begnadigungsrecht des Staatsherrschers.

****) »Jus publicum privatorum pactis immutari nequit. «L. 38. Dig. de pactis (2. 12.) —

†) Daher liegt auch das einzige Kennzeichen eines Privatrechtes im positiven Staatsleben darin, dass der Staat das *jus disponendi* der Privatpersonen anerkennt, sei es durch ausdrückliche Gestattung einer Klage oder Einrede, sei es durch stillschweigende Billigung des natürlichen Rechtes.

Zweiter Abschnitt.

Vom Staatszweck.

§. 13.

Vom Staatszweck. Verschiedene Theorien.

Der Staatszweck ist nichts Anderes als die Vernunftforderung, welche durch den Staat realisirt werden soll. Die verschiedenen Ansichten über den Staatszweck lassen sich auf zwei Haupttheorien zurückführen. Nach der Einen ist der Zweck des Staates derselbe, wie der Zweck der Menschheit selbst*) — nach der Anderen ausschliesslich nur Geltung des Rechtsgesetzes.

§. 14.

Von der Theorie, welche den Zweck des Staates mit dem der Menschheit identisch nimmt und ihren Unterarten.

Die Theorie, welche dem Staate die Aufgabe setzt, die Zwecke der Menschheit selbst zu den seinigen zu machen, kann von einem doppelten Standpunkte aus aufgefasst werden, nämlich von dem Standpunkte des Idealismus, und von dem Standpunkte des Materialismus aus. Von dem ersteren Standpunkte aus betrachtet, wird die möglichste

*) Man könnte diese Theorie überhaupt Identitätstheorie nennen, im Gegensatze der Theorie des Rechtsgesetzes. — Man hat mitunter behauptet, dass von einem Zwecke des Staates (in der Idee) nicht die Rede sein könne, weil dieser selbst ein Zweck d. h. eine Vernunftforderung sei. Allein hiermit ist nichts gewonnen, da sodann doch angegeben werden muss, worin das Wesen jener »Staat« genannten Vernunftforderung beruhe — wodurch der angeregte Streit ein reiner Wortstreit wird.

allseitige Vollendung und Ausbildung des Menschen, d. h. die Verwirklichung der Herrschaft des Sittengesetzes, ausgesprochen (sog. Theorie des Sittengesetzes.) — Von dem anderen Standpunkte aufgefasst, wird der Staatszweck in die wirkliche Begründung eines allgemeinen Wohlbefindens gesetzt, und damit dem Staate die Sorge für das materielle Wohl der Unterthanen zur Pflicht gemacht, ohne gerade die Verbindlichkeit zur Entwicklung der moralischen Seite des Menschen absolut auszuschliessen — (sog. Wohlfahrtstheorie.) Auf dieser Gleichstellung der Zwecke der Menschheit und des Staates beruhten die Staatsverfassungen des gesammten nicht-germanischen Alterthums — und zwar in der Art, dass bald die eine, bald die andere der beiden Hauptrichtungen, in welcher diese Grundansicht entwickelt werden kann, als vorwaltend erscheint. So umfassen die Theocratrien der alten Welt mit ihren auf ein ideales Princip gegründeten Institutionen stets eben sowohl den ganzen Menschen in allen seinen Beziehungen, wie ihn auch die antiken Republiken, namentlich in Griechenland, in seiner Totalität erfassen,*) wenn gleich hier mehr die sinnliche, lebensfrohe, ja frivole Richtung des Materialismus überwog.

§. 15.

Kritik dieser Theorien.

So vollständig und erschöpfend der Zweck des Staates ausgesprochen zu sein scheint, wenn man an ihn die Forderung stellt, die sämmtlichen Zwecke des Menschen als die seinigen anzuerkennen, so kann doch diese Forderung so wenig vor einer philosophischen Kritik bestehen, als sie das

*) Dies thut selbst die Lykurgische Gesetzgebung. Der Politik des Plato und Aristoteles liegt dieselbe Anschauung zu Grunde. Die Römer folgen hierin ihren Lehrmeistern, den Griechen. — Nach dieser Theorie geht der Mensch im Bürger unter. — Daher der einzige Stolz: »Ego sum civis Romanus.« —

Zeugniss der Erfahrung über eine absolute practische Brauchbarkeit und Haltbarkeit für sich geltend zu machen vermag. Rein theoretisch betrachtet, liegt der Grundfehler dieser Theorie in der Verwechslung der Menschheit und ihrer Zwecke mit der Form, in welcher sie am vernunftgemässesten existirt und ihren Zwecken nachstrebt. In Folge dieser Verwechslung stellt sich der Staat so hoch über das Individuum, dass dieses in ihm völlig untergeht und der Staat sonach mehr das Grab als eine Schutzwehr der individuellen Freiheit wird. Wo nämlich der Staatszweck rein oder vorherrschend idealisch bestimmt wird, muss der Staat unvermeidlich mehr oder minder eine theokratische Färbung annehmen und sich mit der Kirche mehr oder minder identificiren: er muss den Menschen nicht nur in seinen äusseren, sondern auch in seinen inneren Handlungen, in seiner Gesinnung, in seinem Meinen und in seinem Glauben beherrschen: er muss den Menschen deshalb unter eine fortwährende Vormundschaft stellen, und hierdurch muss das Staatsleben nothwendig in eine Starrheit und Stagnation gerathen, welche mit dem proclamirten Principe der fortschreitenden Ausbildung des Menschengeschlechtes selbst im geraden Widerspruche steht. Diese Erstarrung findet sich auch in allen Theocratieen des Alterthums. Wo aber in einer Nation der Sinn für individuelle Freiheit nicht ganz durch einen überwiegenden Hang zu einem contemplativen und sich in die Ueberschwänglichkeit seiner Gefühle versenkenden (orientalischen) Leben untergegangen ist, da hat sich überall der Staat theils gewaltsam von der Kirche losgerissen, theils sich nach und nach aus derselben herausgewunden — verfolgt aber eben deshalb nur noch einen Theil der Zwecke, welche die Theocratie — als Einheit von Kirche und Staat — zuerst insgesamt zu erreichen gesucht hatte. Im Mittelalter machte die römische Hierarchie den Versuch, dem Staate wieder einen theocratischen Character aufzuprägen. Allein der gewaltigsten Anstren-

gungen ungeachtet, scheiterte dieses Unternehmen an der nationalen Opposition der germanischen Völker*).

§. 16.

Fortsetzung.

Setzt man dagegen den Zweck des Staates in die Bewirkung der allgemeinen Wohlfahrt, d. h. eines allgemeinen Wohlbefindens aller Staatsangehörigen, so wird eben dadurch die Aufgabe desselben völlig unbestimmt gelassen, indem hier gerade das Kriterium mangelt, nach welchem über die Anerkennung gewisser Interessen als Gemeininteressen und über die Unterordnung, die Verschmelzung und Ausgleichung der einzelnen Specialinteressen entschieden werden darf — und dieses Kriterium soll eben der Staatszweck selbst sein. (§. 5.) — Die öffentliche Wohlfahrt ist stets die natürliche und unmittelbare Folge des erreichten Staatszwecks, und steigt und fällt daher in demselben Maasse, in welchem der Staat sich der Lösung seiner Aufgabe nähert oder sich von derselben entfernt. Das öffentliche Wohl kann somit als ein Wahrzeichen gelten, wonach die Tüchtigkeit des Staatsorganismus und die Weisheit der Regierung ermessen werden kann: es ist aber selbst dadurch bedingt, dass der Zweck des Staates richtig erkannt und practisch durchgeführt ist. Betrachtet man das öffentliche Wohl als den Zweck des Staates selbst, so verwechselt man Wirkung und Ursache, und die Folge dieser Verwechselung müsste — wo sie consequent durchgeführt würde — nothwendig wieder die Vernichtung der individuellen Freiheit sein.**)

*) Vortreffliche Andeutungen über die Gegensätze des classischen Alterthums und des Mittelalters und die Tendenzen dieses letzteren im Reformationszeitalter enthält K. Hagen, Deutschlands liter. und religiöse Verhältnisse im Reformationszeitalter, Erlangen, 1841. —

**) Gerade in diesem Untergehen des Einzelnen in dem Verhältnisse

Classe von Staatsangehörigen — der Gesammtheit gegenüber rechtlos werden, weil sie beliebig als Mittel für die allgemeine Wohlfahrt aufgeopfert werden könnten.*) Die allgemeine Wohlfahrt wäre aber sonach selbst eine Chimäre, und würde nur als die Wohlfahrt der Mehrzahl auf Kosten der Minderzahl oder gar nur als Wohlfahrt einer mächtigen und compacten Minorität oder auch nur eines Einzelnen) auf Kosten der Mehrzahl oder aller übrigen erscheinen. Das öffentliche Wohl hat daher zu allen Zeiten sowohl der Revolution als dem Despotismus zur Beschönigung von Gewaltstreichern dienen müssen.**

§. 17.

Von der Theorie, welche Schutz und Sicherheit der Rechte als ausschliesslichen Zweck des Staates betrachtet.

Die Unbestimmtheit der bisher erwähnten Theorien, und der Vorschub, welchen sie jeder Willkürherrschaft — der Revolution, sowie dem Despotismus — zu leisten im Stande sind, da ihnen mit Leichtigkeit ein unrichtiger und den selbstsüchtigen Tendenzen der herrschenden Parthei entsprechender Sinn unterstellt werden kann, hat das Bestreben hervorgerufen, durch eine möglichst enge Begrenzung des Staatszweckes eine feste Scheidelinie zwischen einer vernunftgemässen Staatsgewalt und der Willkühr-

zur Gesammtheit findet das Wesen des Staates, Vollgraff Systeme der practischen Politik im Abendlande I. p. 30. 50. 66.

*) Ein solches Verhältniss mag sich durch einen Nothstand erklären und entschuldigen lassen, wie z. B. das Aufopfern von Truppen im Kriege etc. — Es kann aber nimmermehr die Basis eines geordneten und regelmässigen socialen Zustandes werden. Auf einen solchen Nothstand geht das bekannte: „Salus publica suprema lex esto!“ — „Consul videat, ne quid detrimenti respublica capiat!“ —

**) Louis XIII. „L'état c'est moi!“

herrschaft aufzustellen, dadurch die individuelle Freiheit überhaupt gegen Uebergriffe der Staatsgewalt zu sichern, dem Menschen neben dem Bürger Anerkennung, Bedeutung und Geltung zu vindiciren, und namentlich der geistigen Freiheit und Entwicklung des Menschen durch eine scharfe Scheidung von Moral und Recht, Staat und Kirche, einen unbeschränkten Spielraum zu eröffnen. *) Man glaubte daher den Zweck des Staates nur allein in die Gewährung von Rechtsschutz und Rechtssicherheit, oder wie man sich richtiger ausdrücken würde — in die Bewirkung eines geordneten Rechtszustandes **) setzen zu müssen, so dass also der Staat selbst nur noch als eine Rechtsanstalt erscheinen sollte, in welcher es dem Individuum möglich und verstattet wäre, den von ihm selbst als vernünftig erkannten Zwecken, seiner geistigen und sittlichen Entwicklung und äusseren Wohlfahrt in voller Freiheit ohne vormundschaftliche Leitung und Beengung durch die Staatsgewalt nachzustreben. So wie sich Extreme immer berühren, so musste diese Theorie nothwendig aufgestellt und verfochten werden, nachdem die Erfahrung das Unselige des Zuvielregierens und der ungemessenen Einmischung der Staatsgewalt in alle Verhältnisse der Individuen auf eine empfindliche Weise erkennen gelehrt hatte. So schätzbar die Tendenz dieser Theorie an sich ist, und so viel sie dazu beigetragen hat,

*) Diese Richtung wurde in Deutschland besonders seit Kant bemerklich.

**) Rechtsschutz und Rechtssicherheit im buchstäblichen Sinne kann der Staat nie schaffen, da er nicht alle Rechtsverletzungen unmöglich machen, d. h. verhüten kann: practisch kann man also die Aufgabe des Staates in dieser Beziehung nur dahin bestimmen, dass er einen geordneten Rechtszustand erhalte, d. h. dafür Sorge, dass jede rechtswidrige Handlung von der entsprechenden rechtlichen Folge betroffen werde, was besonders für das Criminalrecht von Bedeutung ist. —

die Aufgabe des Staates genauer und fester zu bestimmen, so trifft sie dagegen auf der anderen Seite der Tadel, dass sie den Zweck des Staates viel zu enge und einseitig aufgefasst hat, indem die Bewirkung eines geordneten Rechtszustandes allerdings zwar eine unerlässliche, jedoch keinesweges die einzige Bedingung eines vernunftgemässen socialen Zustandes ist.

§. 18.

Von den Bedingungen der Ausgleichung dieser Theorien.

Eine Ausgleichung der verschiedenen Ansichten über den Staatszweck ist durch eine solche Bestimmung des Staatszweckes bedingt, welche die Unbestimmtheit der einen und die Einseitigkeit der anderen Theorie gleichmässig vermeidet. Bei einem derartigen Versuche muss man davon ausgehen, dass die Vorstellung von dem Staatszwecke nach der Bildungsstufe und den sonstigen individuellen Verhältnissen der Völker nothwendig verschieden sein muss, und so, wie die Möglichkeit einer fortschreitenden Entwicklung ihrer sittlichen und politischen Cultur nicht geläugnet werden kann, so muss auch eine Erweiterung des Zweckes der Staatsgesellschaft für möglich und nothwendig anerkannt werden. Es muss daher auch der Staatszweck auf solche Weise bestimmt werden, dass ihm selbst eine gewisse Bildungsfähigkeit beigelegt wird.

§. 19.

Versuch dieser Ausgleichung. Theorie der allseitigen Unterstützung.

Bei der Bestimmung des Staatszwecks muss man von der Grundansicht ausgehen, dass der Staat ein durchaus vernunftgemässer socialer Zustand sein soll. (§. 2) Er darf daher von dem Menschen kein Opfer seiner Indivi-

dualität fordern, da diese die Grundbedingung für die Entwicklung und den Fortschritt der Menschheit selbst ist, d. h. der Staat soll eine Garantie und nicht eine Schranke oder gar das Grab der individuellen Freiheit sein. Die Hindernisse aber, welche der vernunftgemässen Entwicklung der individuellen Freiheit entgegen stehen, und deren Ueberwindung und Beseitigung sonach als ein Gemeininteresse der Menschheit als der Totalität aller Individuen erscheint, gehen nicht von diesen allein gegen einander aus, d. h. sie sind nicht bloss Rechtsläsionen, sondern sie liegen auch in vielen anderen äusseren Verhältnissen,*) deren feindlicher und hemmender Einfluss nur durch ein gemeinsames Zusammenwirken und durch die Beschaffung gemeinsamer Anstalten bezwungen und beseitigt werden kann. Ueberhaupt ist der Mensch von Natur aus Socialwesen und darauf angewiesen, seinen Zwecken in Verbindung mit Anderen nachzustreben. Die Erhaltung eines geordneten Rechtszustandes kann daher nur als die negative Seite der vom Staate zu lösenden Aufgabe in Betracht kommen,**) die positive Seite derselben besteht aber in der Bewirkung solcher Institutionen und Anstalten, deren Beschaffung ausserhalb der Kraft des Individuums liegt, deren Existenz aber nicht weniger als die Geltung und Handhabung des Rechtes, die Bedingung einer fortschreitenden vernunftgemässen Entwicklung der Nationen ist.***) Diese Institutionen oder Anstalten kön-

*) Dergleichen Verhältnisse sind oft sogar rein physisch bedingt, und nichts desto weniger für den Staat von grösster Wichtigkeit, z. B. Feuers- und Wassers-Gefahren, ansteckende Seuchen u. s. w.

**) Das Recht hat nur Läsionen zu seinem Gegenstande: es ist somit gleichsam durch die Missstände bedingt, welche in der Socialität selbst wurzeln und als deren krankhafte Auswüchse erscheinen.

***) Nie ist diese zweifache Seite des Staatszweckes präciser und

nen nicht numerisch aufgeführt werden, noch bedarf es einer solchen Aufzählung: die einzelnen Arten und die Zahl derselben sind durch die individuellen Verhältnisse der einzelnen Staaten bedingt, und daher weder aller Orten noch zu allen Zeiten gleichmässig nothwendig oder zweckmässig. Für die Theorie ist der Staatszweck bestimmt genug ausgesprochen, wenn man ihn mit Rücksicht auf seine negative und positive Seite in die Realisirung sämtlicher **äusseren** Bedingungen einer wahren Humanität setzt — was nichts anderes ist, als: **Bewirkung allseitiger Unterstützung** zum Behufe allseitiger Entwicklung. Auch hat die Erfahrung bewiesen, dass kein Staat der Welt jemals seine Thätigkeit auf die Erhaltung des Rechtszustandes allein beschränkt hat, *) und namentlich ist es die Richtung unserer Zeit, die Vortrefflichkeit der Staatsverwaltung, die Höhe der Civilisation eines Volkes und die Blüthe des Staates nach der Menge und der Tüchtigkeit der öffentlichen Anstalten zu bemessen, welche der intellectuellen, moralischen und materiellen Entwicklung der nationalen Kräfte und der Linderung des vorhandenen Elends gewidmet sind.

§. 20.

Verhältniss dieser Theorie zu den vorgenannten.

Die eben entwickelte Theorie unterscheidet sich von der Theorie des Rechtsgesetzes dadurch, dass sie ausser der Erhaltung eines geordneten Rechtszustandes, auch die Errichtung und Pflege von solchen Instituten als eine

richtiger ausgesprochen worden als von Cicero de rep. I. c. 25.

»Est autem res publica res populi: populus autem non omnis hominum coetus quoque modo congregatus, sed coetus multitudinis, *juris consensu et utilitatis communione sociatus.*«

*) Ein Staat, der keine andere Institution als Gerichte und Zuchthäuser aufzuweisen hätte, erscheint an sich selbst als eine Absurdität.

durch den Staat zu realisirende Vernunftforderung erklärt, welche auf allseitige Entwicklung der Humanität abzielen. Nach dieser Theorie darf dem Staate kein menschliches Interesse fremd bleiben, so wie es bei einem gewissen Volke (*in concreto*) hervortritt. *) Die Herrschaft des Rechtsgesetzes, die Hebung der öffentlichen Moral und die Beförderung des allgemeinen materiellen Wohlstandes liegen sonach gleichmässig in der Aufgabe des Staates. **) Von der Identitäts-Theorie — sie mag nun als Theorie des Sittengesetzes oder als Wohlfahrtstheorie aufgefasst werden — unterscheidet sich aber die Theorie der gegenseitigen Unterstützung dadurch, dass sie den Staat als ein Mittel für die Zwecke der Individuen, nicht aber die Individuen als Mittel für den Staatszweck auffasst, und sich darauf beschränkt, von dem Staate die Herstellung der äusseren Bedingungen einer humanen Entwicklung des Volkes zu verlangen, ohne ihm die Freiheit des Gewissens, der individuellen, religiösen, moralischen und intellectuellen Ueberzeugung aufzuopfern. Der Staat wird also nur verpflichtet erklärt, den Individuen die Möglichkeit allseitiger Entwicklung durch freie Benützung der von ihm darzubietenden Anstalten zu gewähren, ***) ohne dass derselbe für berechtigt erkannt wäre, die Individuen zur Theilnahme daran weiter zu zwingen, als es nothwendig ist,

*) In diesem Sinne muss nach unserer Theorie der Staat den Grundsatz adoptiren: *nil humani a me alienum esse puto*.

**) Lässt der Staat auch nur einen Theil dieser (dreifachen Aufgabe) ungelöst, so kann er die beiden andern gleichfalls nicht, wenigstens nicht vollkommen lösen. So bedingen sich insbesondere die öffentliche Moral und der öffentliche Wohlstand gegenseitig und schon Filangieri hat sehr gut bemerkt, dass die Blüthe der Staaten und die Kraft einer Nation dadurch bedingt ist, dass das Volk bei mässiger Arbeit ein genügendes Auskommen finde.

***) Z. B. Akademien, polytechnische Schulen etc.

um die Behinderung der übrigen an der Verfolgung ihrer Vernunftzwecke zu beseitigen. *) Nach der Theorie der gegenseitigen Unterstützung soll also nicht die Regierung das Volk beglücken, sondern ihm vielmehr nur die Möglichkeit eröffnen, sich selbst zu beglücken. Darin besteht auch das Emporheben einer Nation, dass man ihr Mittel und Wege an die Hand gibt, die in ihr schlummernden Kräfte selbst zu entfalten und zu gebrauchen. Ein besonderer Vorzug scheint aber der Theorie der gegenseitigen Unterstützung aus dem Grunde zuzukommen, weil durch sie dem Einflusse einer Erweiterung und Verbesserung der Einsichten über den Zweck der Menschheit und über die specielle, einem einzelnen Volke von der Vorsehung beschiedene Aufgabe nicht vorgegriffen wird.

§. 21.

Folgerungen aus dem Staatszwecke. Von der Universalität und Ewigkeit des Staates.

Was immer für eine Ansicht über den Zweck des Staates vorgezogen und für richtig erkannt werden mag, so muss man doch darin überein kommen, dass derselbe auf einer Vernunftforderung beruht. Hieraus folgt aber unmittelbar, dass der Staat — seiner Idee nach — universell und ewig ist — Eigenschaften, welche allen practischen Vernunftforderungen gleichmässig zukommen. Hierdurch ist aber nicht mehr ausgesprochen, als dass der Staat für alle Menschen vernunftnothwendig, und es also eine (moralische) Pflicht für jeden Menschen ist, in einem Staate zu leben, und denselben practisch mit zu begründen. **)

*) Dahin gehört z. B. der Zwang zum Besuch der niedern Volks- oder Elementarschulen, worin ein hauptsächliches Mittel liegt, die Moralität zu heben und Verbrechen vorzubeugen.

**) Plato nennt den Menschen deshalb *ζῷον πολιτικόν*. Aristoteles I. 1. erklärt denjenigen, der nicht am Staate Theil nimmt,

Eben so lehrt auch die Erfahrung, dass der Staat die Bedingung aller Civilisation ist: sie beginnt mit ihm, und hat von ihm selbst (*civitas*) ihren Namen. Uebrigens folgt aus der Universalität des Staates noch gar nicht, dass die ganze Menschheit in einem einzigen Staate vereinigt sein sollte, oder dass eine solche Vereinigung zu einer sog. Universalmonarchie zweckmässig *) oder auch nur möglich wäre. Vielmehr wird der Forderung der Vernunft, dass der Mensch im Staate leben solle, vollkommen und am zweckmässigsten durch die Begründung mehrerer Staaten Genüge geleistet: denn die Aufgabe aller einzelnen Staaten ist, die Idee des Staates practisch darzustellen und zu entwickeln, und die Mannigfaltigkeit derselben kann der allseitigen Entwicklung der Staatsidee nur förderlich sein.

weil er es nicht nöthig hat, für ein übermenschliches Wesen: denjenigen aber, welcher daran Theil zu nehmen unfähig ist, für ein Thier.

*) Uebermässige Ausdehnung der Gränzen eines Staates, besonders Vereinigung von Völkern verschiedener Nationalitäten unter einem Scepter ist der erste Schritt zu dem Verfall eines Staates, wenn dieser gleich durch die Staatskunst auch noch Jahrhunderte hinausgeschoben werden kann. — Deutschland und Frankreich haben in Folge ihrer Lage das grosse Glück, sich nicht übermässig vergrössern zu können. Darum wird sich auch hier die Nationalität fortwährend und unzerstörlich scharf ausgeprägt in ihrer vollen Eigenthümlichkeit erhalten, und ist von Zeit zu Zeit eine Regeneration möglich, woraus das Staatsleben mit verjüngter Kraft hervorgeht. Für Deutschland hat eine solche neue Periode mit dem J. 1806. bis 1814 begonnen. — Auch die Staaten haben ihr Alter, wie die Individuen. Noch kein europäischer Staat hat sich über 1000 Jahre ohne eine Umwälzung erhalten. Deutschland hat diese Zahl schon einmal erfüllt. Die Stiftung des deutschen Kaiserthums beginnt mit Karl d. G. im Jahre 800. Die Auflösung des Reiches wurde 1806 ausgesprochen.

Dritter Abschnitt.

Von der Entstehung der Staaten.

§. 22.

Historische und rationale Theorie im Allgemeinen.

Die Lehre von der Entstehung der Staaten ist von jeher vielfachen Streitigkeiten unterworfen gewesen. Man erkannte sehr wohl, dass von der Vorstellung, welche man sich über die Genesis eines Staates bildet, die Beantwortung der wichtigsten Fragen des öffentlichen Rechtes abhängig ist. Der Hauptzweck, welchen man bei Untersuchungen über diesen Gegenstand im Auge zu haben pflegt, ist der, die Staatsgewalt, ihr Wesen, ihr Bestehen und ihre Formen zu rechtfertigen. Der Standpunkt, von welchem aus eine solche Untersuchung unternommen werden kann, ist ein zweifacher:

1) man sucht die Entstehung eines einzelnen, oder auch sämtlicher — sowohl der untergegangenen als auch der noch bestehenden Staaten zu erforschen. In diesem Falle ist die Frage nach der Entstehung des Staates eine rein historische: oder

2) man sucht von dem Standpunkte der Speculation aus das Problem zu lösen, wie der Staat philosophisch und rechtlich entstanden gedacht werden müsse?

Diese letztere, in unserer Zeit so häufig aufgeworfene und mit einer besonderen Vorliebe behandelte Frage ist aber an sich unklar, und beruht auf einer Verwechselung der Staaten (als historischer Erscheinungen) mit dem Staate in der Idee, d. h. mit der Vernunftvorstellung vom Staate selbst. Es kann nämlich — vernünftigerweise — kein Ding

anders entstanden gedacht werden, als es wirklich entstanden ist. Der Staat in der Idee aber entsteht gar nicht, sondern er ist mit dem Gedanken selbst vorhanden, weil er selbst nur ein Gedachtes ist. Die Frage nach der Entstehung der Staaten ist daher nur eine historische. Die Frage aber, welche die Philosophie zu beantworten hat, kann nur folgende sein: «welche Idee muss dem historischen Factum — den bestehenden oder bestandenen Staaten — als zu Grunde liegend betrachtet werden?» — oder: «wie und wodurch — d. h. durch die Bezugnahme auf welche allgemeine, vernünftige Idee ist die Staatsgewalt an sich — in *abstracto* — philosophisch-rechtlich begründet?» — Hierbei ist nun allerdings möglich — ja sogar regelmässig der Fall, dass diese Idee bei einem Volke lange Zeit hindurch nicht zu einem klaren Bewusstsein gelangt ist, und zuerst nur ein instinktartiges Gefühl — gleichsam ein *nisus formativus* zu den Anfängen eines geordneten socialen Zustandes hingeführt hat. Allein diese Thatsache schneidet keineswegs die Untersuchung über die philosophische Begründung der Staatsgewalt ab, wenn das Bewusstsein erwacht, und der Geist beginnet, dem Wesen der Erscheinungen nachzuforschen.

Erste Unterabtheilung.

A) Von den historischen Theorien.

§. 23.

1) Naturhistorische Theorie.

Es hat nie an Vertheidigern der Ansicht gefehlt,*) dass

*) Z. B. Hume, Hobbes, Ancillon etc.

der Staat aus seinen Elementen - Menschen und Territorium — vermöge des Socialitäts-Triebes — aus Bedürfniss und zufolge gegenseitiger Unentbehrlichkeit, also instinctartig erwachsen sei. Auch wird nie geläugnet werden können, dass nicht bei der Bildung der Staaten gerade die Empfindung des Bedürfnisses und die menschlichen Triebe als ein wesentlich wirkendes Moment in Anschlag zu bringen wären, und dass nicht Staaten, welche aus einem überlegten, freien und selbstbewussten Willensacte der Staatsgenossen hervorgegangen sind, zu den seltensten Erscheinungen in der Geschichte gehörten. Insoferne daher diese Theorie nicht mehr sein will, als eine historische, muss ihr das Verdienst zuerkannt werden, auf das natürliche und physische Element, welches bei jeder Staatenbildung mehr oder minder mitwirkt, vorzugsweise aufmerksam gemacht zu haben. Nur insoferne sie mit dem Anspruche hervortreten wollte, auch zugleich die oberste philosophische Rechtfertigung der Staatsgewalt zu enthalten, würde ihr gerade die bloß materielle Auffassung des Staates als Tadel entgegen gehalten werden dürfen.

§. 24.

2) Theorie der Uebermacht.

Zunächst mit der vorigen verwandt ist die Theorie, welche den Staat aus der Uebermacht, dem Rechte des Stärkern, oder aus der Eroberung entspringen lässt.*) Diese Theorie hat, als historische aufgefasst, das für sich, dass wirklich sehr viele Staaten aus der Uebermacht Einzelner, oder einzelner Familien und Geschlechter hervorgegangen sind. Nur möchte nicht gerade unbedingt die Eroberung hierher zu zählen sein, da sie weit seltener als eine

*) Diese Theorie wurde schon im Alterthume von den griechischen Sophisten vertheidigt. In der neueren Zeit besonders von Herrn von Haller, in seinem Werke: Restauration der Staatswissenschaft etc.

Begründungsart selbstständiger Staaten, als vielmehr als eine **Erweiterungsart** bereits bestehender Staaten angetroffen wird. Für die Theorie der Uebermacht kann überdiess mit grossem Gewichte das geltend gemacht werden, dass wirklich kein Staat anders in der äusseren Erscheinung auftreten kann, als durch die Uebermacht, und dass jeder Staat nur so lange faktisch besteht, als er sich in der Uebermacht gegen die einzelnen Staatsgenossen erhält, oder kein anderer mächtigerer Staat ihn unterworfen hat. Dieser Begriff der Uebermacht liegt in dem Worte «**Staatsgewalt**» selbst, und jedes positive Recht hat seine Wurzel — den Grund seiner Geltung, so wie die Bedingung seiner Handhabung — wirklich nur in dieser Uebermacht des Staatsherrschers in dem Verhältnisse zum Unterthan.*) Es kömmt daher dieser Theorie in diesen Beziehungen offenbar eine gewisse Universalität, und zwar in einem höheren Grade zu, als dies bei den übrigen historischen Theorien der Fall zu sein pflegt. Nichts desto weniger würde sie aber doch mit Unrecht auf das Prädikat einer philosophischen Theorie Anspruch machen, insoferne der Character einer solchen darin zu setzen ist, dass sie die letzten Gründe für die Rechtlichkeit der Staatsgewalt an sich angibt. Die Theorie der Uebermacht erklärt aber nur den Grund des Bestehens und der Geltung einer obersten Gewalt in den einzelnen Staaten: sie bleibt aber die Gründe und die Bedingungen schuldig, aus welchen und unter welchen das Bestehen einer obersten Gewalt als vernunftgemäss und philosophisch gerechtfertigt erscheinen muss — mit anderen Worten — die Theorie der Uebermacht charakterisiret vorzüglich die Erscheinung — erkläret aber nicht das We-

*) In dieser Beziehung — auf das positive Recht — lässt sich die Richtigkeit des vielbesprochenen Satzes des griechischen Sophisten »Recht ist, was den Mächtigen (d. h. dem Herrscher) gefällt« nicht bestreiten.

sen der Staatsgewalt: insoferne sie daher mehr als eine historische Theorie sein will, verfällt sie in den Fehler, die physische Gewalt — das Factum — mit einer Vernunft-Vorstellung — einer Idee — zu verwechseln.*)

§. 25.

3) Patriarchalprincip.

Gleichfalls verwandt mit der naturhistorischen Theorie ist diejenige, welche den Staat aus der väterlichen Gewalt hervorgehen, und aus der Erweiterung der Familien-Verbindung zu einem Volksstamme von selbst erwachsen betrachtet. Diese Theorie ist von allen die älteste. Es wird vielleicht kaum ein Volk auf der Erde gefunden werden, bei welchem sich diese Ansicht nicht als eine Stammsage gebildet und traditionell erhalten hat.**) Den Werth und die Richtigkeit derselben in Bezug auf ein gewisses Volk zu prüfen, muss der Kritik seines Sagenkreises überlassen werden. Als historische Theorie aufgefasst, stehet sie mit den vorgenannten nicht nur in keinem Widerspruche, sondern vervollständiget vielmehr dieselben, und lehret die stufenweise Entwicklung der Staatenbildung erkennen. Sollte diese Theorie aber noch weiter gebraucht werden wollen, um die Staatsgewalt an sich philosophisch zu begründen, oder sogar eine bestimmte Staatsform, wie z. B. die Monarchie zu rechtfertigen und zu stützen, so möchte zwar allerdings zu ihrer Empfehlung angeführt werden dürfen, dass sie eine sehr humane Ansicht über das Verhältniss des Staatsherrschers zu dem Volke eröffnet, ja sogar, durch die Hinweisung auf die Analogie der väterlichen Gewalt, schon eine

*) Hegel Grundlinien der Philosophie des Rechtes. §. 258 in der Note.

**) Für Deutschland erinnere ich hier nur an die Sage von Tuisko, dem Man, und seinen Söhnen. Tacit. Germ. c. 2. —

Pflicht des Staatsherrschers anerkennt, in dem wohlverstandenen Interesse seines Volkes zu regieren. Allein auf der anderen Seite ist doch nicht zu verkennen, dass diese Theorie — indem sie den in *concreto* — in Bezug auf ein gewisses Volk etwa geltenden Rechtsgrund der Beherrschung mit dem absoluten Rechtsgrunde der Staatsgewalt zusammenwirft — höchstens nur zur Rechtfertigung der Staatsgewalt in einer Einherrschaft, nicht aber auch zur Rechtfertigung derselben in anderen Staatsformen, wie Demokratie oder Aristocratie, gebraucht werden könnte — mithin also jener Universalität entbehrt, welche als das unerlässliche Prädikat jeder philosophischen Doctrin zu fordern ist. Ueberdiess aber könnte gerade die Analogie*) der väterlichen Gewalt für die Monarchie zu äusserst bedenklichen Folgerungen führen, und consequent entwickelt, zu der (irrigen) Annahme verleiten, als wenn die Einherrschaft nur für ein unmündiges Volk geeignet — ein mündiges Volk aber dieser Staatsform entwachsen wäre.

§. 26.

4) Patrimonialprincip.

Von besonderer Wichtigkeit für die staatsrechtlichen Verhältnisse in Deutschland ist die Theorie, nach welcher das Eigenthum an Grund und Boden (die Patrimonialität) als Grund der Staatsgewalt betrachtet wird. Von den ältesten Zeiten an hing in Deutschland die politische Befähigung eines Mannes mit seinem Grundbesitze zusammen, und stieg und erweiterte sich in gleichem Verhältnisse mit der Grösse und der Bedeutung dieses letzteren. So war die Schöffenbarkeit (Schöffenfreiheit) und die Rittermässigkeit bedingt durch den Besitz eines gewissen grösseren Gutes — (Schöf-

*) Nirgends tritt die Wahrheit der Bemerkung: »Omne simile claudicat« mehr und deutlicher hervor, als im öffentlichen Rechte. Nichts ist hier gefährlicher, als Analogieen des Privatrechts. —

fengut, Rittergut) — und auf dieselbe Weise war die Befug-
niss, die Verleihung der höchsten politischen Berechtigung
— des Bannes oder der *jurisdictio omnimoda**) — von dem
Kaiser zu verlangen, bedingt durch den allodialen oder feu-
dalen Besitz eines Reichslandes, einer Herrschaft u. dergl.**)
Historisch wurzelt diese Theorie in uralter kriegerischer Oc-
cupation, und ist insofern mit der Theorie der Uebermacht
verwandt und aus derselben durch die Vermittelung des rit-
terlichen Gefolgschaftswesens und des Feudalismus
hervorgegangen. Aus der an sich richtigen Ansicht, dass
keine Gerichtsbarkeit — überhaupt kein Regierungsrecht —
ohne einen bestimmten Bezirk seiner Ausübung — (Gerichts-
sprengel, Regierungsbezirk, *territorium*) bestehen und wir-
kend gedacht werden könne, hatte das Mittelalter durch eine
eigenthümliche — aber aus dem Interesse der Kronvasallen
an der Durchsetzung der Erblichkeit der Fahnlehen wohl
erklärliche, und daher absichtliche — Verwirrung der Begriffe
die Vorstellung gebildet, als wenn der Regierungsbezirk —
das *territorium* — als eine selbstständige Sache einer
gewissen Familie oder Corporation — Kirche — als erbli-
ches oder bleibendes Besitzthum zustehen könne, und
zwar in der Art, dass es selbst den Rechtstitel zur Aus-
übung der Regierung***) für den jedesmaligen Besitzer
enthalte, während an sich betrachtet, gerade umgekehrt die
Verleihung der Regierungsrechte durch den Kaiser den
Rechtstitel zur Besitznahme des Territoriums
enthielt.

*) Später sog. hohe Landesobrigkeit oder Landeshoheit.
Instr. pac. Osnabr. a. VIII. —

**) Sächs. LdR. III. 64. §. 5. (Homeyer). »Die Koning ne mach
mit rechte nicht weigeren den ban to liene, deme it gerichte ge-
legen is.«

***) Sächs. LdR. III. 53. §. 3. »Man ne mut ok nen gerichte ... lien ...
de dem it dar gelegen is.«

Diese Theorie — das Patrimonialprincip*) — beruht aber — insoferne sie nicht bloß eine germanisch-historische, sondern eine universell und bleibend gültige sein will — eben so wie die Theorie der Uebermacht, auf einer an sich richtigen, aber einseitigen Anschauung und bloß äusserlichen Auffassung des Staatslebens. So wie kein Staat ohne Territorium gedacht werden kann (§. 8), so ist auch in Bezug auf einen Staat in *concreto*, unläugbar derjenige der Staatsherrscher, welcher der Herr des Territoriums ist. Es hat daher auch wirklich das Patrimonialprincip in demselben Sinne eine gewisse Universalität in sich, wie die Theorie der Uebermacht (§. 24.): allein gerade wie diese vermag es seiner rein sinnlichen Auffassung des Staatsverhältnisses wegen nur den factischen Grund der Beherrschung eines gewissen Staatsvereines — nämlich Innehabung seines Staatsgebietes — nicht aber den Rechtsgrund der Staatsgewalt an sich zu erklären. Ueberdiess setzt die Innehabung des Staatsgebietes immer den Besitz der Uebermacht voraus: und aus diesem Grunde ist auch philosophisch betrachtet das Patrimonialprincip nichts anderes als nur eine Unterart, oder ein Ausfluss und eine einseitige Entwicklung der Theorie der Uebermacht.

§. 27.

5) Theocratische Theorie.

Den Uebergang von den historischen zu den rationalen Theorien über die Entstehung der Staaten, bildet die theocratische Theorie, nach welcher der Staat als eine Stiftung Gottes betrachtet wird. Insoferne diese Theorie so verstanden sein will, dass die Völker durch die gött-

*) Das Patrimonialprincip galt aber — was nicht zu übersehen ist — in Deutschland nur in Bezug auf die landesherrliche Gewalt. Die kaiserliche Regierungsgewalt wurde aus einem andern Princip erklärt. Davon im §. 27. —

liche Vorsehung an gewisse Personen oder Familien als ihre Regenten gewiesen worden sind, muss sie noch den historischen Theorien beigezählt werden, indem sie in dieser Hinsicht der Bezugnahme auf ein vermittelndes Factum nicht entbehren kann, durch welches der Wille der Vorsehung bei einer Nation *in concreto* zum Bewusstsein gekommen ist. Dieses vermittelnde Factum kann aber seiner Natur nach sehr verschieden sein, so wie überhaupt die Mittel und Wege verschieden sind, durch welche die Vorsehung das Menschengeschlecht zur Erkenntniss ihres Willens führt. Es kann daher dieses Factum in einer unmittelbaren Offenbarung, oder in der Bezeichnung des zum Herrscher von der Gottheit ausersehenen Subjectes durch einen Propheten*) — es kann aber auch darin gefunden werden, dass die Gottheit einen Mann mit solchen strahlenden Eigenschaften des Geistes und des Gemüthes, mit solcher Kraft und äusseren Gütern ausrüstet, oder den Sieg an seine Waffen fesselt, so dass er unmittelbar die Augen seiner Mitmenschen auf sich zieht, und der ihm aufgeprägte Stempel seines göttlichen Berufes mit gleichsam magnetischer Gewalt die Massen dahin führt, ihn als ihren Staatsherrscher anzuerkennen, ja sogar das Herrscherrecht seiner legitimen Nachkommenschaft als den präsumtiven Erben seines Geistes und seiner Macht einzuräumen.**)

In dieser Art aufgefasst erscheint also die theocratische Theorie als die Vereinigung aller historischen Theorien in einem gemeinschaftlichen Gesichtspuncte, welcher sich zugleich als der oberste Rechtfertigungsgrund — der Grund der Legitimität — der sämtlichen einzelnen

*) Alt-testamentarische Auffassung.

**) Aehnlich beschreibt Tacitus Germ. c. 13. »Insignis nobilitas aut magna patrum merita principis dignationem etiam adolescentulis assignant.« —

historischen Entstehungsarten der Staatsgewalt darstellt. Durch diese Beziehung der einzelnen historischen Begründungsarten der Staaten auf einen obersten Rechtfertigungsgrund — den göttlichen Willen — schreitet die theocratische Theorie über das Bereich der historischen Theorien hinaus, und nimmt selbst den Character einer rationalen Theorie an. Indem nämlich zufolge der theocratischen Theorie der Rechtsgrund der Staatsgewalt in den Willen der Gottheit gesetzt wird, so wird zugleich ausgesprochen, dass der Staat an sich vernunftnothwendig sei, da die Vernunft dem Menschen von der Gottheit selbst als Erkenntnisquelle gegeben worden ist. Die theocratische Theorie eröffnet daher, wenn sie richtig aufgefasst wird, eine sehr würdige Ansicht über das Verhältniss der Staatsgewalt zu den Unterthanen, und in dem hier angegebenen Sinne ist auch die Lehre von dem göttlichen Ursprunge der Herrschergewalt in dem germanischen Mittelalter aufgefasst und als die Grundlage der kaiserlichen Regierungsgewalt angesehen worden.*) Die theocratische Theorie kann als ein Beleg für das überwiegende sittliche Element in dem Menschen angeführt werden, in Folge dessen es dem menschlichen Geiste unmöglich ist, sich bei einem

*) Sachsenssp. art. 1. »Tuei svert lit got in ertrike, to bescermene de kristenheit. Deme paveise is gesat dat geistlike, deme keisere dat wertlike.« Diese Theorie liegt namentlich auch der berühmten, stets zu den Grundgesetzen des deutschen Reiches gezählten *Constitutio Ludovici Bavari a. 1338* zu Grunde, in welcher die Wahl durch die Churfürsten als das vermittelnde Factum angegeben wird, wodurch das göttliche Recht an den Kaiser übergeht. « ... *declaramus quod imperialis dignitas est immediate a solo Deo: et quod de jure et imperii consuetudine antiquitus approbata, postquam aliquis eligitur in Imperatorem sive Regem et Electoribus imperii concorditer vel majori parte eorundem statim ex sola electione est Rex verus et imperator Romanorum censendus* etc. — Dies ist auch die neu-testamentarische Auffassung der Staatsgewalt. Vergl. cap. 6. X. *de majoritate et obedientia*.

Factum an sich zu beruhigen, sondern er sich unwiderstehlich angetrieben fühlet, bis auf den letzten Grund der Erscheinungen und ihre vernünftige Rechtfertigung durchzudringen. Darum dürfen und können auch die rationalen Theorien über die Entstehung des Staates nicht als Gegensätze der theocratischen Theorie, sondern nur als fortgesetzte Entwicklungsversuche desselben Grundgedankens aufgefaßt werden, durch welchen die theocratische Theorie sich über die rein historischen Theorien erhebt.

Zweite Unterabtheilung.

B) Von der rationalen Begründung des Staates.

§. 28.

Von den Theorien, welche Anspruch darauf machen als rationale Begründungsweisen des Staates zu gelten, überhaupt: — ideale Theorie und sog. Vertragstheorie.

Alle jene Theorien, welche einen Anspruch darauf machen, als rationale Theorien über die Entstehung des Staates zu gelten, abstrahieren von der Beantwortung der Frage, wie und auf welche Weise die Staaten historisch entstanden sind; vielmehr suchen sie den allgemein gültigen Grund anzugeben, aus welchem das Bestehen einer obersten Gewalt in den einzelnen Staatsvereinen gerechtfertiget, d. h. als etwas Rechtliches zu betrachten ist? Sämmtliche Theorien, welche zur Lösung dieser

Frage aufzustellen versucht worden sind, stimmen darin überein, dass sie den Staat, und somit die Staatsgewalt als eine Vernunftforderung betrachten. Eine Verschiedenheit findet unter denselben nur in so weit statt, als nach der einen Ansicht das Erkennen dieser Vernunftforderung zur Begründung des Staates und der Staatsgewalt schon völlig hinreicht, mithin der Staat und die Staatsgewalt schon durch den Staatszweck, und also, je nachdem man diesen verschieden ausspricht, durch die Idee des Rechtes, des Sittengesetzes, der allgemeinen Wohlfahrt oder der gegenseitigen Unterstützung völlig gerechtfertigt erscheint — oder als man überdiess zur Begründung des Staates und der Staatsgewalt noch einen Willensact — (*mutuus consensus*, Vertrag) — für nothwendig hält, um die anerkannte Vernunftforderung — dass ein Staat und eine Staatsgewalt existiren solle, practisch zu realisiren. Erstere Theorie kann man daher ideale*) Theorie nennen: die letztere ist man gewohnt, als Vertragstheorie zu bezeichnen.

§. 29.

Unterarten der Vertragstheorie.

Die Vertragstheorie zerfällt in mehrere Unterarten, welche sich füglich auf zwei Hauptclassen zurückführen lassen, je nachdem man nämlich den Staat als Product des vernünftigen Gesamtwillens — d. h. als etwas von den

*) Die ideale Theorie ist diejenige Vorstellungsweise, wodurch das classische Alterthum die Staatsgewalt begründete und rechtfertigte. Man Vergl. die zu §. 2, 3 und 19 angezogenen Stellen aus Cicero. Von den Neueren hat sie Kant am schärfsten aufgefasst: aber die Wenigsten haben verstanden, sie consequent zu entwickeln und für die Lösung der Probleme des Staatsrechtes fruchtbar zu machen. Die meisten haben sich — bewusst oder unbewusst — der Vertragstheorie zugewandt. —

sämmtlichen Staatsmitgliedern vernunftnothwendig zu Wollendes betrachtet — (Hegel) — oder je nachdem man den Staat und die Geltung der Staatsgewalt für das Product eines von allen Individuen eines gewissen Staatsvereines factisch vorgenommenen Willensactes erklärt — (*volonté générale* im Sinne Rousseau's und der französischen Revolution). — Die erstere von diesen Hauptunterarten pflegt man zur Unterscheidung von der zweiten, als Begründung der Staatsgewalt durch den Staatsbegriff zu bezeichnen, während man von der letzteren vorzugsweise in einem engeren Sinne) die Bezeichnung Vertragstheorie gebraucht. — Noch andere, jedoch weniger bedeutende Modificationen erleidet die Vertragstheorie im Allgemeinen dadurch, je nachdem man die Staatsgewalt durch einen Privatvertrag, oder durch einen sogenannten Urvertrag begründet betrachtet, und je nachdem man in dem Staatsvertrage selbst wieder einzelne Momente — den Vereinigungsvertrag (*pactum unionis civilis*) den Verfassungsvertrag (*pactum constitutionis civilis*), und den Unterwerfungsvertrag (*pactum subjectionis civilis*) unterscheiden zu müssen glaubt oder nicht.*)

*) So nimmt z. B. *Hobbes* nur einen Unterwerfungsvertrag an: *Rousseau*, einen Vereinigungs- und Verfassungsvertrag; *Zachariae* einen Vereinigungs- und Unterwerfungsvertrag: ich selbst habe früher die Annahme aller drei Momente im Staatsvertrage zu vertheidigen gesucht. — M. s. meine Schrift: die Eröffnung der legitimen Thronfolge als rechtliche Folge des Missbrauches der Staatsgewalt (Heidelberg 1853 p. 18 und fl.). Fortgesetzte und wiederholte Prüfung hat mir die Ueberzeugung von der Ueberflüssigkeit und Unfruchtbarkeit aller derartigen Fiktionen verschafft.

§. 30.

Verhältniss der Unterarten der Vertragstheorien zu einander, zu der idealen Theorie und zu den historischen Theorien.

Die erste der beiden Hauptunterarten der Vertragstheorien fällt ihrem Wesen nach mit der idealen Theorie (§. 28) völlig in Eines zusammen. Wer nämlich die Rechtfertigung der Staatsgewalt aus dem Begriffe des Staates ableitet, der leitet sie *implicite* auch aus dem Zwecke des Staates selbst ab, ohne welchen dessen Begriff inhaltsleer sein würde, so wie auch die Begründung des Staates durch das vernünftige Wollen nichts anderes ist, als eine Begründung desselben durch die Bezugnahme auf seine Vernünftigkeit selbst, d. h. durch die Beziehung seiner äusseren Erscheinung auf sein Wesen oder seine Idee. Die andere Hauptunterart der Vertragstheorie (die Theorie Rousseau's), welche die Begründung der Staatsgewalt nur in einem wirklich abgeschlossenen — (ausdrücklichen oder stillschweigenden) — Verträge erkennen will, ist eben darum, weil sie sich auf eine Thatsache — (den Vertrag) — gründet, nichts Anderes, als eine historische Theorie, und kann als solche wohl eine individuelle Gültigkeit haben, nämlich da, wo ein gewisser Staat wirklich durch einen nachweisbaren Vertrag seiner Mitglieder zu Stande gekommen ist: allein sie macht aus dem angegebenen Grunde mit Unrecht Anspruch darauf, als eine rationale Theorie zu gelten.

§. 31.

Resultat der bisherigen Untersuchung. Nothwendigkeit politischer Toleranz.

Das Resultat der bisherigen Untersuchung besteht darin, dass der Staat in der Idee durch die Vernunft selbst als begründet erscheint, und dass somit die Staats-

gewalt ihre oberste Rechtfertigung in ihrer Vernünftigkeit selbst findet, daher denn auch nur die ideale Theorie allein Anspruch darauf machen kann, als eine rationale allgemein gültige und resp. philosophische Theorie zu gelten. Einzelne Staaten sind aber dann begründet, sobald in denselben der Staatszweck als Zweck der Beherrschung anerkannt wird — wobei übrigens völlig gleichgültig ist, durch welches historische Factum der einzelne Staat entstanden — resp. die Staatsidee bei der in ihm vereinigten Menschenmasse zum Bewusstsein gekommen sein mag. Keine historische Theorie über die Entstehung des Staates ist daher an sich unrichtig, sondern sie wäre diess nur in soferne, als sie sich nicht begnügen würde, in *concreto* zu gelten, sondern eine absolute Gültigkeit derselben behauptet werden will. Wenn nun aber auch gleichwohl kein Staat historisch eher entstanden gedacht werden kann, als bis bei dem Volke die Staatsidee zum Bewusstsein gekommen ist, und wenn auch gerade der Moment, in welchem dieses Bewusstsein erwacht, den Anfangspunct des Staates bezeichnet, so wäre es doch ein grosser Irrthum, wenn man die eben erwähnte gemeinsame Anerkennung des Staatszweckes durch die zum Staate vereinigten Individuen als einen ausdrücklichen oder stillschweigenden Vertrag bezeichnen würde.*) Man übersieht hierbei, dass es viele Verhältnisse gibt, deren Vernünftigkeit oder Unvernünftigkeit, Rechtlichkeit oder Widerrechtlichkeit, alle Menschen und Völker anerkennen, d. h. worüber alle

*) Diese Verwechselung wird sehr häufig gemacht. Sie findet sich auch noch in meiner S. 34 in der Note angeführten Schrift p. 12 und 13., in welcher ich übrigens schon die noch jetzt — wenn gleich zum Theile mit anderen Gründen, als damals — von mir vertheidigte Theorie, dass der Grund der Geltung der Staatsgewalt in *concreto* in ihrer Anerkennung, nicht aber in einer Uebertragung zu finden sei, aufgestellt hatte.

gleichmässig denken, ja als vernünftige Wesen gleichmässig denken müssen — worüber also eine allgemeine Ueberzeugung besteht, ohne dass jemals eine Besprechung oder ausdrückliche oder stillschweigende Erklärung stattgefunden hätte. *) Man übersieht also, dass nicht Alles, worin Alle übereinstimmen, durch einen Vertrag festgesetzt ist, und eben so auch nicht Alles, was auf allgemeine Gültigkeit Anspruch macht, durch die vorgängige Existenz eines Vertrages bedingt ist. Erkennt man aber die Richtigkeit dieser Sätze an, und überzeugt man sich, wie völlig gleichgültig für die Rechtfertigung der Staatsgewalt vor der Vernunft es ist, auf welche Weise die Staatsidee historisch bei einer gewissen Nation zur Anerkennung d. h. zum Bewusstsein gekommen ist, so findet man sich eben hierdurch zu dem hingeleitet, was unserer Zeit vor Allem Noth thut — nämlich zur politischen Toleranz, welche auf der einen Seite durch die allgemeine Ueberzeugung von der Vernünftigkeit der Staatsgewalt und des Staates an sich — auf der anderen Seite durch die völlige Freiheit der individuellen Ansicht über die historische Entstehung der Staaten und der Staatsgewalt in denselben bedingt ist.

§. 32.

Folgerungen aus der Vernünftigkeit des Staates.

Staatsgewalt und Volksrechte.

Geht man von der Betrachtung aus, dass der Staat ein vernunftnothwendiger socialer Zustand für den Menschen ist, so ergeben sich von selbst nachstehende Folgesätze, welche zugleich als die obersten Principien für die practische Darstellung des Staates erscheinen :

*) z. B. dass man sein Versprechen halten müsse, dass der Mord, dass Gewaltthat widerrechtlich und unerlaubt sind, u. s. w.

I. Der Staat ist ein durchaus rechtlicher Zustand, und mithin die in ihm bestehende oberste Gewalt — die Staatsgewalt — an sich — absolut rechtlich.

II. Aus gleichem Grunde können aber durch die Vereinigung zum Staate die vereinigten Individuen — selbst der Staatsgewalt gegenüber — nicht rechtlos werden. Die Rechte, welche den Individuen in ihrer Gesamtheit der Staatsgewalt gegenüber zustehen, heissen Volksrechte.

Alles practische Recht im Staate löst sich daher in den Gegensatz von Staatsgewalt und Volksrechten auf. Hiermit ist auch der Darstellung selbst der Weg vorgezeichnet. *)

***) Der hauptsächlichste Grund, aus welchem die Vertragstheorie so viele Anhänger selbst unter dem nichts weniger als revolutionär gesinnten Publikum, insbesondere unter dem Juristenstande zählt, liegt darin, weil man derselben nicht entbehren zu können glaubt, um dem Volke der Staatsgewalt gegenüber Rechte zu vindiciren. Allein gerade hier zeigt sich die Entbehrlichkeit der Vertragstheorie am deutlichsten. Um darzuthun, dass das Volk im Staate nicht rechtlos sein kann, bedarf es nichts weiter, als einer Verweisung auf die Vernünftigkeit und Rechtlichkeit des Staates selbst — resp. auf die ideale Theorie — welche durch keine historische Theorie ausgeschlossen wird, sondern neben jeder und in Verbindung damit ihre practische Gültigkeit behauptet. Ein Zustand, in welchem die Individuen — einzeln oder in Masse — der bestehenden Gewalt gegenüber rechtlos sein — mit anderen Worten — aufhören würden, Rechtssubjecte und folglich Menschen zu sein — wäre eben darum selbst kein rechtlicher und folglich auch kein vernünftiger Zustand — also gerade das Gegentheil von dem, was der Staat seinem Begriffe nach ist und sein will.**

Erster Theil.

Verfassungsrecht.

I. Abtheilung.

Allgemeines Verfassungs-Recht.

I. Abschnitt.

Von der Staatsgewalt und dem Souverain.

§. 33.

Idee und Begriff der Staatsgewalt.

Die Staatsgewalt ist ihrer Idee nach nichts Anderes, als der vernünftige, auf die Erreichung des Staatszweckes selbst gerichtete Wille, ausgerüstet mit der nothwendigen äusseren Macht zu seiner practischen Geltendmachung. *) Objectiv aufgefasst, ist sie der Inbegriff der dem Staatsherrscher als solchem zustehenden Rechte — (Inbegriff sämtlicher Hoheitsrechte) — subjectiv betrachtet, erscheint sie als der Zustand der Innehabung der Hoheitsrechte — *exercitium sive quasi-possessio juris imperandi*) — in einem bestimmten Staatsgebiete. In dieser letzteren Beziehung wird die Staatsgewalt vorzugsweise Souverainität genannt, obgleich dieses Wort an sich

*) Jede Gewalt ist ein vermögender Wille.

mit « Staatsgewalt überhaupt » gleichbedeutend ist.

§. 34.

Verhältniss der Staatsgewalt zur *volonté générale* Rousseau's.

In soferne die Staatsgewalt sich als einen vernünftigen Willen (§. 33.) characterisirt, ist sie auch ein allgemeiner Wille im philosophischen Sinne, d. h. das Wollen eines von allen Menschen gleichmässig anzuerkennenden Zweckes. Ganz verschieden hiervon ist der von Rousseau aufgestellte Begriff einer *volonté générale*.*) Diese stellet sich als etwas rein Arithmetisches — als das Product aller Einzel-Willen sämtlicher Staatsbürger dar, und ist somit nicht sowohl eine Begriffsbestimmung der Staatsgewalt an sich, als vielmehr eine einseitige Darstellung derselben in der Form der Democratie. Der Unterschied zwischen dem hier aufgestellten Begriffe der Staatsgewalt und der *volonté générale* Rousseau's äussert sich practisch darin, dass der Begriff der Ersteren auf die Idee einer Beherrschung der Massen durch die Intelligenz gegründet ist, der Begriff der Letzteren aber auf die Idee einer Regierung nach dem Willen der Massen resp. der Mehrzahl basirt — d. h. die Intelligenz nach dem numerischen Verhältniss bemessen wird.

§. 35.

Rechtlicher Character der Staatsgewalt.

Aus der Idee und dem Begriffe der Staatsgewalt ergibt sich von selbst, dass es im Staate keine höhere Gewalt geben kann als die Staatsgewalt, und daher wird dieselbe auch als *potestas suprema* oder *souveraineté* be-

*) Vergl. über diesen Gegensatz auch meine angeführte Schrift über die Eröffnung der legit. Thronfolge p. 25.

zeichnet (§. 33.) Eben darum, weil sie die höchste Gewalt im Staate ist, ist sie auch eine absolute, d. h. von keiner anderen abgeleitete oder abhängige Gewalt. *) Sie ist ferner unwiderstehlich in dem Sinne, dass, wenn es irgend einer Macht gelingen würde, der Wirksamkeit der Staatsgewalt innerhalb ihrer Sphäre mit Erfolg einen von ihr nicht überwindlichen Widerstand entgegenzusetzen, damit die Staatsgewalt selbst vernichtet und aufgehoben wäre. Auch kann man der Staatsgewalt insoweit eine (formelle) Unfehlbarkeit beilegen, als dasjenige, was dieselbe in gewissen durch die spezielle Verfassung bestimmten Formen anordnet, als der positive Ausdruck des absoluten Rechtes im Staate gelten muss. Inappellabilität kann aber der Staatsgewalt nur in soferne beigelegt werden, als die Zweckmässigkeit, nicht aber in so ferne die Legalität der Regierungsacte in Frage steht. **) Wegen der Einheit ihres Zweckes und ihrem Begriffe als höchste Gewalt zufolge ist die Staatsgewalt endlich auch ihrem Wesen nach eine untheilbare Gewalt. ***)

*) Hierdurch ist die Souverainität von der zur Zeit der deutschen Reichsverbundung bestandenen Landeshoheit der deutschen Fürsten wesentlich unterschieden.

**) Diese Unterscheidung ist die Consequenz aus dem §. 32 erläuterten Satze, dass der Staat ein absolut rechtlicher Zustand sein soll. Keine Handlung der Staatsgewalt oder eines Individuums darf daher im Staate der rechtlichen Prüfung entzogen sein. Wird die Legalität der Regierungsacte bestritten, so ist die Prüfung derselben Sache unabhängig gestellter Gerichte. Die weitere Begründung s. bei der Darstellung der Lehre von der sog. richterlichen Gewalt. §. 67. — Vgl. auch die Wiener Schlussacte vom 15. Mai 1820 art. 29. —

***) Die Untheilbarkeit der Staatsgewalt ist für die deutschen Bundesstaaten überdiess positiv und grundgesetzlich durch a. 57 der Wiener Schlussacte vom 15. Mai 1820. ausgesprochen.

§. 36.

Begränzung der Staatsgewalt.

Daraus, dass die Staatsgewalt die höchste Gewalt im Staate ist, folgt aber nicht, dass sie eine schrankenlose Gewalt sei. Vielmehr ist ihr Umfang durch ihren Begriff als rechtliche Gewalt selbst begränzt, und demzufolge sind ihr natürliche Grenzen durch den Zweck des Staates selbst gesetzt. Wo die Staatsgewalt endigt, beginnen die Volksrechte (§. 32), und diese sind daher ihrem Wesen nach mit den natürlichen Grenzen der Staatsgewalt selbst identisch. Hiermit ist auch angedeutet, wie die Staatsgewalt und die Volksrechte neben einander in voller Wirksamkeit und Kraft bestehen können, ohne mit einander in Conflict zu gerathen.

§. 37.

Der Souverain. Begriff.

Der Souverain ist das Subject, in welchem die Staatsgewalt personificirt wird — er ist also der Repräsentant des allgemein vernünftigen auf die Realisirung des Staatszweckes gerichteten Willens. Mit der Anerkennung eines Individuums oder einer moralischen Person — (welche letztere aber, wie z. B. in der Demokratie sogar das Volk in seiner Gesammtheit selbst bilden kann) — als Subject der Staatsgewalt, erhält erst der Staat praktische Realität — d. h. er tritt aus der Sphäre der Gedanken in die Reihe der (historischen) Erscheinungen. Souverain und Volk entstehen daher immer gleichzeitig. Mit der Anerkennung eines Subjectes als Inhaber der Staatsgewalt ist zugleich der Gegensatz von Herrscher und Unterthanen gegeben.

§. 38.

Persönliche Attribute des Souverains.

Aus dem Begriffe des Souverains als der personificirten

Staatsgewalt, und entsprechend dem rechtlichen Character derselben (§. 35) ergeben sich als Attribute des Souverains oder als persönliche Rechte desselben — die Unfehlbarkeit*), die Unverantwortlichkeit**), die Unverletzlichkeit oder Heiligkeit und die höchste äussere Würde oder Majestät des Staatsherrschers. Diese Attribute ergeben sich ganz augenscheinlich bei der Demokratie als Rechte des Souverains (des souverainen Volks.***). Es ist aber einleuchtend, dass die Verschiedenheit der möglichen Darstellungsformen des Souverains (die sog. Beherrschungsformen) an den juristischen Befugnissen und Qualitäten des

*) Diese kömmt dem Souverain in demselben Sinne zu, wie sie in dem rechtlichen Character der Staatsgewalt enthalten ist — also als formelle Unfehlbarkeit. §. 35. — Das Princip — „der Souverain kann nicht Unrecht thun“ — wälzt somit die ganze Verantwortlichkeit auf die Rathgeber und Beamten des Souverains, und hieraus erklärt sich einerseits sowohl die Nothwendigkeit der Trennung der Regierung und Verwaltung, andererseits die Nothwendigkeit der Contrasignatur der Minister. (§. 119.)

**) Die Unverantwortlichkeit des Souverains vor jeder menschlichen Autorität ergibt sich von selbst daraus, dass er selbst die höchste Autorität ist, so wie daraus, dass er nicht Unrecht thun kann (Not. *). — In diesem Sinne kann man den Grundsatz der L. 31. Dig. de Legibus: „*princeps legibus solutus est*“ — als fortwährend practisch betrachten, obgleich nicht verkannt werden darf, dass er eigentlich nur für specielle Verhältnisse im römischen Staate und selbst hier nur mit grosser Einschränkung Geltung behaupten konnte. — Im Mittelalter konnte der deutsche Kaiser vor dem Pfalzgrafen bei Rhein belangt und von den Fürsten gerichtet werden, Sächs. LdR. III. 34. — Schwabensp. (Wakernagel.) c. 105. — Das Sächs. Weichbild (Ed. 1557 Bl. 16.) hat diesen Rechtssatz schon ganz mährchenhaft ausgeschmückt. — Die deutschen Landesherrn konnten zur Zeit des deutschen Reiches stets wegen Missbrauchs der Staatsgewalt vor den höchsten Reichsgerichten belangt werden.

***) Bei der Demokratie ist es schon physisch unmöglich, den Souverain (das souveraine Volk) zur Verantwortung zu ziehen. Auch ist die Idee der Majestät historisch von den Republiken an die Monarchie übergegangen. So schützte schon eine *Lex Cornelia* und eine *Lex Julia* die *Majestas populi Romani* durch Strafgesetze.

Staatsherrschers, welche in dem Begriffe desselben liegen, nichts ändern können, daher denn auch dem Monarchen in der Monarchie gerade dieselben persönlichen Attribute zukommen, wie dem souverainen Volk in der Demokratie.

§. 39.

Verhältniss des Souverains zur Staatsgewalt.

Territorialprincip.

Jeder Staatsorganismus — die Staatsform sei welche sie wolle — beruht auf der Rechtsfiction, dass der Wille des Souverains der vernünftige Wille sei.*) Die Staatsgewalt ist daher das innere juristische Wesen des Souverains: sie ist — (dem Unterthan gegenüber) sein Recht, welches ihm kraft seines Begriffes an sich und ohne weitere Vermittelung zusteht. Um diesen absoluten — d. h. von keiner anderen Gewalt abhängigen Character der Souverainität auszudrücken, pflegt man sie als das *Dominum politicum* des Souverains zu bezeichnen, und eben durch diesen absoluten Character seines Herrscherrechtes ist der Souverain von einem Magistratus, Beamten oder sog. Depositär der Staatsgewalt unterschieden, welcher stets ein Subject der Staatsgewalt ausser ihm voraussetzt.***) Die Souverainität ist ihrem Wesen nach ein politisches Immobilier-Recht***) d. h. sie ist absolut durch den Besitz eines Territoriums bedingt, wie der Staat selbst dadurch bedingt ist (§. 8);

*) Daher der Grundsatz des römischen Rechts: *»quod principi placuit, legis habet vigorem.«* — L. 1. Dig. de const. princ. —

**) Es ist daher eine unrichtige und verwirrende Bezeichnung, wenn Rousseau, *contr. soc.* L. 3. c. 1. dem ersten Executiv-Beamten seiner Republik den Namen Souverain beilegt.

****) Zum Verständnisse des Wesens der Souverainität ist die Bezugnahme auf den im alten deutschen, und noch im heutigen französischen und englischen Rechte durchgreifenden Unterschied von Immobilier- und Mobilier-Rechten weit mehr förderlich, als eine Herbeiziehung der hier ganz unfruchtbaren römischen

sie wird daher mit dem Territorium erworben und verloren*) — sie ist daher hinsichtlich ihrer practischen Geltung für den Souverain selbst ein Ausfluss (Wirkung) seines Territorial-Besitzes — mithin ein Recht des Besitzes — (jus possessionis — Territorialprincip). — Hieraus ergibt sich zugleich, warum für den Begriff der Souverainität vollkommen gleichgültig ist, ob sie rechtlich oder widerrechtlich erworben worden ist.**)

§. 40.

Von der Uebertragung der Staatsgewalt.

Es ist eine sehr häufige Behauptung, dass die Staatsgewalt eine dem Souverain von dem Volke übertragene Gewalt sei. Unverkennbar hängt diese an Consequenzen reiche Ansicht mit der Vertragstheorie zusammen, kann aber selbst nach dieser, wenn man auch dieselbe für richtig annehmen wollte — was, wie gezeigt worden, in Bezug auf die historische Entstehung einiger Staaten allerdings geschehen darf, (§. 30. 31.) — dennoch nicht gerechtfertiget werden. Vom philosophischen Standpuncte aus müsste nämlich die Frage, ob die Staatsgewalt dem

Unterscheidung von jus in re und jus in personam. — Jedoch hüte man sich den Begriff eines Immobilienrechtes mit dem (vielleicht engeren) Begriffe einer sog. Realgerechtigkeit zu verwechseln.

*) Hiermit ist nicht gesagt, dass einem vertriebenen Souverain nicht unter gewissem Verhältnissen ein Anspruch oder eine Befugniß verbleiben könne, nach der Wiedererlangung seiner Souverainität zu streben. S. §. 44 §. 48. —

**) Schon im Civilrecht ist dies für einen grossen Theil der Wirkungen des Besitzes völlig gleichgültig, z. B. hinsichtlich des Rechtes zum Gebrauche der possessorischen Interdicta. Um so mehr muss dies im öffentlichen Rechte hinsichtlich jener Verhältnisse der Fall sein, wo keine regelmässige Instanz besteht, welche über die Legalität des Factums entscheiden könnte.

Souverain vom Volke übertragen sei, in Bezug auf den Staat in der Idee verneint werden, weil sie mit der Idee des Staates gegeben und von dieser untrennbar, und somit wie diese selbst, uranfänglich ist. Aber auch in Bezug auf die Darstellung des Staates im practischen Leben — in Bezug auf die historische Entstehung des Staates — ist diese Frage nicht minder zu verneinen, weil es vor der Anerkennung eines Subjectes als Souverain gar keine Staatsgewalt gibt, welche übertragen werden könnte *), daher denn auch nicht von einer Uebertragung, sondern nur von der Anerkennung der Staatsgewalt in einem Subjecte die Rede sein kann, und hiermit ist denn sofort auch der Staat historisch begründet und entstanden, auf welche Art immer — selbst vielleicht durch ungerechte Gewalt und Zwang — Anerkennung herbeigeführt worden ist. (§. 51. §. 59.) — Nur allein da kann man von einer Uebertragung der Staatsgewalt sprechen, wo ein bereits bestehender Staat aus einer Beherrschungsform in eine andere übergeht, z. B. eine Democratie in eine Monarchie, wo also der bisherige Souverain seine Gewalt an ein anderes Subject abtritt und gleichsam cedirt. **) Wer aber jede bestehende Staatsgewalt als auf einer Uebertragung durch das Volk beruhend betrachten wollte, würde sich eines Theiles die historische Unrichtigkeit zu Schulden kommen lassen, zu behaupten, dass jedem Staate eine Demokratie und resp. die Volkssouverainität vorangegangen wäre, und andererseits würde er sich genöthiget fin-

*) Diesen Punkt hat auch Maurenbrecher in der Schrift die deutschen regierenden Fürsten und die Souverainität, Frankfurt 1859, sehr gut ausgeführt.

**) So ist z. B. Ulpian (L. 1. Dig. de const. princ. zu verstehen, wenn er sagt: „lege regia... populus ei (sc. principi) et in eum omne imperium suum et potestatem confert.“

den, zu geistlosen Fictionen*) zu greifen, um die Geltung einer Gewalt als Staatsgewalt da zu erklären, wo sie historisch erweislich dem Volke gegen seinen Willen aufgedrungen worden ist.**) Offenbar sind diejenigen, welche die Staatsgewalt als übertragen durch das Volk betrachten, in der Meinung befangen, dass ein Subject, um als Staatsherrscher zu gelten, eines Besitztittels der Staatsgewalt bedürfe. Man übersieht aber dabei, dass die Staatsgewalt, eben weil sie für den Staatsherrscher ein Besitz ist, (§. 39) dem Unterthan gegenüber selbst ein genügender Titel ist, resp. einen solchen in sich selbst enthält.

§. 41.

Von der Unwiderruflichkeit der Staatsgewalt.

Die Frage, ob die Staatsgewalt dem damit bekleideten Subjekte durch das Volk rechtlich wieder entzogen, d. h. widerrufen werden dürfe, ist im Gefolge der irrthümlichen Ansicht aufgeworfen worden, dass die Staatsgewalt dem Staatsherrscher von dem Volke übertragen sei. (§. 40.) Ueberzeugt man sich von der Unrichtigkeit dieser Voraussetzung, so hat man sofort auch für die Anerkennung der Unwiderruflichkeit der Staatsgewalt entschieden, indem da, wo nichts übertragen worden, auch nichts zu widerrufen ist. Wer die Widerruflichkeit der Staatsgewalt behauptet, huldigt — vielleicht ohne sich dessen selbst bewusst zu sein — der Volkssouveränität, und verwechselt den Staatsherrscher mit einem Magistratus einer Republik. (§. 39.) Insofern aber obige Frage den Sinn haben soll, ob es Fälle geben könne, in welchen das Volk oder der

*) z. B. nachfolgende stillschweigende Genehmigung des Volkes etc.

**) Z. B. da, wo in Folge eines Friedensschlusses, einer Eroberung, eines Ländertausches etc. ein Landstrich an einen neuen Herrscher übergeht.

Einzelne befugt wäre, dem Staatsherrscher den Gehorsam zu verweigern, so wird hiervon in der Lehre von den Gränzen des staatsbürgerlichen Gehorsams und von dem Widerstandsrechte der Unterthanen gehandelt werden. — (§. 53. §. 59). —

II. Abschnitt.

Von der Erwerbung der Souverainität.

§. 42.

Eintheilung der Erwerbsarten.

Daraus, dass die Souveränität auf einem Territorialprincip beruht, und eben darum auch für den Souverain sich als ein Recht des Besitzes characterisirt, (§. 39) ergibt sich von selbst, dass dieselbe, wie jeder Besitz, auf zweifache Weise erworben werden kann, nämlich auf rechtliche oder auf widerrechtliche Weise, je nachdem nämlich dem Factum des Besitzes ein besonderer rechtlicher Titel vorhergeht, und damit verbunden ist, oder je nachdem der Besitz selbst als eigener und einziger Rechtstitel des Inhabers (§. 40), und überdiess im Conflict mit einem älteren und noch nicht definitiv aufgehobenen Rechtstitel eines anderen Subjectes erscheint — mit anderen Worten: die Souveränität ist rechtlich erworben, insoferne sie als *ius possessionis* mit einem *ius possidendi* — (d. h. mit einem Rechte zu besitzen) — verbunden ist: sie ist widerrechtlich, aber auch nur da widerrechtlich erworben, wo dem *ius possessionis* des gegenwärtigen Inhabers das noch nicht rechtlich erloschene

ius possidendi eines anderen Subjectes entgegensteht. Noch deutlicher wird vielleicht dieses Verhältniss ausgedrückt, wenn man auf dasselbe die germanische Terminologie überträgt, wodurch die bei dem deutschen Immobiliarsitze — (der Gewer an Immobilien) — vorkommenden Rechtsverhältnisse characterisirt werden — eine Uebertragung, welche um so mehr gerechtfertigt, und auch mehr als eine blosser Analogie zu nennen sein dürfte, da die Souverainität selbst vollständig den Charakter eines germanischen Immobiliars-Rechtes an sich trägt (§. 39.). Hiernach kann die hier aufgestellte Theorie auch folgendermassen ausgesprochen werden: Jede factisch bestehende Souverainität ist eine Gewer, aber nicht jede ist eine redeliche d. h. *bona fide et iusto titulo* erlangte Gewer: jede factisch bestehende Souverainität hat also als solche rechtliche Wirkungen — aber in einem Conflict der bloss factischen mit der überdiess noch besonders titulirten Gewer entsteht die Frage nach der stärkeren Rechtswirkung der einen vor der anderen — die Frage nach der besseren Gewer. Hiernach theilen sich also die Erwerbsarten der Souverainität, wie die der Gewer, in rechtliche, d. h. titulirte — sog. legitime Erwerbsarten und in widerrechtliche, d. h. mit einer legitim begründeten Souverainität in Widerspruch stehende — sog. illegitime Erwerbsarten.

§. 43.

Legitime Erwerbsarten der Souverainität. Nähere Bestimmung des Begriffes der Legitimität und Illegitimität.

Geht man von dem Principe aus, dass jede, wenn auch nur factisch bestehende Souverainität an sich ein Recht und ihr factisches Bestehen selbst schon ein Rechtstitel ist (§. 39. 40. 41) -- so ergibt sich hieraus, dass der Begriff der Illegitimität kein absoluter Begriff ist — d. h.

dass eine bestehende Souverainität niemals an sich und unter allen Verhältnissen, sondern nur dann und unter der Voraussetzung und auch nur in soweit eine Widerrechtlichkeit sein kann, als sie mit dem älteren und besseren Ansprüche eines anderen Subjectes (auf die Souverainität) im Widerspruch steht. Darum kommt die Frage nach der Legitimität und Illegitimität des Staatsherrschers auch nur in den Erb-Monarchien vor *) — und zwar in diesen selbst nur im Verhältnisse des jeweiligen factischen Souverains zu dem früheren, d. h. einem vertriebenen Souverain, oder zu dessen Familie, oder zu einem einzelnen, gleichfalls auf die Krone Anspruch erhebenden Mitgliede desselben Fürstenhauses. Dem Volke gegenüber — es mag vor der Unterwerfung unter den gegenwärtigen (factischen) Souverain als eine Republik sich selbst regiert oder einem anderen Subjecte gehorcht haben — gibt es von dem Standpuncte des practischen Staatsrechtes aus angesehen, niemals einen illegitimen Staatsherrscher.**) In demselben Augenblicke nämlich, in welchem es einer Person gelungen ist, sich in den Besitz des Territoriums***) zu setzen, und hierdurch sich

*) Nichts hat von jeher in die Wissenschaft mehr Verwirrung gebracht, als das allzuvieler Generalisiren. Viel scheint für die Erörterung eines Rechtsverhältnisses gewonnen, wenn es gelingt, die speziellen Beziehungen scharf zu bestimmen, unter welchen es allein vorkommen kann. Auch ist das Wort »Legitimität« seit dem Wiener Congresse v. 1814, wo sich Talleyrand zuerst desselben bediente, in der Diplomatie stets auch nur in Bezug auf Erbmonarchien gebraucht worden.

**) Wer das Gegentheil behauptet, fällt eben hierdurch in die Vertragstheorie. Uebrigens ist sogar der Sprachgebrauch dagegen. Nie hat man einen Cäsar, einen Octavianus Augustus, oder sonst einen Mann von Kraft und Talent, dem es gelang, eine Republik in eine Monarchie umzuwandeln, einen illegitimen Herrscher genannt, wenn man ihn gleichwohl mit dem Titel eines Tyrannen belegte.

***) Darum ist die Entdeckung fremder Länder, deren Bevölkerung

das Volk freiwillig — durch Volkswahl — oder gezwungen — Occupation — zu unterwerfen, hat dieselbe die Gesetze in ihrer Hand und in ihrem Dienste. Der Moment, in welchem der factische Staatsherrscher die Gerichte in Abhängigkeit von sich gebracht hat, bezeichnet daher auch den Zeitpunkt, von welchem an er für das Volk der Souverain ist, indem von diesem Augenblicke an der Unterthan als Hochverräther und Rebelle gestraft wird, wenn er gegen den factischen Staatsherrscher eine feindliche Handlung unternimmt, oder zu Gunsten des früheren Zustandes oder der vertriebenen Herrscherfamilie conspirirt. Dem Volke gegenüber bestimmt sich also der Begriff der Legitimität des Souverains dahin: legitimer Staatsherrscher ist dasjenige Subject, welches das positive Gesetz und die Gerichte in dieser Eigenschaft schützen.*) Das positive Gesetz schützt aber der Natur der Sache nach in dieser Eigenschaft jedes Subject, das sich zum Herrn des Territoriums gemacht hat. Die Legitimität des Staatsherrschers im Verhältniss zum Volke, ist also eine durch das positive Gesetz geschützte (garantirte) Innehabung der Staatsgewalt. Da nun aber nur der jeweilige Staatsherrscher es ist, welcher das positive Gesetz gibt und aufrecht erhält, und resp. durch dasselbe sich selbst in seiner Souverainität schützt, so liegt also immer die Quelle seiner Legitimität dem Volke gegenüber in ihm selbst, d. h. dem Volke gegenüber beruht die Legitimität lediglich in dem Besitze der Souverainität —

noch uncivilisirt war, und noch keinen Staat bildete, unter den seefahrenden europäischen Nationen stets für einen Erwerbstitel der Souverainität geachtet worden.

*) So lange es ein Subject noch nicht bis auf diesen Punct gebracht hat, ist es eben noch nicht Souverain, sondern erst ein Kämpfer um die Souverainität.

der Besitz ist sich hier selbst und zwar einziger und ausschliessender Rechtstitel und jede höhere Beziehung überflüssig und unpractisch.

§. 44.

Fortsetzung.

Die Beziehung des Besitzes der Souverainität auf einen weiteren ausser ihm selbst liegenden und daher höheren und von ihm möglicherweise auch getrennt bestehenden Rechtstitel wird aber da möglich, ja nothwendig und unentbehrlich, wo nicht das Verhältniss des Souverains zum Volke, sondern das Rechtsverhältniss des gegenwärtigen Inhabers der Souverainität zu dem als älter und besser behaupteten Ansprüche eines anderen Subjectes auf dieselbe Souverainität in Frage gezogen wird, — ein Fall, wie er sich in den Erbmonarchien ereignet,*) wenn das herrschende Subject, oder die herrscherberechtigte Familie entfernt worden ist, oder unter ihren Mitgliedern selbst Thronstreitigkeiten sich erheben. Die Möglichkeit und die Nothwendigkeit der Beziehung des Besitzes der Souverainität auf einen höheren Rechtstitel ist aber in der Erbmonarchie in deren eigenthümlichen Natur und Wesen selbst begründet. In jeder Erbmonarchie erscheint nämlich die Krone — (das Herrscherrecht, die Souverainität) — nicht nur als der Besitz eines Individuums gegenüber dem Volke, sondern sie nimmt auch zugleich die Natur eines Patrimonium's, mitunter und

*) Der Legitimitätsstreit kann aus dem Grunde nur in der Erbmonarchie vorkommen, weil er ein Streit unter mehreren möglicherweise herrscherberechtigten Subjecten unter sich ist. in den anderen Staatsformen kann es sich nur allein um die Behauptung der Souverainität gegenüber dem Volke handeln, in welcher Beziehung der Besitz allein schon vollständig entscheidet.

(§. 43.). —

meistentheils*) sogar die Natur eines Majorates einer gewissen Familie an, indem sich hier der Begriff des Besitzes mit dem eines vererblichen Rechtes verbindet und zu einem Ganzen — (vererbliches Besitzrecht, *ius possidendi hereditarium*, erbliche Gewer) — verschmilzt. Die rechtmässige (legitime) Abstammung aus der herrschenden Familie, durch vollgültige Ehe**) und die Berufung zur Thronfolge durch die in einem Herkommen oder Hausgesetze oder auch unter gewissen Umständen (§. 46) in einer letztwilligen Disposition des bisherigen Souverains begründete Successions-Ordnung bilden daher in der Erbmonarchie einen historischen Titel für die Ergreifung des Besitzes der Souverainität selbst — d. h. sie enthalten analog dem privatrechtlichen Eigenthums- und Erbrechtsbegriff ein gesteigertes — besseres Besitzrecht — im Verhältniss zu einem Besitze, welcher sich im Widerspruche hiermit geltend zu machen sucht, und dieser Qualifikationen entbehrt. Die Legitimität ist daher in Bezug auf die Erbmonarchie nichts anderes, als das Kronbesitzrecht, welches auf rechtmässiger Abstammung aus dem Herrscherhause und Berufung durch die Thronsuccessionsordnung beruht,***) und welches eben sowohl mit dem wirklichen Besitze der Souverä-

*) Aber nicht absolut nothwendig.

**) Die Bedingungen der Vollgültigkeit der Ehe können particular verschieden modificirt sein, z. B. durch Forderung der Ebenburt der Gemahlin etc.

***) Man hat die Legitimität auch als Thronbesitzrecht kraft göttlichen Rechtes (§. 27) definirt. Diese Begriffsbestimmung stimmt mit der hier entwickelten Theorie genau zusammen, in soferne hierdurch in möglichster Kürze ausgedrückt wird, dass die Legitimität des Staatsherrschers an sich nicht von einer freiwilligen (ausdrücklichen oder stillschweigenden oder vertragsmässigen) Uebertragung der Staatsgewalt durch das Volk abhängt. —

nität verbunden, als von demselben getrennt gedacht werden kann. Wo nun aber das Kronbesitzrecht von dem factischen Besitze der Souverainität wirklich getrennt erscheint, da erscheint dieser letztere dem ersten gegenüber, — d. h. in Beziehung auf das kronbesitzberechtigte Subject — als nicht-titulirter, folglich als rechtlich schlechterer, (und dem besseren Rechte widerstreitender Besitz — mithin in Vergleich mit jenem — als widerrechtlicher oder illegitimer Thronbesitz.

§. 45.

Von der legitimen regelmässigen Erwerbsart insbesondere.

So wie von legitimen und illegitimen Erwerbsarten der Souverainität und dadurch bedingtem legitimen und illegitimen Besitze derselben nur in Bezug auf die Erbmonarchie die Rede sein kann (§. 43. 44), so ist auch nur in Bezug auf diese der Unterschied von regelmässigen und ausserordentlichen legitimen Successionsarten von practischer Bedeutung. Da nach der Grundidee der Erbmonarchie die Krone stets ein — wenn auch nicht nothwendig bis zu dem Begriffe eines Majorates gesteigertes*) — *Patrimonium* des Souveräns ist (§. 44.), so ergibt sich von selbst, dass die regelmässige legitime Successionsart die Intestaterbfolge ist. Die Geschichte lehrt, dass die Intestaterbfolge in die Krone sich bei einem jeden Volke ursprünglich genau nach denselben Principien richtet, nach welchen die Immobilien unter den Privaten verer-

*) Ob dies der Fall ist, muss als historisches Factum in concreto erwiesen werden, in soferne es nicht notorisch ist, wie z. B. in Deutschland.

ben.*)" Diess ist schon daraus vollkommen erklärlich, dass die Erblichkeit an sich nur ein **privatrechtlicher Begriff** ist, welcher in der Erbmonarchie künstlich mit dem **politischen Begriffe der Souverainität** verflochten wird.***) Auf diese Art hat sich aus dem bei den Franken gültigen **Erbrechts-Systeme**, wonach der Mannsstamm einen **unbedingten Vorzug** vor dem Weibsstamme genoss,***) jenes **Thronfolgesystem** gebildet, welches noch heut zu Tage in Frankreich und in ganz Deutschland seit den Zeiten seiner **Verbindung mit der fränkischen Monarchie**†) **ununterbrochen** gilt, und noch jetzt unter dem Namen der **Thronfolge** nach dem **Salischen Gesetze** bekannt ist. Im Gegensatze hiervon hatten die **Sächsischen Völker** dem Mannsstamme keinen so unbedingten Vorzug eingeräumt, sondern liessen bei der Erbfolge in die Immobilien nur die **Söhne** den **Töchtern** vorgehen, zogen diese aber den **entfern-**

*) Es liegt hierin, wenigstens in Bezug auf die germanischen Völker, ein historischer Beweis für die Richtigkeit unserer Behauptung, dass die Souverainität ein Immobilienrecht ist. (§. 39.) —

) Daher wird auch noch in Deutschland das Familien- und Erbrecht der regierungsmässigen Familien als **Privatfürstenrecht bezeichnet. — Es ist überhaupt bemerkenswerth, wie in Deutschland die practische Gültigkeit des alten nationalen Familien- und Erbrechts immer auf engere Kreise — Adel und Fürstenstand — eingeschränkt worden ist, während es bei dem Volke selbst durch das römische Recht grösstentheils verdrängt wurde.

***) *Lex Salica* tit. 62. „De terra vero Salica nulla portio hereditatis mulieri veniat: sed ad virilem sexum tota terrae hereditas perveniat.“

†) In politischen Beziehungen galt in dem ganzen Mittelalter das fränkische Recht als das **gemeine Recht** des deutschen Reiches. Schwabensp. (Wackern.) c. 104. — „Als der künig erwelt wird, von swelhem lande er geboren ist, des reht hat er verloren, unde sol haben vrensches (fränkisches) Recht. Vgl., Sachsensp. III. 54. §. 4. —

teren Agnaten vor. *) Dasselbe Erbsystem finden wir noch jetzt unter dem Namen der cognatischen Successionsordnung als das practische in England, dessen gesammte Rechtsverfassung auf den Elementen des Sächsischen Rechtes beruht. Auf ähnliche Weise erkannte man auch bei dem gothischen Stamme in Spanien, nachdem dort endlich auch die Erbmonarchie Eingang gefunden hatte, nur ein Vorzugsrecht der Söhne vor den Töchtern bei der Thronfolge an, so wie auch nur dieser beschränkte Vorzug des Mannstammes bei den Majoraten des spanischen Adels vorkommt. **) Die privatrechtliche Natur der Erblichkeit der Krone trat ursprünglich so stark hervor, dass man sogar häufig den Grundsatz der Theilbarkeit des Erbgutes unter die gleich nahen Erben noch lange Zeit auch bei der Thronfolge beibehielt, ***) bevor die politischen Interessen so viel Gewicht erlangen konnten, dass man sich entschloss, das alte volksthümliche Immobilien-Erbprincip in soweit zu modificiren, dass man die Untheilbarkeit des Landes und den Vorzug des Erstgeborenen zur Regel erhob. †) Eröffnet wird die regelmässige Erbfolge entweder durch den physischen Tod oder durch Entsagung (Abdica-

*) *Lex Saxon.* tit. VII. §. 1. „Pater aut mater defuncti, filio non filiae, hereditatem relinquit.“ — §. 5. „Qui defunctus non filios sed filias reliquerit, ad eas omnis haereditas pertinet.“ — *Sachsensp.* I. 17. §. 1. — Schon *Tacitus* (*Agric.* c. 16.) sagt von den Britten: „neque sexum in imperiis discernunt.“ —

**) Zum erstenmale wurde dieser Grundsatz in Spanien in Gesetzform ausgesprochen im J. 1260, unter Alphons X. in den Siete Partidas. Leg. 2. tit. 14. Part. 2 — Vergl. meine Schrift über die Spanische Successionsfrage. Heidelberg 1839. p. 19. —

**) Man erinnere sich z. B. an die Landestheilungen unter den Söhnen und Enkeln Chlodowigs u. s. w.

†) In Deutschland geschah diess, und zwar nur in Bezug auf die Churfürstenthümer erst durch die goldene Bulle Karl's IV. cap. 25. im J. 1356.

tion) des Vorgängers, oder durch absolute Regierungsunfähigkeit des zunächst berufenen Thronerben, *) jedoch in diesem Falle durch Vermittelung eines Rechtsspruches der fürstlichen Agnaten. (§ 55. — 58.)

§. 46.

Legitime ausserordentliche Erwerbsarten.

Ausserordentliche legitime Erwerbsarten der Souveränität sind:

1) Die Ernennung eines Nachfolgers durch den derzeitigen Souverain, sei es durch ein förmliches Gesetz, oder in Form eines Erbvertrages, oder einer Adoption, **) oder einer letztwilligen (testamentarischen) Verfügung. Die Befugniss eines Erbmonarchen zu einer derartigen Bestimmung über die Versendung der Krone gründet sich im Allgemeinen auf den derselben in der erblichen Monarchie zukommenden Charakter eines *Patrimonium* (§. 44.). Auch wurde diese Befugniss bei den germanischen Völkern wenigstens in den Fällen nie bezweifelt, wo der gegenwärtige Souverain als der erste Erwerber oder als der letzte Erbe der Krone erscheint, indem sie hier der nationalen Ansicht über die Rechts-

*) Die Ursache, warum Mißbrauch der Staatsgewalt hier nicht als ein besonderer Grund der Eröffnung der legitimen Thronfolge ausdrücklich erwähnt wird, s. §. 58. —

**) Ihrem juristischen Wesen nach ist die Adoption selbst nichts anderes als ein Erbvertrag. — Eines der ältesten Beispiele der Adoption eines Thronerben bei den germanischen Völkern ist die Adoption des Königs der Heruler durch Theodorich d. G. — Dieser beruft sich dabei auf »mos gentium« und rechtfertigt diesen Act insbesondere durch die Bemerkung: »Ignavi esse nesciunt, quos per judicia peperunt.« *Cassiod. Varia IV. Nr. 2.*

verhältnisse bei den *bonis ex conquisitu* und erblosem Erbe vollkommen entsprach. Gerade auf diesem Principe beruhet auch sogar die allgemein anerkannte Befugniß des ersten Erwerbers*) einer Souverainität, zu Gunsten seiner eigenen Descendenz die Krone für ein Majorat und Familienfideicommiss zu erklären, und hiermit nicht nur einerseits eine besondere — (specielle) — von der volks- und privatrechtlichen abweichende Successionsordnung, wie die Primogenitur u. dergl. einzuführen, sondern auch andererseits das Successionsrecht seiner Descendenten in *infinitum* durch ein Verbot anderweitiger Dispositionen des jeweiligen Besitzers der Krone sicher zu stellen, resp. dem Thronfolgerechte den Charakter eines *ius quaesitum* für seine ganze Nachkommenschaft beizulegen. Wo aber eine solche Beschränkung des jeweiligen Besitzers in dem Verfügungsrechte über die Krone nicht ausgesprochen, und auch nicht, abgesehen hiervon, durch eine Familienvereinbarung oder ein verbindliches Herkommen**) einge-

*) Man hüte sich aber, mit einem ersten Erwerber einen Prinzen einer anderen Linie zu verwechseln, welcher selbst nur kraft Erbreehtes succedirt. Diese Verwechselung wird häufig bei der cognatischen Succession gemacht, wobei hinsichtlich der aus der cognatischen Linie stammenden Prinzen natürlich der Fall eintritt, dass sie den Namen eines anderen Fürstenhauses, nämlich jenes Hauses führen, dem sie als Agnaten angehören.

**) Ein solches Herkommen besteht z. B. allgemein in Bezug auf die Souverainität in Deutschland, (p. 54. Not. *.), und musste hier schon deshalb sich bilden, da hier die Souverainität historisch aus dem Patrimonialprincip und Feudalismus (§. 26) und also aus dem alt-nationalen Stammgutssystem hervorgegangen ist. Sehr schön bemerkt *Hugo Grotius*, de Jure B. et P. L. II. c. 7. §. XI. nr. 2. dass man von dem Erwerber einer Krone vermuthen müsse: *id de sua successione statuisset, quod lex aut mos habet populi.* Dieser Satz ist um so bedeutender,

führt worden wäre, resp. da, wo der Krone der Character eines Majorates oder Familienfideicommisses nicht oder doch nicht unbedingt*) zukäme — da muss consequent aus dem Begriffe des Patrimonium und der Souverainität fortschliessend dem jeweiligen Souverain die Befugniss beigelegt werden, über die Thronfolge frei zu verfügen,**) so dass in diesem Falle die übrigen Glieder der Familie des Souverains nur ein Erbhoffnungsrecht, aber kein unwiderruflich erworbenes Recht auf die Krone haben können.***) Dieses Verhältniss findet sich auch wirklich practisch da, wo entweder die Monarchie vollkommen und absolut autocratisch besteht,†) oder

wo — wie in Deutschland — es der Stolz des Fürsten ist, mit seinem Volke die Nationalität zu theilen.

*) Diess ist der Fall in Staaten, wo das Volk (oder Parlamente) mit dem Monarchen die Souverainität theilen, oder doch einige aus einer solchen Theilung herrührende Rechte sich erhalten haben.

**) Der Grund hiervon ist, wie *Hugo Grotius* l. c. L. II. cap. 7. §. X. nr. 2. sehr treffend angibt, der: dass unter solchen Voraussetzungen die Intestaterbfolge selbst nichts anderes ist, als «*tacitum testamentum ex voluntatis conjectura.*»

***) Sehr gut bemerkt auch in dieser Beziehung *Hugo Grotius* l. c.: §. XI. nr. 1. und §. XXV., dass die natürliche Pietät den Monarchen dahin führen müsse, nicht diejenigen auszuschliessen oder zu übergehen, welche ihm durch das Blut am nächsten gestellt sind; dass aber, wo keine positive den Monarchen im Verhältniss zu seinen Familiengliedern bindende Norm vorhanden sei, er allerdings zu einer beliebigen Ausschliessung (*exheredatio*) vom Throne befugt sei, indem nicht alles, was der natürlichen Billigkeit am Meisten entspreche, desshalb auch nach dem natürlichen Recht absolut nothwendig sei.

†) So z. B. in Russland. Wo der Souverain absoluter Monarch ist, da ist er auch unbeschränkter Herr des Lebens und aller Rechte seiner Familienglieder.

auch der Monarch die Souverainität nur dem Namen nach vollständig besitzt, dem Wesen nach aber (die politischen Gewalten mit dem Volke — (den Ständen oder Parlamenten) — theilt,*) in welchem letzteren Falle der Monarch in Gemeinschaft mit den Ständen jede Veränderung in der Thronfolge, welche durch die politischen Verhältnisse geboten scheint, rechtsgültig vornehmen kann.**)

*) Solche Staaten pflegte man früher *regna usufructuaria* zu nennen, und bezeichnete im Gegensatze davon diejenigen, wo dem Volk eine solche Befugniß nicht zukommt, als *regna patrimonialia*. In den ersteren betrachtete man die Souverainität des Monarchen als *donum populi* — resp. als Ausfluss der Volkssouverainität. Vergl. *Hugo Grotius* de J. B. et P. Lib. II. c. 7. §. XXVI. —

**) So z. B. in England. Sehr merkwürdig ist, wie sich *Blackstone*, das Orakel der englischen Jurisprudenz, bekannt als ein grosser Conservativer, T. I. p. 193 hierüber ausspricht. »Unter dem Erbrecht wird (in England) keinesweges ein unbedingtes Recht auf den Thron verstanden. Niemand, denke ich, wird solches behaupten wollen, der unsere Gesetze, Verfassung und Geschichte ohne Vorurtheil und nur mit einiger Aufmerksamkeit geprüft hat. Die höchste gesetzgebende Gewalt des Königreiches, nämlich der König und die beiden Häuser des Parlaments, besitzt unzweifelhaft das Recht, die Erbfolge zu vernichten und durch besondere Statute, Einschränkungen und Vorkehrungen den unmittelbaren Erben auszuschliessen, so wie einen anderen zur Erbfolge zu berufen. Dies stimmt auch ganz genau mit unseren Gesetzen und unserer Verfassung überein und wird aus den in unserem statute book so häufig gebrauchten Ausdruck: »des Königs Majestät, seine Erben und Nachfolger« abgeleitet. Wir ersehen hieraus, dass so wie unter dem Worte »Erbe« nothwendig eine Erbfolge oder ein Erbrecht verstanden wird — eben so das Wort »Nachfolger« im strengen Sinne genommen, erheischt, dass diese Erbfolge zuweilen vernichtet, oder dass ein Nachfolger des Königs vorkommen kann, ohne gerade sein (Intestat-) Erbe zu sein. Und diess ist so sehr in der Vernunft gegründet, dass ohne solch eine Gewalt unsere Verfassung sehr mangelhaft wäre; denn nehmen wir einfach den traurigen Fall an, der Erbe wäre verrückt, blödsinnig, oder sonst

tigkeit und die politische Gefährlichkeit einer solchen Veränderung haben selbst in solchen Staaten, in welchen die ursprünglichen Parlamente im Laufe der Zeit fast ganz unterdrückt worden waren, die Monarchen veranlasst, einen solchen Act nicht ohne deren Beiziehung und mit einer fast ängstlichen Beobachtung der Formen vorzunehmen. *)

§. 47.

Fortsetzung.

Als ausserordentliche Erwerbsarten der Souverainität erscheinen noch ferner

2) Die Adjunction des Thronerben als Mitregenten, oder die Berufung desselben zur vormundschaftlichen Regierung, — **Regierungs - Vormundschaft, Regentschaft** — erstere mit dem Character einer theilweise anticipirten, letztere mit dem einer interimistischen Thronfolge (§. 37). —

3) Desgleichen die Abtretung eines Landes — im Ganzen oder einzelner Provinzen — durch Friedens-

unfähig zu regieren, wie elend würde die Lage der Nation sein etc.« — Man ersieht hieraus, dass *Blackstone* den Gebrauch dieses Rechtes auf die dringendsten Fälle — gleichsam auf einen Nothstand einschränken will. Indessen sind die von ihm angeführten Fälle der Unfähigkeit des Thronerben doch nur als Beispiele aufgeführt, und das Urtheil, ob im gegebenen Falle eine genügende Ursache zur Abweichung von der Erbfolge vorhanden sei, ist dem Arbitrium des Königs und der Parlamente anheim gestellt. —

*) So z. B. in Spanien. Die Mitwirkung der Cortes sollte hier eine Garantie dafür gewähren, dass der König nicht anders, als aus höchst dringenden politischen Beweggründen von seinem Veränderungsrechte der Thronfolge Gebrauch mache. — *Meine Schrift über die Spanische Successionsfrage. Heidelb. 1839. p. 59. fl.*

schlüsse oder andere Staatsverträge mit dem bisherigen Souverain über Kauf, Tausch oder Schenkung eines Territoriums: endlich

4) auch ohne Friedensschluss durch Krieg, insofern in demselben die frühere Regentenfamilie völlig untergegangen und erloschen ist,*) weil sodann kein Subject mehr vorhanden ist, welches gegen den Sieger ein besseres Besitzrecht auf die Krone geltend machen könnte.**)

Verjährung ist nach dem allgemeinen und auch nach dem positiven Staatsrecht keine Erwerbsart der Legitimität im Verhältniss zu dem älteren Herrscherhause.***) Der Grund hiervon ist der, dass sie ihrem Wesen nach nichts Anderes ist, als eine Rechtsfiction eines »besten oder stärksten« Besitzrechtes, d. h. eines solchen, welches wegen seiner ununterbrochenen Dauer während gewisser Fristen sogar einen früher bestandenen, titulirten Besitz überwiegen soll. Allein eben desshalb kann eine Verjährung gar nicht gedacht werden, ohne ein positives Gesetz, welches die Fristen derselben bestimmt. Ein solches Gesetz besteht aber zur Zeit noch in keinem Staate in Bezug auf die Erwerbung der Souverainität.***)

*) Ueber den Fall, wenn der Souverain nur vertrieben ist, s. §. 48.

**) Auch im Verhältniss zum Volke ist die Verjährung kein Erwerbsgrund der Souverainität: denn in Bezug auf dieses ist letztere schon mit dem Besitz vollständig erworben (§. 43.) und daher in dieser Hinsicht die Verjährung überflüssig.

***) Selbst die Annahme einer Immemorial-Verjährung würde keinen anderen publicistischen Gesichtspunkt eröffnen können, als der durch das Verhältniss des ältern Besitzes zu dem jüngern an sich eröffnet ist.

§. 48.

Illegitime Erwerbsarten der Souverainität.

Gerade so, wie bei einem jeden Besitzstreite überhaupt, eben so kann auch in Bezug auf das Besitzrecht einer Krone — die Souverainität in einer Erbmonarchie — von einer Illegitimität des Erwerbes nur in dem Verhältnisse zu einem früheren rechtmässigen Besitzer*) die Rede sein (§. 43. 44.). Es sind hier folgende Fälle möglich:

- 1) dass eine Person, welche nicht zu der Herrscherfamilie des Landes gehört, — ein Unterthan — mit Verdrängung derselben, oder
- 2) ein Mitglied der Herrscherfamilie selbst, mit Verdrängung des besserberechtigten Erben sich die Souverainität anmasst: oder endlich
- 3) dass ein fremder Souverain das Land kriegerrisch occupirt und die frühere Regentenfamilie vertreibt.

In allen diesen Fällen ist die Thronbesteigung illegitim — sog. Usurpation**), als Besitzunterbrechung der bisherigen rechtmässigen Souverainität — und hieraus folgt, dass der vertriebene Souverain befugt ist, sein Recht auf den Thron fortwährend geltend zu machen, so lange nicht besondere Rechtsgründe eintreten, wodurch der ursprünglich illegitime Thronbesitz des Usurpators in einen legitimen Besitz umgewandelt wird. Darauf, ob das Volk den Usurpator anerkannt hat, ob es vielleicht

*) Wo ein Besitz mit keinem früheren (älteren) collidirt, ist er selbst als der erste (älteste) Besitz der legitime, und der Besitzer als primus occupans durch diese Qualität seines Besitzes vollkommen titulirt.

**) Dieser in der Politik längst eingebürgerte Ausdruck ist unverkennbar der Besitzlehre entlehnt.

mit ihm conspirirte, und ihm zur Vertreibung des früheren Souverains behülflich gewesen ist — kann zufolge des Gesichtspunctes, unter welchem in der Erbmonarchie der Legitimitätsstreit aufzufassen ist — (s. p. 52. not. *) — in keiner Beziehung etwas ankommen, indem einerseits der Usurpator dem Volke gegenüber schon durch den Besitz der Herrschergewalt vollkommen herrscherberechtigt ist (§. 43.), andererseits in der Erbmonarchie das Volk keine richterliche Instanz ist, welche befugt wäre, dem einen Subjecte sein Herrscherrecht von Rechtswegen*) ab, und einem anderen zuzuerkennen.**)

Da aber der Usurpator und der vertriebene Souverain überhaupt der Natur der Sache nach keine richterliche Instanz anerkennen, und also zwischen ihnen nur eine gütliche Vereinbarung oder die Gewalt — die Waffen — eine endliche Entscheidung herbeiführen können, so ergibt sich, dass ein illegitimer Thronbesitz nur dadurch als in einen legitimen umgewandelt betrachtet werden kann, dass entweder die vertriebene Fürstenfamilie förmlich abdicirt, und den Usurpator anerkennt, resp. ihre Rechts- und Besitzansprüche aufgibt — oder dass dieselbe durch den Ausgang des Kampfes in die absolute Unmöglichkeit versetzt wird, ihre Rechte und Ansprüche ferner mit der Gewalt der Waffen zu verfolgen, wodurch sodann diese selbst practisch bedeutungslos werden,**) und folglich sodann der

*) Was das Volk factisch gethan hat, oder thun kann, gehört nicht in das Staatsrecht.

**) Eine Ausnahme findet da statt, wo die Monarchie eine Beimischung von der Volkssouverainität hat (§. 46). pag. 60.

***) Der Krieg und die Waffen sind in der practischen Politik stets die letzten und obersten Entscheidungsgründe, das Gottesurtheil zwischen Fürsten und Völkern. — Wohl mag über eine solche End-Entscheidung der Publicist noch mit Cato sprechen: »Victrix causa Diis placuit, sed victa Catoni.« Allein diese Cen-

Usurpator den Character der Legitimität für seine Herrschaft in gleichem Sinne in Anspruch nehmen darf, als jeder Besitz legitim ist, welchem kein Recht mehr mit Wirkung entgegengesetzt werden kann. Es ergibt sich daher, dass die ausdrückliche Anerkennung durch die vertriebene Herrscherfamilie dem Usurpator nicht absolut erforderlich ist, um legitim zu werden, so wie er auf anderem Wege dahin gelangt, seinen Kronbesitz gegen jede fernere oder erneuerte Anfechtung sicher zu stellen. Darum ist auch ein Usurpator von dem Augenblicke an für legitim zu achten, wo es ihm gelingt — gleichviel aus welchen Gründen — die Anerkennung der sämmtlichen europäischen Grossmächte zu erhalten, und mit denselben in diplomatische Verbindung zu treten, denn hiermit hat sein Thronbesitz die höchste in der Politik mögliche Garantie erhalten, und darum stellt sich auch die Legitimität selbst in practischer Beziehung als ein durch die Europäischen Grossmächte anerkanntes und verbürgtes Besitzrecht einer Krone dar.

§. 49.

Von dem Beweise und der Geltendmachung der Souverainität.

Die Souverainität bedarf innerhalb des Territoriums den Unterthanen gegenüber niemals eines Beweises, sondern ist durch sich selbst — durch ihr Bestehen — notorisch. Ein Beweis der Souverainität kann nur nothwendig werden im Verhältniss zu einem Kronprätendenten, in welchem Falle er nichts anderes, als der Beweis der Legiti-

sur darf ihn doch nicht hindern, die practische Gültigkeit — die Rechtskraft — der durch die Waffen herbeigeführten Entscheidung anzuerkennen.

mität selbst ist. Als eine Unterart dieses Verhältnisses muss es aufgefasst werden, wenn zwischen zwei Souverainen ein Souverainitätsstreit nur in Bezug auf einen gewissen Theil ihrer Territorien, eine gewisse Provinz oder Stadt u. dergl. entsteht. Ein solcher Souverainitäts- oder Legitimitätsstreit kann wie der Streit über ein jedes Immobilienrecht sowohl den Character eines blossen Besitzstreites, oder auch eines wahren Rechtsstreites an sich tragen, je nachdem nur über eine Störung in der bisherigen ungehinderten Ausübung der Souverainität, oder über den Rechtsgrund — (Titel) — resp. über die Rechtlichkeit der Erwerbung derselben gestritten wird. Insoferne ein solcher Streit nicht auf diplomatischem Wege erledigt wird, und die Interessenten die Entscheidung nicht von dem Glücke der Waffen abhängig machen wollen, sondern einer wirklichen nach der Art und Weise der gewöhnlichen Civilgerichte urtheilenden Instanz — einem Compromiss- oder Austrägalgerichte*) — die Fällung eines rechtlichen Urtheiles überlassen — (wozu die deutschen Bundesglieder durch die Bundesacte art. 12 ausdrücklich verpflichtet sind) — so muss man vor dieser Instanz zur Führung des Rechtsstreites nach der Lage des Falles dieselben possessorischen und dinglichen Rechtsmittel (Klagen) für zulässig erkennen, welche zur Geltendmachung der Immobilienrechte überhaupt vor den Civilgerichten zulässig sind.**)

*) Austragen heisst im alten deutschen Rechte so viel, als *amicabiliter componere*. Ueberhaupt nannte man das Verfahren vor Civilgerichten »freundliches Recht.«

**) Diese Grundsätze galten schon zur Zeit des deutschen Reiches in Bezug auf die Landeshoheitsstreitigkeiten. Pütter inst. jur. publ. pag. 473. — Die Wiener Schlussacte vom 15. Mai 1820 art. 25. bestätigt dieselben, indem sie die Austrägalgerichte anweist, in Ermangelung besonderer Entscheidungsnormen nach den in Rechts-Streitigkeiten derselben Art von den höchsten Reichsge-

§. 50.

Von der Rechtsgültigkeit der Handlungen eines Zwischenherrschers.

Da die Souverainität in subjectiver Beziehung nichts Anderes, als eine Innehabung des *ius imperandi* ist (§. 33), und die Legitimität des jeweiligen Staatsherrschers positiv feststeht, so wie er die Anerkennung der Europäischen Grossmächte erlangt hat (§. 48), so folgt hieraus, dass wenn es auch später der vertriebenen Regentenfamilie gelingt, den verlorenen Thron wieder zu besteigen, — sog. Restauration — sie dennoch alle Regierungshandlungen des sodann sogenannten Zwischenherrschers, mit Ausnahme der Verfassungsveränderungen, als legitime Regierungsacte anerkennen muss. *) Die alte Verfassung ohne Weiteres wieder herzustellen, ist der restituirte Fürst darum befugt, weil diese den Rechtsgrund seines Wiedereintrittes in die Regierung enthält. Weiter gehet aber sein Wiederherstellungs- oder Restaurationsrecht — das sogen. völkerrechtliche *ius postliminii* — nicht. Er kann daher nicht durch Gesetze mit rückwirkender Kraft die Gesetze des Zwischenherrschers aufheben, noch auch überhaupt in gleicher Weise die während der Zwischenregierung für Privatpersonen durch Rechtsgeschäfte mit der Zwischenherrschaft begründeten Privatrechte vernichten, gleichviel ob sie für diese durch einen lucrativen oder onerosen

richten befolgten Rechtsquellen, in so ferne solche auf die jetzigen Verhältnisse der Bundesglieder noch anwendbar sind, zu erkennen.

*) Man übersehe nicht, dass der Begriff eines Zwischenherrschers nur auf jenen Usurpator angewandt wird, welcher durch die erlangte Anerkennung der Grossmächte bereits legitimisirt war.

Titel *) begründet worden sind, wenn nur bei ihrer Erwerbung die zur Zeit derselben — während der Zwischenherrschaft — gesetzlichen Formen richtig beobachtet worden sind.**) Hiermit ist aber nicht gesagt, dass der restituirte Fürst ausser den Verfassungsgesetzen überhaupt keine Gesetze des Zwischenherrschers aufheben oder ausser Kraft setzen dürfe — sondern nur so viel, dass wenn er sie aufheben will — welche Befugniss ihm schon aus dem Grunde zukommt, weil er doch neue Gesetze machen kann — er dieselben nur unter Beobachtung jener Formen und unter denselben Voraussetzungen und Rechtsfolgen aufheben kann, unter welchen er die Gesetze eines jeden anderen legitimen Regierungsvorgängers aus seiner eigenen Familie oder seine eigenen Gesetze aufheben kann, resp. mit Entschädigung der Privaten, welche der Restauration ihre unter der Zwischenherrschaft legitim begründeten Rechte — (*iura quaesita*) — zum Opfer bringen müssen, aus der Staatskasse, die somit die hieraus erwachsende Belastung als einen casuellen, dem Lande durch die ungünstigen Zeitverhältnisse — (*injuria temporum*, Kriegsschaden) — zugegangenen Schaden zu tragen hat. ***)

*) Das allgemeine Staatsrecht kann eine etwaige Unterscheidung zwischen einer Erwerbung titulo lucrativo sive oneroso nicht rechtfertigen. — Friedensschlüsse haben mitunter schon diesen Unterschied gemacht.

**) Aus diesem Grunde ist der restaurirte Fürst auch verpflichtet, die von der Zwischenherrschaft contrahierten Anleihen anzuerkennen.

***). Letzteres muss auch sogar in dem Falle behauptet werden, wenn der Usurpator gleichwohl die Anerkennung der Grossmächte vor seinem Sturze nicht hatte erlangen können, weil im Verhältniss zu den Privaten der Besitz der höchsten Gewalt stets auch der genügende Rechtstitel für deren Inhaber ist (§. 43), also auch der Privatmann stets mit dem ihm gegenüber berechtigten Subjecte — und folglich rechtsgültig contrahirt hat, wenn

§. 51.

Von der rechtlichen Natur der Thronfolge in der Erbmonarchie, und von der Verpflichtung des Nachfolgers aus den Handlungen des Vorgängers.

Da der Staat keinen Augenblick ohne Souverain gedacht werden kann,*) ohne seinem Begriffe nach vernichtet zu sein, so folgt hieraus, dass in der Erbmonarchie die Krone an den legitimen durch eine regelmässige Erwerbsart berufenen Thronerben unmittelbar von Rechtswegen (*ipso jure, de plein droit*) und kraft eigenen (ihm aus einem Grund- oder Hausgesetze, Herkommen, etc. (§. 45.) zustehenden) Rechtes — (*ius quaesitum*) — in dem Momente übergeht, in welchem der Thron durch das Hinwegfallen des Vorgängers erledigt wird, ohne dass von seiner Seite eine ausdrückliche Erklärung seines Erbantrittes nothwendig wäre. Die Thronfolge in der Erbmonarchie characterisirt sich also ihrem Wesen nach auf dieselbe Weise, wie jede Immobilial-Erbfolge nach germanischen Rechtsbegriffen, als ein dem Thronerben zustehendes Wartrecht (*saisine*), so dass er also den Territorial- und Kronbesitz des Verstorbenen ohne Unterbrechung fortsetzt, und dieses ist der Grund der Pa-

er mit dem jeweiligen Besitzer der Souverainität contrahirt. Wenn also auch durch die Restauration die Acte des Usurpators annullirt werden dürfen, so darf daraus dem einzelnen Privatmann, welcher immer als zur Anerkennung des Usurpators rechtlich gezwungen erscheint (§. 45), kein Vermögensschaden erwachsen, sondern dieser muss von der Gesamtheit übernommen und verhältnissmässig getragen werden.

*) Zur Zeit des deutschen Reiches bestand daher wegen seiner Eigenschaft als Wahlreich für den Fall eines Interregnums bis zur Wahl eines neuen Kaisers ein grundgesetzliches Reichsvikariat von Pfalz und Chur-Sachsen.

römie: »der König stirbt nicht.« *) Die Thronfolge ist daher in demselben Sinne auch eine Singularsuccession, wie eine jede germanische Immobiliarsuccession, die Stamm- und Familienfideicommissfolge, eine solche ist: d. h. die eigenthümlichen und auf der Rechtsfiction einer Fortsetzung der Person des Erblassers beruhenden Grundsätze des römischen Rechtes über die sog. Universalsuccession finden bei der Thronfolge keine Anwendung, und daher lässt sich auch keine absolute, unbeschränkte Verpflichtung des Thronfolgers vertheidigen, sämtliche Regierungsacte seines Vorgängers für sich als verbindlich d. h. als unabänderlich anzuerkennen. Vielmehr ergibt sich eben daraus, dass der Thronfolger nicht die Person des Verstorbenen repräsentirt, sondern vielmehr den Kronbesitz dieses Letzteren kraft eigenen Rechtes fortsetzt, das Princip: „dass dem Thronfolger gerade dieselben „Rechte, wie dem Verstorbenen, aber auch nicht mehr, „zukommen.“ Letzteres ist an sich unmöglich, weil das Recht des Thronfolgers kein anderes Recht ist, als das des Vorgängers, dieses selbst aber das höchste denkbare Recht ist — die Souverainität. Aus dem angedeuteten Principe ergibt sich aber die practische Folgerung: „der „Thronfolger ist befugt, jeden Regierungsact seines Vorgängers, und zwar in so weit und in jenen Formen und „mit jenen Rechtsfolgen aufzuheben und zu annullieren, wie „der Vorgänger selbst hierzu befugt gewesen wäre.“ Hiernach sind folgende Fälle zu unterscheiden:

A) der Regierungsact des Vorgängers leidet an einem Formfehler. — Hier ergibt sich das Resultat von selbst.

*) Diess ist nichts anderes, als die Uebertragung der bei der deutsch-rechtlichen (und französischen) Immobilier-Erbfolge geltenden Regel: »Der Tode erbet den Lebendigen, le mort saisit le vif« — auf die Thronfolge.

B) Der Vorgänger hat eine Veränderung an der bisherigen Thronfolgeordnung vorgenommen, ohne die Zustimmung der hierdurch beeinträchtigten regierungsfähigen Familienglieder. Hier ist nun weiter zu unterscheiden, ob die Krone ein wahres und reines Majorat, Stammgut oder Familienfideicommiss ist oder nicht (§. 46). Im ersteren Falle, wo also die Krone durch ein Hausgesetz des ersten Stifters oder sonst durch unstreitig als gültig anerkannte Haus- und Familiengesetze oder Familienherkommen versendet, und also dem ersten Erwerber, nicht aber aus einer Vergünstigung (*ex beneficio*) des letzten Besitzers oder des Volkes — (der Parlamente) — succedirt wird, leidet die Verordnung des Vorgängers an einer wesentlichen Nullität, indem er über Rechtsverhältnisse verfügt, welche nach dem Begriffe der majoratistischen Erbmonarchie als *jura quaesita* der Nachfolger ausser der Dispositionsbefugniß des jeweiligen Thronbesitzers stehen. Wo aber die Krone nicht Majorat, sondern lediglich Patrimonium ist, (p. 59. not. **.) wie z. B. jedesmal auch dann, wo sie nur erst in der Hand des ersten Erwerbers und noch nicht in Erbgang gekommen war, (p. 57. Nr. I.) oder wo die Krone nicht nach Hausgesetzen, sondern nach politischen oder sog. Grundgesetzen, d. h. nach den Gesetzen vererbt wird, welche mit der Nation oder den Parlamenten zu Stande gekommen sind, und von diesen überwacht werden, wie bei den sog. *regnis usufructuariis* (p. 60. not. * u. **.) — kann der Natur der Sache nach ein rechtlicher Anspruch gegen die Bestimmung des Regierungsvorgängers über die Thronfolge nur insofern erhoben werden, als ein Formfehler erwiesen werden kann, oder die zu den politischen Gesetzen nothwendige Zustimmung der Nation oder der Parlamente mangelt.

C. Der Vorgänger hatte mit dem Volke ein — die Thronfolge an sich nicht alterirendes — Verfassungs-

gesetz errichtet, und darin über die Art und Weise der Ausübung der Hoheitsrechte dem Volke Concessionen gemacht, resp. der Krone früher nicht vorhandene Beschränkungen aufgelegt. Ist hier der ganze Act nicht wegen eines Formfehlers nichtig, so ist er auch für den Nachfolger verbindlich, weil hier der Vorgänger nicht nur ein Kronrecht, sondern sogar eine Pflicht der Krone — (Herrscherpflicht)* — ausübt, indem er das Verhältniss der Volksrechte zu den Hoheitsrechten ordnet, und wie viel er auch dabei dem Volke concedirt hat, so hat er doch keinen illegitimen Gebrauch von seiner Souverainität gemacht, indem er dem Wesen nach durch urkundliche Anerkennung gewisser Volksrechte und die Vorzeichnung gewisser Formen für ihre Ausübung nur von dem in dem Begriffe der Souverainität liegenden Privilegien-Regal Gebrauch gemacht hat. Aus diesem Grunde — weil nämlich die von dem Vorgänger gegebene Verfassung die Schöpfung eines legitimen**) Actes ist, ist auch der Nachfolger — wenn er mit dem Inhalte derselben unzufrieden zu sein Ursache zu haben glaubt, nur befugt, sie

*) Diese Herrscherpflicht, dem Volke eine zeitgemässe Verfassung zu geben, ist in Deutschland durch a. 13 der deutschen Bundesacte positiv ausgesprochen, und hat der Bund darüber zu wachen, dass dieselbe nicht unerfüllt bleibe.

**) Hierin liegt auch der Unterschied zwischen dem Verhältnisse des Nachfolgers in Bezug auf die Handlungen seines legitimen Vorfahrers, und dem Verhältnisse eines restituirten Fürsten in Bezug auf die Handlungen eines Zwischenherrschers (§. 30). Die von diesem Letztern gegebenen Verfassungsgesetze kann der restituirte Fürst immer darum ohne Weiteres bei Seite schieben, weil sie als ein feindlicher Angriff auf seine Souverainitätsrechte erscheinen, und er nicht als Rechtsnachfolger, sondern als Gegner des Zwischenherrschers in den Besitz der Souverainität eintritt, und somit in der von dem Zwischenherrscher dem Volk ertheilten Verfassung nicht einen legitimen Act, sondern ein *factum turbativum* erkennt.

auf dem verfassungsmässigen, d. h. auf dem legitimen Wege aufzuheben. *)

D. Was die übrigen — ausser den Verfassungsgesetzen — unter der Regierung des Vorgängers erlassenen Gesetze und Verordnungen anbetrifft, so darf man nicht übersehen, dass in keinem Staate ein solches Gesetz oder eine Verordnung oder irgend ein hierdurch begründetes Rechtsverhältniss in solcher Kraft bestehen kann, dass es nicht durch ein neueres Gesetz oder eine neuere Verordnung wieder aufgehoben zu werden vermöchte. Es unterliegt daher keinem Zweifel, dass alle dergleichen Gesetze von dem Regierungsnachfolger eben sowohl aufgehoben werden dürfen, als der Verkündiger desselben ebenfalls dazu befugt war. Ob und in wiefern aber die Aufhebung mit rückwirkender Kraft, oder nur unter Entschädigung der

*) Schon die Politik muss dem Thronfolger rathen, die von dem Vorgänger gegebene Verfassung nur auf verfassungsmässigem Wege abzuändern. Nichts schadet dem Princip der Legitimität, worauf die Erbmonarchie gebaut ist, mehr in den Augen des Volkes, als wenn der Nachfolger den legitimen Vorgänger selbst illegitimer Handlungen beschuldigt. — Ueberdiess schreibt die W. S. A. v. 15. Mai 1820. art. 56. ausdrücklich vor, dass die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden Verfassungen nur auf verfassungsmässigem Wege abgeändert werden sollen. — Merkwürdig ist die schon im hohen Alterthume vorkommende Anerkennung des Grundsatzes, dass der Thronfolger die Handlungen des Vorgängers für sich als verbindlich anerkennen müsse. *Lex Bajuvar. lib. II. c. 8. „Si quis hominem per jussionem regis vel ducis sui occiderit, non requiratur ei, nec faidosus sit, quia jussio domini sui fuit, et non potuit contradicere jussionem. Sed Dux defendet eum et filios ejus pro eo. Et si dux ille mortuus fuerit, alius dux, qui in loco ejus succedit, defendat eum.* Glaubt der Nachfolger, dass die von dem Vorgänger gegebene Verfassung dem monarchischen Princip ungebührlich Eintrag thue, so gibt ihm der art. 57 der W. S. A. die Befugniss, eine Erklärung der Unverträglichkeit derselben mit der Verfassung des Bundes bei der Bundesversammlung auszuwirken. (Siehe noch unten p. 85. not. *) a. E.)

verlierenden Personen geschehen kann, ist daher — wenn auch die Aufhebung unter dem Nachfolger ausgesprochen wird — durchaus nicht nach besondern, sondern ganz nach denselben Grundsätzen zu beurtheilen, nach welchen diese Frage unter derjenigen Regierung selbst zu beantworten wäre, unter welcher das Gesetz oder die Verordnung ergangen ist.

Succediert der Nachfolger aber nicht kraft der regelmässigen, sondern nur kraft einer ausserordentlichen legitimen Successionsart, wie z. B. Testament (§. 46), und leitet sich sein Recht daher nur von dem Willen (*ex beneficio*) des Vorgängers ab, so kann ohnehin von einem Conflict der Rechte des Nachfolgers mit denen des Vorgängers keine Rede sein, da dieser gar nicht in der Lage war, *jura quaesita* des Nachfolgers beeinträchtigen zu können.

III. Abschnitt.

Von den Pflichten der Unterthanen, welche der Souverainität gegenüber stehen.

§. 52.

Von dem bürgerlichen Gehorsam.

Durch den Begriff der Staatsgewalt als Recht zu regieren — *ius imperandi* (§. 33) — sind zugleich auch die Pflichten bestimmt, welche den Unterthanen der Staatsgewalt gegenüber obliegen. Der Inbegriff dieser Pflichten wird unter der Bezeichnung „bürgerlicher Gehorsam oder Unterthanentreue“ zusammengefasst. Dieser Gehorsam ist aber kein unbedingter,

blinder oder stummer Gehorsam, weil er seinem Wesen nach ein rechtlicher Gehorsam ist (§. 32). — Die Gränzen des bürgerlichen Gehorsams sind daher durch die natürlichen Gränzen der Staatsgewalt, resp. durch den Zweck und Begriff des Staates selbst gegeben. — Im Zweifel streitet jedoch die Vermuthung für die Staatsgewalt, nicht nur weil sie die höchste Gewalt im Staate ist, sondern auch darum, weil die Vornahme von Regierungsacten überhaupt ihrem Wesen nach zu ihren Rechten gehört, und Illegalitäten an sich nie zu vermuthen sind.

§. 53.

Von dem Widerstands-Rechte der Unterthanen.

Daraus, dass der bürgerliche Gehorsam ein rechtlicher, durch den Zweck und Begriff des Staates begrenzter Gehorsam ist, folgt von selbst, dass den Unterthanen die Befugniss zustehen muss, der Staatsgewalt den Gehorsam zu verweigern, wenn diese ihre natürlichen Gränzen überschreiten sollte. *) So einfach das Princip an sich, so schwierig und bestritten ist die Anwendung desselben im Einzelnen, und die Beantwortung der Frage, wie weit das Widerstandsrecht der Unterthanen im Staate gehen kann. Diese Schwierigkeit selbst ist aber zum grössten Theile die Folge der Ungewissheit, welche in dem practischen Leben gerade darüber obzuschweben pflegt, ob die Regierung im einzelnen Falle ihre Gewalt missbraucht habe. Die natürliche — nicht zu verkennende Schwierigkeit dieser Lehre wird aber noch unnöthiger Weise vermehrt, wenn man die Frage an die Spitze der Untersuchung stellet, wie gross der Missbrauch der

*) Diess ist auch der Sinn der biblischen Vorschrift: »Man muss Gott mehr gehorchen, als den Menschen.«

Staatsgewalt sein müsse, um ein Widerstandsrecht der Unterthanen zu begründen, wobei von vorneherein übersehen wird, dass das Widerstandsrecht selbst verschiedene Formen und Grade haben müsse, je nach der Art und dem Grade der Ueberschreitung ihrer Befugnisse, welcher der Staatsgewalt zur Last gelegt wird. Die Rücksicht auf diese ist es aber allein, wodurch eine für das practische Leben fruchtbare Theorie gewonnen werden kann. Man muss daher folgende Fälle unterscheiden:

A) die Staatsgewalt wird angeschuldigt, ihre Gränzen objectiv oder materiell, d. h. durch den Inhalt oder Umfang eines Actes der executiven Gewalt überschritten zu haben: es sind jedoch hierbei die gesetzlichen Formen beobachtet: z. B. die Regierung erhebt eine Steuer von Gegenständen, in Bezug auf welche die Betheiligten behaupten, dass sie nicht steuerpflichtig sind, aber auf dem Wege der gewöhnlichen Steuer-Erhebung, — oder auch es wird eine Ueberschreitung der Gränzen der Staatsgewalt durch einen legislativen Act behauptet, z. B. durch Verordnungen oder Spezialmandate. In diesen und dergleichen Fällen kann das Staatsrecht kein positives, sondern nur ein negatives Widerstandsrecht der Unterthanen gestatten, resp. ein Weigerungsrecht, die Legalität des fraglichen executiven oder legislativen Actes anzuerkennen, verbunden mit einem Prozessrechte d. h. mit der Befugniss, denselben in den gesetzlichen Instanzen, vor den höheren Administrativbehörden, und in so ferne hier keine Abhülfe zu erlangen wäre, vor den Gerichten anzufechten. *)

*) Zur Zeit der deutschen Reichsverfassung konnte man sich mit Beschwerden wegen Missbrauchs der Staatsgewalt an die höchsten Reichsgerichte wenden. Heut zu Tage dürfen die Betheiligten

Bei dem Urtheile der obersten gesetzlichen Instanz haben sich aber die Beschwerdeführer sodann zu beruhigen, da es nicht dem Urtheile des Einzelnen anheim gestellt werden kann, definitiv über die Legalität der Handlungen der Staatsgewalt zu entscheiden. Ueberdiess sind in solchen Fällen die Betheiligten zufolge der für die Legalität der Regierungshandlungen im Zweifel streitenden Vermuthung (§. 52 a. E.) verpflichtet, den Maasregeln der Staatsgewalt provisorisch — bis zur definitiven Entscheidung durch die competenten Behörden — Gehorsam zu leisten. Jedoch begeht der Unterthan durch eine blosser Weigerung — non facere — ohne Drohungen und ohne Gewaltanwendung — niemals ein Verbrechen^{*)}; selbst da nicht, wo er sich mit Unrecht geweigert hat,^{**)} sondern seine Weigerung kann in diesem Falle nur die Anwendung der gesetzlichen (civilrechtlichen) Executionsmittel gegen ihn begründen.

B) Wenn aber durch die vollziehende Gewalt in illegaler Form eingeschritten wird, dann hat der Unterthan — weil er hier durch die Vollzugsbeamten im eigentlichen Sinne spoliirt wird — nicht nur die Befugniss zur gerichtlichen Geltendmachung seiner Rechte, sondern überdiess nach den gemeinen civilrechtlichen Grundregeln der Lehre vom Besitz und bei dem Vorhanden-

in gewissen Fällen sich auch an den deutschen Bund wenden, nämlich unbedingt im Falle von Justizverweigerung W. S. A. v. 15. Mai 1820 a XXIX., und wegen Verletzung bundesmässig garantirter Rechte. Competenz - Bestimmung der Bundesversamml. v. 12. Juni 1817. §. 5. C. —

^{*)} Eine Ausnahme könnte nur durch eine spezielle positive Gesetzesvorschrift gemacht werden, wie dies in Bezug auf alle Omissiv-Verbrechen der Fall ist.

^{**)} Z. B. wenn jemand die gesetzliche Steuer nicht bezahlt.

sein der im Criminalrechte zu erörternden Bedingungen der Nothwer auch die Befugniss zum activen Widerstande nach Maasgabe der Grösse der gegen ihn angewandten illegitimen Gewalt.*) (Vergl. noch §. 58. und §. 59.) —

§. 54.

Von der Bestärkung der Unterthanenpflicht durch den Huldigungseid.

Der Huldigungs- oder Unterthanen-Eid — *homagium*, in der Erbmonarchie auch Erbhuldigung genannt — ist ein Eid, den die Unterthanen dem Staatsherrscher auf Verlangen zu leisten verbunden sind, um dadurch ihr Unterthanenverhältniss, d. h. ihre Verpflichtung zum staatsbürgerlichen Gehorsam und zur Unterthanentreue (§. 52) persönlich anzuerkennen. Es liegt darin — wie in jedem promissorischen Eide — nichts anderes, als eine religiöse, und somit moralische**) Bestärkung einer an sich schon bestehenden Verbindlichkeit, und wird daher dadurch von dem Unterthan keine neue Verbindlichkeit übernommen. — Namentlich kann darin, dass ein Huldigungseid geschworen worden ist, keine stillschweigende Billigung etwa vorhergegangener verfassungswidriger Maasregeln der Regierung oder ein Verzicht auf gesetzmässige Anfechtung derselben gefunden werden; denn hierzu würden die Unterthanen auch eben sowohl befugt sein, wenn die Regierung die Verfassung erst nach

*) Mit dürren Worten sanctionirt diesen Grundsatz C. 5 Cod. de jure fisci (10. 1.) — Vergl. auch Nov. 124 cap. 3. i. f. —

**) Die Wichtigkeit der religiösen und moralischen Garantie, welche der Huldigungseid leistet, sollte wenigstens in der Erbmonarchie nie übersehen, und darum der Huldigungseid von jedem Staatsangehörigen bei erreichter Volljährigkeit und bei einem Regentenwechsel gefordert werden.

dem geleisteten Huldigungseide verletzt hätte (§. 33). Aus demselben Grunde aber, weil das Unterthanen-Verhältniss nicht erst durch den Huldigungseid begründet wird, sondern die Unterthanenpflicht bereits unbezweifelt juristisch fest stehen muss, bevor ein Huldigungseid verlangt werden darf — kann es auch auf der anderen Seite dem Unterthan bei Anschuldigung eines Hochverrathes oder anderen Staatsverbrechens oder einer Majestätsbeleidigung nicht zur Entschuldigung dienen, dass er zur Zeit der strafbaren Handlung noch keinen Unterthanen-Eid geleistet gehabt habe.

Vierter Abschnitt.

Von der Beendigung der Souverainität.

§. 55.

Von der Beendigung und dem Verluste der Souverainität im Allgemeinen.

Von der Beendigung der Souverainität kann man nur in subjectiver Beziehung, d. h. in so ferne sprechen, als die Souverainität in einem Staate von einem Subjecte an ein Anderes übergeht. Daher sind die Beendigungsarten der Souverainität zugleich in den Erwerbsarten derselben mitbegriffen, und daher eben so wie diese, theils legitime, theils illegitime Beendigungsarten (§. 43—48). — Die Beendigungsarten der Souverainität sind daher Tod, Abdankung oder absolute Regierungsunfähigkeit,

z. B. Geisteskrankheit des bisherigen Souverains, Verlust des Landes durch Krieg oder Usurpation, Abtretung einzelner Landestheile, Mediatisirung, d. h. Unterwerfung unter einen anderen Souverain, wenn gleich mit Bewilligung und Beibehaltung einiger bei der Unterwerfungsacte speziell ausgezeichneten, besonderer Berechtigungen über das früher mit Souverainität besessene Territorium; endlich Entsetzung von der Regierung, — Entthronung — sei es, wie in der Erbmonarchie, durch die Agnaten, oder wie in der Wahlmonarchie, durch die Wahlfürsten, oder sonst durch das Volk selbst — sog. Revolution. —

§. 56.

Von der Entsagung auf die Krone — Abdankung, abdicatio — in der Erbmonarchie insbesondere.

In der Erbmonarchie erscheint die Entsagung auf die Krone als eine Verzichtleistung zu Gunsten des nächstberechtigten Thronfolgers, welcher also somit durch anticipirte Erbfolge zum Throne gelangt. Man hat mitunter das Recht des Monarchen zu abdicieren darum in Zweifel ziehen wollen, weil das Regieren auch eine Pflicht sei, und behauptete daher, dass die Abdication nur dann gültig sei, wenn das Land oder dessen Repräsentanten dazu einwilligt hätten. *) Allein diese Behauptung beruhet auf einer unrichtigen Vorstellung von der Herrscherpflicht. Die Pflicht zu regieren (§. 12) ist nichts anderes, als die Pflicht — gesetzmässig d. h. gerecht und weise, zu regieren, und diese Pflicht ist ihrer Natur nach an die

*) Es ist auffallend, dass diese Behauptung, welche offenbar ein Ausfluss der Theorie ist, welche den Souverain zum Beamten des Volkes macht, auch von solchen Schriftstellern vertheidiget wird, welche nichts weniger als der Volkssouverainität huldigen.

Voraussetzung geknüpft, dass der zur **Regierung Berechtigte** von dieser **Berechtigung** überhaupt **Gebrauch** machen will. Da wo die **Krone** ein **eigentliches Majorat** ist, kann der **Souverain** auch nur für sich, nicht auch für seine **Descendenz** abdicieren*); einfach aus dem Grunde, weil seine **Descendenten** hier *jura quæsitâ* haben, und durch das **Herausfallen** des **Vorgängers** aus der **Reihe** der **Successionsberechtigten** — aus welchem Grunde es auch stattgefunden — stets *ipso jure* die **Krone** auf den nächsten **Erben** übergeht. Ob ein **Erbmonarch**, welcher abdicirt hat, nach dem Tode des hierauf zur **Regierung** gelangten nächsten **Thronerben**, vor dessen **Descendenz** und **Brüdern** u. s. w. abermals eintreten, und die **Regierung** wieder übernehmen könne,**) ist nach dem Inhalte der **Abdicationsurkunde** zu beurtheilen.

§. 37.

Von der Unfähigkeit zu regieren, und den in der Erbmonarchie hierdurch begründeten Rechten der Agnaten.

Da, wo die **Krone** als ein **allodiales Majorat** vererbt wird, liegt es in dem **Interesse** und in dem **Rechte** der **gesamnten fürstlichen Familie**,***) obgleich ihr die **Souverainität** nicht in **Corpore** zusteht, sondern nur immer vorbehaltlich des **Erbrechtes** der **Uebrigen** von einem einzigen **Mitgliede** der **Familie** nach der in ihr bestehenden **Successionsordnung** ausgeübt werden kann und darf, dafür zu

*) Vergl. auch **Hugo Grotius** de J. B. et P. L. II. Cap. VII. §. 26.

) Diess geschah in **Spanien, von **Philipp V.** 1724.

***) Wo die **Monarchie** eine **Beimischung** von der **Volkssouverainität** hat, nehmen die **Parlamente** an diesem **Rechte** **Antheil**. S. §. 46.

p. 60. not. *. —

sorgen, dass nicht der Besitz der Souverainität an eine Person übergehe, welche zur Handhabung derselben aus physischen oder anderen Mängeln unfähig ist, weil dadurch nicht allein das Wohl des Staates, sondern überdiess leicht auch das Kron-Erbrecht der ganzen Familie gefährdet werden würde. *) Es sind aber zwei Arten der Unfähigkeit zur Regierung zu unterscheiden, welche man als absolute und relative Unfähigkeit zu bezeichnen gewohnt ist. Die erstere eröffnet unmittelbar die legitime Thronfolge, und der absolut Unfähige ist wie ein Verstorbener, oder vielmehr als gar nicht vorhanden zu betrachten, wie z. B. bei notorischem Blödsinn, Wahnsinn, Raserei u. s. w. des zur Regierung durch das Successionsgesetz zunächst beru-

*) Dieses Recht der fürstlichen Familie gründet sich eben sowohl auf die natürliche Verbindlichkeit der Familie, als einer durch die Natur selbst — durch die Einheit des Blutes — gestifteten Verbindung, für unfähige und schutzbedürftige Mitglieder Sorge zu tragen, als auf die Grundidee der Immobilienfolge bei den germanischen Völkern, dass der Immobilienbesitz als ein stets mit politischen Pflichten verknüpfter Besitz nicht an eine Person kommen kann, welche nicht fähig ist, diesen politischen Pflichten zu genügen. Nicht nur gründet sich auf diese Rücksicht zum Theil der Vorzug des Mannsstammes vor dem Weibsstamme selbst, sondern der Ausschluss der Unfähigen von der Immobilien-Erbfolge findet sich in allen germanischen Rechtsbüchern des Mittelalters wiederholt ausgesprochen. Z. B. Sachsensp. I. art. 4. §. 1. »Uppe altvile (Zwitter) unde uppe dverge (Zwerge) irstift weder len noch erve noch uppe Kropelkint (Krüppel).« Merkwürdig ist die Bestimmung der *Lex Bajuvar. II. cap. 10.* gerade in Bezug auf die Thronfolge: »*Si quis filius Ducis tam superbus vel stultus fuerit, ut patrem suum dehonestare voluerit per consilium malignorum vel per fortiam et regnum ei auferre ab eo, dum adhuc pater ejus potest judicio contendere, in exercitu ambulare, populum judicare, equum viriliter ascendere, arma sua vivaciter bajulare, non est surdus vel coecus, sciatur se ille filius contra legem fecisse et de hereditate patris sui esse dejectum. etc.*«

fenen Subjectes.*) Die relative Unfähigkeit ist aber da vorhanden, wo nur vorübergehende, nur eine Zeitlang wirkende Ursachen, oder Gebrechen, deren Unheilbarkeit noch nicht entschieden ist, den Thronerben oder Thronbesitzer zur Zeit an der Ausübung der Regierung verhindern, wie z. B. Minderjährigkeit, längere Abwesenheit ausser Landes, Kriegsgefangenschaft, Anfälle geringerer Geistesverwirrung u. dergl. Solche Fälle motivieren nicht die wirkliche Eröffnung der Thronfolge, sondern nur den Eintritt einer interimistischen Regierung des nach dem relativ Unfähigen nächsten Thronerben — die sogenannte Regierungsvormundschaft, welche aber nach dem Character der majoratischen Erbmonarchie demselben von Rechtswegen (*ipso jure*) zufällt und sein Recht (*ius quaesitum*) ist. Der Regierungsvormund ist daher auch für die Zeit der Verhinderung des relativ Unfähigen wahrer Souverain, und hat alle Rechte und Pflichten eines solchen.**) Nicht zu verwechseln mit den Fällen der absoluten und relativen Unfähigkeit zu regieren ist der Fall,

*) Es sind diess solche Zustände, welche die Erwerbung oder Ausübung eines Besitzes unmöglich machen, — *Gold. Bulle Caroli IV. 1356. cap. 25. §. 3.* » *Primogenitus filius succedat . . . nisi forsitan mente captus, fatuus, seu alterius famosi ac notabilis defectus existeret, propter quem non deberet seu posset hominibus principari.* — Nach dem deutschen Staatsrechte ist überdiess ein Prinz, welcher sich dem geistlichen Stande widmet, unfähig, in ein weltliches Territorium zu succediren. *Gold. Bull. cap. 17. §. 2. 3. cap. 25. §. 4.*

**) Vergl. meine Schrift: »Die Regierungs-Vormundschaft im Verhältnisse zur Landesverfassung. Heidelberg, 1850.« Diese Grundsätze sind auch durch den deutschen Bund sanctioniert, indem derselbe durch Bundesbeschluss v. 4. Nov. 1850. (Klüber Fortsetzg. der Quellen-Sammlung p. 16) die Rechtsgültigkeit der von dem Könige von Hannover und England als Regierungsvormund in Braunschweig errichteten Verfassung vom 25. April 1820 ausgesprochen hat.

wo dem Thronerben oder Thronbesitzer die Ausübung der Staatsgewalt durch ein Gebrechen nicht sowohl unmöglich als vielmehr nur erschwert ist, wie z. B. durch hohes Alter, Geistesschwäche, welche jedoch nicht Blödsinn genannt werden kann, oder Blindheit und ähnliche körperliche Mängel. *) In diesen Fällen handelt es sich nicht sowohl um eine Vertretung des Thronbesitzers oder Thronerben in der Regierung, als vielmehr nur um eine Unterstützung — (Assistenz) bei ihrer Führung, und hier kann daher auch nur ein Beitritt des nächsten Thron-Anwärters als Mitregenten gerechtfertiget werden, eine Anordnung, welche — wenn gleich von den Agnaten veranlasst, und durch einen Familienbeschluss gefordert — doch nur von dem regierenden Fürsten selbst auszugehen hat. Der Character der Mitregentschaft in der Erbmonarchie als einer theilweise antieipirten Erbfolge erhellet von selbst. Da in der Erbmonarchie die Heiligachtung der Erbfolgeordnung das oberste Gesetz in der fürstlichen Familie sein muss, indem darin der Rechtstitel für den Thronbesitz aller einzelnen Mitglieder des Regentenhauses enthalten ist, und sie mithin als die Basis der Legitimität selbst erscheint, so ergibt sich hieraus von selbst, dass die Familie von ihrem Rechte, von der gewöhnlichen Thronfolgeordnung eine Abweichung zu machen, nur mit der grössten Vorsicht und Einschränkung Gebrauch zu machen befugt ist, und dass auch da, wo dieser Gebrauch an sich motivirt ist, derselbe im Zweifel nur in dem geringsten Umfange gerechtfertiget ist. Daher verdient un-

*) Schon im alten deutschen Rechte konnten Blindheit, Taubheit, Stummheit und Mangel einzelner Glieder nur von der Lehnfolge, nicht von der Allodial-Erbschaft ausschliessen. Sachsensp. I. art. 4. §. 2. Allein diess war selbst im Lehenrecht höchst streitig. Vergl. II. feud. 36. — Jedenfalls können daher diese Gründe heut zu Tage wo die Thronfolge stets nur noch Allodialsuccession ist, keinen Ausschluss des Thronfolgers von der Krone mehr rechtfertigen.

ter gleichen Verhältnissen die Anordnung einer Mitregentschaft den Vorzug *) vor einer Regierungsvormundschaft, und nur in den äussersten Fällen darf sich die Familie befugt halten, eine wirkliche Eröffnung der Thronfolge auszusprechen.**) —

§. 58.

Fortsetzung. Vom Missbrauche der Staatsgewalt insbesondere.

Missbrauch der Staatsgewalt ist an sich keine Beendigungsart der Souverainität, d. h. keine Thatsache, mit welcher die Ausübung der höchsten Gewalt von selbst endigt — im Gegentheile liefert der Missbrauch selbst den offenkundigen Beweiss, dass sie sich noch in den Händen des Souverains befindet.***) Der Missbrauch

*) Der Vorzug der Mitregentschaft vor der Regierungsvormundschaft äussert sich auch darin, dass die erstere nicht wie die letztere, der unseligen Frage nach einer dem bevormundeten Fürsten etwa zustehenden Befugniss Raum gibt, eine *restitutio in integrum* in Anspruch zu nehmen. — Uebrigens ist diese Frage nach den Grundsätzen zu beantworten, welche im §. 51 über die Verbindlichkeit der Handlungen eines legitimen Regierungsvorgängers für seinen Nachfolger aufgestellt worden sind. —

Vollkommen bestätigt diese Theorie der p. 83. not. " angef. Bundesbeschluss v. 4. Nov. 1830. wodurch die Bundesversammlung dem Herzoge Carl von Braunschweig eröffnet, dass die von dem Regierungsvormunde eingeführte Verfassung (erneuerte Landschaftsordnung v. J. 1820) als in anerkannter Wirksamkeit bestehend, nicht anders als in verfassungsmässigem Wege abgeändert werden dürfe.

**) Ein merkwürdiges Beispiel der wahren Thronbesteigung des entfernteren Agnaten anstatt des unmündigen Thronerben bietet der Regierungsantritt des Churfürsten *Friedrich des Siegreichen* von der Pfalz. Vergl. Klüber die eheliche Abstammung des fürstl. Hauses Löwenstein-Wertheim, Frkft. 1837 p. 18.

***) Man gewinnt daher auch keinen wahrhaft practischen Gesichts-

der Staatsgewalt ist aber eine Thatsache, durch welche sich entweder eine absolute oder eine relative Regierungsunfähigkeit, oder auch eine der Wichtigkeit und dem Ernste der Regierung nicht gewachsene Schwäche oder Leichtfertigkeit — *levitas animi* — kund gibt, und kann sonach entweder der Rechtsgrund werden, wodurch eine Unfähigkeitserklärung, oder die Bestellung einer Regierungsvormundschaft, oder die Forderung einer Mitregentschaft abseits der Agnaten *) motivirt wird — oder sie kann die factische Veranlassung sein, durch welche eine Revolution hervorgerufen wird. Der Missbrauch der Staatsgewalt hat daher nicht immer dieselbe Rechtsfolge, und welche unter den drei möglichen Rechtsfolgen durch die Agnaten ausgesprochen werden soll, hängt eines Theiles von den Ursachen, welche den regierenden Fürsten zum Missbrauche der Gewalt führten, anderen Theiles von der Grösse des gemachten Missbrauches und den für die Zukunft sich ergebenden Befürchtungen ab. In keinem Falle darf man aber unter einem Missbrauche, welcher die Agnaten berechtigen könnte, eine absolute Regierungsunfähigkeit auszusprechen, einzelne Missgriffe oder verkehrte Maasregeln der Regierung verstehen, gegen welche noch die gesetzmässigen und ord-

punct, wenn man in dem Missbrauche der Staatsgewalt einen Verzicht des Fürsten auf die Souverainität sehen will. Auch diess ist eine von jenen unnöthigen Fiktionen im Staatsrechte, welche mehr verwirren als erklären.

*) Die Anerkennung des Rechtes der Agnaten über das Vorhandensein einer Regierungsunfähigkeit u. s. w. zu entscheiden, ist in der Erbmonarchie unentbehrlich, wenn man nicht dem Principe der Volkssouverainität für solche Fälle einen Einfluss gestatten will. Vergl. meine Schrift: die Eröffnung der legitimen Thronfolge als rechtliche Folge des Missbrauches der Staatsgewalt. Heidelberg u. Leipzig 1853. p. 75. 76. —

nungsmässigen Instanzen vor den Gerichten, den Administrativbehörden, dem Staatsrathe oder die Landstände und die Verantwortlichkeit der Minister Schutz gewähren können: sondern ein derartiger Ausspruch der Agnaten kann nur durch eine solche fortgesetzte Handlungsweise des Fürsten begründet werden, durch welche er factisch ausdrückt, dass er sich nicht zu einer ordnungsmässigen Regierung als verpflichtet betrachtet, und wodurch er sich zugleich über die gesetzlichen Schranken hinwegsetzt, welche die Unabhängigkeit der Gerichte, die Landstände und die Verantwortlichkeit der Minister in einem wohlgeordneten Staate bilden sollen, so dass also der Fürst die Garantien der bürgerlichen Freiheit und des Rechtszustandes im Staate vernichtet, und somit die Urrechte der Individuen ohne weitere Möglichkeit einer verfassungsmässigen Vertheidigung angreift oder vernichtet. Das Recht der fürstlichen Agnaten, unter solchen Verhältnissen einzuschreiten, kann als ein fundamentalherkömmliches in Deutschland bezeichnet werden. Die Theorie, welche hier entwickelt worden ist, findet sich schon in dem ältesten Hausgesetze ausgesprochen, welches bis jetzt in Europa bekannt geworden ist, nämlich in dem Hausgesetze des Kaisers Ludwig des Frommen vom Jahre 817. *)

*) *Divisio imperii Ludovici Imp. inter filios suos a 817. c. 10. bei Pertz. Mon. Germ. Tom. Leg. I. p. 199. »Si autem . . . venerit, ut aliquis illorum (sc filiorum) . . . aut divisor aut oppressor ecclesiarum et pauperum extiterit, aut tyrannidem, in qua omnis crudelitas consistit, exereuerit, primo secreto secundum Domini praeceptum per fideles legatos semel bis et ter de sua emendatione commoneatur, ut si his renisus fuerit, accersitus a fratre coram altero fratre paterno et fraterno amore moneatur et castigetur. Et si hanc salubrem admonitionem penitus spreverit, communi omnium sententia (Familienbeschluss der Agnaten) quid de illo agendum sit, decernatur, ut quem salubris ammonitio a nefandis actibus revocare non potuit, imperialis potentia communisque omnium sententia coërceat.*

Mit Berufung auf dieselben Grundsätze wurde im Jahre 1606 von den Agnaten des Hauses Oesterreich sogar die Absetzung des Kaisers Rudolph II. ausgesprochen, und der Erzherzog — nachher Kaiser — Matthias zum regierenden Fürsten erklärt. *) Das neueste, durch die Anerkennung des deutschen Bundes sanctionierte Beispiel bildet die unter Berufung auf das deutsche Herkommen verfügte Absetzung des Herzogs Carl von Braunschweig durch die Agnaten dieses fürstlichen Hauses. **)

*) Vergl. die Urkunde bei Dumont T. v. p. 2. p. 68. *Cum rerum praesentium deploratu statu ... constat, S. C. Majestatem, Dominum et fratrem nostrum observandum ex quadam animi indispositione et infirmitate, quae sua periculosa intervalla habet, in gubernatione regnorum ... minus sufficientem et idoneum esse, ita ut iis a Deo sibi commissis, eo quo par est modo prae esse nequeat. ... Nos Mathias, Maximilianus, etc. etc. fratres et patruces ingenti dolore permoti ... nullum aliud remedium praesentius esse comperimus, quam ut ... haecenus laudabilia a majoribus nostris conservata consuetudine ... Caput nobis et Columnen domus nostrae ... religamus, etc.*

**) Beschluss der Bundes-Vers. v. 2. Decbr. 1830. wegen der bedenklichen Verhältnisse in der Regierung des Herzogthums Braunschweig bei der auffallenden Denk- und Handlungsweise des Herzog Carl v. Braunschweig. bei Klüber Forts. der Quellensammlung, p. 17. „Seine Durchlaucht der Herzog Wilhelm von Braunschweig Oels wird ersucht, die Regierung des Herzogthumes Braunschweig bis auf weiteres zu führen, und Alles, was zur Erhaltung der Ruhe und Sicherheit und der gesetzlichen Ordnung im Herzogthume erforderlich sein möchte, allenfalls unter Beihülfe des Bundes vorzunehmen. Ferner wurde den berechtigten Agnaten Sr. Durchlaucht des Herzogs Carl anheim gegeben, die nöthige definitive Anordnung für die Zukunft in Gemässheit der Herzoglich-Braunschweigischen Hausgesetze und des in deutschen und andern souverainen Häusern üblichen Herkommens zu berathen und zu bewirken.“ Die hierauf von den Agnaten getroffene definitive Anordnung s. eben daselbst p. 18. 19. —

§. 39.

Von der Revolution.

Unter Revolution versteht man den gewaltsamen Umsturz einer Verfassung durch das Volk, d. h. durch eine mächtige Parthei in demselben.*) Die Frage, ob das Volk unter gewissen Voraussetzungen zur Revolution befugt sein könne, ist keine publicistische Frage, d. h. keine Frage, welche in einem Staate nach staatsrechtlichen Grundsätzen entschieden werden kann, weil jeder Staat auf die Voraussetzung gebaut ist, dass er ein solcher Zustand sei, in welchem die Revolution nicht denkbar ist, und weil die Revolution der directe Gegensatz des bisher bestehenden Staats-Zustandes, und eine seine Vernichtung involvirende Thatsache — d. h. das Ende des bisherigen Zustandes ist. Mit der Vernichtung der bisher bestandenen Verfassung ist nämlich auch immer zugleich die Gültigkeit aller übrigen — durch sie bedingten — Gesetze, und die Gewalt der zu ihrer Handhabung aufgestellten Behörden vernichtet, und diess ist der Grund, warum jede Revolution, wenn sie gelungen ist, straflos ist. Eben darum wird aber auch der Ausdruck »Revolution« nur da gebraucht, wo der Umsturz der Verfassung wirklich gelungen ist, so dass es also keine misslungene Revolution gibt, sondern ein Versuch eines gewaltsamen Umsturzes der Verfassung, der von der bestehenden Staatsgewalt unterdrückt und bezwungen werden konnte, ist vor dem positiven Gesetze nothwendig immer ein selbstständiges Verbrechen, nämlich Hochverrath. Für das practische und das positive Recht ist daher eine

*) Nie macht das ganze Volk eine Revolution: immer ist es eine übermächtige, oft aber der Zahl nach geringere, aber thätige Parthei, welche sich den Namen des Volkes beilegt.

Revolution lediglich eine thatsächliche Frage, nie aber eine Rechtsfrage. Soll aber die Frage nach der Rechtlichkeit einer Revolution nur von der moralischen Zulässigkeit oder Unzulässigkeit derselben verstanden werden, so kann hier kein anderer, als der Gesichtspunkt der Nothwehr eine Entscheidung begründen. Das sicherste Mittel gegen Revolutionen ist daher auch die Feststellung gesetzlicher Formen für die Ausübung der Volksrechte durch besondere Organe, und die Gewährung einer verfassungsmässigen Vertheidigung gegen Missgriffe der Staatsgewalt. *) Fasst man die Revolution, da wo sie wirklich stattgefunden hat, als Nothwehr auf, so ergibt sich, dass sie als solche nur in der möglichsten Beschränkung für rechtlich erachtet werden kann: daher kann sie auch in einer Erbmonarchie nur die Wirkung haben, dass sie die legitime Thronfolge eröffnet.

V. Abschnitt.

Von den Hoheitsrechten.

§. 60.

Begriff. Oberste Eintheilung. Wesentliche und ausserwesentliche Hoheitsrechte.

Obgleich die Staatsgewalt als das Herrscherrecht des

*) Diese Garantien gegen eine Revolution hat der deutsche Bund im Interesse der Erbmonarchie bundesverfassungsmässig angeordnet.

Souverains ihrem **Begriffe** nach untheilbar ist — (§. 35) so äussert sie sich doch theils in verschiedener **Weise**, theils in verschiedenen **Beziehungen** thätig. In diesem **Sinne** kann man daher auch von einzelnen in der **Staatsgewalt** liegenden **Befugnissen** sprechen — **Hoheitsrechte**, *iura majestatica*, *regalia* im weiteren **Sinne**. Das **philosophische Recht** kann daher auch keine anderen **Hoheitsrechte** aufzählen, als nur **wesentliche Hoheitsrechte** — sog. *regalia essentialia*, *immanentia*, *sive majora* — d. h. solche **Befugnisse** des **Souverains**, welche ihm schon vermöge des **Begriffes** als **Staatsherrscher** in **Bezug** auf den **Staat** zukommen, und daher auch schon im **Begriffe** der **Staatsgewalt** selbst liegen. Das **positive Recht** pflegt aber meistens der **Staatsgewalt** auch noch einige besondere **Rechte** aus besonderen **positiven** (**historischen**) **Titeln** beizulegen, insbesondere solche, welche der **Staatsgewalt** einen **materiellen Nutzen** gewähren. Diese werden sodann **zufällige Hoheitsrechte** — *regalia non essentialia*, *accidentalia*, *minora*, *utilia*, auch **Regalien** schlechthin, oder im **engeren Sinne** genannt.

§. 61.

Bisherige Theorieen über die Eintheilung der wesentlichen Hoheitsrechte.

Ueber die Eintheilung der in der Staatsgewalt ihrem Wesen nach liegenden Hoheitsrechte herrscht eine grosse

Dahin gehören 1) die **Vorschrift der Bundesacte a. 13.** dass in jedem **Staate** eine **landständische Verfassung** bestehen soll; 2) die in den **W. S. A.** a. 29. zugesicherte **bundesmässige Abhülfe** im Falle einer **Justizverweigerung** in einem **Bundesstaate**; 3) die **Anordnung eines Bundesschiedsgerichtes** für die **Erledigung von Streitigkeiten** zwischen einer **Regierung** und ihren **Landständen** durch **Bundesgesetz vom 30. Octob. 1834.**

Verschiedenheit der Ansichten. Die älteste Eintheilung ist die in gesetzgebende, richterliche und vollziehende Gewalt, die sog. *Trias politica* des Aristoteles, welche auch noch Montesquieu und Filangieri beibehalten haben. Die Unzulänglichkeit dieser Eintheilung war Ursache, dass man immer mehr Gewalten und Hoheitsrechte erschuf, ohne über das Princip der Unterscheidung derselben im Reinen zu sein. Die französischen Schriftsteller seit der Restauration, wie z. B. Benjamin Constant, fügen der gesetzgebenden und richterlichen und vollziehenden Gewalt meistens noch eine vierte Gewalt — *pouvoir royal* — bei, welche sie nicht nur von der vollziehenden Gewalt — *pouvoir administratif, ministeriel* — unterscheiden, sondern überdiess als über den sämtlichen drei erstgenannten Gewalten stehend und diese beherrschend darstellen,*) und sodann fügt man in neuerer Zeit noch gewöhnlich als eine fünfte Gewalt ein *pouvoir représentatif* hinzu, worunter man das Recht der Krone begreift, den Staat gegen aussen zu vertreten. In Deutschland schloss man sich theils mehr oder minder dem Systeme der französischen Publicisten an, theils betrat man, wie Schlözer, Pöliz u. A. einen umgekehrten Weg, und machte den Versuch, die Zahl der zu unterscheidenden Hoheitsrechte einzuschränken, und unterschied nur eine gesetzgebende und vollziehende Gewalt, ohne jedoch darum in dem Principe klarer zu werden, oder diesen Versuch consequent durchzuführen, indem man sodann meist zu Subdivisionen der vollziehenden Gewalt schritt, und letztere auf verschiedene Weise in richterliche und vollziehende Gewalt im engeren Sinne, in strafende,

*) Das was an dem sog. *pouvoir royal* als practisch erkannt werden muss, wird in der Lehre von der Trennung der Regierung und Verwaltung und von der fürstlichen Prärogative dargestellt werden. (S. 6. 114—119.) —

oberaufsehende, repräsentative Gewalt, Cameralgewalt u. s. w. zerlegte. Noch Andere haben sich, wie Krug, darauf beschränkt, der *Trias politica* noch eine vierte Gewalt — die oberaufsehende — beizufügen. Doch trat schon früh wenigstens bei einigen — der practischen Richtung huldigenden — deutschen Publicisten, wie namentlich bei Pütter und Goenner einige Rücksicht auf die Objecte der Hoheitsrechte hervor, ohne dass jedoch dieser Gesichtspunkt mit der gehörigen Schärfe hervorgehoben und festgehalten worden wäre.

§. 62.

Nothwendigkeit der Unterscheidung von materiellen und formellen Hoheitsrechten.

Der Grund der erwähnten Verschiedenheit der Ansichten über die Eintheilung der Hoheitsrechte liegt darin, dass die in der Staatsgewalt liegenden Befugnisse — (was aber fast immer übersehen, oder doch nicht genügend beachtet worden ist) — nach zweierlei verschiedenen Beziehungen eingetheilt werden können und müssen: nämlich

- 1) nach den Gegenständen — Materien — in Bezug auf welche die Staatsgewalt thätig ist — und
- 2) nach den Formen, in welchen sie ihre Thätigkeit äussert.

Hiernach ergibt sich die Eintheilung der Hoheitsrechte in materielle und formelle Hoheitsrechte von selbst.

In ersterer Beziehung sollen zur Vermeidung von Verwechselungen die Befugnisse der Staatsgewalt fortan in dieser Darstellung „Hoheitsrechte“ gleichsam in dem engeren und eigentlichen Sinne genannt werden: in der zweiten Beziehung werden wir von nun an den Ausdruck „politische Gewalten, *pouvoirs*,“ ausschliesslich gebrauchen.

§. 63.

Eintheilung der materiellen Hoheitsrechte. Innere und äussere Hoheitsrechte.

Nimmt man bei der Eintheilung der Rechte der Staatsgewalt auf die Gegenstände Rücksicht, in Bezug auf welche sie thätig wird, so kann man und muss man so viele Hoheitsrechte unterscheiden, als es Gegenstände, d. h. Verhältnisse im Staate und im Volksleben gibt, welche eine politische Bedeutung haben können. Diese Verhältnisse können aber selbst auf zwei grosse Classen gebracht werden, nämlich: — Verhältnisse des inneren Staatslebens, und Verhältnisse des äusseren Staatslebens, oder Verhältnisse zwischen dem Staatsherrscher und den Unterthanen, und zwischen der Staatsregierung und auswärtigen Staaten. Demnach theilen sich die materiellen Hoheitsrechte naturgemäss in innere und in äussere Hoheitsrechte. Letztere ist man in neuerer Zeit gewohnt, unter der Bezeichnung „Repräsentativgewalt“ zusammen zu fassen. *)

§. 64.

Die inneren Hoheitsrechte.

Die inneren Hoheitsrechte — *regalia interna* — sind entweder absolut oder relativ wesentlich, je nachdem die Verhältnisse, auf welche sie sich beziehen, in keinem Staate fehlen können oder nur zufällig — historisch — in

*) Bedenken gegen diese Bezeichnung äussert Maurenbrecher, die deutschen Fürsten p. 211, weil der Fürst auch in Bezug auf fremde Staaten nur seine eigene Souverainität, aber nicht die seines Staates darstelle.

gewissen Staaten vorkommen. Die absolut wesentlichen Hoheitsrechte zerfallen sodann wieder in primäre — ursprüngliche — oder secundäre — abgeleitete Hoheitsrechte: je nachdem sie mit dem Begriff und dem Zwecke des Staates unmittelbar gegeben sind oder nur mittelbar, d. h. durch Vermittelung der primären Hoheitsrechte aus dem Staatszwecke fließen, und sich selbst als Mittel für die practische Ausübung derselben darstellen. Die primären Hoheitsrechte selbst beziehen sich theils auf das Land — (das Staatsgebiet) — als die objective Basis des Staates; theils auf das Volk, als die zu regierende Masse im Gegensatze des Staatsherrschers. Hiernach ergeben sich folgende Rechte der Staatsgewalt in Bezug auf die inneren Verhältnisse:

A. Absolut wesentliche Hoheitsrechte.

I. Primäre absolut wesentliche Hoheitsrechte.

- 1) Die Territorialhoheit, als Inbegriff der Befugnisse der Staatsgewalt über das Staatsgebiet.
- 2) Die Justizhoheit, oder Gerichtsbarkeit — *jurisdictio* — als Inbegriff der Hoheitsrechte des Staates hinsichtlich der Gründung, Erhaltung und Handhabung eines — gemeinen — normalmässigen — Rechtszustandes — *ius commune* — mit der Unterabtheilung in Civiljustizhoheit, und Criminaljustizhoheit, — von welcher letzteren auch die sog. Strafpolizei als eine Unterart erscheint, wenn nämlich die Bestrafung von Vergehen der geringsten Arten an andere Behörden, als die eigentlichen Criminaljustizbehörden gewiesen sind.
- 3) Die Polizeihöheit, als die Befugniss der Staatsgewalt, schaffend, befördernd und überwachend resp. für die Realisierung einer allseitigen Unterstützung und Entwicklung der Humanität zu wirken, mit der Unterabtheilung in die beiden Hauptclassen: Sicherheits- oder Rechtspolizei —

sowohl in crimineller als civilrechtlicher Beziehung — *) und Culturpolizei, letztere mit vielfachen Unterarten, nach der Verschiedenheit der zum Ressort der Polizei gehörigen Gegenstände. **)

4) Die Privilegienhoheit, als die Befugniss der Staatsgewalt *jura singularia* zu gründen. ***)

II. Secundäre, absolut wesentliche Hoheitsrechte:

1) Die Finanzhoheit oder Fiscalhoheit, als die Befugniss des Staates zur Erwerbung, Erhaltung und Verwendung eines öffentlichen Vermögens, als Mittel für die Zwecke des Staates und daher auch für die Ausübung der primären Hoheitsrechte, wovon eine Unterart das sog. Nothrecht oder *jus emens*, auch sog. Machtvollkommenheit des Staates ist.

2) Die Landesdiensthoheit mit den Unterarten Militärhoheit, Aemterhoheit und Recht der gemeinen Landfolge.

B. Relativ wesentliche Hoheitsrechte, d. h. solche, welche nur unter der Voraussetzung gewisser historischer Verhältnisse in dem Staate vorkommen, sind:

1) Die Lehenshoheit,
2) die Kirchenhoheit, und
3) in den constitutionellen Monarchien die fürstliche Prerogative.

*) Hieher gehört auch als Unterart die ganze sog. freiwillige Gerichtsbarkeit.

**) Hieher gehören als Unterarten die mitunter als besondere Hoheitsrechte aufgeführten sog. Erziehungs- und Unterrichts-Hoheit, Forst-, Jagd-, Wasser-, Brücken-, Deich- und Strassenbau-Hoheit, Feuerpolizei-Hoheit, Industrieconcessions-Hoheit, das sog. Münzregal u. s. w.

***) Hierher gehören das Recht der Begnadigung, der Standes-Erhöhung, Ordens-, Titel- und Würden- oder sonstigen Decorationen-Verleihungen etc.

§. 65.

Von den formellen Hoheitsrechten oder den politischen Gewalten. Gesetzgebende und vollziehende Gewalt.

Mit den materiellen Hoheitsrechten sind jene Grundverhältnisse des öffentlichen Lebens angegeben, auf welche die Staatsgewalt ihrem Begriffe nach nothwendig einwirken muss. Die Art und Weise aber — die Form — in welcher die Staatsgewalt auf alle diese Grundverhältnisse einwirkt, und welche sich daher bei jedem Hoheitsrechte wiederholt, ist der Natur der Sache nach und wesentlich nur eine zweifache: Gesetzgebung und Gesetzvollziehung — Legislation und Administration (Verwaltung) — gesetzgebende und vollziehende Gewalt — *pouvoir legislatif et administratif*.

§. 66.

Von der sog. oberaufsehenden Gewalt.

Man hat mitunter die Unterscheidung einer besonderen sog. oberaufsehenden Gewalt aus dem Grunde für nothwendig oder doch systematisch gerechtfertigt erklären wollen, weil die Kenntnissnahme der Regierung von den Bedürfnissen und Ereignissen in allen einzelnen Sphären des Staatslebens die Bedingung alles positiven Wirkens der Staatsgewalt überhaupt sei. Allein ohne die Richtigkeit dieser Bemerkung in Zweifel zu ziehen, so ist doch so viel einleuchtend, dass die Staatsgewalt nicht anders beaufsichtigend wirken kann, als durch die Organe der gesetzgebenden, oder der vollziehenden Gewalt, und die Erfahrung lehrt, dass es gerade die Organe der vollziehenden Gewalt sind, welchen die Sorge dafür übertragen ist, das Staatsleben in allen seinen Verzweigungen zu überwachen, und durch die von ihnen gesammelten Notizen und gemachten Erfahrungen einerseits die Organe der Legislation in

den Stand zu setzen, auf eine für den Staat erspriessliche Weise ihre Thätigkeit zu äussern, anderseits für sich selbst — für die Administration — die Veranlassungen zu ihrem Einschreiten und zu ihrer Kraftentwicklung zu entnehmen. Auch ist so viel offenbar, dass ein **Misbrauch** des **Beaufsichtigungsrechtes** des Staates nicht anders als durch die mit der **Beaufsichtigung** beauftragten Organe der **Vollziehung** möglich ist. Das, was man die oberaufsehende Gewalt des Staates nennen wollte, ist daher nichts Anderes, als ein **Theil der Polizeihohheit** des Staates, und als solcher selbst **Object der Gesetzgebung und Vollziehung**, indem im Staate auch die **Beaufsichtigung** nur in **gesetzlichen Formen** und nach **gesetzlichen Bestimmungen** geschehen darf, und nicht anders, als durch die Organe der **Vollziehung** geschehen kann.

§. 67.

Von der sogenannten richterlichen Gewalt.

Fast allgemein ist unter den Publicisten die Meinung von der Nothwendigkeit der Aufstellung einer **richterlichen Gewalt** verbreitet. Nur darüber wird von den Meisten gestritten, ob dieselbe als eine besondere Gewalt, oder ob sie nur als eine Unterart der vollziehenden Gewalt anzuerkennen sei. Für letztere Ansicht wird angeführt, dass die **Subsumtion** eines gegebenen Falles unter das Gesetz selbst schon ein Act der **Gesetzesanwendung** — also der **Vollziehung** — sei, und sonach setzte man der subsumierenden oder urtheilenden Function der Staatsgewalt die **Vollziehung** im engeren Sinne oder die **Vollstreckung** des Urtheiles entgegen. Man scheint aber hierbei das ausser Acht gelassen zu haben, dass die besondere Unterscheidung einer richterlichen oder urtheilenden Function der Staatsgewalt keine in Bezug auf alle **Hoheitsrechte** durchgreifende Unterscheidung ist, sondern selbst

dem gemeinen Sprachgebrauche und dem Wortverstande nach nur in Bezug auf die Justizhoheit gemacht werden kann,*) und schon dieser Umstand allein muss darauf aufmerksam machen, dass bei der sog. richterlichen Gewalt eigenthümliche und andere Verhältnisse, wie bei den übrigen sogenannten politischen Gewalten statt finden. Gehet man nun von der Grundansicht aus, dass nur jene Thätigkeit eine politische Gewalt genannt werden könne, welche die Staatsgewalt — (der Souverain) — entweder unmittelbar und in eigener Person, oder doch durch Organe ausübt, welche von ihr — (dem Souverain) — abhängig sind und Weisungen anzunehmen haben, so ergibt sich, dass man nur in einem solchen Staate von einer richterlichen Gewalt als einem Rechte der Krone sprechen kann, wo, wie z. B. in der Despotie, und wie auch die römischen Imperatoren stets gethan haben, dem Souverain unverwehrt ist, das Urtheil in Civil- und Criminaljustizsachen selbst zu sprechen, oder den Gerichten vorzuschreiben, wie sie erkennen sollen.**) Wo aber in einem Staate zufolge seiner Verfassung dem Souverain eine solche Befugniss nicht zukömmt, sondern ein solches Eingreifen in die Rechtsprechung als Cabinetsjustiz bezeichnet und für unstatthaft erklärt ist, wo also das Richten und Urtheilen keine Function der Krone oder der von ihren Weisungen dependierenden Behörden (der Vollzugsbehörden) ist — und wo also das Recht entweder von einer aus dem Volke selbst und unmittelbar hervor-

*) Auch der Mauthbeamte, wenn er von einer Sache den Zoll fordert, der Polizeibeamte, wenn er einen Verbrecher in handhafter That ergreift, subsumiert einen Fall unter das Gesetz: aber noch Niemanden ist es beigefallen, ein solches Subsumieren »Richten« zu nennen.

**) Der Inhalt des *Codex Justinianeus* liefert den Beleg für diese Behauptung.

gehenden **Corporation Jury** — oder doch von **Behörden** gesprochen wird, welche der **Souverain** zwar ernennet, welchen er jedoch nicht im einzelnen Falle die zu fällende Entscheidung vorschreiben kann — da kann man auch nicht von einer richterlichen Gewalt der Krone sprechen,*) sondern hier erscheint die Befugniss Recht zu sprechen, im eigentlichen Sinne, als etwas von der Krone Getrenntes — als etwas durch sie selbst Unantastbares, und somit — da es in dem Staate nur zwei berechnigte Subjecte geben kann, — den **Souverain**, und das **Volk** (§. 8) — als ein wahres und eigentliches **Volksrecht**.**) Da also, wo die **Cabinetsjustiz** als unstatthaft ausgeschlossen ist, ist die Befugniss der Krone in Justizsachen auf die Anordnung und Besetzung unabhängig sprechender Gerichte, und auf die Publication und Vollstreckung des unabhängig gesprochenen Urtheils beschränkt. Hier hat also die Krone nur **Gerichtsbarkeit oder Justizhoheit** (***) (§. 64. Nr. I. 2. §. 138.) und es

*) Auch v. Rotteck in s. Vernunftrechte II. p. 205. hat geläugnet, dass es eine richterliche Gewalt gebe, aber aus dem Grunde, weil das Urtheilen nur eine Denkfunktion sey. — Diesen Grund kann ich nicht anerkennen.

**) Dass man demungeachtet seit der Zeit des Aristoteles die richterliche Gewalt als ein Recht des Souverains behauptet, erklärt sich eines Theiles aus der Verwechslung von Rechtsprechen und Gerichtsbarkeit, anderen Theiles daraus, dass die Aristotelische Lehre, welche man ohne Weiteres auf die Monarchie übertrug, nur auf die Demokratie berechnet war, in welcher obnehin die Hoheitsrechte und Volksrechte in einander fliessen, weil hier das Volk zugleich der Souverain ist.

***) Diess war die germanische Rechtsansicht im ganzen Mittelalter, wo die Gerichtsbarkeit unter dem Namen **Gerichtsbann** als das oberste Recht des Kaisers betrachtet und von ihm den Fürsten geliehen wurde. — In der Gerichtsbarkeit in dem hier beschriebenen Umfange wurzelt auch das Recht der Krone, von den

wird wenigstens in dem juristischen Wesen und dem Umfange ihrer Berechtigung nichts geändert, wenn man die Bezeichnung — richterliche Gewalt — gleichwohl auf diese übertragen wollte. Da wo die Rechtsprechung von der Gerichtsbarkeit geschieden und an unabhängige Organe überwiesen ist, gewinnt die Staatsgewalt den unschätzbaren Vorthail, die Loyalität ihrer eigenen Acte, im Falle dieselbe von den Unterthanen bestritten wird, einem unpartheiischen Urtheile unterwerfen zu können: und darum hat man mit Recht in der Unabhängigkeit der Gerichte von Cabinetsbefehlen den wahren Unterschied zwischen der Despotie und Monarchie, und eine der wichtigsten politischen Garantieen, sowohl für die Sicherheit des Thrones als die Rechte der Unterthanen, erkannt. Namentlich war bei den germanischen Nationen von der ältesten Zeit an das Rechtsprechen lediglich Sache des Volkes — der Schöffen, der Standesgenossen, *pares, pairs* — und darum auch niemals weder Cabinetsjustiz noch Despotie in Deutschland für zulässig geachtet worden. *)

Gerichten zu verlangen, dass sie im Namen d. h. kraft ihrer Anordnung durch den Souverain, Recht sprechen.

*) Der Kaiser konnte in Deutschland wohl den Gerichten verbieten, Recht zu sprechen, d. h. begnadigen — (Abolition) — aber nie gebieten, wie sie sprechen sollten. — Diese Grundsätze sind auch durch den deutschen Bund anerkannt, (W. S. A. v. 1820. a. XXIX) und namentlich bereits in einem Falle die Cassation eines gerichtlichen Erkenntnisses durch einen Bundesfürsten für wirkungslos erklärt worden. Beschluss der B. V. v. 7. Oct. 1830 betr. die Beschwerde des Freiherrn v. Sierstopff wider den Herzog Carl von Braunschweig, wegen Justizverweigerung, mittelst Cassirung eines zum Vorthail des zuerst genannten ergangenen landesgerichtlichen Urtheils.

§. 68.

Von der Theilung der Gewalten.

Um dem Missbrauche der Staatsgewalt zu steuern, hat man in der neueren Zeit nach dem Vorgange von *Montesquieu**) die Theilung der Gewalten, d. h. die Ueberweisung der einzelnen in der Souverainität liegenden Rechte — namentlich der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt — an verschiedene Subjecte vorgeschlagen. Allein wo man noch immer die Trennung der Gewalten practisch durchzuführen gesucht hat, da hat sich dieselbe als unzureichend**) bewiesen, und nur Verwirrung und namentlich einen Kampf der Gewalten gegen einander erzeugt, der überall damit endigte, dass das Subject der vollziehenden Gewalt den Sieg über die übrigen Gewalten davon trug, und dieselben von sich abhängig machte ***), — oder die sog. Theilung der Gewalten war von Haus aus keine wahre Theilung der Staatsgewalt, sondern nur eine Trennung der Organe derselben, während sie selbst, wie z. B. in den nordamerikanischen Freistaaten — dem Wesen nach unge-

*) Uebrigens hatte schon Tacitus die Idee einer Theilung der Gewalten erfasst, allein sein geübter politischer Blick liess ihn richtig erkennen, dass diese Theorie nur zu unfruchtbaren politischen Equilibristen-Künsten führen könne. Tac. Ann. IV. c. 33.

„*Nam cunctas nationes et urbes populus, aut primores, aut singuli regunt. Dilecta ex his et constituta reipublicae forma laudari facilius, quam evenire, vel si evenit — haud diuturna esse potest.*“

**) Diess kann um so weniger befremden, als die Theilung der Gewalten dem Wesen der Souverainität geradezu widerspricht. (§. 35) — Für die deutschen Staaten ist die Untheilbarkeit der Staatsgewalt durch art. 57 der W. S. A. positiv sanctionirt.

***) Von jeher war der Erwerb oder Besitz der executiven Macht die erste Stufe zur Souverainität. Ich will hier nur an Napoleon erinnern.

theilt einem idealen Subjecte — dem Volke — beigelegt wird — oder was man aus Missverstand so nannte, ist eine Belebung der Volksrechte neben den Hoheitsrechten, durch eine gewisse Art der Ausübung in besonderen Organen und Institutionen, wie dies z. B. namentlich in den deutschen constitutionellen Monarchien der Fall ist. Ueberhaupt ist die Lehre von der Theilung der Gewalten aus dem dunklen Gefühle hervorgegangen, dass auch dem Volke im Staate gewisse Rechte zukommen müssen, während man auf der anderen Seite die Volksrechte nicht von den Hoheitsrechten zu trennen wusste, und den Grundfehler beging, beide mit einander zu verwechseln, und irrig die Volksrechte als Hoheitsrechte darzustellen.*)

§. 69.

Von der Trennung der Organe der Staatsgewalt.

Wohl zu unterscheiden von der Theilung der Gewalten einerseits, so wie von der Belebung der Volksrechte neben der Staatsgewalt anderseits, ist die Trennung der Organe der Staatsgewalt — d. h. die Ausübung — Verwaltung — der verschiedenen materiellen und formellen Hoheitsrechte im Namen des Souverains durch ihm verantwortliche und von ihm angeordnete Behörden. Eine solche Trennung der Organe der Administration mit Unterordnung unter die oberste Leitung des Souverains — Regierung im Gegensatze der Verwaltung — ist in jedem, auch dem kleinsten Staate durch die Natur der Sache — nämlich durch die Masse der Geschäfte von selbst geboten, und besteht practisch selbst da, wo noch nicht wie in der constitutionellen Monarchie, die Trennung der Regierung von der Verwaltung als Fundamentalprincip ausgesprochen

*) Etwas Aehnliches ist eben in Bezug auf die sogenannte richterliche Gewalt speciell gezeigt worden. (§. 67.)

ist*) — d. h. sie bestehet selbst da, wo dem Regenten durch die positive Verfassung das unmittelbare Eingreifen in die Verwaltung nicht untersagt ist. Auf dieser Trennung der Regierung und Verwaltung beruht der ganze Staatsorganismus d. h. die Verfassung der Behörden überhaupt, das gegenseitige Verhältniss und die Unterordnung derselben unter einander — die sogenannte Beamten-Hierarchie.

Sechster Abschnitt.

Von den Unterthanen.

§. 70.

Begriff von Unterthan und Staatsbürger.

Jede Person, welche einer Staatsgewalt unterworfen und zum staatsbürgerlichen Gehorsam (§. 52) verpflichtet ist, heisst eben desshalb Unterthan — *subditus*. — Häufig gebraucht man heut zu Tage damit synonym das Wort Staatsbürger.***) Dieses soll nicht sowohl einen Gegensatz von „Unterthan“ als vielmehr nur so viel ausdrücken, dass dem Unterthan neben der Pflicht des bürgerlichen Gehorsams auch politische Rechte zukommen, daher auch beide Bezeichnungen friedlich neben

*) Die volle Bedeutung dieses Gegensatzes kann erst in der Lehre von der fürstlichen Prerogative erörtert werden. S. §. 119.

**) Der Ausdruck »Staatsbürger« ist dem Ausdrucke *civis, citoyen*,

einander bestehen können, indem die erstgedachte Pflicht die Theilnahme an den politischen Rechten nicht ausschliesst. *)

§. 71.

Begründung der Unterthanschaft.

(Zufolge des Grundcharacters der Staatsgewalt als eines Immobilienrechtes oder des Territorialprincipes (§. 39) ist die Unterthanschaft — d. h. die Verpflichtung zum staatsbürgerlichen Gehorsam durch den Aufenthalt in einem Staatsgebiete selbst und ohne Weiteres begründet. **) Jedoch finden noch wesentliche Unterschiede statt, je nachdem die Unterwürfigkeit lediglich durch einen zufälligen oder temporären Aufenthalt allein bedingt ist, oder noch auf anderen Gründen beruht — und hiernach theilt sich die Unterthanschaft in temporäre und bleibende Unterthanschaft — *subditi temporarii, perpetui*. — Das Prädicat „Staatsbürger“ (§. 70.) findet nur auf die blei-

Bürger, nachgebildet. Hierunter versteht man ursprünglich, d. h. im Sinne des römischen und griechischen Alterthums und des germanischen Mittelalters nur die vollberechtigten Mitglieder eines städtischen Gemeinwesens — *respublica, civitas, urbs libera* — was wir jetzt Orts-, Städte- oder Gemeindebürger nennen. — Die Uebertragung dieses Begriffes auf den Staatsunterthan erklärt sich als Consequenz derselben Ausdehnung des Begriffes eines Gemeinwesens — *respublica* — auf den Staat selbst.

*) In Staaten, in welchen man es für nothwendig findet, die Beziehungen auf die Pflicht zu gehorchen, schärfer hervortreten zu lassen, wie z. B. in der absoluten Monarchie, ist der Gebrauch des Wortes Unterthan vorherrschend: in solchen Staaten dagegen, wo die Rücksicht auf die Rechte der Unterthanen überwiegt, wie in der Republik, wird das Wort Staatsbürger vorgezogen. In der constitutionellen Monarchie haben beide Ausdrücke auf gleiche Geltung Anspruch.

**) Als eine sehr singuläre Ausnahme erscheint das für fremde Sou-

benden Unterthanen Anwendung: im Gegensatze hiervon wird der temporäre Unterthan als Fremder bezeichnet.

§. 72.

Von dem Staatsbürgerrecht oder Indigenat.

Staatsbürgerrecht, Indigenat, Eingebornenrecht — (auch Heimathsrecht in weiterer Bedeutung) — ist der Inbegriff der politischen und jener Privat- oder bürgerlichen Rechte — *droits civils**) — welche den bleibenden Unterthanen eines Staates zustehen und von den Fremden oder temporären Unterthanen nicht in Anspruch genommen werden können.**) Sehr häufig ist die Geltentmachung des Staatsbürgerrechtes an gewisse Bedingungen, Voraussetzungen und persönliche Qualifica-

veraine und deren Gesandten völkerrechtlich begründete Verhältniss der sog. Exterritorialität.

*) Der Ausdruck »*droits civils*« wird im französischen Rechte auch nur von jenen Privatrechten gebraucht, welche dem Inländer vor dem Fremden zustehen. — Dieselbe Bedeutung hatte im römischen Rechte »*Jus civile*« L. 6. 7. 9. Dig. de iust. et iure (1. 1.) — Der Römer zählte dahin alle Rechte, welche nicht aus dem *jus gentium* fliessen, wie seine *patria potestas*, *testamenti factio* etc. d. h. »*jus proprium Romanorum*.« — In Deutschland entbehren wir im gemeinen Rechte einer passenden Bezeichnung, obgleich sich gewiss nicht behaupten lässt, dass der Fremde auf alle bürgerlichen Rechte Anspruch habe, und mitunter noch sehr interessante Fragen darüber entstehen: z. B. ob ein ausländischer *minor* ein Recht auf die Civilrestitutionen *ex capite minoris aetatis* habe u. s. w. — Vgl. p. 110. not. †. — Particularrechtlich begreift man mitunter die bürgerlichen Vorrechte des Inländers unter dem Namen Indigenat (im engeren Sinn) — und unter Staatsbürgerrecht seine politischen Befugnisse z. B. Bayer. Edict. über das Indigenat v. 26. Mai 1818 Beil. I. z. Verf. Urk. — Diese Terminologie verdient Empfehlung. —

**) Früher unterschied man in Deutschland Reichsindigenat und Landesindigenat. An die Stelle des ersteren ist jetzt das Bundesindigenat getreten. Bundesacte a. XVIII. —

tionen *) gebunden, und in so ferne diess der Fall ist, muss man den Genuss (*jouissance*) d. h. die Zuständigkeit**) desselben an sich, und die wirkliche Ausübungsfähigkeit (*exercice*) unterscheiden, so dass also die erste immer die Vorbedingung der zweiten ist, ohne dass jedoch auch die zweite unbedingt eintritt, wo die erste vorhanden ist. Hiermit ist auch zugleich der Unterschied zwischen activen und passiven Staatsbürgern angegeben. Im Allgemeinen lässt sich nur die Regel aufstellen, dass die in dem Staatsbürgerrechte liegenden politischen Rechte gewöhnlich eine höhere***) Qualifikation des Individuums voraussetzen, als die Ausübung der bürgerlichen Wirkungen des Staatsbürgerrechtes, und dass derjenige, welcher nicht einmal befähigt ist, die sämtlichen bürgerlichen Befugnisse auszuüben, welche das Indigenat gewährt, †) um so weniger politische Rechte ausüben kann. Diese Beschränkungen müssen in dem positiven Rechte eines jeden Landes ausdrücklich bestimmt sein. Im Zweifel muss jeder, welcher sich im Genusse der bürgerlichen Rechte befindet, für befugt gelten, sämtliche in dem Staatsbürgerrechte liegenden Rechte auszuüben.

§. 73.

Erwerbung des Staatsbürgerrechtes.

Das Staatsbürgerrecht wird regelmässig erworben

*) Z. B. Grossjährigkeit u. dergl.

**) Den absoluten Gegensatz des Genusses der staatsbürgerlichen Rechte, und somit zugleich die Negation derselben — nicht aber der Menschenrechte an sich — bildet der bürgerliche Tod.

***) Z. B. ein gewisses reiferes Alter, Ansässigkeit, ein gewisses Steuer-capital, männliches Geschlecht u. dergl.

†) Z. B. Unmündige, Minderjährige, Entmündigte (Interdicierte) und dergl.

durch Geburt von Eltern, welche zur Zeit der Geburt des Kindes ein Indigenat in einem Staate besaßen, wie auch dieses Wort selbst schon andeutet. Uneheliche Kinder folgen in dieser Beziehung der Mutter. Ausserordentlicher Weise wird das Indigenat erworben durch Naturalisation, d. h. durch Verleihung des Eingebornenrechtes durch den Landesherrn in Form eines Privilegium's, welches aber in der Berufung eines Ausländers in den Staatsdienst und in der Verstattung der Verheirathung einer Fremden mit einem Inländer immer stillschweigend enthalten ist. Ohne ein ausdrückliches Gesetz kann aber weder der langjährige Aufenthalt eines Fremden in dem Staatsgebiete, noch die ausdrückliche Wahl eines Domicils in demselben, noch auch die Ansässigmachung in einer Gemeinde den Erwerb eines Indigenates begründen. Ist aber ein Indigenat durch Naturalisation, oder auf eine andere durch ein positives Gesetz verstattete Weise einmal erworben, so muss man demselben im Zweifel sofort auch alle Rechtswirkungen eines durch Geburt begründeten Staatsbürgerrechtes beilegen, wenn nicht ein spezielles Gesetz etwas Anderes vorschreibt. —

§. 74.

Von den Wirkungen des Indigenates.

Die Wirkungen des Indigenates äussern sich theils als Berechtigungen und Vorzüge, theils als Verpflichtungen und Lasten, welche dem Inländer im Vergleiche mit einem Fremden zustehen oder obliegen. Die Vorrechte selbst, welche hiernach der Inländer vor dem Ausländer geniesst, erscheinen durch seine besonderen Pflichten und Lasten bedingt. Der grösste Theil der staatsbürgerlichen Berechtigungen des Inländers sind po-

litischer Natur. *) Dahin gehören a) das Recht auf Staatsschutz in allen Beziehungen, also der Vertretung gegen auswärtige Staaten; — b) das Recht, aus dem Staate nicht ausgewiesen zu werden, mit Ausnahme der in dem Strafgesetzbuche bestimmten Fälle und in Folge eines richterlichen Urtheils, insoferne nämlich die Gesetzgebung überhaupt die Landesverweisung als Strafart anerkennt; — c) das Recht, an keinen auswärtigen Staat, unter keinerlei Voraussetzung — selbst nicht wegen der im Ausland und gegen die ausländische Regierung begangenen Verbrechen — ausgeliefert — resp. das Recht, seinem ordentlichen Richter im Inlande nicht entzogen zu werden**); — d) das Recht, zu allen öffentlichen Aemtern im Civil- und im Kirchendienste und zu allen Militär-Graden zu concurriren***); — e) das Recht zur activen und passiven Theilnahme an der landständischen Repräsentation, wo eine solche besteht, unter der sich von selbst verstehenden Voraussetzung, dass das Individuum die gehörige, von den positiven Gesetzen des betreffenden Staates vorgeschriebene persönliche und dingliche Qualifikation besitzt; — f) das Recht der Erwerbung des Gemeindebürgerrechtes und der Ansässigmachung in einer beliebigen Gemeinde des Landes, nach gemachter Nachweisung der landesgesetzmässigen Qualifikation. — g) Hiervon als Folge ergibt sich die active und passive Wahlfähigkeit in

*) Auch das römische Recht zählte das gesammte *jus publicum* zu dem *jus proprium civium Romanorum*. L. 1. § 2. Dig. de iust. et iure (1. 1.) — »Publicum ius est, quod ad statum rei Romanae spectat.« —

**) Daher darf auch kein vor einem ausländischen Gerichte gegen einen Inländer ergangenes Urtheil im Inlande vollzogen werden, wo nicht ein besonderer Staatsvertrag hiervon eine Ausnahme begründet.

***) In Bezug auf Hofämter lässt sich ein solches Recht nicht behaupten.

Bezug auf Gemeindeämter. — h) Ferner gehört hieher das Recht, zur **Betreibung von Handel und zünftigen Gewerben** und überhaupt jeder erlaubten bürgerlichen Nahrung zugelassen zu werden, und endlich — i) das **Recht auf Armenverpflegung** im Falle der Verarmung (**Heimathsrecht** im engsten Sinne). — Als civilrechtliche Wirkungen des Staatsbürgerrechtes stellen sich dar: — a) vollkommene **Erwerbsfähigkeit**, in Bezug auf alle Gegenstände, welche nicht speziell dem Verkehr entzogen sind *); — b) insbesondere vollständiges **actives und passives Erbrecht**; **) — c) **Anspruch auf alle durch die Civilgesetze eingeführten Rechtswohlthaten**, — *beneficia legis* †); — d) volle **Zeugenfähigkeit**, sowohl in Bezug auf **solenne Acte** als **prozessualische Verhandlungen**; e) die **Befugniss**, beliebig in jedem Landestheile seinen **Wohnsitz** (*domicil*) zu nehmen — und endlich f) die **Be-**

*) Ein Vorzug des Inländers vor dem Ausländer in Bezug auf Erwerb von Grundstücken äussert sich insbesondere da, wo noch das **Retractsrecht** besteht.

) Es ist eine schon in den ältesten Zeiten und das ganze Mittelalter hindurch bemerkliche Eigenthümlichkeit der germanischen Völker, die active und passive Erbfähigkeit von der Qualität als Staatsbürger abhängig zu machen. Noch in neuester Zeit hatte der *Code Napoléon* a 11. 726. 912. dasselbe Princip ausgesprochen. — Hierauf beruht das sog. *droit d'aubain*, **Albansrecht, *jus albinagii*, **Fremdlingsrecht**, als die dem Fiscus vindicierte Befugniss, **Hinterlassenschaften** mit Ausschluss der ausländischen Erben an sich zu ziehen. — Nach den Grundsätzen des heutigen Völkerrechtes entscheidet die **Reciprocität** über die Anwendung dieses Rechtes.

†) Z. B. **Restitutionen im Civilrecht**, *Cessio bonorum*, Freiheit von der Bestellung einer *cautio pro expensis etc.* — Die Restitutionen im **Civilprozess** wegen versäumter Fristen etc. muss man dagegen auch den vor den inländischen Gerichten processierenden Ausländern gewähren. Dies ist eine Folge des Grundsatzes der **formellen Rechtsgleichheit der Partheien vor Gericht**.

fugniss des Inländers, das gesammte Landesrecht als seine *statuta personalia* in Anspruch zu nehmen, und daher in allen, seine bürgerlichen und Familien-Zustandsrechte berührenden Verhältnissen nur nach den Gesetzen des Inlandes gerichtet zu werden, so dass er überhaupt nie eine Nullität begeht, wenn er auch im Auslande die von den Gesetzen seines Vaterlandes für Rechtsgeschäfte vorgeschriebenen Formen beobachtet.*) — Die besonderen Verpflichtungen des Inländers im Gegensatze des sich temporär im Staate aufhaltenden Fremden bestehen a) in der schon erwähnten Verpflichtung, den bürgerlichen Gehorsam durch einen Huldigungseid speziell zu geloben (§. 54); — b) auch nimmt die Verpflichtung zum staatsbürgerlichen Gehorsam in Bezug auf den Inländer in so ferne einen strengeren Character an, als er seinem Souverain zu einer speziellen Treue verbunden ist, deren Verletzung den Begriff des Hochverrathes bildet. — c) Der Inländer ist verpflichtet, die Gesetze des Staates, auch wenn er sich im Auslande befindet, zu beobachten, insoferne dieselben nicht ihrer Natur nach, wie z. B. Polizeigesetze, auf Wirkung innerhalb der Landesgränzen beschränkt sind; ferner ist der Inländer schuldig — d) nach dem landesgesetzlichen Maassstabe zu allen öffentlichen La-

*) Nie darf Jemand dadurch in Nachtheil gerathen, dass er den Gesetzen seines Inlandes Gehorsam geleistet hat. — Die Rücksicht darauf, dass es dem Inländer im Auslande oft nicht möglich ist, die inländischen Formen zu beobachten, hat in der Praxis zu der Connivenz geführt, auch die, mit Beobachtung der am Orte der Errichtung geltenden Formen, im Auslande abgeschlossenen Geschäfte eines Inländers, im Inlande als gültig zu erhalten. Daher spricht auch die Regel *«locus regit actum»* in Bezug auf civilrechtliche Geschäfte nur eine Befugniss, aber keine Verpflichtung des Inländers aus, die ausländischen Formen im Ausland zu gebrauchen.

sten beizutragen, und ist — e) eben desshalb seinem Staate militärdienstpflichtig.

§. 75.

Verlust des Staatsbürgerrechtes.

Die Natur des bürgerlichen Gehorsams und der Umfang und die Wichtigkeit der dem Inländer gegen die Staatsregierung obliegenden Pflichten, nöthigen von selbst zur Anerkennung des Grundsatzes: dass niemand bleibender staatsbürgerlicher Unterthan zweier Staaten zugleich sein könne — da hierdurch offenbar ein Conflict seiner Pflichten entstehen würde. Das Staatsbürgerrecht gehet daher *ipso jure* in allen jenen Fällen verloren, in welchen eine Person ein anderes Staatsbürgerrecht erwirbt, (§. 73) insoferne ihr nicht durch ein besonderes Privilegium des Staatsherrschers das bisherige Staatsbürgerrecht vorbehalten wird. Da der Unterthan, abgesehen von den in dem Staatsbürgerrechte enthaltenen Berechtigungen, seiner Staatsregierung zu Pflichten verbunden ist, so ergibt sich, dass der Unterthan, welcher sein Staatsbürgerrecht aufzugeben und auszuwandern beabsichtigt, der Staatsbehörde von seinem Vorhaben die Anzeige zu machen, und deren Genehmigung einzuholen hat. Eine Befugniss zur freien Auswanderung ist daher nur in dem Sinne begründet, als die Staatsregierung für verbunden zu achten ist, die nachgesuchte Auswanderungserlaubniss zu ertheilen, wenn der Auswanderungslustige sich nicht im Rückstande mit der Erfüllung der ihm bisher obgelegenen staatsbürgerlichen Pflichten befindet.*) Der Grund,

*) Der Westphälische Frieden gab den deutschen Unterthanen ein Recht der Auswanderung, wenn der Landesherr nicht durch das Normaljahr (1624) verpflichtet ist, ihre Religionsübung zu dulden. J. P. O. art. V. §. 54 bis 57. Die deut. Bundesacte

aus welchem die Staatsregierung für verpflichtet zu achten ist, ausser diesem Falle die individuelle Freiheit des Individuums zu ehren, und die Auswanderung weder zu hindern noch zu erschweren, ist der, dass die Staatsgewalt nur eine politische Gewalt, aber nicht ein privatrechtliches Eigenthum an den Unterthanen ist.

VII. Abschnitt.

Von den Volksrechten.

§. 76.

Begriff und Wesen der Volksrechte.

Volksrechte sind diejenigen Rechte der Unterthanen, welche ihnen der Unterwerfung unter die Staatsgewalt unbeschadet, im Verhältnisse zu dieser — resp. gegen den Souverain zustehen. Da das Volk durch die Anerkennung einer Staatsgewalt nicht rechtlos wird (§. 32), so ergibt sich, dass in jedem Staate — (der Theorie nach) — Volksrechte vorhanden sind und vorhanden sein müssen, in welcher Form auch die Staatsgewalt organisiert sein mag. Allein nicht bei allen Staats-

art. XIX. garantiert unbedingt allen deutschen Unterthanen die Befugniss des freien Wegziehens aus einem Bundesstaat in den andern, und die Befugniss in Civil- und Militairdienste desselben zu treten, jedoch unter der Voraussetzung, dass keine Verbindlichkeiten zu Militairdiensten gegen das bisherige Vaterland im Wege stehen.

formen finden sich besondere gesetzlich anerkannte Organe für die Geltendmachung und Ausübung der Volksrechte, so z. B. nicht in der Demokratie, wo Volk und Souverain identisch ist, und wo daher die Hoheitsrechte und die Volksrechte durchaus in einander laufen, und nicht von einander geschieden sind. *) Desgleichen fehlen solche Organe für die Volksrechte in der reinen (absoluten) Monarchie oder Aristokratie, und darum sind in diesen Staatsformen die Volksrechte selbst bedeutungslos. Allein überall, wo ein gesetzliches Organ für die Ausübung der Volksrechte fehlt, ist der Staat unvollkommen organisiert: denn wo dieser Mangel vorhanden ist, da hat der Souverain nur Rechte, aber keine Rechtspflichten, und seine Regentenpflicht — wenn er überhaupt eine solche anerkennt — hat sodann nur den Character einer blos moralischen Pflicht. Das oberste Problem aller Politik bestehet aber darin, auch die Herrscherpflicht practisch in so weit zu einer Rechtspflicht zu machen, als diess ohne Beeinträchtigung der Souverainität und des Herrscherrechtes geschehen kann. **)

*) Aus diesem Grunde muss man auch die Theorien der classischen Autoren (Griechen und Römer) nur mit Vorsicht auf die Verhältnisse moderner Staaten anwenden. Vgl. p. 100. not. **.

**) Den Gegensatz der Lehre von einer blos moralischen Herrscherpflicht und von einer Rechtspflicht des Souverains hat Maurenbrecher, die deutschen regierenden Fürsten und ihre Souverainität, Frankfurt a. M. 1859, durch den Gegensatz von Fürstensouverainität und Staatssouverainität zu bezeichnen gesucht. Allein diese Terminologie läuft ebensowohl dem deutschen Sprachgebrauche zuwider, wonach die Volkssouverainität allein den Gegensatz der Fürstensouverainität bildet, als sie den völkerrechtlichen Begriffen widerspricht, wonach die Souverainität des Staates durch die des Fürsten bedingt und mit dieser identisch ist. — Dass die Anerkennung einer Rechtspflicht des Staatsherrschers in gewissen Beziehungen mit dem Begriffe der Monarchie nicht nur verträglich, sondern

Dieses Problem kann nur auf eine Weise gelöst werden — nämlich dadurch, dass man die Volksrechte mit einem gesetzlichen Organe versieht, wodurch sie ebenso, wie sie ihrem Wesen nach die natürliche Gränze der Staatsgewalt sind (§. 36.), auch eine wirksame Schranke des Missbrauches derselben bilden können, ohne dass jedoch diesem Organe der Volksrechte eine Befugniss zur eigentlichen Mitregierung oder Theilung der Gewalten eingeräumt würde.

§. 77.

Erste Spuren von Organen der Volksrechte.

Schon im hohen Alterthume findet man einzelne Spuren der Anerkennung der Volksrechte und der Aufstellung besonderer Organe für ihre Ausübung. Diess ist überall — wenn gleich in verschiedenem Umfange — da der Fall, wo sich in einem Staate mehrere verschiedene Geburtsstände historisch entwickelt haben, und daher mehrere politische Elemente, wie z. B. ein aristocratisches und ein demokratisches Element sich gegenüber stehen, und nach einem mitunter blutigen Kampfe um die Oberherrschaft mit einander zu vertragen genöthigt waren. In dieser Art erscheinen z. B. in der römischen Republik die Volkstribunen als das Organ der Volksrechte, ursprünglich nur mit einer rein negativen Gewalt — einem *Veto* — d. h. dem Rechte der Beschränkung der re-

sogar eine Garantie der Souverainität des Monarchen selbst ist, wird durch die in Gemässheit des art. 13. der deutschen Bundesacte und des art. 57. der Wiener Schlussacte bestehenden landständischen Verfassungen an sich dargethan. Wo eine landständische Verfassung eingeführt wird, ist der Streit, ob und in wie weit die Herrscherpflicht eine Rechtspflicht sei, positiv rechtlich entschieden. Alles richtet sich hier nach dem Umfange der den Ständen eingeräumten Befugnisse.

gierenden Aristocratie ausgerüstet, ohne Befugniss zur activen Theilnahme an der Regierung selbst, wie diess dem Character der Volksrechte gemäss ist. Man kann im Allgemeinen behaupten, dass schon eine Anerkennung der Volksrechte und ein Organ derselben vorhanden ist, wo der Grundsatz der Unabhängigkeit der Rechtspflege ausgesprochen ist, indem da die Gerichte selbst als die gesetzlich schützende Institution für die Geltung der Volksrechte erscheinen (§. 67). — Bei den germanischen Völkern finden sich solche Spuren der Anerkennung von Volksrechten seit den ersten Anfängen ihrer Geschichte, und schon von den Römern wurde es als nationaler Character der deutschen Staatsverfassung bemerkt und hervorgehoben, dass der Staatsgewalt Schranken gesetzt seien, welche den Missbrauch derselben verhindern. *) Seit der ältesten Zeit erkannten die Könige der deutschen Völker — und eben so im späteren Mittelalter die Kaiser, und ähnlich die Landesherren in ihren Territorien — durch historisch nachweisbare Verhältnisse gedrungen, gewissen Ständen, wie z. B. dem Kriegerstande oder dem Adel und der Geistlichkeit, gewisse Berechtigungen als durch die Staatsgewalt selbst unantastbare Befugnisse zu, und somit erscheinen in Deutschland die ständischen Rechte oder Freiheiten — (*privilegia*) **) — als die Vorläufer der Anerkennung der Volksrechte, und diese wurde ein unabweisliches Bedürfniss, sowie der politische Gegensatz der Stände allmählig in dem Begriffe einer allgemeinen Unterthanenschaft unterging, und der Adel und die Geistlichkeit ihre Bedeutung als politische Mittelgewalt mehr und mehr verloren, und die fortschrei-

*) Tacit. Germ. c. 7. »Nec regibus infinita aut libera potestas.«

**) Ständische Rechte verhalten sich zu den Volksrechten, wie *jura singularia* und *jus commune*.

tende Civilisation der Idee der Gleichheit vor dem Gesetze die Oberherrschaft verschaffte.

§. 78.

Eintheilung der Volksrechte. Ihr Verhältniss zu den Hoheitsrechten.

Die Volksrechte theilen sich gerade so, wie die Hoheitsrechte, in materielle und formelle Rechte ein, je nachdem man die Gegenstände der Berechtigung, oder die Art und Weise ihrer Ausübung in Betracht zieht. Die materiellen Volksrechte sind eben so, wie die materiellen Hoheitsrechte, durch den Begriff und Zweck des Staates selbst gegeben (§. 32. 62. 64.), und somit als primitive, nicht erst von der Staatsgewalt abgeleitete oder concedierte Rechte, unantastbar und unverletzlich — was auch schon daraus folgt, dass sie ihrem Begriffe nach die natürliche Gränze der Staatsgewalt sind (§. 36. 76). Die materiellen Volksrechte sind aber keine anderen, als die Urrechte der Individuen selbst, deren Schutz und Schirm der Zweck des Staates ist: und es kann keine anderen materiellen Volksrechte geben, als diese, da das Volk als ein Inbegriff von Individuen auch keine anderen Rechte haben kann, als diejenigen, welche den Individuen zukommen, von welchen es gebildet wird. So wie alle denkbaren Rechte der Individuen sich nur auf die Person oder auf Gegenstände — (Sachen) — beziehen können, so können auch die materiellen Volksrechte nur zweifach sein: Personalfreiheit,*) und Eigenthumsfreiheit. Consequenzen dieser beiden Volksrechte —

*) Hierunter ist auch das Recht der Denk- und Glaubensfreiheit und das Recht der freien Aeussderung in Rede, Schrift und durch die Presse begriffen.

resp. der angeborenen Urrechte aller Menschen — oder vielmehr nur andere Formen ihres Ausdrucks sind die Unabhängigkeit der Criminal- und Civilrechtspflege von der persönlichen Einmischung des Subjectes der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt — (des Souverains) — und die Forderung, seinem ordentlichen Richter nicht entzogen zu werden; ferner der Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz, d. h. bei der gerichtlichen Verfolgung von Rechten, und der gleichen Befugniss und Pflicht der Theilnahme an allen politischen Rechten und Lasten. Da mithin die materiellen Volksrechte keine anderen Rechte sind, als gerade jene Urrechte der Individuen, welche die Staatsgewalt selbst zu schützen berufen ist und sich hierzu als verpflichtet anerkennt, so erhellt zugleich, dass die Volksrechte einer besonderen Organisation nur in so fern bedürfen, als sie selbst durch einen Missbrauch der Staatsgewalt bedroht werden können. Gefährdet aber können die Volksrechte nur werden durch den möglichen Missbrauch der gesetzgebenden und vollziehenden*) Gewalt, resp. durch den Missbrauch der formellen Hoheitsrechte (§. 65.). — Darum sind auch die formellen Volksrechte nichts Anderes, als jene Rechte, welche dem Volke in Bezug auf die Ausübung der formellen Hoheitsrechte d. h. der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt zustehen. In beiden Beziehungen sollen die Volksrechte keine Befugniss zur Mitregierung, sondern nur ein Beschränkungsrecht der Staatsgewalt auf ihre natürlichen Grenzen sein. Genau in diesem Sinne ist die Statthaftigkeit von Organen der Volksrechte auch in dem neuesten positiven deutschen Staatsrechte**)

*) Durch diese namentlich da, wo die Rechtsprechung nicht an unabhängige Behörden überwiesen ist.

**) W. S. A. a. 57. »Da der deutsche Bund, mit Ausnahme der freien

unter der Bezeichnung als „Mitwirkung bei der Ausübung bestimmter Hoheitsrechte“ im Gegensatze des Systemes der Theilung der Gewalten anerkannt.

§. 79.

Von der durch die Anerkennung von Volksrechten bedingten Unterscheidung von Beherrschungs- und Regierungsformen.

Die Unterscheidung der Beherrschungsformen — (Archie) und Regierungsformen (Kratie) *) gehört erst der neueren Zeit an. Früher theilte man die Staatsformen nur nach der Zahl der regierenden Subjecte ein, und unterschied hiernach die drei sog. einfachen Staatsformen — Monarchie, Aristocratie und Demokratie. Das Wort Republik wurde zwar im Alterthume mitunter, wie das Wort Staat, bei allen drei

Städte aus souverainen Fürsten besteht, so muss, dem hierdurch gegebenen Grundbegriff zu Folge, die gesamte Staatsgewalt in dem Oberhaupte des Staates vereinigt bleiben, und der Souverain kann durch eine landständische Verfassung nur in der Ausübung bestimmter Hoheitsrechte an die Mitwirkung der Stände gebunden werden. — Zu verkennen ist übrigens nicht, dass die Redaction dieses Artikels im Interesse der Monarchie sehr Vieles zu wünschen übrig lässt. — Der Unterschied zwischen den Verfassungen, welche eine Organisation der Volksrechte gewähren, und denen, welche auf dem System der Theilung der Gewalten beruhen, besteht darin, dass in letzteren die eine politische Gewalt — die legislative — ganz zum Volksrecht wird: bei ersteren aber dem Volke zwar in Bezug auf beide Gewalten gewisse Rechte eingeräumt werden — aber kein Recht der Ausübung, sondern nur ein Recht der Beschränkung des Missbrauches.

*) Dieser Unterschied liegt nicht in den Worten; aber er liegt in der Sache, und daher ist die Bildung einer besonderen Terminologie wohl zu rechtfertigen. — Zuerst hat Krug, Dikäopolitik, auf diese Unterscheidung aufmerksam gemacht.

Staatsformen gebraucht, *) obschon man dabei hervorhob, dass nur in der Democratie eigentlich der Staat (*res publica*) auch wirklich *res populi* sei. **) In Deutschland bildete sich im Mittelalter, besonders mit Rücksicht auf die freie Stellung der Reichsstädte, ein Sprachgebrauch, nach welchem man Aristocratie und Democratie vorzugsweise unter dem Namen „Republik“ zusammenfasste, und ihnen beiden die Monarchie als eine andere Gattung von Staatsform entgegensetzte. Der Unterschied wurde hauptsächlich darin gefunden, dass in der Republik, sie mochte nun übrigens Democratie oder Aristocratie sein, die Regierung stets im Namen des Volkes und in Folge eines Mandates desselben geführt werde — (Volkssouverainität) — während in der Monarchie die Regierung nur im Namen des Monarchen und kraft eigenen Rechtes geführt wird (§. 59). Die Staatsformen, welche man nach der Rücksicht auf das Subject der Staatsgewalt unterscheiden kann, nennt man nunmehr Beherrschungsformen — (Archie) — und somit ergibt sich von selbst eine Eintheilung der Staatformen in Monarchieen und Polyarchieen. Diese Letzteren umfassen daher, wie der Ausdruck Republik, sowohl die Democratie, als die Aristocratie, (Oligarchie, auch — wenn sie auf einem theocratischen Principe beruht — Hierarchie). In der neueren Zeit ist auch noch die sog. Dyarchie hinzugekommen, d. h. jene Staatsform, in welcher die Trennung der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt durch Ueweisung derselben an zwei verschiedene Subjecte vollkommen durchgeführt ist.

*) Cic. de repub. I. c. 28.

**) Cic. ibid. c. 52.

§. 80.

Fortsetzung.

Die Staatsformen können aber auch noch in einer anderen Beziehung eingetheilt werden, nämlich mit Rücksicht darauf, ob das Subject der Staatsgewalt bei der Ausübung derselben gewissen positiven, die Verhinderung ihres Missbrauches bezweckenden Schranken unterworfen ist oder nicht, d. h. je nachdem für die Staatsrechte gewisse Organe constituirt sind, oder nicht. Da man aber — wie schon erwähnt wurde (§. 68. 69.) — fast durchgängig mehr oder minder in dem Irrthume befangen ist, als wenn die Volksrechte ein Theil der Souverainitätsrechte wären, so pflegt man bei solchen Verfassungen, welche der Willkühr des Staatsherrschers positive Schranken in den Organen der Volksrechte entgegen stellen, — jedoch sehr unrichtig und ungenau — von einer Theilnahme des Volkes an der Ausübung der Staatsgewalt zu sprechen, und bezeichnet die Art und Weise, wie die Staatsgewalt ausgeübt wird — nämlich mit oder ohne Theilnahme des Volkes — als **Regierungsform** — (**Kratie**). — Hiernach unterscheidet man **Autokratieen**, in so ferne dem Staatsherrscher kein Organ der Volksrechte zur Seite steht, und im Gegensatze hiervon gebraucht man den Ausdruck **synkratische** oder **gemischte Regierungsform**, wo Organe für die Volksrechte bestehen. *) Allein beide Bezeichnungen sind logisch fehlerhaft, und verrücken den richtigen Standpunct hinsichtlich aller jener Verfassungen, welche, wie die der deutschen Staaten, nicht auf das Princip der Theilung der Gewalten (§. 68), sondern auf die Anerkennung der Volksrechte gebaut sind, und nicht

*) So Krug *Dikäopolitik* p. 260.

eine active Theilnahme des Volkes an der Regierung — (keine Volkssouverainität) — sondern nur eine negative Einwirkung desselben auf die Ausübung der Staatsgewalt durch gesetzmässige Organe, d. h. eine Beschränkung derselben auf ihren Zweck und ihre natürlichen Gränzen zu gewähren beabsichtigen. Richtiger unterscheidet man daher in den angegebenen Beziehungen unbeschränkte (absolute) und beschränkte Regierungsformen. Diese Eintheilung hat überdiess nur in Bezug auf die Monarchie eine entschiedene Bedeutung. Auf die Demokratie ist dieselbe ohnehin ihrem Begriffe nach nicht anwendbar, weil in dieser der Herrscher das Volk selbst ist, und daher die Herrscherrechte und die Volksrechte in ihr nothwendig in einander fliessen. Aber auch bei der Aristocratie ist diese Eintheilung wenigstens ohne practischen Werth, da jede aristocratische Verfassung als Unterart der Republik (§. 79) die Anerkennung wenigstens einiger politischen Rechte des Volkes voraussetzt. Die beschränkte Monarchie wird auch repräsentative Monarchie*) genannt, in soferne eine Repräsentation des Volkes als das gesetzliche Organ der Volksrechte eingeführt ist. Sie heisst auch constitutionelle Monarchie, in so ferne die Anerkennung der Volksrechte und die Art und Weise ihrer Ausübung und der Umfang derselben in einer besonderen Urkunde (Constitution) von dem Staatsoberhaupte sanctioniert worden ist. Auch ist in neuerer Zeit (in Frankreich) der Ausdruck „Monarchie mit republicanischen Institutionen“ in Gebrauch gekommen.

*) Man gebraucht zwar in neuerer Zeit auch den Ausdruck repräsentative Demokratie, nämlich für solche Democratieen, wo das Volk nicht in seiner Versammlung, sondern durch Mandatäre seine gesetzgebende Gewalt übt. Es leuchtet von selbst ein, dass hier von keiner beschränkten Regierungsform die Rede ist.

VIII. Abschnitt.

Von der Verfassung.

§. 81.

Begriff der Verfassung.

Die Verfassung ist der Inbegriff der in einem Staate hinsichtlich der Beherrschungs- und Regierungsform d. h. hinsichtlich der Organisation der Staatsgewalt und der Volksrechte und ihres gegenseitigen Verhältnisses geltenden Rechtsgrundsätze. Es gibt keinen Staat ohne Verfassung, weil diese nichts Anderes, als die Staatsform selbst ist. Allein hieraus folgt nicht, dass jede Verfassung gut und zweckmässig ist.

§. 82.

Entstehung und Eintheilung der Verfassungen.

Die Verfassung eines Staates beruht entweder auf Herkommen, oder auf positiver und urkundlicher Festsetzung der die Staatsform betreffenden Rechtsgrundsätze. Im letzteren Falle ist in neuerer Zeit der Ausdruck Constitution oder Charte gebräuchlich geworden. *) Im Mittelalter bezeichnete man solche schriftliche Urkunden über die politischen Rechtsverhältnisse der Unterthanen oder einzelner Classen derselben durch den Ausdruck Frei-

*) Doch findet sich der Ausdruck *Magna charta* (*great charter*) schon längst für den Freibrief der englischen Nation von 1215.

heiten, Privilegien und dergleichen. Man theilt heut zu Tage die urkundlichen Verfassungen in octroirte, d. h. verwilligte, in so ferne sie von dem Souverain ohne Mitwirkung des Volkes demselben in Form eines Privilegium's ertheilt sind, und in vertragsmässige Verfassungen, in so ferne sie durch Unterhandlung mit der Nation oder deren Stellvertretern zu Stande gekommen sind. Allein dieser Unterschied in der Form der Errichtung der Verfassungsurkunden hat keinen Einfluss, weder auf den rechtlichen Character ihres Inhaltes noch auf ihre practische Wirksamkeit. In einem wie in dem anderen Falle begründet sie einseitig unwiderrufliche Rechte — *jura quaesita* — und ist eben darum Fundamental- oder Grundgesetz.

§. 83.

Von der Errichtung der Constitutionen.

Die Ertheilung einer Verfassungsurkunde, sie werde in der Form eines Privilegs gegeben, oder mit der Nation vertragsmässig zu Stande gebracht, ist nur Sache des jeweiligen Staatsherrschers, weil sie eine politische Angelegenheit ist, und der Souverain in sich alle Hoheitsrechte vereinigt, und einerseits durch Bewilligung gesetzlicher Organe für die Volksrechte nur seine Privilegienhoheit ausübt, und anderseits durch Feststellung der Staatsform nur eine Regentenpflicht erfüllt.**) Darum ist auch die Einwilligung der fürstlichen Agnaten zur Errichtung einer Verfassungsurkunde nicht nöthig, noch eine Bedingung ihrer Gültigkeit, wenn sie gleich als eine wünschenswerthe Garantie derselben betrachtet werden kann.**)

*) Positiv ist dies für die deutschen Staaten ausgesprochen: Bundesacte a. 13. —

**) Vergl. oben §. 51. §. 57. p. 83. not *.

§. 84.

Von der Abänderung und der Interpretation der Verfassung.

Dass eine Verfassung, welche dem Volke Rechte und eine Organisation für die Ausübung derselben gestattet, und welche rechtsgültig errichtet worden und einmal ins Leben getreten ist, nicht einseitig von dem Souverain*) abgeändert werden kann, folgt aus der Natur der Sache, und ihrem Character als Grundgesetz (§. 82) **). Da eine derartige Verfassung über der einseitigen Einwirkung des Souverains stehet, so kann sie auch nicht von demselben einseitig authentisch interpretiert werden, weil jede authentische Interpretation die Aufstellung eines neuen Grundgesetzes, und somit die (gänzliche oder theilweise) Aufhebung des bisher in anerkannter Wirksamkeit bestehenden Gesetzes enthält. Handelt es sich aber nur um eine doctrinelle Interpretation der Verfassung, d. h. um eine solche, welche in Bezug auf einzelne Fälle von den Gerichten oder den Regierungsbehörden, Privatpersonen oder auch den Ständen gegenüber, zu machen ist, so muss die Verfassung im Zweifel zu Gunsten des Souverains — *pro principe* — interpretiert werden, sowohl desshalb, weil im Staate überhaupt und im Allgemeinen die Vermuthung für die Legalität der Handlungsweise der Staatsgewalt streitet (§. 52), als auch desshalb, weil die Orga-

*) Auch nicht von dem Thronfolger. — S. §. 51. C. — §. 57. p. 85. not. *).

**) Positiv sanctioniert diesen Grundsatz die W. S. A. a. 56. »Die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassungen können nur auf verfassungsmässigem Wege wieder abgeändert werden.« — Ueber den Begriff: »anerkannte Wirksamkeit« vergl. den §. 57. p. 85. not. *) angef. Bundesbeschluss v. 4. Nov. 1850.

nisation*) der Volksrechte nur eine politische Schranke der Souverainität ist, und daher im Vergleiche mit dieser den Character eines *jus singulare*, oder eines *Privilegium's* an sich trägt, dessen Umfang in dem einzelnen Falle speciell erwiesen werden muss.

§. 85.

Von der besten Verfassung.

Der Werth einer jeden Verfassung ist relativ, und durch den Nationalcharacter, die Bildungsstufe und überhaupt durch die historischen Verhältnisse der Nationen bedingt. Die Trefflichkeit der Verfassung erprobt sich besonders dann, wenn der Staat von einer schlechten Verwaltung bedroht wird, weil nur in ihr die gesetzmässigen Mittel zur Verhütung des Missbrauches der Staatsgewalt und zur Beschränkung derselben auf ihre natürlichen Grenzen gefunden werden können.**) Der Theorie nach ist im Allgemeinen jene Verfassung für die beste zu erklären, welche einerseits die meisten Garantien für eine kräftige Handhabung der Staatsgewalt innerhalb ihrer natürlichen Grenzen, — andererseits für die Beschrän-

*) Man unterscheide hier wohl die materiellen Volksrechte und die formellen Volksrechte (§. 78). Erstere sind mit dem Begriffe des Staates selbst gegeben, und darum absolute und unveränderliche Rechte — (*ius commune*) — Letztere aber eine politische Einrichtung, und daher durch das positive Recht verschiedenartig bestimmbar, und wie ein Blick auf die bestehenden Verfassungen zeigt, auch allenthalben verschieden bestimmt.

**) Hieraus erhellet auch zugleich, dass eine gute Verfassung nicht so unbedeutend ist, dass sie bei einer guten Administration entbehrt werden könnte: denn gerade sie bürgt für die Letztere, indem sie eine schlechte Staatsverwaltung verhindert.

kung derselben auf diese Gränzen oder für die Verhütung ihres Missbrauches darbietet. Von diesem Gesichtspuncte aus betrachtet ist die beschränkte Monarchie als die zweckmässigste Verfassung zu vertheidigen.

Zweite Abtheilung.

Verfassungs - Recht der constitutionellen Monarchie.

Erster Abschnitt.

Von der constitutionellen Monarchie überhaupt.

§. 86.

Begriff der constitutionellen Monarchie.

Es ist ein Grundfehler — und zwar ein sehr allgemeiner — in der Behandlung des Staatsrechtes der constitutionellen Monarchie, wenn man dabei von der Voraussetzung ausgeht, dass die constitutionelle Monarchie eine zusammengesetzte, nämlich aus Monarchie und Demokratie gemischte Staatsverfassung sei, und dass mithin in derselben ihrem Wesen nach eine Theilung der Gewalten in der Art statt finde, dass das Volk durch einen Repräsentantenkörper mit dem Monarchen gemeinschaftlich die

Hoheitsrechte ausübe. Allein in der constitutionellen Monarchie handelt es sich nicht um die Mitregierung des Volkes und um eine Theilung der Hoheitsrechte, sondern vielmehr nur um die Anerkennung, Organisation, und Ausübung der ihrem Begriffe nach von den Hoheitsrechten völlig verschiedenen Volksrechte. (§. 32. §. 76. fl.) — Darum ist auch die constitutionelle Monarchie als diejenige monarchische Regierungsform zu begreifen, in welcher auch Volksrechte anerkannt sind, und zur Ausübung derselben eine Volksvertretung — Repräsentation — zugelassen ist. Die gewöhnliche Definition, wonach man die constitutionelle Monarchie als die Staatsverfassung erklärt, in welcher der Monarch bei der Ausübung der Hoheitsrechte durch eine aus Abgeordneten des Volkes bestehende Versammlung beschränkt ist, ist blos formell und darum ungenügend, weil sie über den Zweck und das Wesen der Repräsentation keinen Aufschluss gibt, und daher auch nicht sogleich von vorne hinein den Irrthum ausschliesst und zurückweist, als wenn durch die Repräsentation eine Theilung der Gewalten bezweckt werden sollte.

§. 87.

Von den Ideen, auf welchen die constitutionelle Monarchie beruht.

Die constitutionelle Monarchie ist auf dem Continente von Europa erst in der neuesten Zeit eingeführt worden. Das Bedürfniss, durch welches sie in das Leben gerufen wurde, war der Mangel einer genügenden gesetzmässigen Anerkennung und Verbürgung der Volksrechte und somit auch der individuellen Rechte der Unterthanen, der Staatsgewalt gegenüber. Die constitutionelle Monarchie beruht daher auf folgenden Grundideen:

I. Anerkennung einer Herrscherpflicht neben dem Herrscherrechte als mit einander untrennbar verbunden.

II. Daher geht die Tendenz der constitutionellen Monarchie dahin, die an sich bestehende moralische Verbindlichkeit des Regenten, gerecht und weise, d. h. gesetzmässig und im wohlverstandenen Interesse der Unterthanen — zum Nutzen und Frommen des Volkes — zu regieren, zu einer Rechtspflicht umzuwandeln, so weit diess mit dem Begriffe der Souverainität vereinbar ist (§. 68. 78).

§. 88.

Fortsetzung.

Diese Aufgabe strebt die constitutionelle Monarchie dadurch zu lösen, dass sie

I. eine Beschränkung der Staatsgewalt auf ihre natürlichen d. h. auf die durch ihren Begriff selbst gegebenen Grenzen zu bewirken, und den Missbrauch der Staatsgewalt unmöglich zu machen, oder doch möglichst zu erschweren sucht, während sie im Uebrigen dem Souverain den freiesten Gebrauch der Staatsgewalt verbürgt. Das wesentlichste Mittel für die Bewirkung eines solchen politischen Zustandes ist

II. die völlige Trennung der Regierung von der Verwaltung (§. 119), welche in keiner anderen Staatsform in solchem Grade stattfindet, aber in practischer Beziehung ebenso, wie als eigenthümlicher Character, so auch als das politische Princip der constitutionellen Monarchie erscheint. Als Consequenz dieses Principes stellet sich dar:

III. die Verantwortlichkeit der Minister (§. 112) ebensowohl gegen den Repräsentanten-Körper, als gegen den Souverain selbst, woraus die Nothwendigkeit

der **Contrasignatur** aller von dem Monarchen ausgehenden Verfügungen und Gesetze durch einen Minister von selbst erhellet.

IV. Da die constitutionelle Monarchie ihrem Begriffe nach durch Anerkennung von Volksrechten bedingt ist, so muss in ihr der Ausspruch der Gleichheit der Unterthanen vor dem Gesetz und die Zusicherung, dass Niemand seinem ordentlichen Richter entzogen werden dürfe, als das oberste rechtliche Princip an die Spitze der Verfassung gestellt werden. Unabhängigkeit der Rechtspflege, Ausschluss der Cabinetsjustiz, sind hiervon die nothwendigen Folgerungen. Eben so muss die Verfassung, um Unsicherheit zu beseitigen und Zweifel abzuschneiden, diejenigen Rechte, welche als Volksrechte gelten sollen, speciell aufzählen, und insbesondere den Umfang der formellen Volksrechte (§. 78) genau bestimmen, und die Organisation positiv festsetzen, in welcher die Volksrechte auf gesetzmässige Weise ausgeübt werden können, ohne die Ausübung und freie Bewegung der Staatsgewalt innerhalb ihrer natürlichen Grenzen zu stören.

§. 89.

Fortsetzung.

V. Die constitutionelle Monarchie sucht von dem Standpuncte der Rechtsgleichheit und somit der wahren Humanität ausgehend eine gesetzmässige Geltendmachung der Interessen aller Volksklassen zu gewähren. Daher ist in der constitutionellen Monarchie die Existenz politischer Partheien im Volke nicht nur gesetzlich zulässig, sondern deren Vorhandensein die Grundbedingung und Voraussetzung der constitutionellen Monarchie selbst. Die constitutionelle Monarchie erschafft daher

auch nicht erst die Opposition,*) wie man derselben mitunter hat zum Vorwurfe machen wollen. Vielmehr ist unter jeder Regierung und zu allen Zeiten eine Oppositionspartei vorhanden, und wird vorhanden sein, so lange es Bedürfnisse gibt, welche Befriedigung begehren. Der Vorzug der constitutionellen Monarchie besteht aber darin, dass sie der Opposition gesetzliche Schranken vorzeichnet, in welchen sie sich bewegen darf,**) und darum ist in ihr die Opposition für das Wohl des Ganzen nicht nur unschädlich***) sondern sogar positiv förderlich. Ein Staat, in welchem alle Interessen wirklich gleichmässig befriedigt wären, in welchem daher keine Opposition mehr bestünde, wäre über das Leben und die Geschichte hinausgetreten.

§. 90.

Fortsetzung.

VI. Durch die Gestattung einer Opposition in gesetzlichen Formen sucht die constitutionelle Monarchie die

*) Alle Opposition im Staate ist ein Kampf derjenigen, welche ein gewisses Recht, oder einen gewissen Vortheil nicht haben, gegen diejenigen, welche bereits haben. Die Tendenz aller Oppositionsparteien ist daher in einen Besitz zu kommen, und den Besitz durch die schützenden Formen des Gesetzes als ein Recht declariert zu erhalten. Jede Opposition hört daher auf, Opposition zu sein, so wie sie zur Macht gelangt: und in demselben Momente wird ihr selbst eine Opposition geboren.

**) Die constitutionelle Monarchie erlaubt jedem Bedürfnisse, jedem Anspruch, den Versuch zu machen, sich Geltung und Anerkennung zu schaffen, aber nur auf legitime Weise.

***) Gefährlich ist die Opposition nur, wenn sie im Dunkeln schleicht. — Darum erlaube man ihr nur zu sprechen, und sie wird ihre Pläne so wie ihre Kraft selbst zur Schau stellen. Wo die Opposition wirklich intelligent ist, gewährt die Aeussderung derselben der Regierung den Vortheil, sich ihre Intelligenz selbst aneignen zu können. Furchtbar ist die Opposition nur da, wo sie schweigt.

Bedürfnisse und Beschwerden der einzelnen Volksklassen zur gründlichsten Kenntniss zu bringen, um denselben am zweckmässigsten durch die Regierung abzubelfen. Die constitutionelle Monarchie beruht daher ihrem Wesen nach auf einer Aristocratie der Intelligenz, und indem sie die Regierung vermittelt des Repräsentantenkörpers nur mit der Elite, nicht mit der rohen Masse des Volkes in Beziehung bringt und zu berathen und zu verhandeln veranlasst, ist die Regierung selbst genöthiget, intelligent zu sein, wenn sie sich den Angriffen der Opposition gegenüber erhalten will, und somit wird der Herrschaft durch die constitutionelle Monarchie die vernünftigste Basis gegeben, welche der Menscheng Geist anerkennen kann — „das Uebergewicht der Intelligenz.“

§. 91.

Fortsetzung.

VII. Indem die constitutionelle Monarchie den Interessen des gesammten Volkes legitime Wege eröffnet, sich Anerkennung durch die Regierung zu verschaffen, strebt sie zugleich nach Volksthümlichkeit, d. h. nach der Begründung einer im Volke herrschenden Ueberzeugung von der Legalität, dem guten Willen, und der Tüchtigkeit der Regierung. Die constitutionelle Monarchie beruht daher auf der öffentlichen Anerkennung, dass die Kraft der Regierung durch ihre Einigkeit mit dem Volke bedingt sei: sie will, dass der Unterthan gehorche, weil er die Vernünftigkeit des Gehorchens einsieht.*) Die con-

*) Die constitutionelle Monarchie erkennt daher auch positiv an, dass der staatsbürgerliche Gehorsam kein blinder Gehorsam ist. (§. 52. 53.) — Die Repräsentation ist hier nichts Anderes, als eine besondere Organisation des Widerstandsrechtes innerhalb gewisser Schranken.

stitutionelle Monarchie provoziert daher fortwährend die öffentliche Kritik,*) und stützt sich daher auf die öffentliche Meinung, welche sich (abgesehen von ihrer Aeusserung durch die Presse) gleichsam in oberster Instanz mit gesetzlich anerkanntem entscheidenden Gewichte in den Abstimmungen des Repräsentantenkörpers ausspricht.**) Es ist daher auch für die Regierung in der constitutionellen Monarchie von der höchsten Wichtigkeit, eine möglichst intelligente öffentliche Meinung zu bilden, und der gesamte Organismus, so wie alle Institutionen der constitutionellen Monarchie, müssen daher auf die Erreichung dieses Zweckes berechnet sein. Namentlich erscheint auch aus diesem Grunde — abgesehen von vielen anderen — die Gewährung von Oeffentlichkeit und somit auch von Mündlichkeit der Rechtspflege in dieser Staatsform als eine dringende Forderung.

§. 92.

Fortsetzung.

VIII. Die constitutionelle Monarchie enthält in ihrem Begriffe eine Anerkennung des Staatszweckes als Zweckes

*) In der Publicität, welche der Natur der Sache nach allen Regierungshandlungen in der constitutionellen Monarchie zukommt, liegt eine der stärksten Garantien für eine gerechte Regierung. Der Mensch scheuet sich mehr, einer Ungerechtigkeit öffentlich beschuldigt und überwiesen zu werden, als sie zu begehen.

**) Man hat in nicht-constitutionellen Staaten, wo die gesetzliche Organisation der öffentlichen Meinung — die Repräsentation — fehlt, und wo sie daher nur in den Aeusserungen einzelner Schriftsteller oder Journalisten einen Versuch machen kann, laut zu werden, die Realität der öffentlichen Meinung mitunter ganz zu läugnen und hinwegzuraisonnieren gesucht. Was aber auch hier, selbst alles Widerstrebens ungeachtet, an ihre Macht zu glauben nöthigt, ist ihr Einfluss auf den Staatscredit.

der Regierung. Sie betrachtet das Volk für mündig und reif, seine Interessen selbst auszusprechen und zu wahren, und eröffnet daher eine für den Herrscher wie für das Volk gleich würdige Ansicht ihres gegenseitigen Verhältnisses. Die constitutionelle Monarchie basiert die Staatsregierung d. h. die Ausübung der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt — nicht aber den Erwerbstitel und Rechtsgrund der Staatsgewalt*) — positiv auf einen Vertrag, indem nur das als Gesetz und Recht gelten kann, was durch gegenseitige Einwilligung des Fürsten und des Repräsentantenkörpers als solches festgesetzt, und in Gemässheit dieser Festsetzung ausgeführt worden ist.

§. 93.

Von den Vortheilen, welche die constitutionelle Monarchie gewährt.

Gegründet auf die Aristocratie der Intelligenz eröffnet die constitutionelle Monarchie jedem Talente die politische Laufbahn und den Weg sich geltend zu machen, indem sie ihm verstattet, nach Einfluss auf die Maasregeln der Regierung zu streben, und seiner Parthei, d. h. den Interessen, welche sie verfißt, unter dem Schutze und mit der Sanction des Monarchen, positive Geltung, und in Collisionen den Vorzug vor anderen Partheien und Interessen zu erkämpfen. Die Repräsentativ-Verfassung ver-

*) Der Unterschied zwischen dem Rechtsgrund und Erwerbstitel der Staatsgewalt an sich, und dem Rechte der Ausübung der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt in *concreto* wird gemeiniglich übersehen: und doch beruht gerade auf dieser Unterscheidung die Verträglichkeit des Principes der Erbmonarchie oder des sog. göttlichen Rechtes mit dem Principe einer Volksrepräsentation.

bindet daher mit der Monarchie den Vortheil der Republiken, jedoch ohne deren Nachtheile, weil in ihr der Kampf der Partheien sich nie zum Kampfe um die Staatsgewalt selbst, sondern nur als ein Kampf um Billigung durch die Staatsgewalt gestalten kann und daher die blutigen Katastrophen nicht möglich sind, welche die Geschichte nicht nur der grossen, sondern sogar der kleinsten Republiken in reichem Maasse nachweist. Einer der grössten Vortheile, welchen die constitutionelle Monarchie gewährt, ist daher der leichte Wechsel eines unzweckmässig befundenen Regierungssystemes durch den Wechsel der Minister — (eine Folge der Trennung der Regierung von der Verwaltung) — wobei die individuelle Ansicht des Souverains, der öffentlichen Meinung und den Debatten des Repräsentantenkörpers gegenüber, ausser Frage bleibt, und eben darum gewährt auch die Repräsentativ-Verfassung der Monarchie selbst die festeste Stütze, weil nach ihrem Principe die Missgriffe und Fehler der Staatsregierung nie dem Monarchen, sondern nur dem Ministerium zur Last fallen können, daher denn auch mit dem Wechsel desselben die Harmonie zwischen der Regierung und öffentlichen Meinung wieder hergestellt ist. Sodann bietet die Repräsentativ-Verfassung auch noch eine grosse Stütze für die gehörige Stabilität in der Regierung, insoferne kein Gesetz willkürlich ohne gemeinschaftliches Zusammenwirken des Fürsten und des Volkes verändert werden kann, und vermehrt die Kraft und das Ansehen der Regierung selbst, so wie auch die Bereitwilligkeit des Gehorsams, weil in der constitutionellen Monarchie die Regierung nie ohne Gehör der gesetzlichen Organe der öffentlichen Meinung und ohne Zustimmung des Volkes, resp. seiner Vertreter handelt, und also in dieser Hinsicht das Volk hier keinen anderen als selbstgebilligten Gesetzen gehorcht. Endlich wird auch durch die Gestattung gesetzlicher Vertretung und

Verfechtung aller individuellen Interessen, das Interesse an den allgemeinen, und an dem Staate selbst, gehoben, und eben hierdurch die Vaterlandsliebe — die Quelle jeder bürgerlichen Tugend — geweckt und genährt.

§. 94.

Von dem Unterschiede der Repräsentativ- und der älteren deutschen ständischen Verfassung.

Die Repräsentativ-Verfassung und die ältere deutsche ständische Verfassung stimmen darin überein, dass durch beide der fürstlichen Regierungsgewalt politische Schranken an die Seite gesetzt werden, daher auch z. B. beide Verfassungen die Unabhängigkeit des Richteramtes erheischen. Allein nichts desto weniger bestehen bedeutende Unterschiede zwischen den Principien, auf welchen beide Arten von Verfassungen beruhen. Die Repräsentativ-Verfassung setzt nämlich voraus, dass dem ganzen Volke politische Rechte zustehen, während nach der älteren ständischen Verfassung solche Rechte nur einzelnen Familien, Personen oder Corporationen zustanden. Die alte ständische Verfassung gewährte daher nur für die Interessen gewisser Stände gesetzliche Organe, die Repräsentativ-Verfassung dagegen gewährt sie sämtlichen Volksklassen. Demnach erscheint die Befugniß zur Theilnahme an den ständischen Rechten als ein Privilegium, während der Befugniß zur Theilnahme an den Volksrechten in der Repräsentativ-Verfassung der Character eines gemeinen Rechtes zukommt. Da wo nur einzelne privilegierte Stände politische Rechte haben, erscheinen sie eben darum im Verhältnisse zu den nicht-privilegierten Ständen als Mitregierende, und theilen daher mit

dem Fürsten die Regierungsgewalt. *) In der Repräsentativ-Verfassung dagegen regiert der Repräsentantenkörper nicht mit dem Fürsten, sondern hat gerade im Gegensatze von Regierungsrechten nur die Volksrechte auszuüben. Nach der älteren ständischen Verfassung üben die Stände nur ihr eigenes Recht, und besitzen zugleich das Privilegium, durch ihre Erklärungen auch zugleich die übrigen nicht repräsentierten Volksklassen zu binden. In der Repräsentativ-Verfassung gilt aber der Repräsentantenkörper als das Organ des Volkes, und seine Erklärungen verpflichten das Volk desshalb, weil sie kraft einer Rechtsfiction — analog derjenigen, worauf der Begriff des Souverains beruht (§. 38), für den Ausdruck des Volkswillens selbst gelten. **) Selten wird die Repräsentativ-Verfassung rein angetroffen: in den meisten Staaten, namentlich in Deutschland, ist sie mehr oder minder mit alten ständischen Elementen vermischt, da sie hier ohne eine radikale Staatsumwälzung sich friedlich aus der ständischen Verfassung entwickelt hat. Aber auch die ständische Verfassung wurde selbst im Mittelalter selten rein gefunden.

*) Dies thun sie freilich nur so lange, bis es dem Fürsten gelingt, die Stände auf eine bloß berathende Stimme, oder noch weiter, zu beschränken. Wo dies aber der Fall ist, da ist nur mehr ständische Form, als ständisches Wesen.

**) Manche wollen den Unterschied der alten ständischen und der Repräsentativ-Verfassung darin finden, dass in der ersteren die Stände keinen Antheil an der gesetzgebenden Gewalt, in der letzteren keinen Antheil an der vollziehenden Gewalt hätten. Allein diess ist ein Irrthum, welcher mit der Vorstellung zusammenhängt, als wenn jede beschränkte Monarchie auf dem Principe der Theilung der Gewalten (§. 68.) beruhte. Ueberdiess ist auch die Geschichte ganz gegen einen solchen Unterschied. Auch die alten Stände hatten eine Mitwirkung bei der Gesetzgebung, wenn gleich aus historischen Gründen dieselbe in manchen Ländern beschränkter war, als man dieselbe nach dem Principe einer Repräsentativ-Verfassung in Anspruch nehmen zu müssen glaubt.

Sie hatte umgekehrt meistens eine repräsentative Beimischung, und mit Bestimmtheit lässt sich (in Bezug auf England und Deutschland) angeben, dass von dem Augenblicke an, wo es den Städten — wenn gleich anfänglich nur einzelnen Begünstigten — gelang, Antheil an der Standschaft zu erhalten, die Idee einer Repräsentativ-Verfassung begann, in die Standschaft einzudringen.

II. Abschnitt.

Von dem Organe der Volksrechte oder dem Repräsentantenkörper.

§. 95.

Begriff der Repräsentation.

Die Repräsentation im Geiste der constitutionellen Monarchie ist eine grundgesetzlich anerkannte, (wenigstens theilweise) aus der Volkswahl hervorgehende politische Corporation, deren Mitglieder für eine bestimmte Zeit zur Vertretung des Volkes gegenüber der Regierung autorisiert sind. Die Benennung »Parlament Cortes, Reichstag, Landstände u. s. w.« ist dabei gleichgültig.

§. 96.

Publicistischer Character der Repräsentation.

Die Repräsentation ist eine wahre Stellvertretung des gesamten Volkes und seiner sämtlichen Interes-

sen, und zwar in der Art, dass kraft einer **Rechtsfiction** (§. 94) Alles, was der Repräsentantenkörper in den ihm gesetzlich vorgeschriebenen Formen beschliesst, unbedingt und ohne Weiteres als Ausdruck des Volkswillens gelten muss, und für das Volk verpflichtend wird, so wie die Zustimmung des Souverains zu den Beschlüssen des Repräsentantenkörpers hinzugekommen ist. Da das Volk erst in und durch seine Repräsentation der Staatsgewalt gegenüber eine juristische Persönlichkeit (*corpus*) gewinnt, und dies die einzige Form ist, in welcher es mit der Staatsgewalt loyal verhandeln kann, so ergibt sich

1) dass die Repräsentanten von ihren Wählern keinerlei Instruction anzunehmen haben: — (eben aus dem Grunde, weil sie keine Mandatare, sondern kraft einer Rechtsfiction Stellvertreter — Repräsentanten — des Volkes sind:*)

2) dass sie nicht als Einzelne zur speciellen Vertretung localer und specieller Interessen, sondern als Gesamtheit zur gemeinschaftlichen (corporativen) Vertretung aller und jeder Staatsinteressen berufen sind.**)

*) Wo im Gegensatze der Repräsentativ-Verfassung eine ständische Verfassung besteht, oder sich aus solcher Ueberbleibsel erhalten haben, stehet es umgekehrt mitunter den gebornen und erblichen Ständen frei, sich durch einen Mandatar vertreten zu lassen, welcher von seiner Instruction (wie ein Gesandter von der seines Hofes) abhängt. Die Unzweckmässigkeit einer solchen Einrichtung und die Beschwerlichkeit derselben sowohl für die Regierung als das repräsentative Element in der Verfassung erhellet von selbst.

**) Hiermit soll die Wichtigkeit der Local- und Special-Interessen nicht in Abrede gestellt werden. Auch für sie ist eine — jedoch besondere Repräsentation zu wünschen. S. p. 143. not. **

§. 97.

Zusammensetzung des Repräsentanten-Körpers.

Nach der Idee der Repräsentativ-Verfassung sollte eigentlich der Repräsentantenkörper durch Volkswahl gebildet werden. Allein selbst in dem Mutterlande der Repräsentativ-Verfassung, in England, und eben so in Deutschland, haben gewisse Personen, namentlich von Adel oder von der hohen Geistlichkeit die historisch hergebrachte, und in den neuen Verfassungsurkunden bestätigte Befugniss, kraft eigenen Rechtes einen Sitz in dem Repräsentanten-Körper einzunehmen, so wie auch nebenbei eine Befugniss des Fürsten anerkannt ist, einen Theil der Mitglieder der Repräsentation selbst zu ernennen — (Pairs zu creiren). — Solche Modificationen erklären sich aus der Entwicklung der Repräsentativ-Verfassung aus der ständischen Verfassung. Eben so sind die Systeme verschieden, nach welchen die Wahl der übrigen Mitglieder des Repräsentantenkörpers durch das Volk bewirkt wird. Entweder wählt das Volk selbst unmittelbar die Repräsentanten, oder es wählt nur Wahlmänner, welche sodann die Repräsentanten wählen, oder die Wahlmänner wählen erst die eigentlichen Wähler, aus deren Abstimmung sodann die Repräsentanten hervorgehen. Je complicierter das Wahlsystem ist, desto mehr wird das rein demokratische Element im Staate in den Hintergrund gedrängt, und das Uebergewicht eines aristocratischen Elementes, wenn auch nur der Geld- oder Reichthums-Aristocratie begünstigt, und der Regierung selbst grösserer Einfluss auf die Wahlen möglich gemacht.

§. 98.

Von der activen und passiven Wahlfähigkeit.

In allen constitutionellen Monarchien ist die Ausübung

der Befugniss, an der Wahl der Repräsentanten Antheil zu nehmen, oder zum Repräsentanten gewählt zu werden — (active und passive Wahlfähigkeit) — an gewisse Bedingungen geknüpft, indem man allenthalben fühlte und zu der Ueberzeugung gelangte, dass gute Wahlen die Grundbedingung für das Gedeihen der Repräsentativ-Verfassung sind. Insoferne nun als Bedingung der activen und passiven Wahlfähigkeit der Besitz solcher körperlicher und moralischer Eigenschaften gefordert wird, welche schon im gemeinen bürgerlichen Leben die Befugniss zur Ausübung voller bürgerlicher Rechte — (*droits civils* §. 72.) bedingen, wie z. B. Volljährigkeit, ein guter Leumund, körperliche und geistige Gesundheit u. dergl., so kann gegen die Aufstellung von solchen Bedingungen kein Einwand erhoben werden. Es kann ferner nicht anders als billig erscheinen, dass derjenige, welcher es nicht vermag, sich selbst gehörig zu berathen, oder der noch nicht einmal für sich selbst eine selbstständige bürgerliche Stellung erreicht hat, und unter dem Schutze anderer Privatpersonen steht, von der Theilnahme an dem Wahllacte, als dem wichtigsten politischen Acte, welchen das Volk vorzunehmen befugt ist, ausgeschlossen wird. Hierdurch rechtfertigt sich daher, wenn männliches Geschlecht, der Besitz eines eigenen Hauswesens — (die Eigenschaft als *pater-familias*) — als Bedingungen der Wahlfähigkeit vorgeschrieben, und Verschwender, und Personen, welche bereits eigentliche Criminalstrafen*)

*) Es ist ein grosser Fehler, wenn eine Wahlordnung schon wegen einer erlittenen Polizeistrafe ohne weitere Unterscheidung Verlust der Wahlfähigkeit droht. Die Handlungen, wegen deren polizeiliche Strafen oder Rügen eintreten, tragen sehr oft nur das Gepräge des Leichtsinnes und jugendlicher Unbesonnenheit, wegen deren noch den gereiften Mann büssen zu lassen, nicht gerechtfertigt werden kann.

wegen entehrender Verbrechen erlitten haben, durch das Wahlgesetz — die Wahlordnung — für unfähig zur Ausübung des Wahlrechtes erklärt werden. Namentlich empfiehlt sich in Bezug auf die passive Wahlfähigkeit die Vorschrift eines reiferen Alters,*) da man zur Vertretung der Volksrechte vor Allem Männer von gereifter Erfahrung und besonnener Ueberlegung nöthig hat. In den meisten Staaten ist die passive Wahlfähigkeit — die Fähigkeit zum Repräsentanten gewählt zu werden — von dem Reichthume, d. h. dem Besitze eines gewissen grossen steuerbaren Vermögens abhängig gemacht, so dass nur die Klasse der Höchstbesteuerten zu wirklichem Sitz und Stimme in der Repräsentation gelangen kann. Offenbar hängt diese Bestimmung mit der Rücksicht zusammen, dass derjenige, welcher in Bezug auf die wichtigsten politischen Angelegenheiten mitsprechen, und eine entscheidende Stimme abgeben soll, auch an der Wohlfahrt des Staates hoch interessiert sein müsse; auch mochte dabei noch weiter die andere Rücksicht einwirken, dass derjenige, welcher viel zu verlieren hat, einer ungemessenen Bewegung weniger hold sein wird, als derjenige, welcher nichts oder wenig zu verlieren hat, und bei einem Umsturze vielleicht nur gewinnen könnte. Diese Rücksichten sind auch so wichtig, dass sie in keinem Staate, welcher nicht die Revolution zu seinem Principe machen will, ausser Acht gelassen werden dürfen. Indessen sollte man auf der anderen Seite auch nicht übersehen, dass Intelligenz und Vaterlandsliebe und ein redlicher und unbestechlicher Character nicht von dem Reichthume abhängen, und der völlige Ausschluss derjenigen, welche nicht zu den Reichen gehören, leicht eine dauernde Unzufriedenheit und Misstrauen des Volkes gegen die Repräsentation selbst er-

*) Nicht unter 30 Jahren!

regen kann, und so den moralischen Credit derselben schwächt, an dessen Erhaltung der Regierung selbst Alles gelegen sein muss. So wenig daher in der constitutionellen Monarchie aus den angegebenen Rücksichten ein Census (Wahl - Census) für die Befähigung zur passiven Wahlfähigkeit entbehrt werden kann, so darf derselbe, besonders in solchen Staaten, in welchen, wie glücklicherweise in Deutschland, der Mittelstand die eigentliche Kraft des Staates ausmacht und der Träger der öffentlichen Lasten und an der Erhaltung der öffentlichen Ordnung nicht weniger als die Reichen interessiert ist, der Wahlcensus nicht zu hoch bestimmt werden,*) um auch diesem Stande, welcher die grösste Aufmerksamkeit der Regierung verdient, nicht die Vertretung durch Repräsentanten abzuschneiden, welche aus ihm selbst hervorgehen, und mit seinen Bedürfnissen und Wünschen vollkommen vertraut sind.**)

In der Festsetzung eines mässigen Wahlcensus liegt daher auch eine politische Bürgschaft dafür, dass der Mittelstand nicht mit den Proletariern gemeine Sache mache,

*) Der Reichthum hat an sich Einfluss genug, als dass man fürchten dürfte, er werde bei den Wahlen unbeachtet bleiben, besonders da der Geschäftsbetrieb in der Regel die Armen in mannigfache Abhängigkeit von den Reichen bringt.

**) Bestimmt man einen Wahlcensus, so muss man dem Volke sodann die Wahl unter den Wahlfähigen des ganzen Landes unbedingt frei geben, und die Wähler nicht auf Personen aus einem gewissen Orte oder Bezirke beschränken: denn die Repräsentation soll aus dem Vertrauen des Volkes hervorgehen, und daher wäre ein Gesetz zweckwidrig, welches gleichsam zwingen würde, gewissen Personen zu vertrauen. Auch handelt es sich bei der Repräsentation hauptsächlich um gemeine Landesinteressen und um Ausgleichung der Specialinteressen durch Beziehung auf höhere Gesichtspuncte. Für die Vertretung der Localinteressen muss in grösseren Staaten durch eine andere untergeordnete Institution besonders gesorgt werden, wie z. B. in der Gestalt des Landrathes in Bayern.

und sich nicht aus Mangel genügender politischer Vertretung — freilich am Ende zu seinem eigenen Schaden, aber deshalb doch immer zum Nachtheile des Ganzen — einer ungeordneten Bewegung anschliesse.

§. 99.

Fortsetzung.

Hinsichtlich der activen Wahlfähigkeit — d. h. der Befugniss bei der Wahl eines Repräsentanten durch Stimmgebung zu concurriren — lässt sich dagegen die Beschränkung durch die Aufstellung eines, wenn gleich niedrigen Census, nicht vertheidigen. Derjenige selbstständige Mann und Staatsbürger, welcher nicht einmal bei der Wahl der Repräsentanten in gewissem Maasse — direct oder indirect — mitwirken darf, entbehrt eben darum jedes politische Recht, und diess ist ungerecht und unbillig, da er doch auch zu den Lasten des Staates nach Verhältniss seiner Kräfte und seines Vermögens beizutragen verpflichtet ist.*) Man hat gegen die Gestattung einer von allem Vermögensnachweis unabhängigen activen Wahlberechtigung theils den Einwand erhoben, dass, wenn nur die Reichen und Vermöglichen (der Mittelstand) repräsentiert sind, auch die Armen, welche von diesen leben, und in den Unternehmungen und dem Geschäftsbetriebe der Ersteren ihren Unterhalt gewinnen, *implicite* genügend vertreten wären: theils hat man auf die mögliche Bestechlichkeit der Armen hingewiesen. Allein der erstere Einwand beruht auf einer unrichtigen Voraussetzung: denn wenn auch so viel als richtig zugeben werden kann, dass die unmittelbaren Interessen der Armen, wenn sie gleich im Staate

*) Nur die Theilnahme an den politischen Rechten unterschied den Spartanischen Heloten und den römischen Proletarier (*capite census.*)

die grösste Kopfzahl bilden, am leichtesten und einfachsten zu erkennen und zu befriedigen sind, und daher keine mit der Kopfzahl an sich in Verhältniss stehende Vertretung bedürfen (§. 102), so ist es doch nicht unbedingt richtig, dass die Interessen der Armen wahrhaft und genügend repräsentiert sind, wo es die der Reichen sind, indem die Reichen auch sehr wohl besondere, für die Armen sehr drückende Interessen, namentlich das Interesse haben können, die Armen in einem Zustande der Dienstbarkeit und eben desshalb im Zustande der Armuth zu erhalten.*) Der Vorwurf der Bestechlichkeit aber, gegen eine ganze Menschenklasse gerichtet, ist immer ungerecht, und trifft am Ende, in soweit er dem Menschen überhaupt gemacht werden kann, jede andere höher gestellte Klasse in gleichem Maasse, wenn sich auch in Bezug auf sie die Formen der Bestechung verfeinern. Fürchtet man aber endlich, dass zum Nachtheile des Staates das rein demokratische Element in der Repräsentation durch Verstatung eines allgemeinen activen Wahlrechtes übermächtig werden könnte, so geben hier gerade die mittelbaren Wahlen (§. 97), wenn sie nicht zu compliciert sind,**) ein Auskunftsmittel, um die Forderungen des Rechtes mit jenen der Politik auszugleichen.***)

*) Das Beispiel hiervon bietet gegenwärtig England selbst: daher auch die Unruhen der sog. Chartisten.

**) Ueber die Zweckmässigkeit einer Wahlordnung können zunächst nur die Grösse des Landes und die Einfachheit oder Complication der Interessen der Bevölkerung entscheiden.

***) Das Gegenmittel, um auf der anderen Seite einer übermässigen Einwirkung des aristocratischen oder monarchischen Elementes auf die Wahlen vorzubeugen, besteht in der geheimen Abstimmung der Wähler.

§. 100.

Von der Wahlfähigkeit der Staatsbeamten insbesondere.

Sehr häufig wird die Behauptung aufgestellt, dass Staatsbeamte nicht geeignet wären, Mitglieder der Repräsentation zu sein, weil sie theils mit der Regierung in einer mehr oder minder engen Verbindung stehen, theils — wie besonders bei höheren Beamten der Fall sein kann — an den durch den Repräsentantenkörper zu prüfenden Regierungsacten unmittelbaren Antheil haben können, theils weil sie den Einflüssen der Regierung mehr wie andere Personen durch Rücksichten auf Avancement u. s. w. ausgesetzt seien. Allein man übersieht hierbei, dass der Repräsentantenkörper seinem Begriffe nach keine feindliche, auf blossen Tadel der Regierung gerichtete Opposition sein soll, sondern dass er die allseitige intelligente Geltendmachung der Interessen aller Staatsbürgerklassen zur Aufgabe hat, und dass auch die Maasregeln der Regierung ihre Vertheidiger in der Repräsentation finden sollen und dürfen. Insbesondere darf nicht übersehen werden, dass das Volk in vielen Fällen sich selbst der eigentlichen Intelligenz berauben würde, wenn man die Beamten von der Zulassung in den Repräsentantenkörper ausschliesst, deren practische Erfahrung, Geschäfts- und Gesetzkenntniss oft die einzige Bedingung einer gründlichen Kritik der Regierungshandlungen ist. *) Im Gegentheile darf in der Wahlfähigkeit der Beamten sogar eine politische Garantie ge-

*) Man kann von dem deutschen Beamtenstande im Allgemeinen rühmen, dass seine Mitglieder als Deputierte häufig das Vertrauen des Volkes auf eine rühmliche Weise gerechtfertigt und in den Kammerverhandlungen eben so viele Proben von Intelligenz als Moralität abgelegt haben.

funden werden, indem diese Eigenschaft der Beamten für die Regierung selbst ein Grund werden kann, keine ungesetzlichen Zumuthungen an dieselben zu richten, weil sie befürchten müsste, dass dieselben ihre eigenen Ankläger in den Kammern werden würden. Ueberdiess ist die Wahl eines Repräsentanten eine Sache des öffentlichen Vertrauens: es wäre aber eine grosse Erniedrigung des gesammten Beamtenstandes, und eine Beeinträchtigung der Rechte, welche dem Beamten schon als Staatsbürger zustehen, wenn man fordern wollte, dass die Wahlordnung die Unfähigkeit der Beamten zur Theilnahme an der Repräsentation aussprechen solle.

§. 101.

Von dem sog. Ein- und Zweikammern-System.

Obgleich die Repräsentation als politische Stellvertretung des gesammten Volkes ihrem juristischen Wesen nach nur eine einzige Corporation sein kann (§. 96), so hat man doch in mehreren Staaten eine Verhandlung des Repräsentantenkörpers in zwei Collegien — (erste und zweite Kammer, Ober- und Unterhaus u. s. w.) eingeführt. Diese Einrichtung erklärt sich, wo sie vorkommt, aus zwei an sich sehr verschiedenen Gründen. Der eine ist ein historischer Grund. Das Zweikammern-System findet sich nämlich hauptsächlich da, und ist auch da unentbehrlich, wo ganz verschiedenartige historische Elemente im Staatsleben vorkommen, die sich eigentlich nie ganz in einander verschmelzen, sondern sich vielmehr nur temporär durch Transactionen ausgleichen lassen, und in der Form von Parlamentsbeschlüssen nur einen vorübergehenden Frieden mit einander schliessen, mit der unverhohlenen Absicht jeder Parthei, bei nächster Gelegenheit dem Gegner grössere Concessionen abzugewinnen, oder das Zugestandene

wo möglich wieder zurückzunehmen. *) Hier erscheinen scharf ausgeprägte politische Partheien, welche aber sich als solche gegenseitig achten, weil sie sich als naturgemäss und unter den gegebenen Umständen für nothwendig und ihre Conflicte für unvermeidlich, und ihren fortwährenden Kampf als die Bedingung der Entwicklung des Staates anerkennen. Ganz auf ähnliche Weise hat das Zweikammersystem da Beifall gefunden, wo sich zwar ohne das Vorhandensein gewaltiger Partheien doch die Repräsentativ-Verfassung aus der ständischen Verfassung entwickelt hat, oder auf Erinnerungen aus derselben gebaut worden ist und die Ueberreste derselben in sich aufgenommen hat, wie diess mehrfach in Deutschland der Fall war. — Man hat aber auch ohne solche nöthigende historische Elemente das Zweikammersystem da angenommen, wo wegen der Zerstörung früherer historischer Grundlagen des Staates, das Princip der Bewegung übermässig vorzuwalten drohte, um ein stabileres Element in die Verfassung zu bringen, und durch eine doppelte Berathung der Angelegenheiten des Staates, reifere Resultate zu erlangen. Wo das Zweikammersystem auf einer ursprünglichen oder erneuerten historischen Basis beruht, und folglich die Repräsentativ-Verfassung eine nicht unbedeutende Beimischung von eigentlich ständischen Elementen erhalten hat, da bestehet die erste Kammer naturgemäss**)

*) Diess zeigt sich besonders in England, wo seit Jahrhunderten die Tory- und Wighpartei sich gegenüberstehen, und die Interessen des Grundbesitzes, des Handels und der Fabriken gegen einander verfechten.

**) Zufällige Bestandtheile der ersten Kammer, z. B. von dem Souverain ernannte Pairs u. s. w. sind hierdurch nicht ausgeschlossen. — In Baden haben auch die Abgeordneten der beiden Landesuniversitäten ihren Sitz in der ersten Kammer. — Wo die erste Kammer als Adelskammer erscheint, haben immer auch die voll-

aus Personen, welche ein erbliches, mit einem gewissen Grundbesitze verknüpftes, gleichsam dingliches Recht zum Sitze in derselben haben, oder doch nur aus und von gewissen Klassen von Personen, insbesondere dem Adel, allein gewählt werden. Wo aber dem Zweikammernsysteme die historische (ständische) Grundlage fehlt, und es nur aus Rücksicht auf die im Staate unentbehrliche Stabilität eingeführt ist, werden beide Kammern durch die Volkswahl gebildet, wo nicht die Verfassung, wie z. B. in Frankreich (*charte const. a. 23*) dem Könige die Befugniß einräumt, die Mitglieder der ersten Kammer allein zu ernennen. Die Zweckmässigkeit des Ein- oder Zweikammern-Systemes an sich ist hauptsächlich durch die Grösse der Staaten bedingt.

§. 102.

Von der Repräsentation nach Interessen.

Aus dem Begriffe der Repräsentativ-Verfassung und der Anerkennung der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz und aus der Verstattung einer allgemeinen Concurrenz bei der Ausübung des activen Wahlrechtes folgt aber noch nicht, dass es nothwendig und zweckmässig wäre, die Repräsentation lediglich und allein durch die Kopfzahl zu bestimmen (§. 99), obgleich auch diese nie ausser Betracht bleiben kann — sondern die Repräsentativ-Verfassung beruhet zunächst auf einer gleichmässigen Vertretung der verschiedenen Interessen, auf welchen die natürliche Scheidung der einzelnen Volksklassen beruht, mit Rücksicht auf die Wichtigkeit, welche ein solches Interesse für einen gewissen Staat hat, und wie viel die Mitglieder einer gewissen Volksklasse zu den Staatslasten und zu dem allgemeinen Besten, d. h. zu der Wohl-

jährigen Prinzen des regierenden Hauses in derselben Sitz und Stimme. Meistens haben auch die Träger hoher Kirchenwürden ein persönliches Recht zum Erscheinen auf den Landtagen.

fahrt der übrigen Volksklassen beitragen. In Deutschland lassen sich nach den gegenwärtigen Zuständen drei Hauptinteressen unterscheiden:

I. das Interesse des grossen, — häufig noch mit Herren-Rechten verbundenen Grundbesitzes (Adel, und Kirche) —

II. das Interesse der Städte, d. h. der Handel- und Gewerbe-treibenden Klassen:

III. das Interesse des Bauernstandes oder des kleinen, getheilten, oder abgeleiteten Grundbesitzes. *)

Im Gegensatze dieser drei besonderen Interessen der einzelnen Volksklassen bestehen aber auch noch gewisse Interessen, welche allen Volksklassen gemeinschaftlich sind — Interessen, welche einen universellen Character an sich tragen, und welche man daher am richtigsten allgemeine Interessen — (allgemein menschliche Interessen, Interessen der Humanität) nennen wird.**) Dahin gehören z. B. Religion, Sittlichkeit, Rechtspflege und Strafanstalten, Kunst und Wissenschaft, Volksunterricht, Unterstützung der unverschuldeten Armuth, der

*) Manche glauben noch ein viertes besonderes Interesse — das der Capitalisten — annehmen zu müssen: allein dieses Interesse bedarf wenigstens in Bezug auf die Repräsentation keiner besonderen Berücksichtigung, weil es kein selbstständiges Interesse ist, sondern stets durch die Sicherung der drei anderen Interessen bedingt, und daher mit diesen *implicite* vertreten ist.

**) Man hat auch zur Bezeichnung dieses Gegensatzes die Ausdrücke: materielle und immaterielle (formelle) Interessen, oder Interesse der Intelligenz gebraucht (z. B. Poelitz). Allein diese Bezeichnungen möchten weniger passend scheinen, weil die Intelligenz an sich gar kein Interesse hat, sondern nichts Anderes, als die Kenntniss der Interessen oder Bedürfnisse des Volkes ist.

leidenden Menschheit, die Errichtung von Staatsanstalten für die practische Uebung der von der Humanität gebotenen Pietät u. s. w. Die Wichtigkeit dieser Interessen erhellet schon daraus allein genügend, dass sie allen Volksklassen gemeinschaftlich sind. Demungeachtet hat sich noch keine Repräsentativ-Verfassung auf den Punct erhoben, auch eine besondere Repräsentation dieser allgemeinen Interessen anzuordnen, sondern allenthalben hat man sich auf eine Zusammensetzung des Repräsentantenkörpers aus Vertretern der besonderen Interessen beschränkt, von der Ansicht ausgehend, dass die Vertretung aller besonderen Interessen auch die der allgemeinen nothwendig in sich schliesse.

§. 103.

Von der Bedingung der Wahl tüchtiger Abgeordneten.

Da die Repräsentanten zur Vertretung des Volkes und zur Ausübung der Volksrechte berufen sind, so muss die Wahl völlig frei sein, d. h. die Regierung darf sich keiner unerlaubten und rechtswidrigen Mittel, wie Bestechung, Drohung u. s. w. bedienen, um ihrem Systeme günstige Wahlen hervorzurufen. *) Andererseits ist aber auch durch Strafgesetze **) dafür zu sorgen, dass nicht von

*) Die Verfassung sollte — um eine mögliche Beschränkung des Volkes in der Wahl der Männer seines Vertrauens — eine Censur der Wahlen — durch die Regierung zu verhüten, daher auch positiv bestimmen, dass die Regierung keinem Staatsbeamten den nöthigen Urlaub zum Eintritt in die Repräsentation verweigern dürfe, ausser aus unabweislichen Rücksichten des Dienstes.

**) Solche neue Bestimmungen sind darum nöthig, da sich die Grundsätze des gemeinen Rechtes über das *crimen ambitus* nicht leicht ohne Zwang auf die neueren Verhältnisse übertragen lassen.

einzelnen Personen oder der Regierung feindlichen Partheien, die Stimmen der Wähler erkaufte, oder dieselben eingeschüchtert werden. Es muss jedoch erlaubt sein, dass sich die Presse über die vorzunehmenden Wahlen frei ausspricht, und eben so, dass sich die Wähler über die vorzunehmende Wahl unter einander berathen und besprechen, und hierbei muss jeder Parthei, und also auch der Regierungspartei*) erlaubt sein, ihre Candidaten in Vorschlag zu bringen und zu empfehlen.

§. 104.

Von der Zeit der Versammlung des Repräsentantenkörpers.

Die Bestimmungen über die Zeit, nach deren Ablauf die Repräsentanten ordnungsmässig und abgesehen von besonderen dringenden, ausserordentlichen Verlassungen von der Regierung zu berufen sind, müssen sich theils nach der Grösse der Staaten, nach den Elementen, aus welchen dieselben zusammengesetzt sind, theils nach dem Umfange der durch die Verfassungsurkunde dem Volke eingeräumten politischen Rechte verschieden gestalten. In grossen Staaten, wie England und Frankreich, in welchen nicht nur grosse politische Partheien sich fortwährend im Innern bekämpfen, sondern auch die Verfassung eine starke Beimischung von Volkssouverainität erhalten hat, und das Volk gewohnt ist, fortwährend mit misstrauischen Augen die Schritte

*) Die Gründe sind dieselben, welche für die Wählbarkeit der Staatsdiener sprechen. (§. 100.) Es wäre sonderbar, der Regierung verwehren zu wollen, darnach zu streben, eine grosse Parthei im Volke für ihr System zu gewinnen, während man auf der andern Seite die Volksthümlichkeit der Regierung als ihre grösste Stütze erklärt.

seiner fast auf die vollziehende Gewalt allein eingeschränkten Regierung zu verfolgen, und wo in jedem Augenblicke Principienfragen auftauchen, hat man alljährliche Versammlungen der Parlamente nicht vermeiden können.*) Für kleinere Staaten, wie die süddeutschen, empfehlen sich am meisten Versammlungen der Repräsentanten von zwei zu zwei, längstens von drei zu drei Jahren. Es muss nämlich hier einerseits darauf Rücksicht genommen werden, dass die Repräsentation selbst nicht für das Land zu kostspielig, und die Regierung nicht durch die — (bei dem gewöhnlichen Mangel grosser Fragen und der Beschränktheit der politischen Verhältnisse natürliche) — Verhandlung und Nachweisung specieller, mitunter oft in das Kleinliche gehender Details, zu sehr in Anspruch genommen und von den laufenden Geschäften abgezogen werde, und Zeit erhalte, die mit der Repräsentation gefassten Beschlüsse gehörig zur Ausführung zu bringen; — anderseits aber darf die Periode bis zur Wiederversammlung der Repräsentanten nicht zu weit bestimmt werden, damit nicht die Ministerien sich zu sehr an das uncontrolierte Verordnen und Verfügen gewöhnen, und dadurch verleitet werden, in der Repräsentation mehr eine Last, als eine Stütze der Regierung zu sehen, und damit auch das Interesse des Volkes an seinen verfassungsmässigen Rechten und deren Ausübung genährt und erhalten werde.

§. 105.

Von der Dauer der Vollmachten der Repräsentanten und der Art der Erneuerung des Repräsentantenkörpers.

In Bezug auf den Repräsentantenkörper muss eine dop-

*) Nach der Wahlcapitulation (Joseph II. 1764 art. 13.) war der Kaiser nur schuldig, alle zehn Jahre einen Reichstag zu halten: doch war auch schon seit 1665 in Deutschland der Reichstag permanent geworden.

pelte Rücksicht genommen werden: erstlich darauf, dass die Repräsentation nicht selbst stabil und hierdurch ein regierendes *Corpus*, und somit selbst dem Volke entfremdet werde, sondern stets die jeweilige Volksansicht über das von der Regierung befolgte System rein repräsentiere, und zweitens darauf, dass in der Kammer selbst die nöthige Geschäftskennntniss erhalten und fortgepflanzt werde, wodurch die Beschleunigung der Geschäfte und selbst die würdige Haltung der Kammer der Regierung gegenüber wesentlich bedingt ist. Dieser doppelte Zweck wird dadurch erreicht, dass die Repräsentanten auf eine längere Zeit, d. h. für eine solche Periode ernannt werden, welche mehrere ordentliche Versammlungen (Landtage u. s. w.) umfasst, jedoch nach dem Schlusse eines jeden Landtages ein gewisser Theil der Repräsentanten austreten muss, und durch neu zu wählende Abgeordnete ersetzt wird, wobei aber auch die Wiedererwählung der ausgetretenen Repräsentanten zu gestatten ist. Durch eine solche theilweise Erneuerung des Repräsentantenkörpers wird überdiess auch die grosse politische Aufregung vermieden, welche eine jedesmalige völlige Erneuerung der Repräsentation mit sich bringen würde, und doch auch durch die vorzunehmenden theilweisen neuen Wahlen das politische Interesse des Volkes lebendig erhalten. Auch bietet die theilweise Erneuerung des Repräsentantenkörpers eine nicht gering zu achtende Garantie dagegen, dass es nicht einer oder der anderen politischen Parthei gelingen kann, durch Entwicklung einer besonderen Thätigkeit in dem Momente der Wahlen, durch Einschüchterung der übrigen, selbst vielleicht zahlreicheren Partheien, und durch künstliche Verstrickung des indifferenten Theiles des Publikums in die Interessen des Augenblicks, einen Repräsentantenkörper zu erschaffen, welcher nur die Farbe der einen Parthei ausschliessend repräsentiert. Die theilweise Erneuerung der Repräsentation leistet aber auch zugleich eine Bürgschaft

für ruhige und in den Schranken gesetzlicher Ordnung fortschreitende politische Entwicklung — Reform im Gegensatze der Revolution — indem sie auch neu entstandenen Interessen durch die neu eintretenden Repräsentanten möglich macht, sich Gehör und Achtung zu verschaffen.

§. 106.

Von den Rechten der Mitglieder des Repräsentantenkörpers.

Da der Zweck aller Repräsentation darin beruht, dem Volke in gesetzlichen Formen die Möglichkeit zu gewähren, sich über das politische System und die Handlungsweise der Regierung auszusprechen, und da es somit die Ansicht des Volkes — resp. der in ihm bestehenden politischen Partheien ist, welche hier vernommen werden soll und muss, und weil daher auch jeder Abgeordnete verpflichtet ist, nach seinem besten Wissen und Gewissen seine politische Ueberzeugung der Regierung darzulegen, so wie er auch durch die Verfassung selbst zur Kritik der gesamten Administration aufgefordert ist, so ergibt sich von selbst, dass unbeschränkte Freiheit der Rede in den Parlaments- oder Landtagssitzungen als das erste Recht eines jeden Mitgliedes der Repräsentation betrachtet werden muss. Wie auch immer die Aeusserung eines Repräsentanten beschaffen sein, und wen sie auch immer betreffen mag, so muss in Folge seiner Verpflichtung zu sprechen, jede gesetzwidrige Absicht, welche dieselbe Rede an einem andern Orte zu einer Injurie oder einem Verbrechen stempeln würde, von Rechtswegen als nicht vorhanden angenommen werden. Hieraus folgt, dass kein Repräsentant wegen irgend einer in seiner Function gethanen Aeusserung vor Gericht gestellt, oder von den Ge-

richten desshalb eine Klage irgend einer Person angenommen werden kann. Vielmehr darf in solchen Fällen eine derartige Aeusserung nur als formlos aufgefasst werden, und verfällt als solche der Disciplin, welche die Kammern in sich selbst und durch ihre Präsidenten auszuüben haben.*) Aus derselben Rücksicht einer unbeschränkten Aeusserungsfreiheit des Volkes durch den Mund seiner Repräsentanten auf den Landtagen ist in sämmtlichen constitutionellen Staaten auch der Grundsatz adoptiert worden, dass während der Dauer eines Landtages kein Mitglied der Repräsentation wegen Schulden, und selbst wegen Verbrechen nicht ohne Vorwissen und Zustimmung des Repräsentantenkörpers verhaftet werden darf, den Fall der Ergreifung auf frischer That bei Verbrechen abgerechnet.**)

Auch ist es Sitte geworden, jenen Repräsentanten, welche nicht kraft eines besonderen dinglichen oder persönlichen Rechtes, sondern nur in Gemässheit der Volkswahl auf den Landtagen erscheinen, Diäten zu bewilligen.***)

§. 107.

Oeffentlichkeit der Kammersitzungen und der Kammerprotokolle.

Da die Repräsentation aus dem Volke hervorgeht und

*) (Vergl. noch §. 107.) Ob dritte Personen, namentlich Zeitungsredacteurs, strafbar sind, wenn sie in der Repräsentation gefallene Aeusserungen weiter verbreiten, hängt von der Form ab, in welcher die Mittheilung gemacht wird.

**) Z. B. Bad. Verfas. Urk. §. 49.

***) Diess lässt sich rechtfertigen, und ist nothwendig, wo ein Wahlgesetz nicht nur die Reichen, sondern auch den Mittelstand für wahlfähig zu Abgeordneten erklärt, damit sich nicht der Mittelstand aus Rücksicht auf die Lasten der Repräsentation von der Theilnahme an derselben von selbst zurückziehe. Jedoch dürfen die Diäten nicht hoch sein, damit sie nicht eine Erwerbsquelle werden.

die Rechte des Volkes zu vertreten hat, so erhellet schon aus der Natur ihres Verhältnisses zum Volke, dass diesem die Möglichkeit gegeben sein muss, zu beurtheilen, in wieferne der Repräsentantenkörper das öffentliche Vertrauen rechtfertige oder nicht. Ueberdiess ist die Festigkeit der Regierung in der constitutionellen Monarchie selbst durch das Vertrauen bedingt, welches das Volk in die Kammern setzt, und somit stellet sich die Oeffentlichkeit der Kammersitzungen und der Kammerverhandlungen als eine unabweisbare Forderung der Repräsentativ-Verfassung dar.*) Es muss daher dafür gesorgt werden, dass dem Publikum der Zutritt zu den Verhandlungen selbst — durch Eröffnung der Gallerien — möglich gemacht werde, wobei jedoch dem Publicum die strengste Achtung der Würde der Versammlung, und darum auch die Unterlassung aller Zeichen des Beifalles oder des Missfallens zur Pflicht gemacht sein muss. Noch wichtiger **) aber ist die

*) Auch die ständische Verfassung kann der Oeffentlichkeit der Landtagsverhandlungen nicht ganz entbehren, wenn sie darauf Anspruch machen will, der Nation durch die Stände, und nicht blos diesen selbst, eine politische Garantie zu bieten. Sehr richtig ist diess in gegenwärtigem Jahre in Preussen gewürdigt und darum auch eine Bekanntmachung der Landtagsverhandlungen durch den Druck verstattet worden.

**) Die Oeffentlichkeit, welche den Kammerverhandlungen durch Eröffnung der Gallerien gegeben wird, welche jedenfalls nur einen sehr kleinen Theil des Publicums fassen können, ist ihrer Natur nach nur etwas Unvollkommenes, und hat auch überdiess manche unverkennbare Schattenseite, wenn gleichwohl diese da, wo einmal das Princip der Repräsentativ-Verfassung über das der ständischen Verfassung den Sieg davon getragen hat, nicht mehr in Anschlag gebracht werden darf. Durch Bundesbeschluss v. 28. Juni 1832 art. 5. ist den deutschen Regierungen zur Pflicht gemacht, die nothwendigen Anordnungen zu treffen, dass die Grenzen der freien Aeusserung weder bei den Verhand-

Bekanntmachung der Kammerverhandlungen durch den officiell zu veranstaltenden Druck der Protokolle.*) Aus Rücksicht auf mögliche verwickelte politische Verhältnisse, insbesondere auf die schwierige Lage, in welcher sich ein Staat anderen Staaten gegenüber befinden kann, und unter welchen eine voreilige Veröffentlichung der Plane oder Hülfsquellen oder Ansichten der Regierung nur schädliche Wirkung für das Wohl des Staates haben könnte, muss die Verfassung auch ausnahmsweise geheime Kammer-sitzungen für zulässig erklären. Auch muss den Kammern aus Rücksicht auf die nöthige Erhaltung der Disciplin in denselben die Befugniss zugesprochen werden, nach eigenem Ermessen, oder nach Aufforderung von Seite der Regierung ungehörige Aeusserungen (§. 106.) von der Aufnahme in die Protocolle auszuschliessen, und somit deren Existenz juristisch zu vernichten.**)

lungen selbst, noch bei deren Bekanntmachung durch den Druck, auf eine, die Ruhe des einzelnen Bundesstaates oder des gesammten Deutschlands gefährdende Weise überschritten, und Angriffe auf den Bund in den ständischen Verhandlungen verhütet werden.

*) Nach dem Princip der Repräsentativ Verfassung müssen diese Protocolle in möglichster Vollständigkeit dem Drucke übergeben werden. Doch können locale Verhältnisse, namentlich in kleinen Staaten, sogar auch die Rücksicht auf die Kosten, eine Modification in dieser Beziehung rathsam machen.

**) S. p. 175. not. **)

Dritter Abschnitt.

Von den Volksrechten, welche durch den Repräsentantenkörper ausgeübt werden.

§. 108.

Vorbemerkung.

Da der Repräsentantenkörper in der constitutionellen Monarchie das grundgesetzliche Organ für die Ausübung der Volksrechte ist (§. 86.), diese Ausübung der Volksrechte durch einen Repräsentantenkörper aber in der genauesten Beziehung zu den formellen Hoheitsrechten oder den politischen Gewalten stehet (§. 78.), und der Inhalt der Berechtigungen des Repräsentantenkörpers darauf gerichtet sein muss, aber auch nur darauf gerichtet sein kann, eine Schranke gegen den Missbrauch der Staatsgewalt zu bilden, ein unrichtiger Gebrauch der Staatsgewalt sich aber zunächst nur durch Missbrauch der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt denken lässt — so kann auch nur von Befugnissen des Repräsentantenkörpers im Verhältnisse zu diesen beiden politischen Gewalten die Rede sein. Zu der sogenannten richterlichen Gewalt, oder wie man richtiger sagen würde, zu den richterlichen Behörden,*) kann die Repräsentation in einer constitutionellen

*) S. oben §. 67.

Monarchie in keinem anderen Verhältnisse, als wie die Regierung selbst stehen, d. h. sie stehet mit denselben in gar keiner Beziehung, da für die constitutionelle Monarchie die Unabhängigkeit der Rechtspflege eine Fundamentalbedingung ist (§. 88 Nr. IV.), und also die Regierung dieselbe nicht missbrauchen kann, oder doch, wenn die Regierung Cabinetsjustiz üben würde, diess nichts Anderes, als ein Uebergriff und Missbrauch der vollziehenden Gewalt sein würde. Dass dem Repräsentantenkörper an sich keine richterliche Function zukommt, insoferne sie ihm nicht für gewisse Fälle durch die Verfassung selbst zugewiesen ist, *) bedarf keiner Erwähnung.

§. 109.

Von den Befugnissen des Repräsentantenkörpers im Verhältniss zur gesetzgebenden Gewalt.

In Gemässheit der Grundidee der constitutionellen Monarchie, dass die Repräsentation wohl eine Schranke der fürstlichen Gewalt sein, aber nicht mit dem Staatsherrscher die Gewalt theilen und nicht mitregieren soll, muss dem Repräsentantenkörper in Bezug

*) So z. B. in der *Charte constitutionnelle* v. Frankreich v. 14. Aug. 1830. art. 28. » *La chambre des Pairs connaît des crimes de haute trahison et des attentats à la sûreté de l'état.*« Vergl. art. 22. — Diese Bestimmung ist der englischen Praxis nachgebildet. — Zur Zeit des deutschen Reiches hatte der Reichstag auch nur ausnahmsweise eine richterliche Function, nämlich nur dann, wenn es sich um die Achtserklärung eines Reichsstandes handelte (Wahlcap. Carls IV. 1711 art. 20.), und im Falle die katholischen und protestantischen Beisitzer des Reichshofrathes in einer Sache zweierlei Meinungen waren. Inst. Pac. Osnab. art. V. §. 56.

auf die gesetzgebende Gewalt das Recht der Berathung, der Zustimmung und der Verwerfung der von der Regierung vorgelegten Gesetzesvorschläge *) zuerkannt werden, so wie auch das Recht der Prüfung, Billigung oder Verwerfung der von der Regierung zwischen den Landtagen einseitig erlassenen (provisorischen) Gesetze oder Verordnungen. Eben so muss dem Repräsentantenkörper das Recht beigelegt werden, die Regierung bei der Ausübung der gesetzgebenden Gewalt zu unterstützen, nämlich die Aufmerksamkeit der Regierung auf jene Verhältnisse hinzulenken, welche einer gesetzlichen Bestimmung bedürfen, und die Regierung um die Vorlage eines den Wünschen des Volkes entsprechenden Gesetzentwurfes zu bitten. **) Man hat zwar in neuerer Zeit auch sehr häufig für den Repräsentantenkörper

*) Daraus folgt aber nicht, dass gerade die artikelweise Berathung der vorgelegten Gesetze und ihre Discussion durch das *Plenum* der Kammern das absolut Zweckmässige wäre. Diese Form der Berathung empfiehlt sich sehr bei der Abfassung von einzelnen Gesetzen über specielle Verhältnisse: in Bezug auf eigentliche umfassende Gesetzbücher hat die Erfahrung bereits grosse Inconvenienzen kennen gelehrt, und insbesondere gezeigt, dass der Entwurf des Gesetzbuches nicht immer verbessert aus einer solchen Discussion hervorgegangen ist.

**) Der grösste Werth und die Bedeutung der Repräsentation besteht in der unmittelbaren Darlegung der Bedürfnisse des Volkes vor die Augen des Fürsten. Hierzu ist auch der Repräsentantenkörper seiner Zusammensetzung nach weit mehr geeigenschaftet, als zu dem eigentlichen Gesetzgeben selbst, resp. zur Feststellung der Mittel und Wege zur Abhülfe der erkannten Bedürfnisse in präciser Redactionsform und consequenter und umsichtiger Entwicklung, wozu an sich besondere Kenntnisse und Geschäftsbildung, und sehr oft eine Erwägung der Sache von einem höheren Standpuncte aus, und ein genaues und ruhiges, überlegtes Abwägen der Interessen der verschiedenen Volksklassen gegen einander gehören.

ausser diesem Petitionsrechte um Gesetzentwürfe durch die Regierung, auch das Recht der Initiative, d. h. das Recht in Anspruch genommen, eben so wohl wie die Krone, eigentliche Gesetzesvorschläge (*proposition*) zu machen. Allein ein solches Recht der Initiative ist für die Kammern nur da von einer wahren und practischen Bedeutung, wo dem Souverain kein unbedingtes *Veto* zusteht (§. 116); wo diess aber der Fall ist, da ist die Verfassung schon über die Gränzen des reinen Repräsentativsystemes hinausgerückt, und auf das Prinzip der Theilung der Gewalten gebaut (§. 68, §. 78). Wo aber dem Souverain das unbedingte *Veto* (§. 116) belassen worden ist, da ist umgekehrt das Recht der Initiative für die Kammern nutzlos und unzweckmässig, und in seiner Wirkung nicht stärker, als ein einfaches Petitionsrecht. Bei der Abschliessung von Staatsverträgen mit anderen souverainen Staaten mitzuwirken, ist der Repräsentantenkörper in der constitutionellen Monarchie nach dem Geiste und dem Zwecke derselben, welcher nur in Verhinderung des Missbrauches der Staatsgewalt dem Unterthan gegenüber bestehet, nicht befugt, und er kann auch hierbei nach völkerrechtlichen Grundsätzen nicht mitwirken, weil ihm die erste Vorbedingung der völkerrechtlichen Vertragsfähigkeit, nämlich die Souverainität, mangelt. Darum ist auch die verbindliche Kraft eines von der Regierung mit Auswärtigen abgeschlossenen Staatsvertrages nicht von der nachfolgenden Genehmigung des Repräsentantenkörpers abhängig,*) ausser wo diess durch die Verfas-

*) In Deutschland lässt sich für die Unabhängigkeit des Fürsten bei Ausübung der Repräsentativ-Gewalt von der Mitwirkung der Repräsentation auch noch der historische Grund anführen, dass der Staat grossentheils aus dem fürstlichen Gefolgschaftswesen erwachsen ist.

sung eines Staates oder sein Staatsherkommen im Allgemeinen oder für besondere einzelne Fälle, z. B. bei der Abtretung von Landestheilen u. dergl., positiv ausgesprochen wäre, oder die Genehmigung des Staatsvertrages durch die Kammern, und somit die Erhebung desselben zu einem wirklichen Gesetze und seine Einkleidung in die Formen eines solchen, ausdrücklich unter den contrahierenden Staaten stipuliert worden ist, *) oder von der betreffenden Regierung in eigenem Interesse beabsichtigt wird. Die Abschliessung eines Staatsvertrages ist überhaupt in der constitutionellen Monarchie nicht als ein Act der Legislation, sondern vielmehr als ein Act der Administration aufzufassen **), so wie es auch nur die Organe der vollziehenden Gewalt sind, durch welche nach dem Zeugnisse der Erfahrung die Staatsverträge unter den europäischen Staaten abgeschlossen werden. Hieraus ergibt sich aber zugleich, dass dem Repräsentantenkörper in Bezug auf abge-

*) Diess geschah z. B. im Jahr 1612. bei der Errichtung eines Ehevertrages zwischen Ludwig XIII. von Frankreich und der Infantin Anna; eben so im J. 1639 bei Gelegenheit der Ehebereidung Ludwigs XIV. und der Infantin Maria Theresia etc. Meine Schrift über die Span. Successionsfrage p. 32 fl.

**) Genau in dieser Weise fasst die französische *Charte constitutionnelle* a. 13., die Befugniss der Krone zur Abschliessung von Staatsverträgen auf. Nachdem im art. 12 das Princip aufgestellt ist, *au Roi seul appartient la puissance exécutive*, so heisst es in der casuistischen Entwicklung dieses Grundsatzes im Art. 13. *«Le Roi est le chef suprême de l'état; il commande les forces de terre et mer, déclare la guerre, fait les traités de paix, d'alliance et de commerce, nomme à tous les emplois d'administration publique etc. etc.,* und sodann erst, nachdem bestimmt ist, was dem König, als zum Ressort der executiven Gewalt gehörig, allein überlassen ist, wird im art. 14 von der legislativen Gewalt gehandelt, und hier das umgekehrte Princip statuiert, dass sie gemeinschaftlich (*collectivement*) von dem König und den beiden Kammern geübt wird.

geschlossene Staatsverträge gerade dieselben Befugnisse, wie in Bezug auf jeden anderen Act der vollziehenden Gewalt zustehen, namentlich also das Recht, das Ministerium deshalb zur Verantwortung zu ziehen, und von demselben Erläuterung und Rechtfertigung seines Verfahrens und seiner Politik zu verlangen. Auch folgt daraus, dass man der Regierung das Recht zuerkennt, Staatsverträge ohne Mitwirkung des Repräsentantenkörpers abzuschliessen, noch keineswegs, dass dieser ohne Weiteres verpflichtet sei, alle zu der Ausführung des Staatsvertrages als nothwendig von der Regierung geforderten Mittel zu bewilligen. Vielmehr liegt gerade in der Rücksicht auf die von Seite der Repräsentation mögliche Verweigerung der Mittel zur Vollziehung der Tractate und in der hierin gegebenen Gefahr, die Regierung auswärtigen Mächten gegenüber zu compromittieren, für das Ministerium das dringendste Motiv, keine den Interessen und den Rechten der Nation widerstreitenden Staatsverträge abzuschliessen. *) Es gibt jedoch Fälle, in welchen die Kammern ihre Mitwirkung zur Vollziehung eines von der Regierung geschlossenen Staatsvertrages nicht verweigern können, nämlich überall da nicht, wo die Abschliessung des Staatsvertrages als eine unvermeidliche politische Nothwendigkeit erscheint, wie z. B. Friedensschlüsse für den Besiegten regelmässig diesen Character an sich tragen. **)

*) Wo sich zwischen den Kammern und dem Ministerium ernstliche Dissidien über einen solchen Punct ergeben, bleibt nichts Anderes übrig, als zu den äussersten politischen Hülfsmitteln — dem Wechsel des Ministeriums, oder der Auflösung der Kammern zu schreiten. Davon im §. 117.

**) Für Deutschland ist durch die W. S. A. v. 15. Mai 1820. art. 58. noch besonders festgesetzt: »Die im Bunde vereinigten souverainen Staaten dürfen durch keine landständische Verfassung in der Erfüllung ihrer bundesmässigen Verpflichtungen gehindert oder beschränkt werden.« Hierdurch ist klar ausgesprochen, dass die

§. 110.

Von den Befugnissen des Repräsentantenkörpers in Bezug auf die vollziehende Gewalt.

Hinsichtlich der vollziehenden Gewalt hat der Repräsentantenkörper gemäss der Grundidee der constitutionellen Monarchie — «bei dem Volke die Ueberzeugung lebendig zu erhalten, dass nur dem Staatszwecke gemäss regiert werde, und das öffentliche Wohl die einzige Tendenz der Administration sei» —

I. die Befugniss, mit verpflichtender Kraft für das Volk die nöthigen, von der Regierung geforderten Geld- und sonstigen Mittel, wie Truppen u. s. w. zu bewilligen, jedoch nur für eine von der Verfassung zu bestimmende Zeit (Budget-Periode). Um eine Stockung des Staatsorganismus zu verhüten, hat die Verfassung zugleich zu bestimmen, wie lange allenfalls über diesen Termin hinaus die Regierung die Steuern fort erheben kann, wenn es nicht thunlich war, neue Bewilligungen von den Ständen vor Ablauf der Budget-Periode zu erhalten.

II. Der Repräsentantenkörper hat ferner das Recht, die Verwendung seiner Bewilligungen zu kontrollieren, und folglich Einsicht von dem gesammten Staatshaushalte zu nehmen: und

III. die Beamten der Administration, namentlich die Chefs derselben — die Minister — zur Verantwortung und Rechenschaft zu ziehen, und in geeigneten Fällen Anklage gegen dieselben zu erheben.

Landstände dem Fürsten die zur Vollziehung von Bundesbeschlüssen erforderlichen Mittel nicht verweigern dürfen. — Ebenso Bundesbeschluss v. 28. Juni 1852 art. III.

§. 111.

Von dem Steuerverwilligungsrecht der Landstände insbesondere.

Es wird in neuerer Zeit viel gestritten, ob dem Repräsentantenkörper nur das Recht der Steuerbewilligung oder auch das Recht der Steuerverweigerung zustehe? Man sucht mitunter zu behaupten, dass schon nach der Idee*) der constitutionellen Monarchie die Kammern nur ein Recht der Bewilligung, nicht aber der Verweigerung haben könnten, weil die Repräsentation das Volk darstelle, dieses aber seinem Begriffe nach der Staatsgewalt die Mittel zur Regierung zu gewähren, resp. Steuern zu zahlen schuldig sei: die Kammern werden hiernach nur für befugt erklärt, das Quantum der von dem Volke zu gebenden Steuern und die Art der Besteuerung zu bestimmen. Allein die hier gemachte Unterscheidung ist practisch ohne allen Werth und Bedeutung. Wo nämlich der Umfang eines Rechtes der Regierung — das Quantum — von dem Belieben der Kammern abhängig erklärt wird, da ist das Recht selbst ebenfalls unbestimmt und precär, und aus dem Begriffe des Volkes lässt sich eben nicht mehr ableiten, als dass das Volk die Kosten einer verfassungsmässigen Regierung herbeizuschaffen ha-

*) In Bezug auf die deutschen Staaten ist den Kammern oder Landständen das absolute Steuerverweigerungsrecht positiv abgesprochen, durch Bundesbeschluss v. 28. Juni 1852 art. II. »Da nach dem Geiste des art. 37. der Schlussacte... keinem deutschen Souverain durch die Landstände die zur Führung einer den Bundespflichten und der Landesverfassung entsprechenden Regierung erforderlichen Mittel verweigert werden dürfen, so werden Fälle, in welchen ständische Versammlungen die Bewilligung der zur Führung der Regierung erforderlichen Steuern auf eine mittelbare oder unmittelbare Weise durch die Durchsetzung anderweitiger Wünsche und Anträge bedingen wollten, unter diejenigen Fälle zu zählen sein, auf welche die art. 23 u. 26 der Schlussacte — (über die Widersetzlichkeit der Unterthanen) — in Anwendung gebracht werden müssten.«

be. *) Diese Verbindlichkeit wird auch niemals von dem Volke oder den Kammern bestritten, sondern wenn sich ein Streit zwischen diesen und der Regierung über diesen Gegenstand erhebt, so ist diess immer nur ein Streit über die Voraussetzung jener Verbindlichkeit d. h. über die Loyalität der Regierung. In Bezug auf diesen Streit besteht aber in der Regel keine Autorität über den Ständen und der Regierung, sondern hier kann nur durch freundliche Verständigung eine Ausgleichung bewirkt werden, oder es muss die Regierung von der fürstlichen Prerogative (§. 115 u. fl.) Gebrauch machen, und das Verständniss mit den Kammern entweder durch einen Ministerwechsel herbeiführen, oder den bisherigen Repräsentantenkörper auflösen, und die Vereinbarung mit neu berufenen Kammern versuchen. **)

*) Diess sagt auch ausdrücklich das eben angef. Bundesgesetz vom 28. Juni 1832 art. II.

**) Das Bundesgesetz vom 30. Oktbr. 1834. hat durch die Anordnung eines Bundesschiedsgerichtes als entscheidende Instanz über Streitigkeiten zwischen der Regierung und den Landständen einen neuen Weg eröffnet, solche Irrungen zu erledigen, und das Quantum der von den Landständen zu bewilligenden Steuern festzustellen, ohne die Regierung in die immer unangenehme Lage zu versetzen, von ihrer Prerogative (§. 115. u. fl.) Gebrauch machen zu müssen. Die Anordnung des Bundesschiedsgerichtes ist unverkennbar die bedeutendste politische Einrichtung, welche in der neueren Zeit im Interesse des monarchischen Principes getroffen worden ist. Man kann nicht verkennen, dass erst hierdurch die Bundesgesetzgebung v. 28. Juni 1832 über die Beschränkung des Steuerverweigerungsrechtes der deutschen Landstände ergänzt und abgeschlossen worden ist: denn so lange keine Instanz erfunden war, welche über das von den Landständen der Regierung zu bewilligende Quantum von Steuern entscheiden konnte, war die Beschränkung des landständischen Steuerverweigerungsrechtes nur der Theorie nach vorhanden. Uebrigens ist eine solche Institution, wie das i. J. 1834 angeordnete Bundesschiedsgericht, nur in einer

§. 112.

Von der Verantwortlichkeit der Minister insbesondere.

Wie in jeder anderen Staatsform, so sind auch in der constitutionellen Monarchie die Minister, wie alle übrigen Staatsbeamten (§. 148), dem Souverain wegen ihrer Amtsführung verantwortlich, und dem offiziellen Einschreiten der Gerichte wegen gemeiner Verbrechen und solcher Handlungen unterworfen, welche schon nach den Bestimmungen des gemeinen Strafrechtes als Verbrechen der Staatsbeamten ausgezeichnet sind. *) Insoferne und insoweit das allgemeine Recht oder das particuläre Strafrecht eines gewissen Staates wegen solcher Verbrechen Jedem aus dem Volke die Befugniss beilegt, als Ankläger gegen Staatsbeamte überhaupt aufzutreten, muss auch das Auftreten eines Privatanklägers gegen einen Minister in der constitutionellen Monarchie für zulässig gehalten werden, da dieselbe keinesweges eine schon in den einfachen Regierungsformen bestehende politische Garantie aufzuheben, sondern vielmehr dieselbe zu vermehren und zu verstärken beabsichtigt, und weil der höhere Rang, welchen der Minister in der Beamten-Hierarchie im Verhältnisse zu den übrigen Staatsdienern einnimmt, keines-

Staatenconföderation, oder in einem Förderativ-Staate ausführbar, nicht aber in einfachen Staaten, wie England und Frankreich. Das Bundesschiedsgericht ist die oberste Garantie dafür, dass in Deutschland die Landstände nie, wie die Parlamente von England und Frankreich, dahin kommen können, mit der Krone die oberste Gewalt zu theilen, sondern dass sie fortwährend bleiben, was die Repräsentation ihrer Idee nach allein sein soll — eine Schranke gegen den Missbrauch der Staatsgewalt. Vergl. noch p. 176. not. *).

*) Solz. B. im gemeinen Rechte das *crimen repetundarum*, das *crimen de residuis*.

weges ein Privilegium für denselben in Bezug auf gemeine und Dienst-Verbrechen enthalten kann. Eben so kann, da ein Minister als solcher nie aufhört, Staatsbeamter zu sein, nicht bezweifelt werden, dass nicht jedes Individuum, welches sich in seinen erworbenen d. h. in den ihm speciell — sei es aus der Verfassung, oder aus Privatrechts-Titeln — zustehenden Rechten durch eine Ministerialverfügung verletzt erachtet, desshalb den Rechtsweg vor den Gerichten ergreifen dürfte, um eine Aufhebung der ihn beschwerenden Verfügung zu erwirken, und seine Regressansprüche gegen den Minister geltend zu machen, von welchem die beschwerende Anordnung ausgegangen ist (§. 150). In den neueren Verfassungs-urkunden findet sich aber durchgängig noch ein anderer weiterer Grundsatz aufgenommen, nämlich der einer Verantwortlichkeit der Minister gegen die Landstände. *) Hierdurch haben die Landstände das Recht erhalten, auch in solchen Fällen, in welchen weder der Souverain eine Veranlassung zu finden geneigt wäre, die Minister zur Verantwortung zu ziehen, noch die Landesgerichte von Amtswegen einschreiten wollen oder dürfen, noch ein Privatankläger auftritt, oder auftreten kann — die Minister wegen Verletzung der Verfassung zur Verantwortung zu ziehen und in Anklage zu versetzen. Insoferne die Absicht einer solchen Verfassungsbestimmung dahin gerichtet ist, dem Repräsentantenkörper nicht nur ein Recht der Anklage für solche Fälle zu geben, wo auch die Landesgerichte von Amtswegen einschreiten oder Privatankläger auftreten könnten — wenn also die

*) Z. B. Bad. Verf. Urk. §. 67, »Sie (die Kammern) haben das Recht, Minister und die Mitglieder der obersten Staatsbehörden wegen Verletzung der Verfassung oder anerkannt verfassungsmässiger Rechte förmlich anzuklagen.«

Absicht dieser Verfassungsbestimmung darauf gerichtet ist, den Ständen im allgemeinen Interesse ein Recht der Anklage auch für solche Fälle zu gewähren, welche nach dem in dem Staate im Allgemeinen geltenden Strafrechte sich weder als gemeine Verbrechen noch als Amtsverbrechen der Staatsdiener überhaupt characterisieren, so muss sie die weiteren Handlungen, welche demnach nur für die Minister als Anklagegründe gelten, und somit deren besondere Standesverbrechen bilden sollen, so wie die darauf gesetzte Strafe und die Art der Procedur im Falle der Anklage, und die dafür competente Behörde, genau bestimmen. *) So lange diess nicht geschehen ist, hat der Ausspruch der Verantwortlichkeit der Minister keine über das Bereich der gemeinen Verbrechen und die Amtsvergehen der Beamten überhaupt hinausreichende practische Bedeutung. **) Wo aber ein Gesetz solche besondere, die Kammern zur Anklage gegen die Minister berechtigende Gründe auszeichnet, da stehet auch wegen dieser das Anklagerecht nur den Kammern allein zu und dürfen auch sodann die Gerichte nicht in diesen Fällen von Amtswegen einschreiten. ***)

*) So gut wie für jeden anderen Staatsbürger, muss auch für die Minister der Grundsatz gelten: *Nullum crimen sine lege poenali* und *nulla poena sine lege!* — Sehr gut hat daher die Bad. Verf. Urk. §. 67. beigefügt: »Ein besonderes Gesetz soll die Fälle der Anklage, die Grade der Ahndung, die urtheilende Behörde und die Procedur bestimmen.«

**) Wo die natürlichen Voraussetzungen eines jeden Strafgesetzes fehlen, ist von Haus aus kein rechtliches verdammendes Urtheil, sondern nur ein politischer Parthei-Ausspruch möglich.

***) Diess liegt auch in dem Geiste der französischen Verfassung v. 1814, welche eben so, wie sie der gegenwärtigen *Charte constitutionnelle* v. 14. Aug. 1830. zu Grunde liegt, auch den neueren deutschen Verfassungen vielfach zum Vorbilde gedient hat. *Charte* v. 1830. art. 47, *La chambre des Députés a le droit, d'accu-*

§. 113.

Verhältniss des Repräsentantenkörpers zu den einzelnen Staatsbürgern.

Dem Repräsentantenkörper kömmt seinem Begriffe nach die Befugniss zu, von einzelnen Personen oder Klassen von Staatsbürgern oder auch von einer zu diesem Zwecke besonders vereinigten Mehrheit von Personen Petitionen sowohl über allgemeine Staatsinteressen, als über besondere Local- und Privatinteressen anzunehmen. Petitionen der ersteren Art können für die Repräsentation, insoferne sie sich die darin niedergelegten Ideen aneignet, nur eine Veranlassung werden, von ihrem eigenen Petitionsrechte an die Regierung (§. 109) Gebrauch zu machen, und letztere um einen entsprechenden Gesetzesentwurf zu bitten. Solche Petitionen Einzelner oder Vierter an die Kammern über Gegenstände von allgemeinem Interesse *) muss man unbedingt gestatten, weil die Vertretung der allgemeinen Interessen zu der Hauptaufgabe der Repräsentation gehört; auch ist in dieser Beziehung noch durch keine Verfassung eine Beschränkung des Petitionsrechtes der Unterthanen an die Landstände angeordnet worden. Was dagegen die Petitionen in Bezug auf Specialinteressen anbelangt, so hat man mit Recht in die meisten Verfassungen zur Verhütung eines störenden Eingriffes der Kammern in die Administration den Grundsatz aufgenommen, dass die Kammern nur dann auf dieselben eingehen, und sie den Ministerien zur Berücksichtigung empfehlen oder auf Abhülfe dringen dürfen,

ser les ministres et de les traduire devant la chambre de Pairs, qui seule a celui de les juger.

*) Z. B. um Errichtung, Abänderung oder Aufhebung von Gesetzen u. dergl.

wenn nachgewiesen ist, dass der Petent bereits den regelmässigen Instanzenzug erschöpft, und vergeblich selbst bei der obersten Regierungsstelle Abhülfe nachgesucht hat. *)

IV. Abschnitt.

Von der fürstlichen Prärogative.

§. 114.

Begriff und Nothwendigkeit der fürstlichen Prärogative.

Wo eine Volksvertretung besteht, ist der Staatsgewalt eben hierdurch auch eine neue Sphäre ihrer Thätigkeit eröffnet, indem sodann dem Monarchen auch über den Repräsentantenkörper gewisse Hoheitsrechte zustehen müssen. Die Nothwendigkeit solcher Hoheitsrechte ergibt sich schon daraus, dass die Repräsentation, wenn gleich ein politisch hochberechtigtes *Corpus*, doch keine souveraine Versammlung ist, sondern eben darum, weil sie kraft einer Rechtsfiction (§. 94) das Volk darstellt, ist sie, wie dieses selbst, fortwährend der Staatsgewalt des Monarchen unterworfen. Die Nothwendigkeit von Hoheits-

*) So z. B. die Bad. Verf. Urk. §. 67. — Vergl. die Belehrung im Grossh. Bad. Reg. Bl. 1841. No. IX.

rechten über die Repräsentation erhellet aber überdiess noch besonders daraus, dass der Repräsentantenkörper, wenn er gleichwohl kraft einer Rechtsfiction das Volk vertritt, doch nicht das Volk selbst ist, und daher bei einer wesentlichen Meinungsverschiedenheit des Repräsentantenkörpers und der Staatsregierung noch der Fall denkbar ist, dass das Volk selbst nicht die Ansicht seiner Repräsentation, sondern die der Staatsregierung theilt. Der Inbegriff der Hoheitsrechte, welche dem Souverain in der constitutionellen Monarchie über den Repräsentantenkörper zustehen, wird nach einem der englischen Verfassung entlehnten Sprachgebrauche die fürstliche (königliche) **Prärogative** genannt. *)

§. 115.

Inhalt der fürstlichen Prärogative.

Die fürstliche Prärogative umfasst folgende Rechte:

- I. das Recht der **Sanction** und des **Veto**:
- II. das Recht, den Repräsentantenkörper **aufzulösen**:
- III. im Falle die Repräsentation nach dem **Zweikammersystem** organisiert ist, auch das Recht, **Pairs** zu ernennen.

§. 116.

Von der fürstlichen Sanction und dem fürstlichen Veto.

Es ist ein unbestrittener Grundsatz in allen beschränkten Monarchieen, selbst wenn sie auf das System der

*) In Frankreich »*pouvoir royal*.«

Theilung der Gewalten gegründet sind, *) dass kein Beschluss des Repräsentantenkörpers ohne die zustimmende Genehmigung des Monarchen als Gesetz gelten kann. Die fürstliche Sanction ist daher nichts Anderes, als ein von dem Souverain geübter Act der gesetzgebenden Gewalt nach vorgängiger Berathung und Zustimmung des Repräsentantenkörpers zu dem Gesetzentwurfe. Die Verweigerung der Genehmigung eines von dem Repräsentantenkörper berathenen und gebilligten Gesetzes von Seite des Monarchen wird das fürstliche Veto genannt. Da die Repräsentativ-Verfassung ihrer Grundidee nach nur auf die Verhinderung eines Missbrauches der Regierungsgewalt abzielt, so kann wohl der Monarch durch Verweigerung der Zustimmung des Repräsentantenkörpers gehindert werden, ein Gesetz zu erlassen, aber er kann nicht genöthiget werden, ein Gesetz zu geben, resp. einem von dem Repräsentantenkörper gebilligten Gesetzentwurfe seine Sanction zu ertheilen, selbst sogar dann nicht, wenn die Kammern den von der Regierung ausgehenden Gesetzentwurf ohne Modification angenommen haben sollten. Nach der Grundidee der Repräsentativ-Verfassung ist daher das fürstliche Veto immer absolut.***) Dagegen hat man in einigen neueren Verfassungen, welchen das Princip der Theilung der Gewalten zu Grunde liegt, und auch dem Repräsentantenkörper das Recht der Initia-

*) So z. B. die Constitution von Frankreich, art. 14. » *La puissance legislative s'exerce collectivement par le Roi, la Chambre des Pairs et la Chambre des Députés.* — art. 15. — » *La proposition des lois appartient au Roi, à la Chambre des Pairs et à la chambre des Députés.* — art. 18. — » *Le Roi seul sanctionne et promulgue les lois.* »

**) Diess gilt auch für Deutschland, weil hier nach Art. 57. der W. S. A. keine Verfassung auf der Theilung der Gewalten beruhen kann.

tive zugesprochen worden ist, dem Monarchen nur ein beschränktes Veto eingeräumt, und ihn für verpflichtet erklärt, die Sanction zu ertheilen, wenn ein Gesetzesvorschlag auf drei verschiedenen ordentlichen Reichstagen unverändert von dem Repräsentantenkörper wiederholt worden ist. *) Wo die Verfassung nicht ausdrücklich das Gegentheil bestimmt, ist der Souverain an keine Frist gebunden, innerhalb welcher er ein von den Kammern begutachtetes Gesetz zu sanctionieren, oder das sanctionierte zu publicieren verbunden wäre. Es gibt daher kein stillschweigendes Veto, und daher kann auch der Thronfolger die unter seinem Vorgänger von den Kammern bereits begutachteten und bewilligten Gesetze sanctionieren und publicieren, ohne dass eine nochmalige Berathung und Zustimmung der Repräsentation erforderlich wäre, wenn nur der Vorgänger noch nicht von seinem fürstlichen Veto Gebrauch gemacht hatte. **)

§. 117.

Von dem Rechte des Monarchen, den Repräsentantenkörper aufzulösen.

Für den Fall, dass zwischen dem Ministerium und der Repräsentation eine solche Meinungsverschiedenheit über die Principien der Regierung sich äussert, dass an eine Ausgleichung und Verständigung nicht weiter gedacht werden kann, wird es nothwendig, dass der Monarch selbst in diesen Kampf der Regierungsbehörden und der Volksvertretung entscheidend eingreift. Diess geschieht entweder dadurch, dass der Monarch das unvolksthümlich

*) Verf. v. Norwegen v. 4 Nov. 1814. §. 79. — Verf. v. Spanien v. 19. März 1812. §. 149.

**) Meine Schrift über die Spanische Successionsfrage, p. 87. fl.

gewordene Regierungssystem aufgibt, indem er die bisherigen Minister entlässt, und ein neues Ministerium zusammensetzt, welches sich einer grösseren Popularität zu erfreuen hat, oder dass der Monarch, um sein Ministerium und das bisher befolgte Regierungssystem zu erhalten, den Repräsentantenkörper auflöst, und neue Wahlen der Deputierten veranlasst. Hierdurch erklärt der Monarch, dass er den bisherigen Repräsentantenkörper als in einer unnatürlichen, nicht in der öffentlichen Meinung wurzelnden Opposition gegen das Regierungssystem befindlich betrachte. Es liegt in der Auflösung eine Berufung der Krone an das Volk selbst, und eine Aufforderung an dasselbe, durch die Wahl anderer, den Maximen der Regierung mehr geneigter Deputierten seine Missbilligung des von dem bisherigen Repräsentantenkörper eingehaltenen Benehmens auszusprechen. Die Auflösung der Kammern ist nichts anderes, als ein Versuch der Krone, einen Minister- und System-Wechsel zu vermeiden, welcher dann doch noch als das äusserste Mittel zur Wiederherstellung des guten Vernehmens der Regierung und des Volkes übrig ist, wenn das Volk wider das Erwarten der Regierung auch durch die neuen Wahlen eine ihr feindliche Repräsentation constituieren würde. Ob die Krone in einem solchen Conflict sich für einen Wechsel des Ministeriums oder für die Auflösung des Repräsentantenkörpers entscheiden soll, ist keine Rechtsfrage, sondern nur eine Sache der Politik. *) Im Allgemeinen kann man

*) In den deutschen constitutionellen Staaten bietet das durch Bundesbeschluss v. 30. Octbr. 1854 eingeführte Bundesschiedsgericht (pag. 167. not. **) der Krone ein drittes Auskunftsmittel, um die mitunter sehr bedenkliche Wahl zwischen dem Wechsel des Ministeriums und der Auflösung der Kammern zu vermeiden. In Deutschland enthält also die fürstliche Prärogative ein Recht mehr, als in den übrigen constitutionellen Staaten Europas, nämlich das Recht, das Bundes-

die Bemerkung machen, dass in grossen Staaten, in welchen sich grosse Interessen und gewaltige Partheien fortwährend bekämpfen, und in welchen sich eine Beimischung von der Volkssouverainität in der Verfassung findet, und der Repräsentantenkörper mit der Krone die politische Gewalt theilt, man sich leichter zu dem Wechsel der Ministerien entschliesst, und auch dort die Minister regelmässig ihre Entlassung anbieten, so wie sie in einer Principienfrage die Majorität in den Kammern gegen sich haben, durch deren Unterstützung unter solchen Verhältnissen allein ein Ministerium sich zu erhalten hoffen kann. In kleineren Staaten dagegen, in welchen eine Auflösung der Kammern nicht leicht eine gefährliche Gährung und Bewegung hervorbringt, und der Regierung in der Regel leichter gelingt, auf die neuen Wahlen ihren Einfluss zu äussern, ist man meistens mehr geneigt, sich zu einer Auflösung der Kammern, als zu einem Wechsel des Ministeriums zu entschliessen. Diess hat seinen Grund häufig auch darin, dass hier die Minister in der Regel das persönliche Vertrauen und die individuelle Zuneigung des Monarchen in einem höheren Grade geniessen, als dieses in grossen Staaten der Fall zu sein pflegt.

§. 118.

Von dem Rechte des Souverains, Pairs zu ernennen.

Es ist einleuchtend, dass das fürstliche Recht der Auflösung des Repräsentantenkörpers nur da von Wirkung

schiedsgericht aufzurufen. Von diesem Gesichtspunkte aus kann es auch nicht Anders, als consequent gefunden werden, dass nur den Regierungen, nicht aber auch den Ständen das Recht zugesprochen worden ist, eine Verhandlung vor dem Bundesschiedsgerichte zu provocieren, so wie auch die sämtlichen übrigen in der fürstlichen Prärogative liegenden Rechte nur von der Krone, nicht von den Ständen, zur Ausübung gebracht werden können.

sein kann, wo und so weit die Repräsentation nur aus temporär gewählten Mitgliedern bestehet, oder wo nur die von dem Volke gewählte Kammer mit der Regierung in entschiedene Opposition gerathen ist. Wo aber auch geborene oder durch ihre Staats- oder Kirchenwürden unmittelbar berechnigte Kammermitglieder vorkommen, wie dies bei dem Zweikammersysteme regelmässig der Fall ist, und es gerade dieser Theil der Repräsentation, die Pairs oder Reichsräthe, wären, welche mit der Regierung in Conflict gerathen sind, da muss dem Souverain noch eine dritte Prerogative zustehen, nämlich das Recht, neue Pairs zu ernennen, um der Regierung dadurch eine Stütze gegen die erblichen und persönlich berechtigten Kammermitglieder zu verschaffen. *) Um auf der anderen Seite einem Missbrauche dieser Prerogative Schranken zu setzen, hat man mitunter in die Verfassungen den Grundsatz aufgenommen, dass alle einmal von der Krone ernannte Pairs lebenslänglich ihre Würde behalten. **) Wo die Verfassung dem Souverain das Recht einräumt, zu jedem Landtage eine bestimmte Anzahl von Mitgliedern nach seinem Gutbefinden in die erste Kammer zu ernennen, ***) und durch sie das fürstliche Interesse repräsentieren zu lassen, findet das vorgedachte Recht, Pairs im Falle einer Opposition der Adelskammer zu ernennen, nicht statt.

*) Als Muster diene hier den übrigen constitutionellen Staaten die Praxis in England.

**) Nach der französischen Charte v. 14. Aug. 1830 art. 26. sind nur die Prinzen von Geblüt Pairs kraft Geburtsrechtes; alle übrigen ernennet der König. — Die Zahl der Pairs ist unbeschränkt, ihre Würde lebenslänglich, aber nicht erblich. Art. 23. —

***) So z. B. kann in Baden der Grossherzog für jeden Landtag 8 Personen ohne Rücksicht auf Stand und Geburt zu Mitgliedern der ersten Kammer ernennen. Bad. Verf. Urk. §. 26. nr. 6., §. 52.

§. 119.

Von der Trennung der Regierung und der Verwaltung, und der Contrasignatur der Minister in der constitutionellen Monarchie als nothwendiger Folge der fürstlichen Praerogative.

Mit dem Begriffe der fürstlichen Prärogative ist auch der in neuerer Zeit vielbesprochene, aber nicht immer deutlich entwickelte Unterschied von regieren (*regner*), und verwalten (*gouverner, administrer*), gegeben, welcher der constitutionellen Monarchie eigenthümlich ist, und zwar ohne Unterschied, ob sie im Uebrigen auf dem Princip der Repräsentation der Volksrechte, oder auf der Theilung der Gewalten beruht. In diesem Gegensatze von regieren und verwalten sind das ganze Wesen der constitutionellen Monarchie und ihre gesammten Tendenzen gleichsam wie in einem Brennpuncte zusammengefasst; er bildet den Schluss-Stein des ganzen Repräsentativ-Systems, und daher kann auch dieser wichtige Unterschied nur erst dann klar begriffen werden, wenn die sämmtlichen Grundverhältnisse der constitutionellen Monarchie bereits im Einzelnen entwickelt und begriffen worden sind. Regieren heisst in der constitutionellen Monarchie, die fürstliche Prärogative ausüben: d. h. unter den möglichen und sich bekämpfenden politischen Systemen, unter den sich feindlich gegenüberstehenden Principien der Verwaltung wählen, und im Conflict zwischen dem Ministerium und der Opposition die Entscheidung geben: es heisst, die Bedürfnisse eines Volkes zur Erkenntniss und zum Bewusstsein bringen, es heisst Ideen fassen, und das als vernünftig, zweckmässig und nothwendig Erkannte in das Leben einführen. Hierin liegt die Ueberwachung und die oberste Leitung des ganzen Staatswesens und seiner Entwicklung, diess ist die eigentliche Sphäre der souverainen Thätigkeit des Mo-

narchen in der constitutionellen Monarchie.*) Verwal-
ten dagegen heisst in Folge eines Befehles des Souverains,
in Gemässheit des von ihm adoptierten Regierungssystemes,
also mit Unterordnung unter die fürstliche Prärogative
und persönlicher unter Verantwortlichkeit gegen den
Fürsten und den Repräsentantenkörper die Hoheitsrechte
ausüben. Die Verwaltung ist daher die Sphäre der Thätigkeit
der Staatsdiener, und das grösste Verdienst der constitu-
tionellen Monarchie bestehet unverkennbar darin, dass sie
durch die Feststellung der Gränzen des Regierens und
des Verwaltens den Begriff des Souverains ein für
allemal von dem des Beamten scheidet, und indem sie
alle Verantwortlichkeit diesen Letzteren auflegt, dem Für-
sten practisch jene über den politischen Partheiungen er-
habene Stellung sichert, welche die Theorie für denselben
in allen Staatsformen in Anspruch nimmt. In der scharfen
Scheidung der Regierung und Verwaltung, welche in der
constitutionellen Monarchie ausgeprägt ist, liegt aber auch
zugleich eine grosse politische Garantie für die Gesetz-
mässigkeit der Beherrschung, indem hiernach eine Con-
fusion des Souverains mit seinen Beamten unmöglich ist,
und diese, der Vermeidung eigener Verantwortlichkeit we-
gen, sich gedrungen sehen, dem Fürsten Vorstellungen zu
machen und ihre Entlassung anzubieten, wo sie eine Ent-
schliessung desselben nicht mit der Verfassung vereinbar
und sich ausser Stande achten sollten, deren Vollziehung
vor der Repräsentation zu verantworten und zu rechtferti-
gen. Darum ist auch in der constitutionellen Monarchie

*) Auch der unbeschränkte Monarch hat an sich betrachtet keine
andere Sphäre seiner Thätigkeit. Ein Unterschied zwischen dem
absoluten und beschränkten Monarchen bestehet nur darin, dass
Ersterer durch keine positive Schranke gehindert wird, aus
der natürlichen Sphäre der fürstlichen Regierungsthätigkeit
herauszutreten, und in die Verwaltung sich einzumischen.

die Contrasignatur eines jeden von dem Regenten ausgehenden Actes durch die Minister eine unentbehrliche Institution, indem hiermit im einzelnen Falle der Moment bezeichnet wird, von welchem an die Thätigkeit der Verwaltung, und also auch die Verantwortlichkeit der Beamten beginnt. Die constitutionelle Monarchie leistet daher für eine loyale Staatsbeherrschung eine doppelte Bürgschaft. Sie stellet nämlich nicht nur der Staatsgewalt in den Volksrechten und der Repräsentation eine Schranke an die Seite, sondern sie erschaffet zugleich eine zweite Schranke aus dem Beamtenstande selbst, durch welchen doch stets nur allein der Missbrauch der Staatsgewalt geübt werden kann, wo sich irgend ein solcher ereignet — und somit darf eines der schwierigsten politischen Probleme als gelöst durch die Unterscheidung des Regierens und der Verwaltung betrachtet werden.

V. Abschnitt.

Von den Volksrechten, welche in der constitutionellen Monarchie von jedem einzelnen Staatsbürger selbst ausgeübt werden können.

§. 120.

Von dem Rechte der freien Gedankenäusserung überhaupt.

Da die constitutionelle Monarchie ihrer ganzen Anlage nach darauf berechnet ist, die Regierung volksthümlich

zu machen, d. h. bei dem Publicum die Ueberzeugung von der Gerechtigkeit, Weisheit und Nothwendigkeit der Gesetze und von der Zweckmässigkeit der Verwaltung zu erwecken und zu unterhalten, und da somit die öffentliche Kritik der sämtlichen Regierungshandlungen gleichsam provociert wird (§. 91.), so muss diese Verfassung, abgesehen von jenen Rechten, welche in allen Regierungsformen den Unterthan als Staatsbürger characterisieren (§. 70), als ein allgemeines Volksrecht, und zwar als ein solches, welches jeder Einzelne für sich selbst und ohne Vermittelung der Repräsentation in Anspruch nehmen und gebrauchen kann, ein Recht der freien Aeussierung über alle Verhältnisse des Staatslebens in Rede und Schrift oder durch die Presse gewähren — Rede- und Pressfreiheit.*) — Die allgemeine Rede- und Pressfreiheit ist für die Nation in Bezug auf die Volksrechte ein Analogon von dem, was die fürstliche Prærogative für den Souverain in Bezug auf die Hoheitsrechte ist, welche er durch seine Beamten ausüben lässt; hierdurch übt nämlich das Volk eine unmittelbare Controlle und Censur über die landständische und ministerielle Thätigkeit, und gewährt überdiess dadurch der Regierung die Möglichkeit, sich in jedem Augenblicke über die Beschaffenheit der öffentlichen Meinung zu vergewissern, deren Unterstützung sie nun einmal bei dem constitutionellen Systeme nicht entbehren kann. Daher muss auch die Gewährung einer gesetzlichen

*) Durch das Recht der freien Aeussierung unterscheidet sich der Sklave und der Freie. Diess hat schon das Alterthum anerkannt.

Euripides, Phönikierinnen (Nach Schiller's Uebersetzung):

Polynices. »Das Schrecklichste ist das: der Flüchtling darf

Nicht offen reden, wie er gerne möchte.«

Jokasta. »Was du mir sagst, ist eines Sklaven Loos; Nicht reden dürfen, wie man's meint.«

Rede- und Pressfreiheit unter die unentbehrlichen Institutionen der constitutionellen Monarchie gerechnet werden.*)

§. 121.

Von dem Rechte der freien Aeusserung in Bezug auf die gesetzgebende Gewalt.

Das Recht der freien Aeusserung kann sowohl in Bezug auf die gesetzgebende als die vollziehende Gewalt in Frage kommen, gerade so, wie auch die durch den Repräsentantenkörper auszuübenden Volksrechte diesen beiden Gewalten correspondieren (§. 78). In Bezug auf die gesetzgebende Gewalt haben die einzelnen Staatsbürger in der constitutionellen Monarchie in soferne eine verfassungsmässige Berechtigung der freien Aeusserung, als es jedem freistehet, sich über die der Repräsentation vorgelegten Gesetzesentwürfe, über deren Mängel und Fehler und möglichen Verbesserungen und über den Werth der ständischen Discussionen, Vorschläge und Amendements auszusprechen. Diess muss bei der Wichtigkeit der Gesetzgebung für den Staat um so mehr als willkommen gelten, als dadurch auch die ausser der Regierung und den Kammern im Volke vorhandene Intelligenz zum Eigenthume derselben gemacht wird, und somit auch jedem Einzelnen der Weg geöffnet ist, sich Gehör zu verschaffen und auf die Bewirkung einer allseitigen Beleuchtung eines der ständischen Berathung unterstellten Gegenstandes hinzuwirken.**)

*) Diess ist auch in der deutschen Bundesacte anerkannt, welche im art. 13. allgemein das Bestehen landständischer Verfassungen in Deutschland anordnet, und sodann im art. 18. nr. d.) erklärt:

»Die Bundesversammlung wird sich bei ihrer ersten Zusammenkunft mit Abfassung gleichförmiger Verfügungen über die Pressfreiheit beschäftigen.«

**) Die Fälle sind gar nicht selten, wo eine ausserhalb der Kammern

Ueberdiess muss auch den Einzelnen in Bezug auf die gesetzgebende Gewalt das Recht der Petition an den Fürsten eben so wohl zugesprochen werden, wie es denselben auch in Bezug auf den Repräsentantenkörper zukommt (§. 112); auch muss es den Unterthanen verstattet sein, sich zur Berathung von gemeinschaftlichen loyalen Petitionen oder Adressen*) zu vereinigen und zu versammeln, und daher muss auch jedem Einzelnen freistehen, seine Mitbürger zu einem solchen Zusammentritte und zur Mitberathung und Mitunterzeichnung einer solchen Petition oder Adresse einzuladen. In diesem Sinne kann daher in der constitutionellen Monarchie von einem Associationsrechte (d. h. Rechte der Bildung von Vereinen) der Unterthanen, und von einem Rechte zu öffentlichen Versammlungen gesprochen werden, **) als einem Rechte, worauf die Unterthanen nach dem Geiste der Repräsentativ-Verfassung Anspruch haben, welche ein allgemeines und fortwährendes, lebendiges, politisches Interesse in dem Volke voraussetzt, und diess genährt und unterhalten wissen will. ***) Wo immer aber dieses Associationsrecht

erschienene Schrift, sowohl auf die Ansichten derselben, als auch der Regierung, über den Werth eines Gesetzentwurfes einen entschiedenen Einfluss geäussert hat.

*) Der Unterschied von Petitionen und Adressen bestehet, abgesehen davon, dass letztere nur von einer Mehrheit, erstere auch von einzelnen Personen ausgehen können, darin, dass die Adressen, welches auch immer ihr Gegenstand sei, stets einen Ausdruck der politischen Gesinnung der Unterzeichner enthalten, was bei einer Petition an sich nicht der Fall ist. Dagegen enthält die Adresse nicht nothwendig eine Bitte, sondern meistens nur Versicherungen oder Vorstellungen.

**) In grösster Ausdehnung ist dieses Volksrecht in England in Uebung.

***) In den Quellen des gemeinen Rechtes in Deutschland, namentlich im römischen Rechte, ist freilich weder dieses Recht der Bildung von Vereinen, noch das der Einladung zu öffentlichen Ver-

und ein Recht der Einladung zu öffentlichen Versammlungen in dem positiven Rechte gewährt worden ist, da hat man nicht vermeiden können, aus Rücksicht auf den grossen und leicht möglichen Missbrauch, welcher von solchen Zugeständnissen gemacht werden kann, den Staatsbehörden die Befugniss einzuräumen, auch schon der blossen Besorgniss und des Verdachtes ungesetzlicher Tendenzen wegen, die Eingehung oder Fortsetzung eines derartigen Vereines, oder die Abhaltung und Fortsetzung einer solchen öffentlichen Versammlung durch Strafgebote zu untersagen. *) Auch versteht sich von selbst, dass dem

Sammlungen zu finden. Der Grund ist einfach der, dass diese Quellen auf einem absolutistischen Princip beruhen und ihnen die ganze Repräsentativ-Verfassung fremd ist, daher freilich auch alle Consequenzen derselben fehlen. Wo man aber (aus politischen Rücksichten) die natürlichen Consequenzen der Repräsentativ-Verfassung in Bezug auf einen gewissen Staat für bedenklich erachtet, muss man — wenn man unvermeidliche spätere Verwickelungen mit den Ständen vermeiden will — entweder die repräsentative Verfassung gar nicht einführen, oder die eine und andere für bedenklich erachtete Consequenz gleich von vorne herein in der Verfassung selbst ausdrücklich ausschliessen. Die Lehre von dem Rechte der Bildung von Vereinen bedarf — als ein neues politisches Verhältniss umfassend — in den einzelnen Staaten nothwendig einer legislativen Bestimmung. Die Beziehung auf die gemeinrechtlichen Grundsätze von *societas* und *universitas* ist für unsere Zustände durchaus unzureichend.

*) Man vergl. das Bad. Gesetz über die Vereine v. 26. Oct. 1833. Reg. Bl. No. XXXVIII. art. I. »Die Staatsregierung kann jederzeit einen Verein, der die Sicherheit des Staates bedroht, oder das allgemeine Wohl gefährdet, auflösen, und dessen Fortbestehen verbieten. Die Theilnahme an solchen Vereinen welche von der Staatsregierung durch ein öffentlich verkündetes Gebot ausdrücklich untersagt worden ist, ist strafbar.« — Bad. Ges. über die Volksversammlungen v. 15. Nov. 1833. Reg. Bl. Nr. XLIV. „die Staatsbehörden können jede bevorstehende Volksversammlung, welche die öffentliche Sicherheit

Souverain das Recht zukömmt, ungeeignete Petitionen und Adressen zurückzuweisen. *)

§. 122.

Von dem Rechte der freien Aeusserung in Bezug auf die vollziehende Gewalt.

Da es vorzugsweise die Organe der vollziehenden Gewalt sind, durch welche von der Staatsgewalt, selbst gegen den Willen und die Absicht des Souverains, Missbrauch gemacht werden kann, da ferner gerade die Organe der vollziehenden Gewalt mit dem Publikum in fortwährender Berührung stehen, und die Volksthümlichkeit der Regierung, und das öffentliche Vertrauen in ihre Loyalität fast ausschliesslich durch das Benehmen der Vollzugsbeamten bedingt sind, und daher der Krone selbst es von äusserster Wichtigkeit sein muss, von etwaigen Illegalitäten, und den Missgriffen, welche sich die Beamten sowohl in ihren Amtsgeschäften als in ihrem persönlichen

und das gemeine Wohl bedroht, verbieten, und unter gleicher Voraussetzung eine bereits versammelte Volksmenge zum Auseinandergehen auffordern. — Durch diese Gesetze sind 1) die provisorische Verordnung v. 5. Juni 1832, Reg. Bl. Nr. XXXI. wonach die Bildung eines Vereines ohne Staatserlaubniss für strafbar erklärt worden war, 2) die Verbote der Volksversammlungen und der Reden an das Volk vom 19. Mai 1832 Reg. Bl. Nr. XXVII. und vom 5. Juni 1832 Reg. Bl. Nr. XXXI. aufgehoben. — In Frankreich dagegen ist jede Theilnahme an einer nicht autorisierten Verbindung von mehr als zwanzig Personen durch Gesetz vom 10. April 1834 für strafbar erklärt worden. — Vergl. auch *Loi contre les attroupemens* v. 10. Apr. 1831.

*) Durch Beschluss der Bundesversam. v. 28. Juni 1832 art. 1. sind die deutschen Fürsten als Mitglieder des deutschen Bundes zur Verwerfung von Petitionen der Stände, welche mit dem art. 57. der W. S. A. in Widerspruch stehen, nicht nur für berechtigt, sondern auch für verpflichtet erklärt worden.

Benahmen zu Schulden kommen lassen, die schleunigste und genaueste Kenntniss zu erlangen, so ergibt sich, dass in dem beiderseitigen wohlverstandenen Interesse der Regierung wie der Regierten jedem Einzelnen aus dem Volke das Recht zuerkannt werden muss, seine Ansichten über die Maasregeln der Verwaltung und die Handlungsweise der Beamten ohne Rückhalt in Rede und Schrift auszusprechen, und dass jeder freimüthige Tadel, jede Kritik verstattet sein muss, so lange dieselbe nicht in injuriösen, calumniösen, herabwürdigenden, oder aufreizenden, überhaupt nicht in solchen Formen ausgesprochen werden, welche einen nach den Gesetzen strafbaren Character an sich tragen. Es muss nämlich dem Souverain selbst, so wie den obersten Regierungsbehörden vor Allem daran gelegen sein, nicht bloss eine einseitige, ausschliesslich aus den Berichten der unteren Behörden hervorgehende, Kenntniss von den öffentlichen Zuständen zu erhalten, damit sich nicht zwischen die Krone und das Volk ein drittes Element — (eine Beamten-Aristocratie) — einschiebe, welches es in seiner Macht hätte, die Krone zu isolieren, den Thron der öffentlichen Stimme unzugänglich zu machen, und, indem sie im Stande wäre, alle Vorgänge vor den Augen des Souverains in dem ihr beliebigen Lichte erscheinen zu lassen, die wichtigste Stütze des Thrones — seine Popularität — zu untergraben, und dadurch endlich einen unheilbaren Bruch herbeizuführen. Ganz aus gleichen Gründen muss auch jedes Urtheil der Gerichte, so wie es ergangen ist, der öffentlichen Kritik verfallen, und nichts kann für zweckmässiger und den Interessen der Staatsregierung selbst mehr entsprechend geachtet werden, als dass die Regierung selbst allen Acten der Administration die möglichste Publicität gibt, dass sie es nicht verschmähet, die Motive ihrer Handlungsweise in geeigneten Fällen zur Belehrung und Aufklärung des Publikums bekannt zu ma-

chen, und besonders solche Acte der Administration, wodurch am leichtesten Privatinteressen gekränkt, oder auch bei dem redlichsten Willen Unbilligkeiten unterlaufen können, unter die Controlle der Interessenten selbst zu stellen. *)

§. 123.

Von dem Missbrauche des Rechtes der freien Aeusserung und den möglichen Schutz- mitteln hiergegen.

Der Missbrauch des Rechtes der freien Aeusserung in Form der mündlichen Rede, oder in anderen einfachen schriftlichen oder bildlichen, nicht durch die Presse vervielfältigten Ausdrucksweisen fällt dem Gebiete des Strafrechtes anheim. **) Dasselbe gilt auch ebenmässig von dem Missbrauche der freien Presse, und dieser Missbrauch ist um so strafwürdiger, als das Unrecht, welches durch die Presse begangen wird, in weiten Kreisen Verbreitung findet. ***) Man sucht überdiess in vielen Staaten dem Missbrauche der Presse noch durch eine polizeiliche Beaufsichtigung derselben — die Censur — entgegenzuwirken, und legt der Regierung die Befugniss bei,

*) So z. B. empfiehlt sich bei der Untersuchung der militairpflichtigen Jugend insbesondere die Zuziehung eines Ausschusses von Familienvätern, welche selbst Söhne aus der betreffenden Altersklasse besitzen u. s. w.

**) Dieses hat zu bestimmen, unter welchen Voraussetzungen eine mündliche oder andere ungedruckte Aeusserung in den Begriff einer Injurie oder Calumnie, oder eines noch höheren Verbrechens übergeht.

***) Aus diesem Grunde wird auch in England und Frankreich in solchen Fällen mit Recht auf sehr hohe Geldstrafen in Verbindung mit angemessenen Gefängniss-Strafen gesprochen.

nicht nur den Druck solcher Schriften zu untersagen, deren Inhalt sie für strafwürdig hält, sondern auch solcher Schriften, welche ihr überhaupt missfällig erscheinen.*) Dieses ist auch der Grund, aus welchem man von jeher die Censur für unvereinbar mit dem Wesen der Repräsentativ-Verfassung gehalten hat, **) welche ihrer Idee nach jeder Opposition sich zu äussern verstaten muss, so lange sie nicht die Schranken des Gesetzes überschreitet (§. 89). Indessen scheint doch hier eine Unterscheidung gemacht werden zu müssen, welche, wenn gleich bisher immer unbeachtet geblieben, in der Natur der Sache selbst begründet ist. Die Rede durch die Presse ist offenbar eine künstliche Art, zu dem Publikum, und namentlich zu einem unbestimmbar grossen Publikum, und überdiess in einer bleibenden Form zu sprechen. Schon hierdurch allein muss das Bedenken hervorgerufen werden, ob in Bezug auf diese künstliche Art zu reden, alle jene Rechtsgrundsätze ohne Modification übertragen werden können, welche von der Freiheit der mündlichen Rede gelten müssen. Insbesondere aber gewähret die Presse eine Möglichkeit, welche der natürlichen, mündlichen Rede ganz fremd ist — nämlich die Möglichkeit, zu dem Publikum anonym, pseudonym, oder unter dem Namen und auf die Verantwortlichkeit einer andern Person (eines Redacteurs oder Verlegers) hin zu sprechen, sich selbst aber durch die Verheimlichung seines Namens der Strenge der Gesetze im Falle des Missbrauches

*) In Deutschland bestehet nach dem Bundes-Pressgesetz v. 20. Sept. 1819 für Schriften über 20 Druckbogen volle Censurfreiheit. Kleinere Schriften, tägliche Blätter etc. sind censurpflichtig.

**) *Charte constitutionnelle Française, 14. aout 1830. art 7. » Les Français ont le droit de publier et de faire imprimer leurs opinions en se conformant aux lois. La censure ne pourra jamais être rétablie.*

zu entziehen. Diess ist der Punct, welchen die Staatsgewalt endlich wird ins Auge fassen müssen, wenn sie auf der einen Seite die Pressgesetzgebung mit dem Wesen der Repräsentativ-Verfassung und der Humanität überhaupt*) in Uebereinstimmung bringen und auf der anderen Seite dem Missbrauche der freien Presse kräftige Schranken entgegen setzen will. Es muss jedem Menschen erlaubt sein, so wie mündlich, so auch durch die Presse unter Beisetzung seines wahren Namens**) alles zu sagen, was er denkt und fühlt, und so wie die Uezeugung selbst — sie sei religiös oder politisch, oder wissenschaftlich, so muss auch ihr Ausdruck frei sein, durch welchen allein sie practische Bedeutung erlangen kann. Derjenige, welcher sich durch die öffentliche Nennung seines Namens der Gefahr aussetzt, von dem Publikum und dem Gesetze gerichtet zu werden, ***) derjenige, der sich hierdurch gleichsam zur Strafe erbie- tet, für den Fall er ungesetzliche Aeusserungen vorgebracht habe, hat ein unbedingtes Recht, zu fordern, dass man ihm zu reden verstatte, †) ohne dass man ihm zu-

*) Man hat in neuerer Zeit auch den Vorschlag gemacht, gewissen literarischen Notabilitäten als eine Art Auszeichnung die Censurfreiheit zu verleihen. Allein ein solches Privilegium Einzelner ist eine Ungerechtigkeit und eine unverdiente Kränkung aller übrigen Schriftsteller, und das sicherste Mittel, den Credit der privilegierten Autoren bei dem Publicum zu zerstören. — Sodann hat man auch eine Art Jury von ausgezeichneten Schriftstellern in Vorschlag gebracht: diess wäre aber eben der Weg dazu, endlose Klagen über eifersüchtige Unterdrückung aufstrebender Talente hervorzurufen.

**) Hierfür muss der Verleger oder Drucker dem Staate caviere.

***) Wer seinen Namen nennt, leistet eben hierdurch eine moralische Garantie, und diese sind unter allen Umständen die werthvollsten.

†) Diese Forderung haben alle Verkünder des Christenthums, alle Reformatoren im Mittelalter, mit einem Worte, die Freunde der

muthe, mit seiner Darstellung, um ohne polizeiliche Censur sprechen zu können, eine gewisse Bogenzahl auszufüllen. *)

§. 124.

Fortsetzung.

Ganz anders verhält es sich jedoch mit anonymen oder pseudonymen Druckschriften. **) Wer seinen Namen als Schriftsteller verschweigt, oder einen anderen Namen vorschiebt, hüllet sich in eine Maske, ***) und kann sich darum auch nicht beschweren, wenn er einer polizeilichen Controlle unterworfen wird. Gewähret hier die Gesetzgebung ein Recht der Anonymität, unter der Voraussetzung, dass ein Buch eine gewisse Zahl von

Vernunft, der Aufklärung und der Humanität zu allen Zeiten gleichmässig ausgesprochen und geltend gemacht.

*) Eine Regierung, welche nur das Ungesetzliche unterdrücken will, läuft durch die Gestattung der Censurfreiheit aller mit den Namen der Verfasser bezeichneten Schriften durchaus keine Gefahr, da sie jeden Druck-Bogen, der etwas Strafwürdiges zu enthalten verdächtig ist, sogleich wenn er die Presse verlässt und ausgegeben werden will, mit Beschlag belegen und durch den Staatsanwalt gegen den Verfasser Klage erheben lassen kann.

**) Schon das römische und gemeine deutsche Criminalrecht behandelt, und zwar mit vollem Rechte, eine anonyme Schmähschrift (*libellus famosus*, Pasquill) nach weit strengeren Grundsätzen, als die mit dem Namen des Urhebers versehene schriftliche Injurie.

***) Die subjectiven Gründe, welche einen Autor bestimmen, anonym zu schreiben, können unter Umständen allerdings sehr ehrenhaft sein, und auch in seiner Bescheidenheit wurzeln. Allein diese subjectiven Gründe können in Bezug auf die Behandlung seiner Schrift der Natur der Sache nach nicht in Betracht gezogen werden.

Druckbogen erreiche, *) so ist diess eine Vergünstigung, welche in der Berücksichtigung lokaler Verhältnisse und der Interessen eines wichtigen Handelszweiges — des Buchhandels — ihre Gründe finden mag. **)

In der Mitte zwischen den anonymen und benannten Druck-sachen stehen die Journale oder Zeitungsblätter, in welchen nicht die einzelnen Mitarbeiter ihre Beiträge mit ihren Namen geben, sondern nur ein Redacteur den ganzen Inhalt dem Publikum und den Gerichten gegenüber vertritt. ***) Dieses Verhältniss verdient die Aufmerksamkeit der Gesetzgebung um so mehr, als in politischer Beziehung der Einfluss täglich erscheinender, fortwährend dieselben Grundsätze verkündender und dieselben Tendenzen in beständig sich erneuernden Formen verfolgender Blätter auf die öffentliche Stimmung von unverkennbarer Bedeutung ist. Hier kann an sich jene Garantie nicht genügen, welche bei einem grösseren Werke oder bei einer einfachen Flugschrift der beigefügte Name des Verfassers gewährt, †) und auf der anderen Seite ist gerade die Censur

*) So z. B. Bundesgesetz v. 20. Sept. 1819 §. 1 für Schriften über 20 Druckbogen. — Es ist eine richtige Bemerkung, dass von Schriften von grösserem Umfang nie zu fürchten ist, dass sie eine solche allgemeine Aufregung hervorrufen, wie kleine, leicht zu durchlesende Flugschriften.

**) Es gibt weder an sich, noch nach dem Bundesgesetz vom 20. Sept. 1819 ein allgemeines Recht auf Anonymität!

***) Hier ist nämlich notorisch, dass der Redacteur nicht alle Artikel selbst verfasst, dass er also nach juristischen Begriffen bei vielen Pressverbrechen nur Gehülfe, mitunter sogar absichtsloses und missbrauchtes Werkzeug Anderer ist.

†) Die Unterzeichnung des Redacteurs gibt nämlich keine genügende Bürgschaft, dass das Gesetz den wahren Verfasser eines strafbaren Aufsatzes jemals erreichen werde, da es kein gesetzliches Mittel gibt, den Redacteur, der hartnäckig schweigt, zur Nennung des Einsenders zu zwingen, und mitunter auch die Verurtheilung des

der periodischen Presse dasjenige, was im Allgemeinen am Unangenehmsten empfunden wird. Es muss daher hier eine höhere Garantie geleistet werden, als jene, welche in der blossen Beisetzung des Namens des verantwortlichen Redacteurs auf jeder Nummer seines Blattes liegt *) — und diese Garantie muss vorzugsweise — worauf man bisher viel zu wenig Rücksicht genommen zu haben scheint, eine moralische sein. **) Würde man ausser den bisher üblichen Geldcautionen von dem Redacteur eines politischen Blattes noch die Eigenschaft als Staatsbürger in jenem Staate, in welchem das Blatt erscheint, ferner ein reiferes Alter, wie zu einem Landtagsabgeordneten, und endlich das verlangen, dass er eine Staatsprüfung im juristischen oder cameralistischen Fache bestanden habe, und würde man im Uebrigen für eine tüchtige und umfassende Strafgesetzgebung hinsichtlich der Pressverbrechen und Pressvergehen sorgen, so würde auch die Aufhebung der Censur über die periodische Presse keinen schwer zu beseitigenden Bedenken weiter unterliegen können. Wo aber und so lange eine Censur besteht, muss die Ertheilung des Imprimatur von Seite der Censurbe-

Redacteurs selbst zur vollen Strafe an der Stelle eines Andern allen criminalistischen Rechtsgrundsätzen widerspricht — namentlich da, wo der Redacteur selbst mystificiert wurde, oder erweislich sich in voller Unwissenheit über die strafbare Tendenz eines eingesandten, anscheinend unverfänglichen Artikels befand.

*) Dies ist durch das Bundesgesetz v. 20. Sept. 1819. §. 9, ohnehin positiv vorgeschrieben.

**) Ist es nicht eine Satyre auf die Rechtspflege, dass nach den bestehenden Gesetzen ein Mann, der vielleicht kaum im Stande ist, seinen Namen zu unterschreiben, sich als Redacteur eines politischen Blattes aufwerfen kann, selbst mit der unverhohlenen Absicht, für die verborgen bleibenden Mitarbeiter die Strafen ihrer Pressvergehen, vielleicht sogar gegen Bezahlung, abzusitzen?

hörde, den Schriftsteller oder Redacteur, welcher sich der Censur vorschriftsmässig unterworfen hat, wenigstens gegen die Gefahr aller gerichtlichen, gegen seine Person gerichteten Einschreitung schützen, und kann höchstens nur noch von Amtswegen oder auf Antrag von betheiligten Privatpersonen ein Verfahren gegen die Druckschrift selbst (Beschlagnahme oder Unterdrückung) von den Behörden ausgesprochen werden. *)

Sechster Abschnitt.

Von den Garantien der Verfassung.

§. 125.

Eintheilung und Aufzählung der Garantien der Verfassung.

Die Garantien einer Verfassung theilen sich in moralische und politische Garantien. Die moralischen Garantien bilden einerseits die Gerechtigkeitsliebe und die Humanität des Souverains, deren Anerkennung durch die öffentliche Meinung seine Popularität bildet; andererseits die sittliche Tugend, der Sinn für bürgerliche Ord-

*) Diess ist durch den Bundesbeschluss vom 20. September 1819

§. 7. Abs. 2. positiv ausgesprochen.

nung, und das lebendige Rechtsgefühl des Volkes. In erster Beziehung ist die Prinzen-Erziehung, *) in der zweiten der Volksunterricht von der höchsten Bedeutung.

§. 126.

Fortsetzung.

Zu den politischen Garantien gehört an sich betrachtet das Repräsentativ-System mit seinen sämtlichen bisher erörterten Institutionen selbst, insofern es in diesen seine eigene Bürgschaft trägt. Ausserdem rechnet man noch hieher I. die Verfassungseide, d. h. diejenigen Eide, durch welche die Heilighaltung der Verfassung sowohl von Seite des Fürsten als des Volkes als auch insbesondere von den sämtlichen Staatsdienern angelobt wird; II. die ausdrückliche Festsetzung eines gesetzlichen Weges für die zeitgemässe Fortbildung, Entwicklung und etwaige Reform der Verfassung; **) III. die Anerkennung eines Selbstversammlungsrechtes der Landstände in gesetzlich vorgezeichneten Fällen; ***) IV. die Anordnung

*) Schon die goldene Bulle Carl's IV. a. 1356 cap. XXX. hatte der Prinzen-erziehung einige Aufmerksamkeit gewidmet, indem sie vorschrieb, dass von dem 7. Jahre an die churfürstlichen Prinzen ausser der deutschen Muttersprache noch in der (lateinischen) Grammatik, und in der Italienischen und Slavischen Sprache dergestalt unterrichtet werden sollten, dass sie derselben bis zum XIV. Jahre vollständig mächtig wären.

**) Die W. S. A. v. Mai 1820 art. 56 scheint vorauszusetzen, dass in jeder in Deutschland bestehenden Verfassung ein solcher verfassungsmässiger Weg zur Abänderung der Verfassung wirklich vorgezeichnet sei.

***) Das Recht der Selbstversammlung sollte den Landständen verfassungsmässig wenigstens für zwei Fälle eingeräumt sein: erstlich für den Fall, wo die Regierung die gesetzlichen Fristen zur Einberufung der Stände verstreichen lässt, indem ausserdem

eines zur Stellvertretung der Landstände nach deren Verabschiedung, Vertagung oder Auflösung innerhalb gesetzlich vorgezeichneter Grenzen berechtigten landständischen Ausschusses; *) V. die specielle Uebernahme der Garantie der Verfassung durch dritte Staaten, **) sowie endlich VI. die gesetzliche Anordnung einer entscheidenden oder vermittelnden Instanz oder Austräge für Streitigkeiten zwischen dem Fürsten und den Ständen. ***)

So wenig diese politischen Garantien gering geachtet werden dürfen, so wenig können sie die moralischen Garantien entbehrlich machen, sondern sind viel-

die Regierung es in ihrer Macht haben würde, durch Nichtberufung der Stände die Verfassung stillschweigend abzuschaffen: sodann für den Fall, dass der Regent wegen feindlicher Invasion an der regelmässigen Regierung gehindert ist, damit in einem solchen Falle die Legitimität der Handlungen der Stände zu Gunsten des Fürsten selbst festgestellt sei. — In Deutschland haben sich die Landstände in Braunschweig kraft althergebrachten Rechtes in der Befugnis zur Selbstversammlung in gesetzlich zugelassenen Fällen erhalten. Neue Landschafts Ordnung vom 12. Oct. 1832 §. 113. —

*) Der Zweck eines solchen ständischen Ausschusses kann ein doppelter sein: 1) die Wahrung der ständischen Rechte in der Zwischenzeit während der Landtage, wesshalb er als eine von der Regierung unauflösliche Staatsinstitution, und als ein legales Organ gelten muss, um Beschwerden wegen Verfassungsverletzungen an die Bundesversammlung zu bringen. 2) Es kann aber auch einem solchen Ausschusse noch insbesondere eine fortwährende Beaufsichtigung des Staatshaushaltes und der Verwendung der von den Ständen bewilligten Geldmittel, und ein Recht eingeräumt werden, in dringenden Fällen den Consens der Stände zu suppliren.

**) Die Befugnisse der Bundesversammlung, insofern sie die Garantie der Verfassung eines Bundesstaates speciell übernommen hat, bestimmt die W. S. A. art. 60. —

***) Eine solche Instanz besteht nunmehr für alle deutschen Bundesstaaten in dem am 30. Oct. 1834 errichteten Bundesschiedsgericht. — Vergl. p. 167. not. ** und p. 177. not. *). —

mehr selbst nur darauf berechnet, diese zu verstärken. Das wichtigste von Allem ist das gegenseitige Vertrauen des Fürsten und des Volkes, und dieses ist zunächst bedingt durch die Gerechtigkeit und Weisheit der Regierung und die Loyalität des Volkes und der Stände.*)

*) Die französische Charte const. vom 14. Aug. 1830 stellet die Verfassung unter den Schutz des Volkes selbst. Art. 66. *«La présente Charte et tous les droits qu'elle consacre, demeurent confiés au patriotisme et au courage des gardes nationales et de tous les Citoyens français.»* So demokratisch diese Bestimmung lautet, und so wenig daran gezweifelt werden kann, dass die Absicht bei der Aufnahme dieser Bestimmung in die Charte war, nach Art der Kretenser den Aufstand zu sanctionieren, so hat doch die Erfahrung gezeigt, dass es der Regierung gelungen ist, durch die Bildung einer tüchtigen Nationalgarde aus dem Mittelstande dem Throne eine Stütze zu verschaffen.

nicht selbst nur darauf berechnet, diese zu verstehen.
Das wichtigste von Allen ist das gegenseitige Ver-
trauen des Fürsten und des Volkes, und dieses ist zu-
nächst bedingt durch die Gerechtigkeit und Weisheit der
Regierung und die Loyalität des Volkes und der Stände.

Z w e i t e r T h e i l.

(*) Die französische Charta vom 14. Aug. 1830 stellt die Ver-
fassung unter dem Schutz des Volkes selbst. Art. 68. „Le prin-
cipe de la souveraineté nationale est le fondement de la constitution, le principe de la responsabilité des pouvoirs publics et de la responsabilité des fonctionnaires publics. Le principe de la responsabilité des fonctionnaires publics est le fondement de la responsabilité des fonctionnaires publics. Le principe de la responsabilité des fonctionnaires publics est le fondement de la responsabilité des fonctionnaires publics.“

Verwaltungsrecht.

I. Abschnitt.

Von der Ausübung der politischen Gewalten.

§. 127.

Von der Ausübung der gesetzgebenden Ge- walt überhaupt.

Unter der gesetzgebenden Gewalt versteht man die
Befugniss der Staatsgewalt, Normen aufzustellen, welche
die Unterthanen in ihrer Gesammtheit oder als Einzelne
für sich als verpflichtend anerkennen müssen. Ihrem Be-
griffe als Vorschrift für die Einrichtung der (positiven oder
negativen) Handlungen der Unterthanen gemäss, ist jede
solche Norm nur eine für die Zukunft, von dem Augen-

blicke ihrer rechtsverbindlichen Verkündigung an, verpflichtende Regel. *) Die gesetzgebende Gewalt umfasst

I. das Recht, neue Gesetze über bisher gesetzlose Verhältnisse zu geben, sie mögen ihrem Inhalte nach allgemeine Principien oder deren natürliche und logische Consequenzen aussprechen — (*jus commune*) — oder als Ausnahmen von diesen — (*jus singulare, privilegium*) — erscheinen.

II. Eben so umfasst die gesetzgebende Gewalt das Recht, die bisherigen Gesetze abzuändern, und ganz oder theilweise aufzuheben, oder sie authentisch zu interpretieren. **) Wo ein neueres Gesetz ein älteres nicht vollständig aufhebt, streitet die Vermuthung dafür, dass der Gesetzgeber das Recht nur habe fortbilden und weiter zeitgemäss entwickeln wollen. Hieraus ergibt sich von selbst die Folgerung, dass neue Gesetze — (*leges correctoriae*) — im Zweifel in der geringsten Abweichung von dem älteren Rechte zur Anwendung zu bringen sind. Daher sind auch durch die Aufhebung einer älteren Regel keineswegs die Ausnahmen ***) von derselben aufgehoben,

*) In wie ferne das positive Recht einem Gesetze rückwirkende Kraft beilegen kann, s. §. 131.

**) Der Ausdruck »Interpretation« wird sehr uneigentlich auf Erklärung des Sinnes eines Gesetzes durch die gesetzgebende Gewalt angewandt. Da sie durchaus auf keinen logischen Regeln beruht, so kann sie für nichts als eine neue Gesetzgebung — *lex correctoria juris incerti* — angesehen werden. Darum kann die authentische Interpretation auch nur mit Beobachtung derselben Formalitäten ertheilt werden, welche zu der gültigen Erlassung des fraglichen Gesetzes selbst nothwendig waren. Wo also zu der Gesetzgebung die Concurrenz der Landstände in einem gewissen Staate nothwendig ist, kann nur unter ihrer Mitwirkung eine rechtsgültige Interpretation gegeben werden.

***) Jede Ausnahme von einer Regel ist nämlich nichts Anderes, als selbst eine, ein *jus singulare* statuierende Regel.

welche schon nach dem älteren Rechte bestanden: wohl aber fallen mit der Aufhebung eines Principes von selbst (*implicite*) alle logische Consequenzen desselben.

§. 128.

Unterschied von Gesetz und Verordnung.

Im Allgemeinen (im weiteren Sinne) wird jede von der Staatsgewalt oder deren Organen ausgehende, die Unterthanen zur Beobachtung verpflichtende Anordnung Gesetz genannt. In einem engeren Sinne bezeichnet Gesetz eine mit der Sanction des Souverains versehene und im Staate allgemein — zur Nachachtung für sämtliche Unterthanen — publicierte Vorschrift. *) In der constitutionellen Monarchie sind Gesetze im engeren Sinne jene Vorschriften, welche von dem Monarchen nach verfassungsmässigem Beirath und Zustimmung der Landstände sanctioniert und publiciert worden sind. Unter Verordnung versteht man an sich eine solche Vorschrift, welche entweder zwar von dem Souverain ausgegangen, aber nur für einzelne Personen oder Fälle zur Nachachtung publiciert worden ist, **) oder welche nur von den Staatsbehörden (den Vollzugsbeamten, oder in Republiken von den Magistraturen) in Bezug auf die ihrer Amtsthätigkeit unterworfenen Gegenstände — Behufs der Vollziehung der eigentlichen Gesetze, oder zur Regulierung vorübergehender Verhältnisse — erlassen worden sind. ***)

*) Dieser Definition entspricht im römischen Recht der Begriff von *Leges edictales* und *Constitutiones principis*.

**) So z. B. im römischen Recht die *mandata* und *rescripta principis*.

***) Z. B. im römischen Recht die *Edicta* und *Interdicta* der Magistrate.

In der constitutionellen Monarchie ist jede Anordnung nur eine Verordnung, welche von dem Monarchen oder den Staatsbehörden ohne Beirath und Zustimmung der Landstände ausgegangen ist. Hinsichtlich ihrer Wirkung, d. h. hinsichtlich der Verpflichtung der Unterthanen, den Verfügungen der Staatsgewalt und der Behörden Folge zu leisten, stehen sich Gesetz und Verordnung im Ganzen gleich. *) Ein Unterschied in ihrer practischen Bedeutung findet nur in soferne statt, als gegen jene Verordnungen, welche von den Staatsbehörden ausgehen, stets der Recurs an die höheren Behörden, an den Souverain und in der constitutionellen Monarchie auch an die Landstände (§. 113), und unter gewissen Voraussetzungen auch der Rechtsweg vor den Gerichten von den Betheiligten ergriffen werden kann,**) um eine Aufhebung derselben zu erwirken, während in der Regel das Gesetz als Norm für die richterliche Entscheidung wenigstens seinem Inhalte nach über der Cognition der Gerichte stehet.***) In der constitutionellen Monarchie sind überdiess die Gesetze vor den Verordnungen durch den ihnen zufolge der Art ihrer Entstehung (durch Zusammenwirken des Souverains und der Stände) zukommenden Character der Vertrags-

*) So legt auch das römische Recht den Constitutionen der Kaiser *legis vicem*, den Edicten der Magistrate *legis auctoritatem* bei. *Gajus I, 3. 4. 5. 7. III. 32.* — Neuere Verfassungen sprechen in der constitutionellen Monarchie — entsprechend dem durch diese sanctionierten Grundsätze der Unabhängigkeit der Rechtspflege, den Verordnungen in Bezug auf das Civil- und Criminalrecht alle für den Richter verbindliche Kraft ab. So z. B. die Bad. Verf.-Urk. a. 63. — Dasselbe gilt in Frankreich hinsichtlich der sog. *lettres circulaires des Ministres.* — *Charte constit. vom 14. Aug. 1830. a. 39. Urtheil des Cass.-H. vom 12. Januar 1816.*

**) Davon §. 130.

***) Die Frage, ob eine Verfügung die Form eines Gesetzes habe, gehört aber stets vor die Gerichte. S. §. 140. I. 1. —

mässigkeit ausgezeichnet, *) und können daher — einmal errichtet — von dem Monarchen nicht mehr einseitig definitiv aufgehoben werden. Jedoch ist in den meisten Verfassungen aus Rücksicht auf mögliche dringende Verhältnisse und Nothstände, dem Souverain die Befugniss vorbehalten, einseitig, jedoch nur provisorisch, Verfügungen zu treffen, welche ihrer Natur nach der ständischen Berathung unterliegen, und daher kann hier der Monarch auch die Wirkung der Gesetze provisorisch suspendieren. **)

§. 129.

Von den Grundgesetzen und den organischen Gesetzen.

Grundgesetze — (Fundamentalgesetze) — sind diejenigen Gesetze, ***) welche sich auf die Verfassung

*) Nur die Grundgesetze selbst machen in der constitutionellen Monarchie hiervon mitunter eine Ausnahme. Hiervon im §. 129. —

**) Vergl. z. B. die Bad. Verf.-Urk. §. 66. a. E. — Die franz. Charte const. vom 14. Aug. 1830 art. 13. gibt dem Könige nur das Recht, Vollzugsverordnungen (*les ordonnances nécessaires pour l'exécution des lois*) ohne die Mitwirkung der Kammern zu erlassen, „*sans pouvoir jamais ni suspendre les lois elles-mêmes, ni dispenser leur exécution.*“ —

***) Wenn es gleich keinen Staat ohne Verfassung geben kann (§. 81), so ist doch an sich nicht absolut nothwendig, dass eine Verfassung grundgesetzlich, d. h. in Gesetzesform festgestellt sei: es gibt vielmehr viele Staatsverfassungen ohne Grundgesetz, in derselben Weise, wie es in jedem Staate practisch wirkende Rechte gibt, welche nie in Gesetzesform ausgesprochen worden sind. Auch ist nicht nothwendig, dass ein Gesetz, um auf den Character eines Grundgesetzes Anspruch machen zu können, das ganze Verfassungsrecht umfasse. So hatte das deutsche Reich, so hat noch England mehrere, nur einzelne Verhältnisse des Verfassungsrechtes befassende Grundgesetze.

des Staates beziehen. Es sind daher solche Gesetze, durch welche der Umfang, die Gränzen und die Formen der Ausübung der Staatsgewalt und der Volksrechte, so wie der in einem Staate in *concreto* gültige Rechtstitel zur Ausübung der obersten Gewalt festgesetzt werden. Es ist ein sehr häufiger, fast allgemeiner Irrthum, als wenn jedes Grundgesetz seiner Natur nach als ein ausdrücklicher oder stillschweigender Vertrag des Staatsherrschers und des Volkes aufgefasst werden müsste. Zu dieser Behauptung glaubte man seine Zuflucht aus dem Grunde nehmen zu müssen, um für die Grundgesetze den Character einseitiger Unabänderlichkeit rechtfertigen zu können. So wenig hier bestritten werden soll, dass nicht wirklich manche Grundgesetze in den europäischen Staaten auf Verträgen der Krone mit dem Volke beruhen, *) so wenig kann die allgemeine — philosophische — Gültigkeit, oder absolute Nothwendigkeit dieser Theorie für die Rechtfertigung des den Grundgesetzen allerdings zukommenden und sie auszeichnenden Characters einseitiger Unabänderlichkeit zugegeben werden. **) Selbst für die constitutionelle

*) Selbst das berühmte, noch in voller Kraft bestehende Dänische Königsgesetz von 1660, worin dem König Friedrich III. und seinen Nachkommen erblich eine absolute Gewalt beigelegt wurde, ist vertragsmässig mit den Ständen auf dem Reichstage zu Kopenhagen zu Stande gekommen. Das Volk zog es vor, unter einem unbeschränkten Monarchen zu stehen, als die steigenden Anmassungen und Unbilligkeiten des Adels zu erdulden.

**) Wer diess behaupten wollte, würde eben damit zur Vertragstheorie überhaupt zurückkehren. Auch lehrt die Geschichte, dass in vielen Staaten, namentlich in Deutschland, zur Zeit der Reichsverbinding, seit dem XIV. Jahrhundert, niemals das Volk an der Abfassung der anerkannt für Deutschland als Grundgesetze gültigen Gesetze einen Antheil gehabt hat. Sogar die bedeutendsten Grundgesetze Deutschlands, die goldene Bulle Carls IV. v. J. 1356, und die kaiserliche Wahlcapitulation

Monarchie, in welcher den in Gemässheit der Verfassung oder der Grundgesetze von der Krone mit den Ständen errichteten Gesetzen unzweifelhaft der Character der Vertragsmässigkeit zukommt (§. 128.), lässt sich dieser Character nicht unbedingt und allgemein behaupten, wenn man nicht die Augen über die historische Entstehung der constitutionellen Monarchieen absichtlich schliessen, und an die Stelle von Thatsachen eben so willkührliche als unnöthige Fictionen setzen will. Wo nämlich eine Verfassung octroiirt, d. h. aus der freien Entschliessung des Souverains hervorgegangen, mithin dem Volke als ein Privilegium — (Freibrief) — gegeben ist, da ist sie nichts Anderes, als ein Ausfluss der bis dahin dem Souverain ohne alle Einschränkung zugestandenen gesetzgebenden Gewalt, und da hat sie und kann sie keinen andern Character an sich tragen, als den eines Privilegs, wenn sie gleichwohl selbst für die fernerhin zu errichtenden Gesetze die vertragsmässige Einigung zwischen dem Fürsten und dem Volke oder den Ständen als den einzig von nun an gesetzmässigen Weg vorzeichnet. In Bezug auf die von der Krone anzuerkennende Heiligkeit und Unabänderlichkeit der Verfassung wird aber durchaus nichts verloren, wenn man sich von der historisch erwiesener Massen unwahren Vorstellungsweise lossagt, als wenn jedes Grundgesetz als ein Vertrag aufzufassen wäre, und wenn man die rechtliche Natur der Grundgesetze, je nach der Entstehung derselben entweder in einem Vertrage, oder in einem Privilegium beruhend erkennt (§. 85.), indem

seit Carl V., sind nicht einmal von dem Kaiser mit der Gesamtheit der Reichsstände, sondern nur mit einem fürstlichen Septemvirat, den Churfürsten, errichtet worden, welche nur erst gegen das Ende des deutschen Reiches mit Mühe dahin gebracht werden konnten, den übrigen Reichsständen bei der Abfassung der Wahlcapitulationen einen scheinbaren Antheil einzuräumen.

nach allen juristischen Begriffen die auf letztere Weise von der Krone dem Volke zugestandenen Rechte nicht weniger für dasselbe erworbene Rechte — (*jura quaesita*) — sind, als wenn sie ihm durch einen Vertrag eingeräumt worden wären. *) Derselbe Character, wie den Grundgesetzen, kömmt häufig auch den sog. organischen Gesetzen zu, d. h. denjenigen, welche sich auf die Einrichtung (Organismus) der Staatsbehörden und überhaupt solcher Institutionen beziehen, durch welche das Staatsoberhaupt seine verfassungsmässigen Befugnisse ausübt. Indessen lässt sich eine solche Gleichstellung derselben mit den Grundgesetzen nicht aus ihrer Natur selbst ableiten, sondern setzt voraus, dass diess durch den Souverain bei ihrer Erlassung ausdrücklich erklärt oder in den Grundgesetzen selbst bestimmt ist.**) Mitunter haben auch die sogenannten organischen Gesetze selbst die Stelle von Grundgesetzen vertreten.**) In den Erbmonarchien haben auch die Hausgesetze und die Hausverträge der fürstlichen Familie dieselbe Kraft, wie jedes andere Grundgesetz, und vertreten oft ebenfalls lange Zeit deren Stelle. Auch sie beruhen ihrem Wesen nach nicht auf einem Vertrage mit dem Volke. †)

*) Vergl. §. 132 Nr. IV. i. —

**) So sind z. B. auch die organischen Gesetze des deutschen Bundes seinen Grundgesetzen in aller Hinsicht völlig gleich gestellt. Bundesacte v. 8. Juni 1815. art. 6. art. 7. —

***) Z. B. in Baden die organischen Edicte unter der Regierung des Grossherzog's Carl Friedrich; (sog. Constitutions-Edicte).

†) Wo jedoch ein anderweitiges Grundgesetz dem Volke — sei es verfassungsmässig oder in Form eines Privilegs — gewisse politische Rechte einräumt, kann die fürstliche Familie keine solche Veränderung an ihrem Hausgesetze fernerhin einseitig vornehmen, wodurch den anderen Verfassungsgesetzen derogiert würde.

§. 130.

Von den Gränzen der gesetzgebenden Gewalt.

Die Gränzen der gesetzgebenden Gewalt sind im Allgemeinen durch den Staatszweck bestimmt. Der Staat ist daher eben so berechtigt, als verpflichtet (§. 12.), alle jene Anordnungen zu erlassen, welche die Realisierung des Staatszweckes, und somit das öffentliche Wohl erfordert. (§. 3. §. 16. §. 20.)

Umgekehrt kann ein Recht des Staates, Gesetze zu geben, da keine Anerkennung finden, wo seine legislative Thätigkeit nicht durch den Staatszweck gerechtfertiget wird, also

I. nicht in Bezug auf solche Gegenstände und Verhältnisse, welche mit dem Staatszwecke in keiner Beziehung stehen, und daher ihrer Natur nach als gesetzunfähig erscheinen. Hieher gehören z. B. alle Verhältnisse, welche nur die Moralität der Gesinnungen, die subjective, religiöse, politische oder wissenschaftliche Ueberzeugung betreffen. In Bezug auf diese Gegenstände sind Gesetze an sich völlig unpractisch.*)

II. Es darf die Staatsgewalt niemals *Privilegia odiosa* (*ius iniquum*) in der Form von speciellen Verordnungen (Rescripten) in Bezug auf einzelne Personen, oder einen einzelnen Fall aussprechen, z. B. keine Schärfung der von den Gerichten erkannten Strafe, und wenn es doch geschehen sollte, so dürfte eine solche Verordnung, wodurch die

*) Es war eine Zeit, in welcher man den Entdecker der Bewegung der Erde um die Sonne in das Gefängniss warf, und zum Widerruf seiner Entdeckung als einer Irrlehre zwang. Was wurde dadurch an der Sache selbst geändert?

Regierung ein unwürdiges *Odium personae* äussern, und sich einen Eingriff in die Unabhängigkeit der Gerichte erlauben würde, nie von diesen berücksichtigt, sondern müsste vielmehr von ihnen auf Antrag des Betheiligten für erschlichen und nichtig erklärt werden. *) Dagegen können allerdings *Privilegia odiosa* durch *Leges generales* (in Form von Gesetzen und allgemeinen Verordnungen) für ganze Classen von Personen und Sachen ertheilt werden, z. B. für Fremde oder für solche Personen, welche nicht an allen Staatslasten Antheil nehmen, oder die in eigenthümlichen Staatsdienst-Verhältnissen stehen. *) In solchen Fällen erscheint nämlich die Einschränkung selbst als ein Grundsatz, zu dessen Anerkennung und Aufstellung sich die Regierung durch die Rücksicht auf das öffentliche Wohl pflichtmässig gedrungen sieht, nicht aber als ein launenhafter Ausfluss der Willkühr des Staatsherrschers.

§. 131.

Fortsetzung. Von der rückwirkenden Kraft der Gesetze insbesondere.

III. Kein Gesetz kann seiner Natur und seinem Begriffe nach (als Regel für die Handlungen der Unterthanen)

*) Ganz in diesem Sinne ist eine der herrlichsten Constitutionen im Justinianäischen Codex abgefasst, *L. 7. Cod. de precibus imp. offer. (I. 19.) Impp. Theodosius et Valentinianus.* „*Rescripta contra jus elicta, ab omnibus iudicibus refutari praecipimus: nisi forte sit aliquid, quod non laedat alium, et prosit petenti, vel crimen supplicantibus indulgeat.*“ — Das Erkenntniss darüber, ob ein Rescript erschlichen sei, stehet als eine Rechtsfrage lediglich den Gerichten zu. Es genügt daher ein Rescript des Fürsten, wodurch er ein früheres Rescript für erschlichen erklärt, keinesweges, um das Erstere ausser Kraft zu setzen, da eben so möglich ist, dass das, die Erschleichung erklärende neuere Rescript selbst erschlichen ist. —

**) So z. B. die Verordnung, dass Staatsdiener nicht wechselfähig sein sollen; Militärstrafgesetze, wegen der Verbrechen im Dienst.

mit rückwirkender Kraft gegeben werden. Ein rückwirkendes Gesetz ist eine *Contradictio in adjecto*. *) Es gibt mithin keine rückwirkenden Gesetze. Was man im gemeinen Leben und auch in neueren Legislationen so nennt, sind nichts Anderes, als Gesetze, welche die gegenwärtig noch fortdauernden Rechtswirkungen eines vor ihrer Erlassung errichteten Rechtsgeschäftes **) oder einer früher begangenen Handlung bestimmen, resp. im Vergleiche zu dem älteren Rechte aufheben, modificieren oder abschaffen. Hieraus ergibt sich von selbst, dass Rechtsgeschäfte, welche vor der Erlassung eines neuen Gesetzes ihre volle Rechtswirkung unter den Partheien bereits geäußert haben (*negotia consummata*), d. h. solche Geschäfte, welche bereits durch Zahlung, oder Leistung, oder was sonst denselben juristisch gleich stehet, wie ein geleisteter Eid, oder ein rechtskräftiges Urtheil, von einer neuen Gesetzgebung nicht mehr berührt werden können — (oder nach dem bisherigen Sprachgebrauche, dass auf sie kein Gesetz rückwirken kann) — weil sie bereits überhaupt aufgehört haben, zu wirken, und so in rechtlicher Beziehung also gar nicht mehr vorhanden sind. ***)

*) *Seneca*: „*Revocari praeterita nequeunt*.“

**) *Negolia perfecta sed nondum consummata*.

***) Man bemerke wohl, dass hier nur von den vollzogenen Rechtsgeschäften als solchen die Rede ist, z. B. von einem Kaufgeschäft, welches durch Tradition der Sache und Zahlung des Preises vollzogen worden ist. Etwas Anderes ist der Gegenstand, oder das Recht selbst, welches der Eine oder der Andere der Contrahenten etc. aus dem vollzogenen Geschäfte erworben hat. Dass die gezahlten Geldstücke nachher durch ein Gesetz in ihrem Werthe herabgesetzt, der gekaufte Acker durch eine Verordnung im öffentlichen Interesse hinweggenommen werden kann (s. unten No. V.), hängt mit der Gültigkeit und Unwiderruflichkeit des Kaufgeschäftes, und seiner Unberührbarkeit durch eine neue Gesetzgebung nicht zusammen.

§. 132.

Fortsetzung. Von den unwiderruflich erworbenen Rechten insbesondere.

IV. Ihrem Wesen nach von der Frage nach der (an sich unmöglichen) rückwirkenden Kraft der Gesetze verschieden *) sind die Fragen, ob und wann einem erworbenen Rechte seine fortwährende Gültigkeit durch ein neues Gesetz entzogen, oder seine bisherige Wirksamkeit eingeschränkt werden kann? oder auch umgekehrt, ob und in wieferne es unwiderruflich erworbene Rechte — (*jura quæsitæ, droits acquis* im engeren Sinn) — d. h. solche Rechte geben könne, welche — einmal erworben — von der Staatsgewalt selbst nicht durch neue Gesetze aufgehoben werden können? Diese Fragen sind mit mehrfachen Unterscheidungen zu beantworten:

1) Alle diejenigen politischen Befugnisse, welche den Unterthanen aus den Grundgesetzen zustehen**), sind für dieselben in der Art unwiderruflich erworben, dass sie denselben nicht mehr durch einen einseitigen Act der Staatsgewalt und ohne die Mitwirkung der verfassungsmässigen Organe der Volksrechte entzogen, abgeändert, oder interpretiert werden können (§. 129.). Der Grund hiervon liegt darin, dass die Grundgesetze den von dem Souverain dem Volke gegenüber selbst anerkannten und ausgesprochenen Rechtstitel für den Besitz und die Ausübung der Staatsgewalt enthalten, daher denn auch der Souverain durch jede einseitige Aenderung der Grundgesetze die rechtliche Basis seiner Gewalt zerstören würde.***)

*) Uebrigens sind diess die Fragen, welche diejenigen im Sinne haben, welche von einer rückwirkenden Kraft der Gesetze sprechen.

**) Wo es keine Grundgesetze gibt, da kann auch diese Klasse von unwiderruflich erworbenen Rechten nicht vorkommen.

***) *Nemo sibi ipse causam possessionis mutare potest.*

2) Alle jene Rechte, sie seien politische oder Privatrechte, welche einem Unterthan kraft eines Staatsvertrages seiner Landesregierung mit auswärtigen Staaten zugestanden worden sind, können dem Berechtigten niemals ohne seine eigene Einwilligung, selbst nicht gegen Anerbieten von Entschädigung und auch selbst nicht mit Zustimmung der Landstände, durch die Landesregierung entzogen werden, so lange nicht der Staatsvertrag mit der auswärtigen Macht selbst aufgehoben und abgeändert worden ist, weil hier die gesetzgebende Gewalt der Landesregierung völkerrechtlich beschränkt ist. *)

3) Die Gültigkeit der Formen eines Rechtsgeschäftes, und die Richtigkeit eines prozessualischen Actes, sind nur, und für alle Zeiten, nach den Gesetzen zu beurtheilen, welche zur Zeit der Errichtung des Geschäftes oder der Vornahme der prozessualischen Handlung in Kraft gewesen sind. Es schadet daher der (formellen) Gültigkeit der älteren Acte nicht, wenn später auch durch neuere Gesetze andere oder strengere Formen für dergleichen Geschäfte oder Handlungen vorgeschrieben werden: es nützt aber auch nicht, und kann auch, wenn die zur Zeit der Errichtung oder Vornahme vorgeschriebenen Formen nicht beobachtet waren, dem fraglichen Acte z. B. einem Testamente, nicht nachträglich Gültigkeit verleihen, dass ein neueres Gesetz die älteren Formen abgeschafft hat. Der Grund hiervon liegt in der juristischen Natur und in dem Zwecke aller gesetzlichen Formen selbst. Alle Formen sind nämlich an sich betrachtet etwas Willkührliches und Zufälli-

*) Diess gilt z. B. in Deutschland namentlich in Bezug auf die den Standesherrn und anderen Privatpersonen durch die Bundesacte etc. garantierten Rechte. Beck (Vizekanzler in Mannheim) *sur les droits des princes médiatisés en Allemagne, particulièrement dans le Grand-Duché de Bade*, in Foelix *Revue*, Paris 1840. Nov. p. 870. ff. —

ges, und daher, insoferne sie eine Gesetzgebung adoptiert, etwas relativ Wesentliches. Der Zweck aller Formen ist die gesetzliche Gewährleistung für die Richtigkeit eines Actes und mithin die rechtliche Sicherheit der Partheien und des Publikums. Wer die zur Zeit der Vornahme eines Actes dafür gesetzlich vorgeschriebenen Formen beobachtet, handelt im Vertrauen auf das Gesetz und dieses Vertrauen darf nie täuschen, weil man dem Gesetze zu vertrauen verpflichtet ist. Eben so kann sich aber auch derjenige, welcher die zur Zeit der Errichtung eines Actes erforderlichen gesetzlichen Formen nicht achtete, mit Grund darauf berufen, dass er nur im Vertrauen auf das Gesetz, und in der wohl begründeten Voraussetzung der durch dasselbe ausgesprochenen Unverbindlichkeit, sich zur Ausstellung eines formlosen Actes entschlossen habe. Durch die Beobachtung oder nicht Beobachtung der zur Zeit der Vornahme eines Actes vorgeschriebenen Förmlichkeiten ist daher für die Betheiligten ein unentziehbares Recht begründet, den fraglichen Act als förmlich oder unförmlich behandelt zu sehen.

4) Eben so, wie die Förmlichkeit einer Handlung, so kann auch die Strafwürdigkeit derselben nur nach den zur Zeit ihrer Begehung geltenden Gesetzen bemessen werden. Nach der Regel: *«Nulla poena sine lege»* hat der Verbrecher ein unentziehbares Recht darauf, von keiner härteren, als von der zur Zeit seiner Handlung, derselben gesetzlich gedrohten Strafe betroffen zu werden, wenn auch zur Zeit, wo sein Verbrechen zur Untersuchung kömmt, bereits ein neues Gesetz eine solche höhere Strafe androhen würde. Schon die Humanität (*aequitas*) rechtfertiget aber hier im umgekehrten Falle, wenn nämlich das neue Strafgesetz milder ist, als jenes, welches zur Zeit der That bestand, oder wenn es die fragliche Handlung gar nicht mehr als Verbrechen kennt, die Anwendung des neuen Gesetzes, indem hierdurch die Staatsgewalt über ihre

frühere Härte selbst das Verdammungsurtheil ausgesprochen hat, die juristische Consequenz aber nicht einer notorischen Barbarei zum Deckmantel dienen soll. *) Es lässt sich aber auch noch hierfür der juristische Grund angeben, dass überall da, wo ein neues Gesetz eingeführt ist, der Richter — wegen der dadurch ausgesprochenen Aufhebung des älteren Rechtes — sich in der Unmöglichkeit befindet, eine Strafe auszusprechen, welche in dem neuen Gesetze nicht mehr oder nicht mehr vollständig enthalten ist. **)

§. 133.

Fortsetzung. Von den erworbenen Privatrechten insbesondere.

V. Was dagegen die Privatrechte anbetrifft, welche den Unterthanen, sei es aus den Civilgesetzen des Staates unmittelbar, oder aus Verträgen, Testamenten oder anderen Gründen zustehen, so kann man in Bezug auf sie wohl von erworbenen Rechten in dem (civilrechtlichen) Sinne sprechen, als die Voraussetzungen vorhanden sind, von welchen die Gesetze deren Zuständigkeit und Wirksamkeit im einzelnen Falle abhängig machen — (*dies cedit et venit*) — aber niemals in dem Sinne, dass ein solchergestalt erworbenes Privatrecht nicht durch ein neues Gesetz in seiner Wir-

*) Der Grundsatz: »*Fiat justitia, pereat mundus*« kann nur für die Rechtsprechung im Civilrecht vertheidiget werden, denn nur bei dieser ist jede Billigkeit gegen den einen Theil stets eine Unbilligkeit gegen den andern. Anders verhält es sich im Criminalrechte. (S. die p. 207. note * angef. L. 7. Cod. I. 19.)

**) Streng logisch kann man daher selbst in diesem Falle nicht sagen, dass man ein neues (milderes) Gesetz auf einen früheren Fall zurückerwandelt; sondern man behandelt diesen auch hier nach dem älteren Gesetze, soweit diese Behandlung nach dem neuen correctorischen Gesetze noch statthaft ist.

kung von dem Augenblicke der Publikation des neuen Gesetzes an aufgehoben oder modificiert werden könnte: d. h. kein Privatrecht, so wohl erworben es auch im Verhältniss der Partheien unter sich sein mag (§. 131), ist ein durch die Gesetzgebung unentziehbares Recht. Diess ist nichts Anderes, als die einfache aber nothwendige Consequenz aus dem natürlichen Verhältnisse des Privatrechtes zum öffentlichen Rechte, in Folge dessen alles Privatrecht hinsichtlich seiner practischen Gültigkeit von dem öffentlichen Rechte abhängig ist (§. 12). Hier entsteht jedoch eine andere Frage, nämlich die: muss die Staatsgewalt, wenn sie im öffentlichen Interesse solche Privatrechte vernichtet, welche nach den Grundsätzen des Civilrechtes für erworbene Rechte gelten, dafür Entschädigung leisten?

§. 134.

Fortsetzung. Von der Entschädigungspflicht des Staates, wegen Entziehung erworbener Privatrechte insbesondere.

Die Frage nach der Entschädigungspflicht des Staates, im Falle er im öffentlichen Interesse erworbene Privatrechte aufhebt oder entzieht, wird gemeinhin, aber sehr oberflächlich bejahet. Es ist aber hierbei noch eine durchgreifende Unterscheidung zu machen, und müssen namentlich zwei Fälle genau getrennt werden:

a) Die Vernichtung der nach den Grundsätzen des Civilrechtes für erworben zu betrachtenden Rechte geschieht durch ein allgemeines Gesetz (*lex generalis*), resp. in der constitutionellen Monarchie durch ein solches Gesetz, welches mit Zustimmung der Landstände erlassen worden ist. In diesem Falle entschädiget der Staat die Interessenten nur in soweit, als das Gesetz selbst eine Entschädigung verspricht, und das Maas derselben be-

stimmt. *) Ist diess nicht der Fall, so wird auch nichts entschädigt. **) Derjenige, welcher hierdurch verliert, muss den ihm zugehenden Schaden als einen casuellen tragen, und kann sich auch nicht mit einer Regressforderung an seinen Autor halten, auch dann nicht, wenn diess der Fiscus selbst wäre, weil hier die Voraussetzungen der Pflicht zur Evictionsleistung fehlen.

b) Ganz anders verhält sich aber der Fall dann, wenn die Regierung durch eine spezielle Verfügung (*lex specialis*, Spezialverfügung, Rescript) einem einzelnen Unterthan im öffentlichen Interesse seine Privatrechte in Bezug auf einen gewissen *in concreto* bestimmten Gegenstand entzieht. Hier muss immer die vollständigste Entschädigung geleistet werden, weil hier dem Einzelnen im Verhältnisse zum Ganzen ein Opfer zugemuthet, und eine Last aufgelegt wird, welche von den anderen Staatsbürgern nicht nach einem gleichheitlichen Maassstabe mitgetragen wird. Eine jede solche Verfügung erscheint überdiess als eine Verletzung des durch den Staat selbst seinem Begriffe nach verbürgten gemeinen Rechtszustandes (des *jus commune*, §. 2 u. 3.) und mithin als ein in der Art exorbitantes Verhältniss, dass sie nicht anders, als unter der Voraussetzung des unabweislichsten Bedürfnisses — eines Nothstandes (p. 14. not. *) für gerechtfertigt gehalten werden kann. ***)

*) So z. B. wenn ein Gesetz die Ablösbarkeit der Zehnten, die Expropriation des Grundeigenthums für die Errichtung von Eisenbahnen u. s. w. vorschreibt, muss es zugleich die Frage über die Gewährung und die Grösse einer Entschädigung bestimmen.

**) So z. B. Justinian's Herabsetzung des Zinsfusses; ebenso die Gesetze, welche bei uns die Aufhebung der Leibeigenschaft aussprachen u. s. w. —

***) S. unten von dem Nothrecht des Staates §. 144.

§. 135.

Fortsetzung. Von den Rechten, welche nicht als erworbene Rechte gelten können.

Der Fall, dass der Staat durch einen Nothstand in die Lage käme, die civilrechtlich für erworben zu achtenden Rechte eines Unterthans durch eine ihn betreffende Spezialverordnung zu verletzen, kann sich der Natur der Sache nach nur in Bezug auf Eigenthumsrechte, oder aus dem Eigenthum fließende Rechte, wie Servituten, Pfandrechte *) u. s. w., so wie solche Rechte ereignen, bei welchen doch eine Analogie des Eigenthumes denkbar ist, wie bei den Immobilienrechten des deutschen Rechtes, und bei nutzbringenden, in gewissen Bezirken wirkenden Privilegien und Monopolen. Auf diese Rechte hat man auch von jeher, ohne sich jedoch des Kriterium's ihrer Auszeichnung bewusst zu sein, den Begriff erworbene — oder, wie man genauer sagen würde, nur gegen Entschädigung durch Spezial-Verfügungen entziehbare — Rechte vorzugsweise angewendet**), und dagegen die übrigen Privatrechte, wobei man der Natur der Sache nach schon nicht an eine

*) Diese auf den Grundstücken ruhenden Rechte werden mit der Entziehung derselben aus dem Privateigenthum und Verkehr immer *implicite* vernichtet und aufgehoben.

**) Neuere Gesetze sprechen in Bezug auf Grundeigenthum häufig unbedingt den Grundsatz aus, dass es weder durch Gesetze noch durch Spezialverfügungen ohne Entschädigung den Privaten entzogen werden darf, z. B. die *Charte constit. Franc.* 14. Aug. 1830. art. 8. » *Toutes les propriétés sont inviolables* art. 9. *L'état peut exiger le sacrifice d'une propriété pour cause d'intérêt public légalement constaté, mais avec une indemnité préalable.* Ueber die Art des Verfahrens für die Ermittlung der gebührenden Entschädigung verbreitet sich ausführlich das franz. Ges. v. 7. Jul. 1833. —

Entschädigung im Falle ihrer Aufhebung oder Modification durch die Staatsgewalt denken konnte, als Rechte bezeichnet, welche nicht *jura quaesita* sein können, ohne jedoch auch dafür einen durchschlagenden Grund anzugeben. Dieser Grund liegt aber eben darin, dass in Bezug auf die übrigen Privatrechte ausser den Eigenthumsrechten und den ihnen verwandten Befugnissen, die Gesetzgebung in wohlgeordneten Staaten noch nie den Versuch gemacht hat, noch auch sich dazu veranlasst finden kann, Modificationen oder eine Aufhebung derselben anders, als in der Form von allgemeinen Gesetzen zu verfügen.

Zu diesen Privatrechten, welche aus dem Grunde, weil die Staatsregierung ordnungsmässig nur in der Form allgemeiner Gesetze darüber verfügen kann, sodann aber auch im Falle der Aufhebung oder Modification keine Entschädigung für die bisher Berechtigten bewilliget, nie unter der Bezeichnung *jura quaesita* mitbegriffen werden, gehören *):

1) alle Rechte, welche die rechtliche Dispositionsfähigkeit der Personen — (*capacité* im franz. Recht genannt) — betreffen. Diese können wegen des öffentlichen Interesse an ihrer zeitgemässen Bestimmung nie für den Einzelnen als unwiderruflich erworben im Verhältniss zur Gesetzgebung**) gelten. So kann z. B. eine bisher dispositionsfähige Person durch ein neues Gesetz unfähig,

*) Diejenigen, welche von einer rückwirkenden Kraft der Gesetze sprechen, und diese wenigstens ausnahmsweise zulassen wollen, müssen bei einiger Logik, wenigstens bei den hier aufgezählten Fällen anerkennen, dass hier von keiner Rückwirkung die Rede sein kann, weil hier auch nicht von erworbenen Rechten die Rede ist.

**) Im Verhältniss einer Privatperson zur andern können sie jedoch demungeachtet recht wohl als erworbene, oder judicatmässig erstrittene Rechte gelten. Vergl. §. 131. not. *; §. 133. —

und eine unfähige fähig werden, z. B. durch andere Bestimmungen des Volljährigkeitstermines, durch Einführung oder Aufhebung der Geschlechtsvormundschaft, des ehelichen Mundium's, der Leibeigenschaft, u. s. w. Was jedoch eine solche Person unter der Herrschaft des alten Gesetzes gültig gethan hat, wird dadurch nicht rückwärts ungültig, und eben so convalesciert nicht rückwärts, was man unter der Herrschaft des alten Rechtes ungültig gethan hat, wenn man es gleichwohl nach den neuen Gesetzen thun dürfte.

2) Eben so können auch die Hoffnungsrechte, welche ein Gesetz gibt, nicht als erworben im privatrechtlichen Sinne, vielweniger als unwiderruflich erworben gelten: so z. B. die gesetzliche Zusicherung eines Pflichttheils, der Intestaterbfolge, einer Statutarportion, eines väterlichen Niesbrauches u. s. w. Es sind diess nämlich nichts anderes, als *beneficia legis*, bei welchen stets die Clausel subintelligiert wird, dass sie so lange gelten sollen, als kein neues Gesetz sie als unzweckmässig verwirft.

3) Dessgleichen können auch die Hoffnungs- und anderen Rechte, welche eine Person einer andern durch einen einseitig von ihr widerruflichen Act einräumt, und deren dereinstige Wirkung davon abhängt, dass der Verfügende seinen Willen nicht ändert, wie z. B. eine letztwillige Verfügung, eine Substitution u. s. w., eben so wenig als durch die Gesetzgebung unveränderliche Rechte gelten, als sie im privatrechtlichen Sinne erworbene Rechte sind.

4) Verträge, welche unter der Herrschaft des älteren Rechtes zwar vollständig geschlossen, aber nicht vollzogen wurden (*negotia perfecta sed non consummata*) oder welche fortwährende Wirkungen haben, wie z. B. das Zinsversprechen für die ganze Zeit, in welcher das Darlehen bestehen wird, und um so mehr bedingte Geschäfte, können hinsichtlich ihrer noch fortwährenden oder

im Schweben befindlichen Wirkungen nicht als unwiderruflich erworbene Rechte in Bezug auf die Gesetzgebung betrachtet werden, da jedes Privatinteresse dem öffentlichen untergeordnet bleiben muss. Neue Gesetze können daher die Vollziehung älterer Verträge ganz oder theilweise verbieten, z. B. den Zinsfuss herabsetzen, einen unwiderruflichen Vertrag für widerruflich erklären, oder eine neue Rechtsfolge an den Vollzug des älteren Vertrages knüpfen z. B. die Collation von Schenkungen befehlen, welche zur Zeit, wo sie gemacht wurden, noch nicht derselben unterworfen waren.

5) Endlich können auch solche Privatrechte, welche auf einer Immoralität beruhen, z. B. Leibeigenschaft, und was als Ausfluss von ihr erscheint, wenn sie gleich durch ein Herkommen oder durch Gesetze einer barbarischen Zeit sanctioniert wären, nie als erworbene, d. h. durch neue Gesetze nicht abzuschaffende Rechte gelten, *) wenn man nicht mit dem Zwecke des Staates, die Entwicklung einer fortschreitenden Humanität zu befördern, in offenbaren und empörenden Widerspruch treten will.

§. 136.

Von der vollziehenden Gewalt.

Unter der vollziehenden Gewalt versteht man die Befugniss der Staatsgewalt, die Gesetze zu handhaben, und überhaupt dem Staatszwecke gemäss zu handeln. Es gehört daher nicht nur zu der Befugniss der vollziehenden Gewalt, die Autorität der Gesetze mit physischem Zwange

*) Darum ist ein Slave auch in dem Momente als ein freier Mann zu behandeln, so wie er den Boden eines Landes betritt, wo die Sklaverei abgeschafft ist.

aufrecht zu erhalten, sondern auch die nothwendigen Anordnungen für den Vollzug der Gesetze selbst zu treffen und die Lücken der Gesetzgebung in dringenden Fällen zu suppliren, d. h. Vollzugsverordnungen und provisorische Verfügungen zu erlassen (§. 128). Dem Inhaber der vollziehenden Gewalt wird daher überall das Ernennungsrecht zu den Staatsämtern, als den gesetzlichen Organen, durch welche die vollziehende Gewalt regelmässig thätig wird, zugesprochen, und ebenso das Recht, über die bewaffnete Macht des Staates zu verfügen. Der Theorie nach ist die vollziehende Gewalt eine Dienerin der gesetzgebenden Gewalt; der Praxis nach stellet sich fast überall das umgekehrte Verhältniss dar, wo beide Gewalten nicht in demselben Subjecte vereinigt sind. *) Die Grenzen der vollziehenden Gewalt liegen in den Gesetzen selbst, deren Handhabung ihre Aufgabe ist: wo aber die vollziehende Gewalt in Ermanglung von Gesetzen, oder sonst bei dringenden Verhältnissen selbst anordnend thätig wird, hat sie keine anderen Grenzen, wie die gesetzgebende Gewalt selbst, nämlich den Staatszweck — soferne ihr nicht noch eine besondere Schranke durch die positiven Gesetze vorgezeichnet

*) Noch ist fast in allen Republiken der Inhaber der executiven Gewalt trotz der an andere Organe gewiesenen gesetzgebenden Gewalt zur absoluten Macht empor gestiegen. So noch in unserer Zeit *Napoléon*. — Dass das deutsche Reich zerfiel, davon liegt die wesentlichste Ursache darin, dass es den Ständen, welche den Reichstag bildeten, nicht nur gelungen war, mit dem Kaiser die gesetzgebende Gewalt zu theilen, sondern ihm insbesondere die vollziehende Gewalt zu entreissen und in ihren Territorien allein zu üben. Die vollziehende Gewalt ist so wichtig, dass man da, wo sie einmal für den Inhaber erblich erworben ist, unbedenklich von einer Souverainität und Monarchie sprechen kann, wenn auch derselbe in der gesetzgebenden Gewalt noch so sehr durch Parlamente beschränkt sein sollte. Diess zeigt uns das Beispiel von England und Frankreich.

ist.*) Da der Staat seinem Wesen nach eine rechtlich geordnete Form der menschlichen Existenz ist, so ergibt sich von selbst die Verpflichtung der vollziehenden Gewalt, was sie auch immer vornehme oder anordne, nur in den (in *concreto* bestimmten) gesetzlichen Formen zu verfahren; und eben darum auch nie einen grösseren Zwang anzuwenden, als nach Lage des einzelnen Falles absolut erforderlich ist.

Zweiter Abschnitt.

Von der Ausübung der materiellen Hoheitsrechte.

A. Von den inneren Hoheitsrechten.**)

§. 157.

Von der Territorialhoheit.

Unter Territorialhoheit ist der Inbegriff der Rechte zu verstehen, welche der Staatsgewalt über das Staatsgebiet zukommen. So wie kein Staat und keine Staatsgewalt ohne

*) Vergl. die §. 128 not. * angef. Bestimmung des art. 13. der französischen Constitution.

**) Da der Zweck dieser Darstellung nicht der ist, ein umfassendes deutsches Staatsrecht zu entwickeln, sondern nur allgemeine Grundsätze in ihrer practischen Wirkung in Deutschland zu zeigen,

Staatsgebiet gedacht werden kann (§. 8. u. 39.), so ist die erste und unentbehrlichste Befugniss in dem Begriffe der Staatsgewalt selbst, das Hoheitsrecht über ein gewisses Territorium. Dieses Hoheitsrecht — die Territorial- oder Landeshoheit*) — ist aber nicht ein Eigenthumsrecht der Staatsgewalt an Grund und Boden eines gewissen Bezirkes, so dass der Staat wie ein Obereigenthümer**), die Unterthanen aber nur als Hintersassen und Nutzzeigenthümer zu betrachten wären, sondern die Territorial- oder Landeshoheit ist ein politisches Recht, d. h. wie ein jedes Hoheitsrecht, der Inbegriff der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt des Staates in Bezug auf einen bestimmten Gegenstand — (hier das Land, als die materielle Basis des gesamten Staatsvereines) — thätig gedacht. Das Staatsgebiet (*territorium*) selbst ist hiernach jener Landstrich, welcher der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt eines gewissen Souverains unterworfen ist,***) und somit bedingen die Begriffe Staatsgebiet und Souverainität sich gegenseitig, und sind beide gleich uranfänglich (§. 39). Die Territorialhoheit ist wie jedes andere Hoheitsrecht und wie die Souverainität selbst, von welcher sie nur eine bestimmte Aeusserung ist, ein

so wird auch nicht von allen einzelnen in Deutschland vorkommenden Regalien und Hoheitsrechten, sondern nur von jenen gehandelt werden, welche zugleich als absolut wesentliche im allgemeinen Staatsrecht wurzeln.

*) Man übersehe nicht, dass Landeshoheit hier in einem ganz anderen Sinne gebraucht wird, als der mit diesem Worte zur Zeit des deutschen Reiches verbunden war.

**) Diese Theorie suchten im Mittelalter die deutschen Kaiser für sich geltend zu machen, wegen des von ihnen in Anspruch genommenen angeblichen *dominium mundi*.

***) Nur sog. *territoria clausa*, d. h. Länder mit bestimmten Landesgränzen entsprechen daher dem Staatszweck.

absolutes, d. h. von keinem anderen abhängiges, untheilbares und unveräusserliches Recht (§. 35). *) Als Befugniss, die Staatsgewalt über einen bestimmten Landstrich auszuüben, ist sie zugleich die Befugniss, die Einwirkung jeder fremden Staatsgewalt auf diesen Landstrich und die darauf befindlichen Personen oder Sachen auszuschliessen. **) Die in der Territorialhoheit liegenden Befugnisse des Staates sind: 1) das Recht, die Bedingungen vorzuzeichnen, unter welchen Fremden der Aufenthalt im Staate gestattet sein soll: somit auch jeden Fremden, welcher sich ohne besondere Verwilligung der Regierung in dem Staate aufhält, hinwegzuweisen, ohne ihm zur Angabe von Gründen für diese Maasregel verpflichtet zu sein: II) umgekehrt, die Befugniss, jeden Fremden zu schützen, und dessen Auslieferung selbst seiner eigenen Regierung zu verweigern, ***) in soferne nicht ein besonderer Staatsvertrag †) mit dieser hierzu eine Verpflichtung auflegt, —

*) Heut zu Tage bestehen in Deutschland keine anderen Staatsgebiete mehr, als sog. freie, oder allodiale Staatsgebiete. Zur Zeit des deutschen Reiches waren dagegen die meisten Territorien feudal. Die Aufhebung aller Feudalverbindungen unter den Souverainen gegenseitig hatte zuerst die Rheinbundesacte v. 12. Juli 1806. art. 54. ausgesprochen. — Der Grundsatz der Untheilbarkeit und der Unveräusserlichkeit des Landes, welcher jetzt in allen Verfassungsurkunden anerkannt ist, konnte in Deutschland bei der vorherrschenden Ansicht von der Patrimonialität der Krone erst spät und nach und nach Anerkennung finden. S. p. 56. not. †).

**) Diess drückt man auch durch die Regel aus: *Quidquid est in territorio, est de territorio.* —

***) Dass kein Staat unter keiner Voraussetzung seine eigenen Unterthanen an einen fremden Staat auszuliefern berechtigt ist, ist schon bemerkt worden. §. 74.

†) So z. B. der Bundesbeschluss vom 18. August 1836. über die Auslieferung politischer Verbrecher, und Bundesbeschluss vom 10. Febr. 1831. (Cartell-Convention) und Nachtrag dazu v. 17. Aug. 1832.

dagegen aber auch von dem Fremden für die Zeit seines Aufenthaltes (als *subditus temporarius* §. 70, 71) staatsbürgerlichen Gehorsam zu fordern. III. Eben so ist der Staat nicht schuldig, ein im Auslande und von ausländischen Gerichten gegen einen Inländer ergangenes Urtheil zu vollziehen, ausser wo desshalb besondere Staatsverträge bestehen. IV. Der Staat bestimmt ferner die Bedingungen des Erwerbes und der Ausübung der Eigenthums- und aller anderen denkbaren Rechte an beweglichen und unbeweglichen Sachen, und somit auch diejenigen Gegenstände, welche dem Verkehr ganz entzogen sein sollen, so wie er auch gewissen Sachen — (befriedete Sachen) — einen besonderen Schutz — (*sanctitas*) beilegen kann. V. Insbesondere äussert sich der Character der Souverainität als eines politischen Immobilienrechtes (§. 39.) noch darin, dass jeder Ausländer, welcher in dem Staate Grundeigenthum besitzt, hinsichtlich aller dasselbe berührenden Rechtsverhältnisse der Gerichtsbarkeit dieses Staates unterworfen ist,*) und endlich VI. die Rechtsverhältnisse der Immobilien stets nur nach den Gesetzen des Staates (*statuta realia*) beurtheilt werden, in welchem sie liegen, so dass dabei die persönliche Qualität des Eigenthümers oder Besitzers u. s. w. als Inländer oder Ausländer ohne Einfluss bleibt. **) Da historisch sehr viele, besonders grössere Staaten, aus der

*) Man bezeichnet dieses Verhältniss in dem deutschen Rechte mit dem Ausdrücke: »*Landsassiat*,«

**) *Sachsenspiegel* I. 30. »Erbe nimmt man nach des Landes Recht, und nicht nach des Mannes Recht,« — Eben so der *Code Napoléon*, art. 3. — Aus der Territorialgewalt erklären sich auch eine Reihe von Rechten, welche in den germanischen Staaten früher allgemein in Uebung waren, jetzt aber theils veraltet, theils doch nur noch in beschränktem Gebrauche sind: z. B. das *jus albinagii*, die *gabella emigrationis* und *gabella hereditaria*, das Grundruhr-Recht, das Wildfangsrecht, und der Territorial-retract. —

allmählichen Vereinigung verschiedener, ursprünglich selbstständiger Staatsgebiete erwachsen sind, so haben sich auch häufig noch Spuren dieser früheren Selbstständigkeit nach erfolgter Verbindung erhalten, und diese selbst ist verschieden, bald nur eine vorübergehende (sog. **Personal-Union**), wenn zwei an sich selbstständige Staaten nur dadurch unter einem Scepter vereinigt werden, dass nach dem, in jedem derselben geltenden besonderen Successionsgesetz zufällig dieselbe Person zu beiden Kronen berufen wird, *) bald eine bleibende, oder **Realunion**, wenn das Thronsuccessionsgesetz des einen Landes auch in dem anderen, (welches in so fern, selbst wenn es an sich grösser wäre, als **Nebenland** erscheint), als unbedingt verbindlich anerkannt werden muss, wenn gleichwohl im Uebrigen die Länder eine verschiedene Verfassung und getrennte Regierung behalten haben. Die Realunion ist **Incorporation**, wenn mehrere Staaten so mit einander vereinigt werden, dass für sie ausser dem gemeinschaftlichen Thronsuccessionsgesetz auch nur noch ein und dasselbe politische Grundgesetz **) gilt, und in soferne eine Repräsentativ-Verfassung besteht, auch nur eine Repräsentation statt findet.

§. 138.

Von der Justizhoheit.

Justizhoheit, **Gerichtsbarkeit**, *iurisdiction*, ist der Inbegriff der Rechte, welcher der Staatsgewalt in Bezug auf

*) So waren z. B. Hannover und England unter Georg IV. in solcher Personal-Union.

**) Im Uebrigen können auch bei einer Incorporation die einzelnen Landestheile noch mancherlei besondere Rechte behalten; so z. B. haben die bayerischen Rheinlande die französischen Gesetzbücher und französische Gerichtsverfassung behalten.

die Handhabung der Gerechtigkeit — (der Rechtspflege) — im Staate zustehen. Sie enthält I. das Recht der Beaufsichtigung des ganzen Rechtslebens im Staate, um das Bedürfniss desselben in dieser Beziehung zu erkennen, und Materiale für die Gesetzgebung zu gewinnen, wovon das Recht der Beaufsichtigung der Gerichte (Gerichtsvisitation) als Unterart erscheint; II. das Recht der Justizgesetzgebung, als Befugniss der Aufstellung gemeingültiger Normen (*ius commune*), als Richtschnur für die Entscheidung der Gerichte; III. die Befugniss zur Anordnung unabhängiger Gerichte und Instanzen zur Entscheidung zweifelhafter Rechtssachen; IV. die Befugniss zur Vollstreckung der Urtheile durch die Anwendung der gesetzlichen Mittel der Execution. Das Rechtsprechen selbst ist aber in der Justizhoheit eines Staates nicht mehr enthalten, so wie er unabhängige Instanzen dafür gewährt, und somit über den Zustand des Despotismus heraufgetreten ist. (§. 67.) — Ihrem Gegenstande nach ist die Justizhoheit Civiljustizhoheit, und Criminaljustizhoheit (Blutbann), je nachdem sie die privatrechtlichen Beziehungen der Unterthanen zu einander, oder die durch die Begehung der Verbrechen begründeten, das öffentliche Interesse berührenden Verhältnisse zum Gegenstande hat.

§. 139.

Von den rechtsprechenden Behörden.

Alle Rechtsprechung hat die Regulierung zweifelhafter Verhältnisse zwischen der Gesetzgebung*) und

*) Ich gebrauche hier das Wort Gesetzgebung im Gegensatze von Vollziehung in einem ganz weiten Sinne, so dass darunter der

der Vollziehung zum Gegenstande, und hierdurch allein schon ist die Nothwendigkeit einer unabhängigen Stellung der richtenden Behörden von den Organen der Vollziehung, und die Nothwendigkeit der Trennung der Rechtspflege und der Administration ausgesprochen. *) Die rechtsprechenden Behörden haben die Aufgabe, die Gesetzmäßigkeit der Handlungsweise der Vollziehungsbehörden den Betheiligten gegenüber festzustellen, d. h. da, wo die Subsumtion eines Falles unter das Gesetz (die Rechtsnorm) zweifelhaft ist, das Recht für den einzelnen Fall durch Urtheil (als formelles Recht) festzusetzen, damit die Execution überhaupt möglich werde, und eben so haben sie die Aufgabe, einen Missbrauch der Vollziehungsgewalt durch ein *Veto* im Namen des Gesetzes und Rechtes zu verhüten, oder denselben, wo er bereits vorgekommen wäre, wieder aufzuheben. Die Idee der rechtsprechenden Behörden ist daher folgende: es soll in zweifelhaften Rechtssachen ein Urtheil gegeben werden, welches als das Resultat der Rechtsphilosophie **) und der juristischen Bildung einer gewissen Zeit ***) und eines gewissen Volkes †) An-

Inbegriff aller Rechtsnormen verstanden wird, ohne Unterschied, ob sie aus eigentlichen Gesetzen, oder aus einem durch das Volk selbst gebildeten Herkommen etc. stammen.

*) *Churhess. Verf.* art. 112. „Die Rechtspflege soll von der Landesverwaltung fernerhin auf immer getrennt sein.“ — Die Verbindung der Justiz und Administration ist an sich unnatürlich, und ein Auswuchs der Barbarei des XV. und XVI. Jahrhunderts.

**) Die positive Ausprägung derselben liegt in den Gesetzen und im Herkommen.

***) Daher auch die Forderung einer fortschreitenden Entwicklung der Gesetzgebung.

†) Daher die Forderung, das nationale Element im Rechte zu bewahren! Vergl. meinen Aufsatz: über das Verhältniss des rationalen und nationalen Rechtes in der Zeitschrift f. deut. R. v. Reyscher und Wilda. Bd. 4. Leipz. 1841. p. 91. fl. —

spruch darauf machen kann, für vernünftig und eben darum auch für volksthümlich zu gelten. Da die in dem Publikum lebendige (moralische) Ueberzeugung von der Unabhängigkeit der Gerichte von den Einflüssen der Vollziehungsbehörden oder des Cabinetes selbst (§. 67.) die stärkste denkbare politische Garantie ist, so muss auch der Regierung alles daran liegen, diese Ueberzeugung des Publikum's fortwährend bei gleicher Kraft zu erhalten, und darum sind Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens *) sowohl in Civil- als Criminalsachen unabweisliche Anforderungen der Politik, namentlich in solchen Staaten, in welchen, wie in der constitutionellen Monarchie, der ganze Staatsorganismus auf die Unterstützung der Regierung durch die öffentliche Meinung gegründet ist (§. 91). Die richterlichen Behörden selbst können auf zweifache Weise organisiert werden: entweder nämlich werden die richterlichen Functionen an einen von der Krone zwar ernannten, jedoch von der Administration unabhängigen gelehrten Beamtenstand — Richterstand — übertragen, oder die Function des Rechtsprechens wird einer aus dem Volke selbst hervorgehenden Repräsentation — (Jury) überlassen. Ob und in wie weit die eine oder die andere

*) Sogar die im Mittelalter als heimliche Gerichte viel verrufenen Fehmgerichte gewährten den Angeklagten diese Garantie, deren sie zur Schande unseres Jahrhunderts noch in vielen deutschen Gerichten entbehren. Wie wird eine spätere Zeit über unseren gepriesenen Zustand der Aufklärung und der Gesetzlichkeit urtheilen, wenn die Geschichte über unser gemeines Criminalverfahren berichtet: »das urtheilende Richtercollegium sah und hörte weder einen Ankläger, noch den Angeeschuldigten, noch einen Zeugen, noch einen Vertheidiger. Man urtheilte lediglich nach dem Inhalte der von einem Einzelrichter ohne genügende Controlle geführten Acten und auf den Vortrag eines Referenten, des einzigen Mitgliedes des urtheilenden Collegiums selbst, welches die Acten gelesen hatte, oder doch hätte lesen sollen!« —

dieser Organisationen der richtenden Behörden den Vorzug verdiene, ist eine Frage der Politik, deren Durchfechtung zu den besonderen Aufgaben unserer Zeit zu gehören scheint. *)

*) Wenn ich Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens fordere, so vertheidige ich auf der anderen Seite nichts weniger, als die Jury in Criminalsachen, am wenigsten so, wie sie jetzt nach dem französischen Muster, meistens aus Rechtsunkundigen Männern zusammengesetzt wird. Ich habe eine zu hohe Idee von der Criminalrechtswissenschaft und eine zu genaue Kenntniss von der Schwierigkeit des Urtheils über den Beweis einer verbrecherischen That, als dass ich mich überreden könnte, dass zu einem Vertrauen verdienenden Urtheil über die Schuld und Nichtschuld eines Angeklagten, nichts weiter gehöre, als ein redlicher Wille, und ein einfacher Verstand ohne juristische Bildung. Umgekehrt kann ich mich nicht überzeugen, dass es für den eigentlichen Richter, der so gut wie ein Geschworne seinen Eid geleistet hat, ein Vorwurf sein soll, Rechtskenntnisse zu besitzen. Man gebe den Gerichten Oeffentlichkeit und Mündlichkeit, und dadurch Gelegenheit, dem Publikum gegenüber ihre Gewissenhaftigkeit zu bewähren, so wird das Misstrauen von selbst schwinden, mit welchem ausserdem ihre Rechtspflege Gefahr läuft, betrachtet zu werden. Die Vertheidiger der Jury selbst werden nicht behaupten wollen, dass dieselbe in Bezug auf die gemeinen Verbrechen, Mord, Raub, Nothzucht, Diebstahl, Fälschung etc. ein mehr begründetes, und richtigeres Urtheil zu fällen im Stande sei, als ein mit gelehrten Richtern besetztes Criminalgericht, wenn man diesem die bisher nur als Eigenthümlichkeiten der Jury betrachteten Institutionen, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens, gewährt. Die Meisten fordern die Jury als politische Institution, namentlich für die Beurtheilung politischer Verbrechen. Man übersieht aber hierbei, dass in England und Frankreich, von welchen beiden Ländern das Institut der Jury zu uns herüber genommen werden will, gerade die Rücksicht auf die Sympathieen, welche der politische Verbrecher bei der Jury in bewegten Zeiten finden kann, dahin geführt hat, der Krone das Recht einzuräumen, den politischen Verbrecher durch die Kammer der Pairs richten zu lassen. (S. p. 160. not. *) —

§. 140.

Von den Justizsachen.

Justizsache könnte man zwar im Allgemeinen jede Sache nennen, in welcher die Staatsgewalt aus dem Gesichtspuncte des Rechtes (im Gegensatze der Zweckmässigkeit) einschreitet (verfügt oder vollzieht); allein der Sprachgebrauch verstehet darunter nur solche Sachen, über welche die richterlichen Behörden zur Entscheidung aufgerufen werden können, und in diesem Sinne setzt man den Justizsachen alle anderen Sachen, worin die Staatsgewalt gesetzgebend oder vollziehend thätig wird, unter der Benennung »Administrativ-Sachen« entgegen, so dass in diesem Sinne die Justizgesetzgebung selbst unter den Begriff der Administrativsachen fällt, weil sie nicht Sache der Gerichte sein kann. Eben so gehört auch die Vollstreckung der Urtheile selbst, nach dieser Begränzung des Begriffes der Justizsachen, zu den Administrativsachen, und wird auch am zweckmässigsten an besondere Vollzugsbehörden verwiesen, wodurch es sodann auch möglich wird, die Stellung der richterlichen Behörden scharf abzugränzen und dieselben auf das reine Rechtsprechen zu beschränken. Eine jede Justizsache in dem hier angegebenen (engeren) Sinne setzt voraus I. ein Gesetz, oder eine andere demselben gleichzuachtende Rechtsnorm, wie Herkommen, Gerichtsgebrauch u. s. w.; II. streitende Theile, *) und III. eine gesetzlich angeordnete entscheidende Behörde. Es kann daher aber auch jedes denkbare Verhältniss im Staate, also auch eine Administrativsache,

*) In Criminalsachen erscheint der Staat selbst in der Person eines öffentlichen Anklägers, oder des Untersuchungsrichters, als der klagende Theil.

d. h. ein Act der Gesetzgebung oder der Vollziehung, eine Justizsache werden, so wie nicht über die Zweckmässigkeit oder Nothwendigkeit eines solchen Actes, sondern über die Rechtlichkeit desselben gestritten wird, und die zur Entscheidung angegangenen Justizbehörden eine gesetzliche Norm derselben auffinden können. Es lassen sich in dieser Beziehung folgende Grundregeln aufstellen: *)

I. Legislatorische Acte stehen in der Regel ausserhalb der richterlichen Cognition, weil die Gesetzgebung an sich die Quelle der Normen ist, welche der Richter in den einzelnen Fällen anzuwenden, und unter welche er dieselben zu subsumieren hat. Jedoch können auch legislatorische Acte in zweifacher Hinsicht Justizsache d. h. Gegenstand richterlicher Entscheidung werden; nämlich

1) wenn die Richtigkeit der Form (die formelle Verbindlichkeit) — des Gesetzes in Frage steht: z. B. das Vorhandensein der Contrasignatur eines Ministers, die Richtigkeit und Förmlichkeit der Publication u. s. w.; denn in diesen Fällen wird nicht über die Gültigkeit eines legislativen Actes, sondern nur über seine Existenz, d. h. nur über eine einfache Thatsache, nicht über den Umfang der legislativen Gewalt selbst gestritten.

2) Ausnahmsweise kann sogar ein legislativer Act Gegenstand der richterlichen Cognition werden, wenn der Umfang der legislativen Gewalt bestritten wird — in so ferne, aber auch nur in so ferne es sich

a) um das Verhältniss der Legislation zu solchen Rechten

*) Vergl. hierüber besonders Mittermaier im Arch. f. civil. Prax. Bd. XXI. p. 234 ff. Bd. XXII. p. 47. ff. Bd. XXIII. p. 125. Die Cognition darüber, ob eine Sache Justizsache sei, steht, in so ferne nicht ein Landesgesetz für die Entscheidung dieser Frage eine besondere Instanz angeordnet hat, den Gerichten zu, wie über jede andere Competenzfrage. —

- handelt, welche durch Staatsverträge mit auswärtigen Staaten garantiert sind, (§. 132. IV. nr. 2.) oder
- b) insoferne das Verhältniss von Rescripten und Verfügungen zu vollzogenen Geschäften und unwiderruflich erworbenen Rechten in Frage steht, (§. 130. 131. 132.); oder
- c) insoferne ein Rescript durch die *exceptio subreptionis vel obreptionis* angefochten wird. (§. 130. II. not. *)

II. Handlungen der Vollziehungs-Behörden können Gegenstand richterlicher Beurtheilung (Justizsache) werden,

1) wenn behauptet wird, dass dieselben durch ihre Verordnungen den ihnen durch die specielle Verfassung des Landes bestimmten Umfang ihrer Befugniss, Verordnungen (im Gegensatze der von der legislativen Gewalt ausgehenden Gesetze) zu erlassen, überschritten hätten (§. 128.), und ebenso

2) wenn die Richtigkeit der von den Administrativbehörden gemachten Subsumtion der einzelnen Fälle unter die als gültig erkannten Gesetze und Verordnungen, resp. die Rechtlichkeit ihrer Handlungsweise in *concreto* bestritten, d. h. in allen Fällen, wo über *Spolium* durch die Beamten geklagt wird; *)

3) wenn eine Person ein *Privilegium* oder ein *jus quaesitum* behauptet, und desshalb die Anwendbarkeit einer administrativen Maasregel auf ihre Verhältnisse bekämpft;

4) wenn die Beobachtung der gesetzlichen Formen bei

*) Die Klage auf die Aufhebung einer von einer Administrativbehörde erlassenen verletzenden Verfügung (Spolienklage) ist immer gegen die Behörde zu richten, von welcher die Verletzung zunächst vorgenommen wurde, wenn gleich diese selbst nur im Auftrag einer andern (höheren) Behörde handelte; die Vertheidigung der Behörden (die Partheirolle im Spolienprozess) hat sodann der Fiskus (§. 143) zu übernehmen.

der Erlassung einer administrativen Verfügung oder bei der Vollziehung von Gesetzen und Verordnungen geläugnet wird, und

5) endlich, wenn es sich um die Ermittlung einer Entschädigung wegen Entziehung erworbener Rechte aus Rücksichten des öffentlichen Wohles durch Administrativ-Verordnungen handelt. (§. 133. 134.)

§. 141.

Polizeihoheit.

Unter **Polizeihoheit** versteht man das Recht der Staatsgewalt, beobachtend, vorbeugend und verhindernd, befördernd und verbessernd in Bezug auf alle denkbaren Verhältnisse des Staatslebens im öffentlichen Interesse einzuschreiten. *) Es gehört daher in das Ressort der Polizei Alles, was nicht namentlich einem anderen Zweige der Staatsgewalt zugewiesen ist. **) Die Polizei theilt sich nach den beiden Hauptsphären ihrer Thätigkeit in die **Rechtspolizei** (auch **Sicherheitspolizei** genannt) und in die **Cultur- oder Wohlfahrtspolizei**. Als Unterarten der ersteren

*) Wegen dieses weiten Umfanges der Polizeihoheit bezeichnet man die Ausübung derselben in ihren höheren Zweigen vorzugsweise als „Regierung des Innern, oder Administration“ schlechthin, und gebraucht den Namen **Polizei** häufig nur für die niederen Arten ihrer Thätigkeit.

**) In grossen Staaten hat man sich meistens genöthigt gesehen, einzelne Hoheitsrechte, welche der Theorie nach als Unterarten der Polizeihoheit erscheinen, auszuscheiden, und daraus besondere Klassen von Hoheitsrechten unter besonderen Ministerien zu bilden, z. B. ein Ministerium des Unterrichts, des Cultus, des Handels, der öffentlichen Arbeiten, etc. In kleineren Staaten bestehen dafür eigene Sectionen in dem Ministerium des Innern.

erscheinen die **Sicherheitspolizei** (im engeren Sinne), welche für die **Verhütung von Verbrechen**, die **Beaufsichtigung**, **Unschädlichmachung** und **Besserung verdächtiger Subjecte**, die **Verfolgung von Verbrechern** und ihre **Be-
wahrung in den Strafanstalten** *) thätig ist, und die sogenannte **freiwillige Gerichtsbarkeit**, als der **Inbegriff jener Institutionen**, wodurch **künftigen Rechtsstreitigkeiten** oder **Beschädigungen hilfsbedürftiger Personen** vorgebeugt werden soll.**) Die **Wohlfahrtspolizei** zerfällt in eine **Masse von Unterabtheilungen** (p. 96. not. **), welche nach dem **concreten Bedürfnisse** und den **eigenthümlichen Verhältnissen der einzelnen Staaten** bald mehr bald minder zahlreich sind. Im Allgemeinen gehört dahin die **Anordnung von Anstalten aller Art von öffentlichem Interesse**, sowohl zur **Hülfeleistung gegen nachtheilige Natur-Erscheinungen**, wie z. B. **Ueberschwemmungen**, **Feuersgefahren**, **contagiöse Krankheiten**, so wie überhaupt das **Armenwesen** und die **Ueberwachung des physischen Gesundheitszustandes der Nation** (**Medizinalpolizei**). Ferner liegt diesem Zweige der **Polizei** ob, für die nöthigen **Anstalten für die sittliche** ***) und

*) Diese verdienen die besondere Aufmerksamkeit der Regierung. Es ist sehr erfreulich, dass diesem lange zum grossen Nachtheile des öffentlichen Sitten- und Rechtszustandes vernachlässigten Gegenstande nunmehr in vielen Staaten eine grössere Aufmerksamkeit zugewandt wird. — Mit rühmlicher Auszeichnung muss hier die so eben erschienene Schrift S. K. Hoheit, des Kronprinzen von Schweden, Oskar, über Verbrechen und Strafen Leipzig, 1841 genannt werden.

**) Hierher gehört das Vormundschafswesen, das Notariat, zum Theile das Hypothekenwesen u. s. w. —

***) Durch die zu dem Ressort der Polizeihohheit gehörige Ueberwachung der öffentlichen Sitte ist man fast überall dahin gekommen, kleinere Uebertretungen, in welchen sich nicht sowohl eine Verdorbenheit des Characters, als vielmehr Leichtsinn und Frivolität ausspricht, oder die nur in der Trägheit wurzeln, der Polizei selbst zur Bestrafung zu überlassen. Es hat auch

intellectuelle Bildung und Erziehung des Volkes zu sorgen, so wie den Nationalwohlstand zu überwachen und seiner Erhaltung und Vermehrung durch Beförderung des Verkehrs *) Mittel und Wege zu eröffnen (sog. Staatswirthschaftsgewalt). Die Polizeihohheit wird ebenfalls wie die Justizhohheit, theils in der Form der Gesetzgebung, theils der Vollziehung ausgeübt. Da die Polizeihohheit den ganzen zweiten Theil des Staatszweckes — (die *utilitatis communio* im Gegensatz der Rechtspflege etc. p. 17. n. ***) — zum Gegenstande hat, welcher an sich selbst einer fortwährenden Erweiterung fähig ist (§. 18.), so erhellet von selbst, dass die Polizeihohheit das Umfassendste von allen Hohheitsrechten, und am meisten dem Missbrauche und Fehlgriffen ausgesetzt ist. Die Gränze der Polizeigewalt liegt in der gesetzlich anerkannten individuellen Freiheit der Individuen, **) also in der Rechtsgesetzgebung, und und daher erklärt sich denn auch, wie die Anordnungen der Polizeibehörden, wenn ihre Rechtlichkeit bestritten, resp. ein *Spolium* durch die Administration behauptet wird, vor das Forum der Gerichte gezogen werden können. (S. §. 140.)

in sittlicher Beziehung sehr viel für sich, den Unterschied von Verbrechen und leichten Vergehen und Uebertretungen möglichst scharf in der Verweisung der Fälle vor verschiedene Tribunale auszuprägen.

*) Die Kunst, Völker zu beglücken, lässt sich in den wenigen Worten aussprechen: Gewährung und Unterstützung eines freien Verkehrs! (§. 20. a. E.)

**) Darin liegt auch das widerrechtliche einer geheimen Polizei. Dass sie kein „nothwendiges Uebel“ ist, davon liefert England bei seinen ungeheuren, auf einen Punct concentrirten Menschenmassen einen schlagenden Beweis. Freilich übertrifft auch die Organisation der öffentlichen Polizei dort Alles, was andere Staaten bisher darin geleistet haben. Schlechter noch als geheime Polizei, und überdiess aller möglichen Anordnungen ungeachtet, völlig unpractisch ist ein System, welches allgemein

§. 142.

Privilegienhoheit.

Unter der Privilegienhoheit versteht man das Recht der Staatsgewalt, Ausnahmen von dem gemeinen Rechte, — (*jura singularia*) — sei es für einzelne Fälle und Personen, oder für ganze Klassen derselben zu statuieren. Die Ertheilung von Privilegien ist in einem wohlgeordneten Staate insoferne gerechtfertigt, ja unentbehrlich, als sie selbst als ein Act der Gerechtigkeit, nämlich als ein Act der Ausgleichung der Billigkeit (*ius aequum*) mit dem strengen Rechte (*ius strictum*) erscheint. Die Privilegienhoheit wird entweder in der Form der eigentlichen Gesetzgebung (durch *leges generales*) oder der Verordnung (durch *leges speciales*, Rescripte) ausgeübt. Ersteres ist der Fall, so wie ein Privilegium, sei es nun ein *favorabile* oder *odiosum* (§. 130. II.), für eine ganze Klasse von Fällen oder Personen ertheilt wird. *) In diesem Falle concurriren bei der Ertheilung des Privilegs in den constitutionellen Verfassungen die Landstände, wie bei einem jeden anderen Acte der Gesetzgebung. Wo die Krone aber ihre Privilegienhoheit nur in der Form der Verordnung für einzelne Fälle oder Personen ausübt, findet auch in der constitutionellen Monarchie keine Mitwirkung der Stände bei diesem Acte statt.**) Allein in diesem Falle darf die

jeden Bürger bei Strafvermeidung zur Denunciation von Verbrechen verpflichtet erklären will. —

*) So z. B. das *Sc. Vellejanum*, *Macedonianum*, die *privilegia minorum* im römischen Rechte. Insoferne ein solches, durch ein allgemeines Gesetz eingeführtes Privilegium ein *favorabile* ist, heisst es *beneficium legis*. —

**) Die historischen Anfänge aller gesetzgebenden Gewalt des Kaisers und der deutschen Fürsten sind in der Privilegienhoheit zu suchen. Während das Mittelalter weder dem Kaiser ein Gesetz

Krone, die Staatsverfassung sei welche sie wolle, von ihrer Privilegienhoheit nur in der Art Gebrauch machen, dass das Privilegium demjenigen, welchem es ertheilt wird, günstig ist, *) und nicht erworbene Rechte dritter Personen verletzt, in welchen Fällen unbedenklich das Privilegium vor den Gerichten als erschlichen angefochten werden könnte. **) — Die Ertheilung von Privilegien in der Form der Gesetzgebung — (in der constitutionellen Monarchie also mit Zustimmung der Stände) — ist auf keine Fälle, noch auf andere Gränzen eingeschränkt, als auf diejenigen, welche der gesetzgebenden Gewalt überhaupt und ihrer Natur nach durch den Zweck des Staates gesetzt sind (§. 130 u. fl.). Die Befugniss zur Ertheilung von Privilegien in den Formen der Special-Verordnung umfasst dagegen folgende Fälle: I. das Recht der Begnadigung in Criminalsachen. Dieses Recht ist unentbehrlich um das *ius strictum* und das *ius aequum* in Criminalsachen in jenen Fällen in Einklang zu bringen, wo der Richter nach dem Wortlaute der Gesetze nicht befugt ist, das erstere zu berücksichtigen. In dieser Hinsicht erscheint die Gnade des Staatsherrschers somit als eine wahre und eigentliche juristische Instanz im Criminalverfahren. ***) II. Hieher gehört ferner das Recht,

ohne Mitwirkung der Reichsstände, noch einem Landesherrn ein Gesetz ohne Mitwirkung der Landstände zu geben erlaubte, zweifelte Niemand an der sog. kaiserlichen Machtvollkommenheit (*Plenitudo potestatis Caesaris*) noch an der Befugniss der Landesherrn, von dem gemeinen Rechte durch Specialverordnungen, Privilegien, Freibriefe u. s. w. zu eximieren. Hierdurch war aber auch zugleich dem Fürsten der Weg gebahnt, sich über die Form der Gesetzgebung, wo es ihm beliebte, hinwegzusetzen.

*) Also kein *Privilegium odiosum* in der Form eines Rescriptes! (§. 130. Nr. II.)

**) §. 130 Nr. II. — §. 140. I. 2. c. —

***) Hiernach muss auch die Frage, ob ein Verbrecher die Begnadigung

Auszeichnungen jeder Art, Titel und Würden zu ertheilen, womit auch das Recht der Standeserhöhung zusammenhängt, wo nämlich in einem Staate historisch bevorzugte Standesklassen vorkommen. Auch in dieser Beziehung erscheint die Privilegienhoheit als eine juristische Instanz, und als Hoheitsrecht der Bestimmung von Belohnungen gleichsam als der Gegensatz der Strafjustizhoheit.*)

III. Endlich gehören hieher das Recht, Dispensation von den Beschränkungen zu ertheilen, welche prohibitive Civilgesetze festsetzen; **) ferner das Recht, Handelsprivilegien, Monopole und Patente für Erfindungen ***) u. s. w. zu ertheilen, sowie auch das Recht, Vereinen oder frommen Stiftungen das *ius universitatis* (§. 4.) zu verleihen. †)

durch den Fürsten ablehnen könne, verneint werden. Darum sollte auch gesetzlich vorgeschrieben sein, dass jedes auf den Tod oder eine höhere Freiheitsstrafe lautende Erkenntniss der Gerichte dem Souverain vor der Vollziehung zur Prüfung der Statthaftigkeit einer etwaigen Begnadigung *ex officio* vorgelegt werden müsse. —

*) Sehr zweckmässig bestimmen auch hier Gesetze, die Bedingungen, unter welchen eine Person wegen ihrer Verdienste einen Anspruch auf eine gewisse Auszeichnung zu erheben berechtigt sei.

**) Z. B. das Recht, von bürgerlichen Ehehindernissen zu dispensieren, die mangelnde väterliche Einwilligung zur Eingehung einer Ehe zu supplieren, *venia aetatis* zu ertheilen u. s. w.

***) Hierbei ist besonders in unserer Zeit, wo sich die Erfindungen so rasch drängen, aber auch die kleinste Neuerung sich als eine welthistorische Erscheinung geltend machen möchte, besondere Vorsicht zu empfehlen. Ist eine Erfindung wirklich von besonderer allgemeiner Wichtigkeit, so zahle man dem Erfinder für seine Entdeckung von Staatswegen eine Prämie, — und gebe die Benützung dem Publikum frei. —

†) Auch die Kirche bedarf, um als *universitas* im practischen Leben zu gelten, dieser Verleihung corporativer Rechte durch den Staat. (§. 4.) — Darum ist auch das natürliche Rechtsverhältniss

§. 143.

Finanzhoheit und Fiscalhoheit.

Die Finanzhoheit *) ist die Befugniss der Staatsgewalt, den zur Erreichung der Staatszwecke nothwendigen Staatshaushalt zu ordnen, d. h. das Staatsbedürfniss und nach diesem die nothwendigen Einkünfte zu bestimmen, dieselben zu erheben, zu verwalten und zu verausgaben. Der Finanzhoheit entspricht die Verbindlichkeit der Unterthanen, aus ihrem Privatvermögen und nach Verhältniss desselben die Mittel zur Bestreitung des Staatsbedürfnisses — Steuern — zu geben, *) insoferne und insoweit der

der Kirche zum Staate durchaus kein Anderes, als das jeder anderen *universitas*. Die unerlässliche Achtung für die Gewissensfreiheit fordert nur so viel, dass der Staat jedem Staatsbürger seine persönliche religiöse Ueberzeugung, und die Privatübung derselben freigebe, und wegen dieser keine Schmälerung seiner bürgerlichen Rechtsfähigkeit eintreten lasse; sie fordert aber nicht, dass man alle Personen, welche eine gewisse religiöse Ueberzeugung theilen, eben desshalb sogleich als ein Gemeinwesen anerkenne. — Historisch erscheint in den germanischen Staaten in der Regel die Kirche als die privilegierteste Corporation. —

*) Das Wort „Finanz“ bedeutet ursprünglich eine feine Kunst; und allerdings muss es auch als eine Kunst betrachtet werden, für eine ergiebige, reichliche und nachhaltige Deckung der Staatsbedürfnisse zu sorgen, ohne das Volk zu drücken und zu belästigen, und dadurch Unzufriedenheit zu erwecken.

**) Die möglichen Arten der Besteuerung, ihre Zweckmässigkeit u. s. w. zu entwickeln, ist die Aufgabe der Finanzwissenschaft, oder Finanzkunst. — Wo die Erträgnisse des Staatsgutes nicht ausreichen, und die Besteuerung die Unterthanen momentan zu sehr belästigen würde, hat die Finanzkunst gelehrt, Staatsschulden zu contrabieren.

Staat nicht unmittelbares Einkommen aus Staatsgütern *) oder nutzbaren Rechten **) hat. Der Staat selbst ist wie jede andere Gemeinheit, fähig, Vermögen zu erwerben und zu besitzen, und wird in dieser Beziehung — als Subject von Vermögensrechten — mit dem Ausdrücke *Fiscus*, und hiernach auch wohl die Finanzhoheit als Fiskalgewalt bezeichnet. In einem engeren Sinne begreift man jedoch unter der Fiskalhoheit nur einen Theil der Befugnisse, welche in der Finanzhoheit liegen, nämlich das Recht des Staates, aus gewissen gesetzlich speciell bestimmten, ***) für ihn ausschliesslich gültigen Titeln, Vermögen zu erwerben, und Rechtsansprüche klagend zu verfolgen, †) und umgekehrt den Staat, wo derselbe vor den Gerichten — sei es aus reinen Privatrechtstiteln, oder wo sich eine administrative Maasregel als Justizsache qualifiziert (§. 140.) —

*) In Deutschland unterscheidet man von dem eigentlichen Staatsgute (*res et patrimonium reipublicae*) partikularrechtlich mitunter die Kammergüter und die Domainen Güter. — Den Gegensatz des Staatsgutes bildet das Privateigenthum. In der Mitte zwischen beiden stehet das Vermögen der Gemeinden und anderer Corporationen im Staate. — Das unbewegliche Vermögen des Staates, wozu auch Heerstrassen, Flüsse, Ufer, etc. gehören, ist stets dem Privatverkehr entzogen (*res extra commercium*). Daher kann auch kein Privatmann an einer zum Staatsgut gehörigen Sache eine Servitut erwerben. (*Res publica nemini servit. L. 39. 45. Dig. de usucap. (41. 3.)*). —

**) Sog. nutzbare Hoheitsrechte, Regalien im engern Sinne. S. §. 60. —

***) Wie der Begriff des *Fiscus*, so sind auch die in Deutschland gemeingültigen Grundsätze über den Umfang der Fiskalgewalt aus dem römischen Rechte zu entnehmen.

†) Wo der Fiskus aus der Uebertretung von Strafgesetzen, wie bei Mauth- und Zolldefraudationen u. s. w. auf Geldstrafen klagt, hat sich in Deutschland mitunter particularrechtlich ein eigenthümlicher *Modus procedendi*, der sog. fiskalische Prozess, gebildet, welcher zwischen dem Civil- und Criminalprozesse gewissermassen in der Mitte steht. —

belangt wird, als Beklagten zu vertreten. Die Gränze der Finanzhoheit liegt nur in dem Bedürfnisse des Staates. In der constitutionellen Monarchie gilt aber als Staatsbedürfniss nur dasjenige, was durch die Vereinbarung der Regierung mit den Ständen als solches anerkannt, und zu dessen Bestreitung die Mittel von den Ständen bewilliget oder nachbewilliget worden sind.

§. 144.

Aeusserstes Recht des Staates.

Unter dem äussersten Rechte, auch Nothrecht, *dominium eminens* oder Machtvollkommenheit des Staates, versteht man die Befugniss der Staatsgewalt, wegen eines öffentlichen Bedürfnisses Privateigenthum *) auch ohne ein eigentliches Expropriationsgesetz durch Specialverfügungen dem Besitzer zu entziehen, und für den öffentlichen Zweck zu verwenden. Es ist diess nichts Anderes, als eine Unterart der Ausübung der Finanzhoheit, und nur dadurch ausgezeichnet, dass hier ein Recht (Eigenthum, oder was demselben gleich ist, wie Servituten u. s. w.), dessen Schutz an sich in dem Zwecke des Staates liegt, dem Bedürfnisse dieses letzteren selbst aufgeopfert werden muss. Da hier der Einzelne einem Nothstande der Gesammtheit ein Opfer bringen muss, so ergibt sich von selbst die Verpflichtung des Staates zur Leistung der vollständigsten Entschädigung (§. 134.). In Bezug auf andere Verhält-

*) In der Regel wird zwar nur das Immobilien-Vermögen Gegenstand des Nothrechtes des Staates sein, z. B. wegen Anlegung von Befestigungen u. s. w. Allein auch bei Mobilien kann dasselbe vorkommen, wo der Staat derselben in *natura* bedarf, z. B. der Pferde etc. —

nisse als Eigenthumsrechte ist ein Nothrecht des Staates an sich undenkbar. *)

§. 145.

Landesdiensthohheit.

Unter der Landesdiensthohheit begreift man die Befugniß der Staatsgewalt, von den Unterthanen die Leistung der nothwendigen persönlichen Dienste nach dem Bedürfnisse des Staates zu fordern, und das Maas und den Organismus dieses Dienstes zu bestimmen. Man unterscheidet drei Unterarten der Landesdiensthohheit: die sogenannte **gemeine Landesdiensthohheit**, oder das Recht der Landfolge, die **Militairhohheit** und die **Aemterhohheit**.

§. 146.

Von der sogenannten gemeinen Landesdiensthohheit.

Die gemeine Landesdiensthohheit oder das Recht der Landfolge besteht in der Befugniß der Staatsgewalt, von den Staatsbürgern je nach Maasgabe des Bedürfnisses die Leistung solcher (gemeiner) persönlicher Dienste zu verlangen, welche keine besonderen gewerblichen Kenntnisse

*) Als ein auf Justizsachen angewandtes Nothrecht des Staates behauptet Maurenbrecher Grundzüge des heutigen Staatsrechtes 1857. §. 189. ein Recht des Staatsherrschers, Machtsprüche zu thun. Allein nie kann das öffentliche Wohl, nie kann ein Staatszustand, er sei welcher er wolle, eine Verletzung der Gerechtigkeit durch einen Eingriff in die Rechtspflege fordern. Es fehlet daher absolut an der Voraussetzung, unter welcher Maurenbrecher einen Machtspruch des Souverains für zulässig gehalten wissen will. Ueberdiess sind solche Machtsprüche, welche nichts anderes sein könnten, als Cabinetsjustiz, durch die Gesetzgebung des deutschen Bundes für bundesverfassungswidrig und nichtig erklärt. Beschluss der B.-V. v. 7. Oct. 1850. —

oder Fertigkeiten voraussetzen, wie z. B. die Hülfeleistung bei einer durch Ueberschwemmung (verursachten Landesnoth, die Durchsuchung von Wäldern zur Aufspürung von Verbrechern u. dergl. — In Deutschland hat sich die Verpflichtung zur Leistung solcher Dienste häufig als eine auf dem Grundbesitze ruhende Last — (Reallast) — ausgebildet. *)

§. 147.

Militairhoheit.

Militairhoheit (*ius armorum*) bezeichnet die Befugniss des Souverains, von den Unterthanen Kriegsdienste, insbesondere nach der jetzigen Kriegsverfassung, im stehenden Heere zu fordern, und überdiess alle für die Vertheidigung des Landes und für die Integrität der Landesgränzen, so wie für die Erhaltung der Ehre des Staates im Verhältnisse zu anderen Staaten nothwendigen kriegerischen Maassregeln zu treffen. **) Die Militairdienstpflicht erscheint als eine allen Unterthanen, welche die zur Leistung von Kriegsdiensten erforderliche körperliche Qualifikation besitzen, zufolge des Begriffes und Zweckes des Staates selbst obliegende Verbindlichkeit (*obligatio ex lege*), und da sie unter allen dem Staate zu machenden Leistungen als diejenige erscheint, welche das Individuum am schwersten trifft, und sogar persönlichen Gefahren aussetzt, so muss

*) In der älteren Zeit, als noch die Heerbannsverfassung bestand, gehörte auch die Leistung des Heerbannsdienstes selbst mit unter den Begriff der Landfolge, und in so ferne war in der älteren Zeit die gemeine Landesdiensthoheit und die Militärhoheit nicht geschieden.

**) Z. B. die Erbauung von Festungen, Anlegung von Waffenplätzen, Anordnung von Einquartierung etc. — Die Feststellung der Mittel zu dem Bedarfe der Militärhoheit gehört unter die Finanzhoheit.

das Recrutierungsgesetz vor allem auf den Grundsatz der unbedingtesten Rechtsgleichheit gebauet sein, und dem Individuum dabei die möglichste Erleichterung gewähren, welche nur immer mit der Natur des Militärdienstes verträglich ist. Es kann nur als eine grosse Ungerechtigkeit betrachtet werden, wenn das Recrutierungsgesetz die Zahl der nöthigen Mannschaft aus den sämtlichen Conscriptionspflichtigen durch das Loos ziehen lässt, so dass also durch einen Zufall die Dienstpflicht auf gewisse Einzelne gewälzt wird, während die Uebrigen körperlich gleich tauglichen Subjecte damit verschont bleiben. *) Vielmehr muss darauf bestanden werden, dass jeder Dienst-taugliche **) Conscriptionspflichtige selbst wirklich diene, wodurch einerseits die Möglichkeit gegeben wird, die Dienstzeit bedeutend abzukürzen, anderseits sich die Last des Dienstes gleichmässig vertheilt, überdiess aber der grosse Vortheil gewonnen wird, dass das Militair durch die Theilnahme aller Einzelnen, in der öffentlichen Achtung, und durch die Bekanntschaft mit den Waffen, das Selbstgefühl der Nation gehoben und einer stets gefährlichen Entwöhnung derselben vom Kriegsdienste vorgebeugt wird. ***) Da das Militair seinem Wesen nach zur Vertheidigung des

*) Nur da lässt sich das Loos als Entscheidungsgrund rechtfertigen, wo kein anderer rationaler Weg der Entscheidung übrig ist: z. B. in Bezug auf das Bedürfniss des Dienstes bei solchen Waffengattungen, welche besondere körperliche Eigenschaften und längere Einübung erfordern, wie der Artilleriedienst, in so ferne sich nicht hinreichend taugliche Freiwillige zu diesen Waffengattungen melden.

**) Ausser der körperlichen oder durch Geisteskrankheit bedingten Unfähigkeit zum Militärdienste ist jeder andere Befreiungsgrund eine Unbilligkeit. Solche Gründe können daher nur durch Gesetze aus Rücksicht auf besondere mit möglichster Einschränkung auszuwählende Verhältnisse für zulässig erklärt werden.

***) In diesen Beziehungen sind die Principien, auf welche die Preussi-

Staates gegen Aussen bestimmt ist, so folgt, dass von der bewaffneten Macht im Inneren (gegen die Staatsbürger) kein Gebrauch gemacht werden darf, als auf Requisition und unter Verantwortlichkeit der Civilbehörden. In den constitutionellen Monarchieen und anderen ähnlichen Verfassungen können die Stände oder Parlamente auf die Militairhoheit nur in soferne einwirken, als die Militairgesetzgebung und die Bewilligung der für das Militair erforderlichen Geldmittel in Frage steht. Das Commando der Truppen selbst — (die vollziehende Gewalt in Bezug auf die Militairhoheit) — steht aber dem Souverain allenthalben allein und ausschliesslich zu. *)

§. 148.

Aemterhoheit.

Die Aemterhoheit ist die Befugniss der Staatsgewalt, den Organismus des Civil- und Militair - Staatsdienstes zu bestimmen, und die fähigen Personen zu den geschaffenen Stellen zu ernennen. Der Grundsatz der Rechtsgleichheit aller Staatsbürger macht hier die Eröffnung einer freien Concurrenz nothwendig, und sowohl die Gerechtigkeit als das Interesse des Dienstes erfordert, dass über die Anstellung und Beförderung der Staatsdiener nur die subjective Befähigung und Auszeichnung entscheide. Der Staatsdienst selbst — er mag Militairstaatsdienst oder Civilstaatsdienst sein **) — muss als

sche Wehrverfassung gebaut ist, sehr empfehlenswerth, insbesondere das Institut der Landwehr, wodurch die militärische Macht des Staates ausserordentlich gehoben wird, und welches mit wenigen Modificationen auch in den meisten anderen deutschen Staaten leicht nachzubilden sein dürfte.

*) Vergl. z. B. die franz. Charte a. 15. (S. p. 163.)

**) Die Geistlichkeit wird in Deutschland nicht zu den Staatsdienern gerechnet. —

ein eigenthümliches politisches Institut aufgefasst werden, welches theils auf der politischen Nothwendigkeit der Trennung der einzelnen Functionen der Staatsgewalt in Bezug auf die Ausübung der Hoheitsrechte, z. B. der Justiz, Polizei, Finanz u. s. w., theils auf der physischen Unmöglichkeit der Selbstbesorgung aller Staatsgeschäfte durch den Souverain, theils, wie in der constitutionellen Monarchie, auf der absichtlichen Trennung der Regierung von der Verwaltung beruht.

§. 149.

Von den Staatsbeamten und der Begründung des Staatsdiener – Verhältnisses.

Staatsbeamte (Staatsdiener) sind Personen, durch welche der Souverain zufolge der Verfassung des Staates ordentlicher Weise seine Souverainitätsrechte ausübt.*) Hierdurch ist auch der Staatsdiener von einem Hofbeamten und Privatdiener des Fürsten charakteristisch unterschieden.**) Das Staatsdiener-Verhältniss beruht, so viel seine Begründung, d. h. die Erwerbung eines Staats-

*) Hieraus erklärt sich auch, warum bei dem Militär nur die Offiziere und die mit Offiziersrang bekleideten Personen als Staatsdiener zu betrachten sind. Da für das Militär in der Regel besondere Gesetze bestehen, welche das Dienstverhältniss der Offiziere normieren, so gebraucht man gemeinhin die Bezeichnung Staatsdiener nur für die Civilstaatsdiener.

**) Spezielle Gesetze können particularrechtlich diesen Begriff erweitern, so dass practisch derjenige als Staatsdiener gilt, welcher dem Staatsdiener-Edicte eines gewissen Landes gemäss angestellt ist. — Particularrechtlich werden auch mitunter unmittelbare und mittelbare Staatsdiener unterschieden, und unter letzteren die Beamten städtischer und bauerlicher Corporationen und die Justizbeamten der Patrimonial-Gerichtsherrn verstanden.

amtes anbelangt, auf einem Privileg, *) welches der Regent durch das Anstellungsdecret ertheilt, und wodurch dem Angestellten sowohl Rechte als Pflichten auferlegt werden. Daraus, dass das Rechtsverhältniss des Staatsdieners aus Rechten und Pflichten gemischt ist, ergibt sich, dass derselbe seinen Dienst nicht willkürlich und einseitig aufkünden oder verlassen kann, sondern so lange in seiner Function zu verharren hat, bis ihm seine Entlassung auf sein Ansuchen von dem Souverain bewilligt worden ist.**) Ob dagegen der Souverain jeden Staatsdiener in jedem Augenblicke entlassen könne, ist eine Frage, welche nur nach den in jedem einzelnen Staate über das Staatsdienerverhältniss bestehenden besonderen, mit der historischen Ausbildung desselben zusammenhängenden Grundsätzen mit practischer Bedeutung beantwortet werden kann.***) Die Rücksicht auf das Interesse des Staates an einer gesetzmässigen und geregelten Verwaltung, und an der Verhütung willkürlicher und despotischer Eingriffe des Souverains in dieselbe, hat in allen besser organisierten monarchischen Staaten zu der Anerkennung und Aufnahme des Grundsatzes geführt, dass keinem einmal definitiv an-

*) Gewöhnlich sucht man das Verhältniss des Staatsdieners zum Staate durch die Annahme (Fiction) eines stillschweigenden Dienstvertrages zu erklären. Allein selbst wo ein solcher ausdrücklich abgeschlossen wird, wie z. B. bei der Berufung eines Ausländers in den Staatsdienst, ist er durchaus ungenügend, um das juristische Wesen des Staatsdienstverhältnisses selbst zu erklären, da dieses doch stets nur, welche Verhandlungen auch immer vorausgegangen sein mögen, durch das Anstellungs-Decret (*lege speciali*) begründet wird.

**) Die churhessische Verfassung art. 59. bestimmt, dass keinem Staatsdiener die nachgesuchte Entlassung aus dem Dienste verweigert werden dürfe.

***) Das politische Interesse an einer gesicherten Stellung der Staatsdiener tritt nur in den Monarchieen hervor. In den Republiken sind die Beamten in der Regel alle auf kurze Zeit gewählt.

gestellten *) Staatsdiener ohne sein Ansuchen von dem Souverain einseitig sein Character und Rang und seine Besoldung entzogen werden dürfe, **) sondern dass eine solche Entziehung — (Dienstentlassung oder Dienstentsetzung) — nur durch ein förmliches Urtheil der Gerichte wegen begangener Verbrechen des Staatsbeamten ausgesprochen werden könne. Wo aber auch immer dieser für die öffentliche Ordnung höchst wichtige Grundsatz angenommen wird, muss nichts desto weniger dem Souverain aus Rücksicht auf die nothwendige Einheit in der Durchführung des einmal von der Staatsregierung adoptierten Systemes die Befugniss zuerkannt werden, jeden bei der Verwaltung angestellten Staatsdiener unter Belassung seines Ranges und seiner gesetzmässigen Besoldung in jedem Augenblicke seiner Function temporär oder für immer zu entheben — (Quiescenz und Pensionierung). ***)

*) Ob und wie lange ein Staatsdiener provisorisch, d. h. beliebig entlassbar, und gleichsam zur Probe seiner Befähigung zu dienen habe, bevor seine Anstellung als definitiv zu betrachten ist, hängt von der Landesgesetzgebung ab. Vergl. für Baden Verordg. v. 14. Nov. 1829. Regg.-Bl. Nr. XXXII.

**) Die Anerkennung der Unentsetzbarkeit der Staatsdiener ist der erste Schritt zur Trennung der Regierung und Verwaltung, selbst da, wo noch keine repräsentative Verfassung besteht. Hierdurch erst wird ein eigener Stand der Staatsdiener in das Leben gerufen, und dieser Stand bildet eine politische Mittelgewalt, wie sie in früheren Zeiten der Adel bildete, so lange der Dienst des Fürsten und des Staates noch nicht geschieden war, und sich in den Händen der Ministerialen (*officiales*) befand. Von diesem alterthümlichen Verhältniss schreibt sich noch die Benennung der obersten Staatsdienstchargen (Ministerien) und der Militärbeamten (Offiziere) her.

***) Particuläre Gesetze unterwerfen in solchen Fällen die Staatsdiener gewissen Abzügen. Hierauf beruht der Unterschied von Functions- und Standesgehalt.

§. 150.

Von der Verantwortlichkeit der Beamten.

Jeder Staatsbeamte übt seinem Begriffe nach Souveränitätsrechte im Namen des Souverains aus, jedoch unter eigener Verantwortlichkeit. Jeder Staatsbeamte ist daher dem Staate wegen der in seinem Amte begangenen Pflichtwidrigkeiten, Nachlässigkeiten und Verbrechen verantwortlich, und deshalb den nach der Landesgesetzgebung zulässigen Disciplinar- und Criminalstrafen, je nach Lage des Falles unterworfen. Wo sich der Fall zur criminellen Bestrafung eignet, stehet in der Regel *) sowohl der vorgesetzten Behörde als jedem Privatmann das Recht zu, eine gerichtliche Untersuchung zu veranlassen, **) als auch den Gerichten selbst die Befugniss zukömmt, von Amtswegen einzuschreiten. Eben so ist jeder Beamte dem Staate und den Privatpersonen zum Ersatze des materiellen Schadens verbunden, welcher denselben durch seine dolosen oder culposen Handlungen zugegangen ist. ***) Jeder Beamte haftet daher auch für den Schaden, welcher durch Handlungen seiner Collegen und Unterbeamten veranlasst ist, insoferne ihm die Beaufsichtigung und Controlle ihrer Acte obliegt, und ihm hierbei ein Versehen zur Last fällt, und zwar solidarisch, jedoch mit dem Rechte, die Vorklage

*) Eine Ausnahme findet nur statt in Bezug auf die Verantwortlichkeit der Minister wegen Verletzung der Verfassung in der constitutionellen Monarchie. (S. §. 112.). —

**) *L. 18. pr. Dig. de injuriis (47. 10.)* „*Peccata nocentium nota esse, et oportere et expedire.*“ —

***) Der Beamte muss wegen jeder, auch der kleinsten *Culpa* haften: denn wer vor den im öffentlichen Interesse aufgestellten Behörden handelt, ist durch die Gesetze aufgefordert, zu erwarten, dass seine Angelegenheiten mit dem grössten Fleisse behandelt werden. Das römische Recht gewährt den Erben eines Magistratus die Vergünstigung, nur für dessen *culpa lata* zu haften *L. 2. Cod. de magistr. conven. (K. 75.)*

des Schuldigen zu verlangen;*) er haftet jedoch nicht, wo ihm kein Versehen beigemessen werden kann,**) also auch nicht, wo das Gesetz dem Subalternen eine selbstständige und von seiner Einwirkung völlig unabhängige Function gestattet.***) Von besonderer Wichtigkeit ist endlich die Frage, in wieferne ein Unterbeamter haftet, in soferne er die Verfügungen seiner Oberen vollstreckt, und diese eine Gesetzeswidrigkeit enthalten. Hier sind folgende Unterscheidungen zu machen: Justizbeamte (richterliche Behörden) haben bei eigener Verantwortlichkeit niemals eine Verfügung einer Administrativbehörde (also auch nicht des Justizministeriums) in Anwendung zu bringen, ohne dieselben sowohl ihrer Form als ihrem Inhalte nach geprüft zu haben, da dieselben ihrer Idee nach eine die Rechtswidrigkeiten sowohl der legislativen als der vollziehenden Gewalt überwachende Behörde sind.†) Administrativbeamte dagegen haben nur die Verpflichtung, die Form der Weisungen der vorgesetzten Behörden zu prüfen; für den gesetzwidrigen Inhalt dagegen sind sie nicht verantwortlich,††) eben weil sie nicht prüfende, sondern nur vollstreckende Behörden sind. Die Verantwortlichkeit trifft hier nur diejenige

*) Das römische Recht sanctioniert hier ganz die Grundsätze des natürlichen Rechtes. L. 1. §. 9. L. 7. *Dig. de magistr. conven.* (27. 8.) — L. 11. *pr. Dig. ad Municipal.* (50. 1.) — L. 1. *Cod. quo quisque ordine* (11. 35.).

**) *Arg. L. 4. in f. Cod. quo quis ord.* (11. 35.). —

***) L. 6. *Cod. de Magist. conven.* (V. 75.) —

†) S. §. 67. — §. 140. —

††) Man verwechsle aber mit der Klage auf Entschädigung gegen den Beamten nicht die Klage auf Aufhebung einer beschwerenden Verfügung (die Spolienklage) selbst. — Davon oben §. 140. not. *). —

Behörde, von welcher die Anordnung selbst ausgegangen ist. *)

§. 151.

Von der Verpflichtung des Staates aus den Handlungen seiner Beamten.

Es ist eine der wichtigsten in das Rechtsleben im Staate tief eingreifenden Fragen, ob der Staat aus den rechtswidrigen Handlungen seiner Beamten verpflichtet sei, und für den Schaden einzustehen habe, welcher den Privaten daraus zugegangen ist. Die grosse Verschiedenheit der Ansichten über die Beantwortung dieser Frage rühret daher, dass man häufig über das Princip, nach welchem die Stellung des Beamten zu der Staatsgewalt und das Verhältniss dieser letzteren zu dem Publikum zu beurtheilen ist, keine klare Anschauung gewonnen hat, und namentlich zwei Hauptfälle, welche heut zu Tage, namentlich in den monarchischen Staaten nothwendig getrennt, und nach verschiedenen, einander geradezu entgegengesetzten Grundsätzen behandelt werden müssen, zu scheiden unterlässt. Es ist aber darauf Rücksicht zu nehmen, ob die Verletzung oder die Beeinträchtigung einer Privatperson von Justizbeamten, d. h. von Beamten, welchen richterliche Functionen übertragen sind, oder von Administrativbeamten ausgegangen ist. Im ersten Falle kann der Staat nicht für verpflichtet geachtet werden, für die rechtswidrigen Handlungen seiner Beamten zu haften, welche diese bei Ausübung der streitigen Civil- oder der Criminal-Gerichtsbarkeit begingen. Der Grund

*) Eine Ausnahme wäre hier zu machen, wenn die Verfassung ausdrücklich den unteren Administrativ-Stellen die Prüfung des Inhaltes der Erlasse der höheren Stellen zur Pflicht macht.

hiervon liegt in der Unabhängigkeit des Richters bei der Ausübung des Richteramtes und in der Unabhängigkeit des Inhaltes der Urtheile von allem Einflusse der Staatsgewalt (§. 67. §. 138. u. fl.). In diesem Falle bleibt daher denjenigen, welche durch *dolus* oder *culpa* des Richters einen Schaden erlitten haben, nichts anderes übrig, als sich an denselben persönlich mit ihren Entschädigungsklagen zu halten, *) und kann denselben, insoferne der Richter insolvent sein sollte, und nicht vielleicht für seine Amtsführung — was heut zu Tage kaum mehr vorkommen möchte — zahlungsfähige Bürgen gestellt hätte, weiter nicht geholfen werden. Ganz anders verhält es sich aber im zweiten Falle, **) wenn nämlich einer Person aus den Handlungen von Administrativbeamten Schaden zugegangen ist, ***) oder wenn in jenen Staaten, wo die Administration

*) Vergl. *L. 6. Dig. de extraordinariis cognitionibus. (50. 13.)* — Die Praxis hat hieraus eine sog. *actio male judicati*, oder Syndicatsklage gebildet. —

**) Dem römischen Rechte ist die hier gemachte Unterscheidung fremd; vielmehr spricht diess unbedingt nur jenen Grundsatz aus, wie er hier in Bezug auf die Justizbeamten aufgestellt wird. *L. 15. §. 1. Dig. de dolo malo (4. 3.)*. Man übersehe aber nicht, dass der practischen Anwendung des römischen Rechtes in dieser Lehre das entgegen steht, dass ihm das ganze Staatsdienerverhältniss, wie es sich bei den germanischen Völkern entwickelt hat, in jeder Beziehung fremd ist. Die römische Theorie, welche durchaus keine Haftungsverbindlichkeit des Staates für die Handlungen der *Magistratus* anerkennt, hat ihren Grund in eben der Unabhängigkeit der sämtlichen Magistraturen von dem Staatsherrscher (dem souverainen Volk), wegen welcher auch hier die Nichthaftung des Staates für die Handlungen der Justizbeamten vertheidiget wird: und nachdem die Republik untergegangen war, fand es der kaiserliche Despotismus seinem Geitze und seiner Habsucht ganz angemessen, hier eine republikanische Theorie beizubehalten.

***) Z. B. durch Ausstellung falscher Documente, Missbrauch der Amtssiegel, Unterschlagung von Depositengeldern u. s. w.

noch nicht von der Justiz getrennt ist, und der Richter auch die Geschäfte der nicht - streitigen (sog. freiwilligen) Gerichtsbarkeit, wie Vormundschafts-Hypotheken- und Depositen-Wesen u. s. w. zu besorgen hat, eine Justizperson bei dieser Gattung von Geschäften, in Bezug auf welche sie gleichfalls nur als Administrativbeamter erscheint, durch Betrügereien oder andere Unterschleife und Nachlässigkeiten Privatpersonen in Nachtheil und Verluste gebracht hat. In solchen Fällen muss man den Staat für unbedingt verpflichtet achten, den Verletzten und Betrogenen wegen ihres Schadens zu haften, wenn nur überhaupt die nachtheilige Handlung des Beamten bei seiner Amtsführung vorgekommen ist, und nicht rein als eine damit in durchaus keiner Verbindung stehende Privathandlung erscheint. Es ist ein sehr grosser Irrthum, wenn man die Haftungsverbindlichkeit des Staates aus den schädlichen Handlungen seiner Beamten, nach der Analogie des Mandatsverhältnisses beurtheilen will, *) wodurch man das Resultat gewonnen zu haben glaubt, dass der Staat für diese Handlungen seiner Beamten nicht zu haften brauche, weil kein Mandant für das einzustehen schuldig sei, was der Mandatar *contra mandatum* gethan habe. Allein abgesehen von der allgemeinen Gefährlichkeit und Unzulänglichkeit civilrechtlicher Analogien im öffentlichen Rechte (p. 27. not. *), ist die analoge Uebertragung der Grundsätze des Mandatsverhältnisses auf das Verhältniss des Staates zu den durch seine Beamten bei ihrer Amtsführung verletzten Privaten schon darum völlig unzulässig, weil der Dritte, welcher im Privatverkehr sich mit einem angeblichen Mandatar

*) Leider wird diese wahrhaft scandalöse Theorie, welche alles öffentliche Vertrauen zerstört und den Credit des Staates, welcher der höchste und heiligste sein sollte, von Grund aus vernichtet, noch häufig von den Gerichten ihren Entscheidungen zu Grund gelegt. *Exempla sunt odiosa!*

einlässt, diess immer freiwillig, und im Vertrauen auf die persönliche Redlichkeit und Tüchtigkeit dieses Mandatars thut, und mithin ihm immer der Vorwurf einer *propria culpa* gemacht werden kann, wenn er mit dem Mandatar abschloss, ohne sich über den Umfang seines Mandates gehörig vergewissert zu haben. Dem Staatsbeamten aber zu vertrauen, welcher persönlich häufig gar keine Sicherheit gewährt, sind die Privaten durch das Gesetz gezwungen, *) und gerade der von dem Staate dem Beamten beigelegte öffentliche Character nöthiget sie, auch bei den bedeutendsten und wichtigsten Geschäften von seiner persönlichen Garantielosigkeit abzusehen. Die Haftung des Staates für alle von den Administrativbeamten in ihrer Amtsführung begangenen schädlichen Handlungen rechtfertiget sich daher durch die politische Rücksicht auf die Erhaltung des öffentlichen Vertrauens, und als Folge des den Beamten von dem Staate kraft eines Privilegs (§. 149.) beigelegten öffentlichen Characters (*fides publica*) von selbst und unmittelbar, und bedarf als ein im öffentlichen Rechte und in der Natur des Staatsdienstes gegründetes Verhältniss zu ihrer Rechtfertigung, keiner weiteren Bezugnahme auf privatrechtliche Analogien. Glaubt man jedoch diese Letzteren nicht völlig entbehren zu können, so muss man nicht die Analogie des Mandatsverhältnisses, sondern die des institutorischen Verhältnisses herbeiziehen: denn selbst nach dem Wesen des Mandates könnte und

*) Man nehme z. B. nur den Fall, dass einer Parthei bei Zwangsvermeidung aufgegeben wird, eine in Streit befangene, oft viele Tausende betragende Summe in Baarem oder in Staatspapieren bei einer öffentlichen Kasse bis zum Ausgange des Streites zu deponieren. Ist es nicht ein offener Hohn gegen die Gerechtigkeit, wenn hier der Deponent, nachdem der Kassenbeamte mit dem Depositum entflohen ist, von dem Fiscus mit der Antwort beschieden werden will — der Kassenbeamte habe hier *contra mandatum* gehandelt!

dürfte der Staatsdiener nur in soweit als Mandatar des Staates betrachtet werden, als er Rechte desselben auszuüben, oder dem Staate Rechte zu erwerben hat; *) insoferne er aber für sein Amt auch dazu berufen ist, Verpflichtungen des Staates zu erfüllen, ist er ein wahrer *Institor*, und der Staat ein *Praeponens*, und desshalb, so wie auch darum für den aus Pflichtwidrigkeiten der Beamten hervorgehenden Schaden unbedingt verantwortlich, weil Niemand (also auch der Staat nicht) sich von seinen Verpflichtungen dadurch befreien kann, dass er ihre Erfüllung einem Anderen aufträgt. **) Wo der Staat zur Haftung verpflichtet ist, muss man den Betheiligten, insoferne nicht ein besonderes Landesgesetz entgegen steht, das Recht zusprechen, nach ihrer Wahl sich zuerst an den Staat oder an den Beamten selbst zu halten. ***)

B) Von den äusseren Hobeitsrechten.

§. 152.

Von der Repräsentativ-Gewalt und den darin begriffenen Rechten.

So wie die zu einem Staate vereinigte Menschenmasse nur durch das Bestehen einer vernunftgemässen äusseren Gewalt, (Staatsgewalt §. 33. fl.) ein Gemeinwesen (§.

*) Man setze sich doch einmal darüber ins Klare, dass nicht ein jeder Auftrag ein Mandat ist.

**) Aus denselben Gründen ergibt sich auch analog die Verbindlichkeit eines Patrimonialgerichtsherrn, für die von seinem Gerichtshalter bei der Ausübung der freiwilligen Gerichtsbarkeit begangenen Gesetzwidrigkeiten zu haften. *Ubi emolumentum, ibi onus.*

***) Auch wird es in der Regel am zweckmässigsten sein, dass der Beschädigte sich unmittelbar an den Fiscus hält. *Fiscus semper est solvendo.*

2.) ist, so kann dieselbe auch im Verhältniss zu anderen ähnlichen Vereinen nur in der Person des Staatsherrschers als der personificierten Staatsgewalt (§. 37.), als ein Rechtssubject erscheinen. Da in Bezug auf die Beziehungen eines Staates zu anderen Staaten kein verschiedenes Interesse des Souverains und des Volkes gedacht werden kann, indem die politische Selbstständigkeit und Würde des Einen durch die des Andern unzertrenntlich bedingt ist, so erklärt sich, warum in jenen Staaten, in welchen nicht, wie in der Demokratie, der Souverain und das Volk sich identifizieren, die Ordnung der Verhältnisse des Staates zu anderen Staaten stets als ein Vorrecht der Krone, und selbst da, wo die Staatsform auf dem Systeme der Theilung der Gewalten beruhet, wie z. B. in Frankreich, *) als unzertrenntlich mit der Innehabung der executiven Gewalt verbunden, betrachtet wird. Mit Rücksicht auf solche Staaten, deren Staatsorganismus auf das System der Theilung der Gewalten gebauet ist, ist in der neueren Zeit für die Rechte, welche der Staatsgewalt in Beziehung auf die Verhältnisse mit anderen Staaten zukommen, (die äusseren Hoheitsrechte) eine Collectivbezeichnung derselben als Repräsentativ-Gewalt (*pouvoir représentatif*) gebräuchlich geworden. Diese äusseren Hoheitsrechte sind:

I. Das Gesandtschaftsrecht, *jus legationum* sowohl als Recht, Gesandte zu schicken (*jus legationum activum*) als Gesandtschaften anzunehmen (*jus legationum passivum*): **)

*) *Charte constit. a 13.* (S. 163. not. **).

**) Die Wichtigkeit dieses Rechtes und seine hohe völkerrechtliche Bedeutung wurde schon sehr früh von den deutschen Fürsten erkannt; doch gelang es ihnen erst in dem Westphälischen Frieden (1648.), ein grundgesetzliches Zugeständniss dieses Rechtes und des damit zusammenhängenden Bündnissrechtes zu erwirken. I. P. O. art. VIII. — Hiermit war der entscheidende Schritt für die endliche Erwerbung einer vollen Souverainität, aber auch zugleich für die Auflösung des Reiches geschehen.

II. Das Recht der Bündnisse und Staatsverträge jeder Art (*jus foederum*): *)

III. Das Kriegsrecht (*jus belli et armorum*) als die Befugniss zur Selbsthülfe und Selbstvertheidigung durch bewaffnete Macht: **)

IV. Das Recht, die Befugniss zur Ausübung von Hoheitsrechten in fremden Territorien (sog. Staatsservituten, *servitutes juris publici*) zu erwerben.*)**

Das allgemeine Staatsrecht darf sich darauf beschränken, die Zuständigkeit dieser Rechte für die Krone als Hoheitsrechte, ihren eigenen Unterthanen gegenüber, auszusprechen. Die practische Wirksamkeit dieser Rechte im Verhältnisse der Staaten unter einander nachzuweisen, ist die Aufgabe des Völkerrechts.

*) S. oben p. 162 — 164.

**) Dahin gehören als Unterarten, das Recht der bewaffneten Neutralität, der Repressalien u. s. w.

***) Solche Staatsservituten kommen noch h. z. T. unter den deutschen Bundesstaaten vor; z. B. das Mitbesatzungsrecht von Festungen, das Recht einer Militairstrasse durch ein fremdes Gebiet u. s. w.

Anhang I.

Oeffentliches Recht des deutschen Bundes.

Öffentliches Recht des deutschen

Bundles.

260

A. L. Reyher. Publicistische Versuche. Stuttgart 1832.

Maurenbrecher. Grundsätze des heutigen deutschen Staatsrechts. Frankfurt 1857.

Zum Handelsrecht zu empfehlen ist die Sammlung der

Justi-confessoriums Germanische. 2te. Aufl. Frankfurt 1855. Fortsetzung zum II. Theil. 1860.

Oeffentliches Recht des deutschen Bundes.

E i n l e i t u n g.

L i t e r a t u r.

- Klüber.** Acten des Wiener Congresses und dessen Uebersicht der diplomatischen Verhandlungen des Wiener Congresses. Frankfurt 1816.
- de Pradt.** *Du congrès de Vienne.* Paris 1818.
- v. Dresch.** Oeffentliches Recht des deutschen Bundes. Tübingen 1820.
- — Beiträge zu dem öffentlichen Rechte des deutschen Bundes. Tübingen 1822.
- — Abhandlungen über Gegenstände des öffentlichen Rechtes, sowohl des deutschen Bundes überhaupt, als der deutschen Bundesstaaten. München 1830.
- Rudhardt.** Das Recht des deutschen Bundes. Stuttgart 1822.
- Jordan.** Lehrbuch des allgemeinen und deutschen Staatsrechtes. 1e. Abthlg. Cassel 1831.
- Klüber.** Oeffentliches Recht des deutschen Bundes. Frankfurt 1831.

A. L. Reyscher. Publicistische Versuche. Stuttgart 1832.

Maurenbrecher. Grundsätze des heutigen deutschen Staatsrechts. Frankfurt 1837.

Zum Handgebrauche zu empfehlen ist die Sammlung der deutschen Bundesbeschlüsse in G. v. Meyer. *Corpus juris confoederationis Germanicae.* 2te. Aufl. Frankfurt 1835. Fortsetzung zum II. Thl. 1840. —

§. 1.

Begriff des deutschen Bundes.

Der deutsche Bund ist ein von den souverainen Fürsten und den freien Städten Deutschlands unter dem 8. Juni 1815. geschlossener beständiger Staatenbund — (nicht Bundesstaat) — mit dem doppelten Zwecke der Erhaltung der äussern und innern Sicherheit Deutschlands, und der Unabhängigkeit und Unverletztheit der einzelnen deutschen Staaten.*)

§. 2.

Entstehungsgeschichte des deutschen Bundes.

Die gänzliche Lossagung mehrerer vorzüglichen Reichsstände von dem deutschen Reiche, und ihre Vereinigung zu einer besonderen Conföderation, dem Rheinbunde, unter dem Protectorate des Kaisers der Franzosen, *Napoléon*, hatte den Kaiser Franz II. bewogen, den deutschen

*) Bundesacte Art. 1 und 2.

Staatskörper am 6. August 1806 für aufgelöst zu erklären,*) und die deutsche Kaiserkrone niederzulegen. Die politische Einheit Deutschlands war somit vernichtet, und das Reich in mehrere souveraine Staaten zerfallen, welche sich zum Theile durch die von der Rheinbundsacte vom 12. Juli 1806 **) ausgesprochene Unterwerfung vieler ehemaligen Reichsglieder unter die nunmehrigen Souveraine gebildet hatten. Allein auch der Rheinbund, welcher für seine Mitglieder gewissermassen die Stelle des Reichsverbandes vertreten sollte, war von keiner Dauer. Nachdem zwischen Russland und Preussen gegen Napoléon im Jahre 1813 ein Bündniss zu Kalisch geschlossen worden war, ***) hatte sich der rheinische Bund durch den allmählichen Beitritt seiner Mitglieder zu diesem Vertrage stillschweigend aufgelöst. Hierauf wurde zuerst durch den Art. 6. des ersten Pariser Friedens vom 30. Mai 1814 festgesetzt, dass die deutschen Staaten unabhängig und durch einen Föderativverband vereinigt sein sollten. †)

Die weitere Organisation des Bundes wurde aber nach dem ersten geheimen Artikel dieses Friedens dem 2 Monate später zu eröffnenden Wiener Congressse vorbehalten. ††)

Die Eröffnung des Wiener Congresses verzögerte sich noch bis zum 1. November 1814. Hier erklärten sich fünf deutsche Fürsten: Oesterreich, Preussen, Bayern, Hannover und Würtemberg als ein Comité zur Regulierung der deutschen Verfassungsangelegenheiten. Dieses Comité

*) Die Urk. sich in G. v. Meyer Corp. jur. confœd. Germ. II. Ausg. Thl. I. p. 107.

**) Bei v. Meyer l. c. p. 109.

***) Martens suppl. V. p. 234.

†) I. Pariser Frieden, v. 30. Mai 1814. a. 6. » *Les états de l'Allemagne seront indépendants et unis par un lien fédératif.* — (bei v. Meyer l. p. 151. —

††) Klüber Uebersicht p. 122 fl. —

löste sich aber schon am 16. Novb. 1814 nach 13 Sitzungen wieder auf, ohne ein Resultat geliefert zu haben. *)

Da Bayern und Württemberg gegen die von Preussen und Hannover vorgelegten Verfassungsentwürfe Widerspruch erhoben und die übrigen deutschen Staaten durch eine Note vom 16. Novbr. 1814 Theilnahme an diesen Berathungen verlangt hatten, so gerieth das deutsche Verfassungswerk in's Stocken, und überhaupt stand der ganze Congress auf dem Punkte, sich ohne Beschlussfassung aufzulösen, weil sich unter den Grossmächten eine Meinungsverschiedenheit über das künftige Schicksal von Sachsen und Polen ergeben hatte. Als aber endlich am 11. März 1815 die Nachricht von Napoléons Flucht aus Elba und von seinem Wiedererscheinen in Frankreich eintraf, fühlten sich die Monarchen neuerdings zur Einigkeit und Eile gedrungen, und nun wurden die deutschen Angelegenheiten in 11 Sitzungen vom 25. Mai bis 10. Juni 1815 verhandelt, wozu diessmal die Bevollmächtigten von 36 ehemaligen deutschen Reichsständen zugezogen wurden. Baden und Württemberg hielten sich jedoch jetzt aus Besorgniss vor Napoléon von der Berathung entfernt. Auch hatte Hessen-Homburg keinen Antheil daran.

In jenen 11 Sitzungen kamen 20 Artikel zu Stande, die von 36 deutschen Staaten, zuerst einzeln am 8. Juni 1815 und dann zusammen als Bundesacte am 10. Juni 1815 zu Wien unterzeichnet wurden. Für Baden und Württemberg wurde der Beitritt ausdrücklich vorbehalten.**)

Baden trat sodann am 26. Juli 1815, Württemberg am 1. Septbr. 1815 dem deutschen Bunde bei.***)

*) Klüber Uebersicht, p. 59. fl. —

**) Klüber, Acten des Wiener Congresses II. Bd. p. 457. u. 564.

***) S. die Urk. bei v. Meyer Thl. II. p. 30. (Klüber Uebersicht)

Hessen-Homburg, das zur Zeit der Abschliessung der Bundesacte noch unter der Hoheit von **Hessen-Darmstadt** stand, wurde erst am 7. Juli 1817 in den deutschen Bund aufgenommen. *)

Von den früheren Rheinbundsfürsten, die zur Zeit des Wiener Congresses noch souverain waren, wurde nur zweien, nämlich dem Fürsten von **Isenburg** und dem Fürsten von der **Leyen** die Bundesgenossenschaft verweigert.**) Beide wurden durch die Wiener Congressacte vom 9. Juni 1815 ***) wegen ihrer früheren Anhänglichkeit an **Napoléon** unter **Oesterreich** subjiciert. Eben so bemühte sich damals der Graf **Bentink** vergeblich, den souverainen Besitz der früher reichsunmittelbaren Herrschaft **Kniphausen** und die Bundesgenossenschaft zu erhalten. †) Erst durch Vertrag mit **Oldenburg** *de dato* Berlin den 8. Juni 1825, welchen sodann der deutsche Bund garantierte, ††) erhielt der Graf von **Bentink** die Landesregierung in dem Maasse wieder, wie sie ihm vor der Auflösung des deutschen Reiches zugestanden, und **Oldenburg** trat in Bezug auf ihn und die Herrschaft **Kniphausen** ganz in das ehemalige Verhältniss von Kaiser und Reich, so dass also die Herrschaft **Kniphausen** als ein halbsouverainer Staat erscheint, der in Bezug auf den deutschen Bund durch

*) Ebend. p. 71. —

**) Klüber, Acten des Wiener Congr. II. Bd. p. 579. 581. —

***) Abgedruckt bei v. Meyer Thl. I. p. 162. fl.

†) Aehnliche Ansprüche werden von dem gräflichen Hause **Rantzau-Breitenburg**, gegen die Krone **Dänemark** wegen der Herausgabe der von ihr 1726 eigenmächtig in Besitz genommenen Grafschaft **Rantzau** erhoben. S. Kuno, Graf zu **Rantzau-Breitenburg**, vorläufige Widerlegung einiger falschen Nachrichten, die Grafschaft **Rantzau** betreffend. Heidelberg 1840.

††) Vergl. die hieher gehörigen Prot. der deut. B. V. v. 18. August 1825. und 9. März 1826. bei v. Meyer II. Thl. p. 285. —

Oldenburg vertreten wird, und das Oberappellationsgericht von Oldenburg als oberstes Gericht an der Stelle des ehemaligen Reichskammergerichtes anzuerkennen hat. Als eine andere publicistische Singularität kann man auch das Verhältniss des fürstlichen und gräflichen Hauses Schönburg zu dem Königreich Sachsen betrachten, zu dem es in ähnlichem Verhältnisse steht, wie Bentink zu Oldenburg. Das Verhältniss dieses Hauses zum deutschen Bunde wurde erst durch Bundesbeschluss vom 7. Aug. 1828 reguliert, und wenn dieses Haus auch nicht zur Bundesgenossenschaft gelangte, so ist doch jetzt so viel anerkannt, dass dasselbe auch an jenen Vortheilen Antheil nehmen soll, welche den sogenannten Standesherrn durch die Bundesgesetzgebung gewährt sind.*)

§. 3.

Quellen des deutschen Bundesrechtes.

A) Grundgesetze des deutschen Bundes.

Die Grundgesetze des deutschen Bundes, d. h. diejenigen Staatsverträge, welche die Eingehung des deutschen Bundes, seine Zwecke, die Form desselben, resp. das Subject der Bundesgewalt und die Verbürgung der Rechte der einzelnen Mitglieder desselben enthalten, sind:

1. Die Bundesacte vom 8. Juni 1815;
2. Die Schlussacte der Wiener Ministerialconferenzen vom 15. Mai 1820.

Von den 20 Artikeln der deutschen Bundesacte betreffen nur die 11 ersten Artikel das eigentliche Bundesrecht. Die Artikel 12 — 19 umfassen vertragsmässige Bestimmungen zur gleichmässigen Regulierung staatsrechtlicher

*) Commissionsbericht vom 18. Aug. 1825 in den Protok. der Bundesversamml. §. 90. — B. B. v. 7. Aug. 1828 bei v. Meyer II. p. 322; auch B. B. v. 3. Juni 1836. §. 125.

Verhältnisse in den einzelnen Bundesstaaten, über deren Vollzug die Bundesversammlung zu wachen hat.

Der Art. 20 enthält nichts als die Ratificationsformel. Die deutsche Bundesacte ist im Art. 118 No. 9 der Wiener Congressacte vom 9. Juni 1815 als ein integrierender Theil derselben erklärt. *) In die Wiener Congressacte sind übrigens nur die 11 ersten Artikel der Bundesacte wörtlich aufgenommen. (W. Congr. Acte, art. 53. fl.) —

Die Wiener Schlussacte vom 15. Mai 1820 umfasst in 65 Artikeln eben so, wie die Bundesacte, sowohl die eigentlichen bundesrechtlichen, als auch die nach gemeinsamen Principien zu regulierenden inneren Verfassungsangelegenheiten der deutschen Staaten, und ist zur Vervollständigung und Erläuterung der Bundesacte im monarchischen Sinne durch Abgeordnete sämmtlicher deutschen Staaten auf den sogenannten Wiener Ministerialconferenzen in den Jahren 1819 und 1820 **) berathen und von der Bundesversammlung sodann als ein Grundgesetz des deutschen Bundes ausdrücklich anerkannt worden. (B. B. v. 8. Juni 1820.). —

§. 4.

B) Bundesgesetze, resp. Beschlüsse der Bundesversammlung.

Die nächste hauptsächlichste Quelle für das Bundesrecht und zugleich die regelmässige Art, wie die Bundesgesetzgebung sich fortbildet, ist die Abfassung von Bundesgesetzen durch Beschlüsse der Bundesversammlung — (Bundesgesetze im engeren Sinn). Doch ist es schon

*) Siehe p. 267. not. *). —

**) Die Protokolle dieser Wiener Ministerialconferenzen sind nicht officiell gedruckt, doch findet man viele Auszüge in Klüber's öffentlichem Rechte.

mehrfach vorgekommen, dass einzelne Angelegenheiten, in besonderen Ministerialconferenzen berathen, und darin Beschlüsse präpariert wurden, welche die Bundesversammlung nachher als die ihrigen anerkannte und promulgierte, wie z. B. die eben erwähnte Wiener Schlussacte vom 15. Mai 1820. Eben so die Beschlüsse des Ministercongresses zu Carlsbad (August 1819) über Missbrauch der Presse, Universitäten und demagogische Umtriebe, welche die Bundesversammlung einstimmig am 20. Sept. 1819 zum Bundesgesetz erhoben hat. *)

§. 5.

C) Die übrigen Quellen des Bundesrechts.

Ausser den Grundgesetzen des deutschen Bundes und den Beschlüssen der Bundesversammlung sind noch den Quellen des deutschen Bundesrechtes beizuzählen 1) Staatsverträge mit auswärtigen Staaten; 2) Das Herkommen, das sich sowohl in der Bundesversammlung unter den Bundesgliedern als Gesammtheit, als auch im Verhältniss einzelner Bundesglieder zu dem Bunde bilden kann. — Gerichtsgebrauch kann dagegen, insoferne daraus ein den Bund selbst verpflichtendes Recht fliessen soll, unter den Quellen des Bundesrechtes nicht aufgeführt werden, da eine Bildung desselben sowohl durch die Organisation als durch die Grundidee der beiden jetzt bestehenden entscheidenden Instanzen des Bundes, des Austrägalgerichtes und des Bundesschiedsgerichtes ausgeschlossen ist.

Auch hat die Bundesversammlung bereits ausdrücklich erklärt, **) dass sie alle doctrinelle Interpretation der

*) Siehe diese Beschl. bei v. Meyer II. Thl. p. 158. fl. —

**) Beschl. v. 11. Dec. 1825. XXIV. Sitzung. §. 167. bei v. Meyer II. Thl. Nr. LV. p. 255. —

Bundesgesetze für sich als unverbindlich betrachtet, was sich auch daraus erklärt, dass ihr die Befugniss zusteht, die Bundesgesetze authentisch zu interpretieren. (S. unten §. 25.)

Erste Abtheilung.

Verfassungsrecht des deutschen Bundes.

§. 6.

Publicistischer Character des deutschen Bundes.

Der deutsche Bund wird im Art. 1 der Wiener Schlussacte selbst als ein völkerrechtlicher Verein bezeichnet und ist in jeder Beziehung ein eigentlicher Staatenbund, insoferne man hierunter eine bleibende Vereinigung mehrerer souverainer Staaten zu einem politischen Zwecke mit organischen Einrichtungen für die Wirksamkeit der Bundesgewalt versteht. *) Man würde daher

*) Die B. V. hat im Beschl. v. 18. Sept. 1834. in einer sehr kräftigen Sprache die Einmischung fremder Mächte (namentlich Frankreich's und England's) in die inneren Angelegenheiten des deutschen Bundes zurückgewiesen, und insbesondere ausgesprochen, dass durch die Einverleibung der Bundesacte in die Wiener Congressacte, den fremden Mächten, welche diese unterzeichnet haben, weder ein Recht, die Aufrechthaltung der in der deutschen Bundesacte sanctionierten Grundsätze zu beaufsichtigen, eingeräumt, noch eine Verpflichtung übertragen worden sei, die Unabhängigkeit der einzelnen Glieder des deutschen Bundes zu

sehr irren, wenn man den deutschen Bund bloß als ein Schutz- und Trutzbündniss (Allianz) der deutschen Staaten betrachten wollte, vielmehr nähert sich sogar der deutsche Bund in einiger Beziehung einem Bundesstaate, nämlich insofern, als der Bundesgewalt einige Einwirkung auf gewisse einzelne, innere politische Verhältnisse in den deutschen Staaten erlaubt ist. *)

Doch ist der deutsche Bund von einem Bundesstaate noch immer deutlich genug dadurch unterschieden, dass die volle Souverainität der Bundesglieder überall und wiederholt in den Gesetzen des deutschen Bundes anerkannt ist, was in einem Bundesstaate nicht möglich wäre, **) sowie auch dadurch, dass in Folge hiervon die innern Staatsverhältnisse, auf die dem Bunde einige Einwirkung gestattet ist, nach der Einleitung zum Art. 12 der Bundesacte und nach Art. 53 der Wiener Schluss-Acte nur als besondere (singuläre) Verhältnisse dargestellt werden.

§. 7.

Verhältniss des deutschen Bundes zum deutschen Reiche und dem Rheinbund.

Der deutsche Bund sollte nach der Ansicht seiner Stifter eine neue, den Zeitverhältnissen angemessene politische Gestaltung Deutschlands hinsichtlich der völkerrecht-

beschützen, und dass der wahre Schutz und Schirm einzelner Bundesstaaten gegen Verletzung ihrer Unabhängigkeit in der ausschliessend nur von den Bundesgliedern gegenseitig übernommenen Garantie ihrer im Bunde begriffenen Besitzungen liege. —

*) Vergl. die B. A. art. XII—XIX. —

**) Die Souverainität der einzelnen deutschen Fürsten ist die Quelle, woraus der Bund und die Bundesgewalt geflossen ist — nicht umgekehrt.

lichen Beziehungen der deutschen Staaten zu einander und zu auswärtigen Staaten begründen. Es war daher weder von der Wiederherstellung des deutschen Reiches, noch von der Wiedererrichtung einer eigenen Reichsstaatsgewalt, noch von einer Aufhebung jener neueren politischen Verhältnisse die Rede, die in dem Innern der einzelnen deutschen Staaten durch die Rheinbundsacte in Bezug auf die Mediatisierung der Standesherrn und der Reichsritterschaft begründet worden waren. Der deutsche Bund ist daher eben so wenig Nachfolger des Rheinbundes, der sich ohnehin schon vor seiner Gründung factisch wieder aufgelöst hatte, als er auch nicht Rechtsnachfolger des deutschen Reiches ist,*) welches schon durch die Stiftung des Rheinbundes im Jahre 1806 völlig aufgelöst worden war. Als Rechtsnachfolger des deutschen Reiches können nur die einzelnen, durch seine Auflösung souverain gewordenen Staaten betrachtet werden, und auch diese nur so weit, als durch Consolidation die früher dem Reiche zustehenden obersten Regierungsrechte mit der damals noch untergeordneten Landeshoheit vereinigt worden sind.

§. 8.

Mitglieder des deutschen Bundes.

Die Mitglieder des deutschen Bundes sind in der Bundesacte vom 8. Juni 1815 Art. 6 namentlich aufgeführt,

*) Der deutsche Bund ist eben daher auch nicht verpflichtet, die Reichsgesetzgebung oder die Rheinbundsacte weiter als für sich verbindlich anzuerkennen, als dieselben *jura quæsita* für Privaten begründet haben. (S. oben §. 51. §. 153.) In so weit der Bund aber die älteren Reichsgesetze noch für practisch anwendbar erklärt, wie z. B. W. S. A. a. XXIII., muss man ihm auch das Recht beilegen, dieselben authentisch zu interpretieren, da jede solche Interpretation nichts anderes, als die Aufstellung eines neuen

und zwar waren es deren ursprünglich 38, **Württemberg** und **Baden**, welchen der Beitritt vorbehalten war, mitgerechnet (s. §. 2.). *) Diese Zahl ist auch gegenwärtig noch vorhanden, obschon 1817 **Hessen-Homburg** neu aufgenommen wurde, (§. 2.) indem durch das Aussterben von **Sachsen-Gotha** am 11. Febr. 1825 nach der Erbtheilung der sächsischen Häuser **) vom 13. Nov. 1826, ein Bundesglied in Abgang gekommen ist.

§. 9.

Aufnahme neuer Mitglieder in den Bund.

Die Aufnahme neuer Mitglieder in den deutschen Bund kann nur durch einstimmigen Beschluss der Bundesversammlung geschehen.**) Die Vorbedingung der Aufnahme ist der Erwerb der Souverainität über ein Land, welches zu dem deutschen Bundesgebiete bereits gehört, oder demselben bei der Aufnahme seines Beherrschers in den Bund einverleibt wird. Nur den deutschen Standesherrn

Gesetzes ist, dem Bunde aber die höchste gesetzgebende Gewalt in Deutschland zusteht. (§. 38. fl.)

*) Bei dieser Zählung ist, wie auch die B. A. thut, **Reuss**, jüngere Linie nur für ein Bundesglied gerechnet. Zur Zeit der Abfassung der B. A. bestand aber **Reuss** jüngere Linie aus drei souverainen Häusern: **Reuss-Schleiz**, **Reuss-Lobenstein-Lobenstein**, und **Reuss-Lobenstein-Ebersdorf**. 1824 (Mai 7.) erlosch **Reuss-Lobenstein-Lobenstein**; seine Besitzungen gingen an **Reuss-Lobenstein-Ebersdorf** über. (S. noch B. B. v. 29. Jan. 1829. Sitz. I. §. 7.) —

) Seitdem bestehen anstatt der in der B. A. aufgeführten Grossherzogl. und Herzogl. Sächsischen Häuser: 1) das Grossherzogthum **Sachsen-Weimar-Eisenach; 2) die Herzogthümer **Sachsen-Coburg-Gotha**; 3) **Sachsen-Meiningen-Hildburghausen**; 4) **Sachsen-Altenburg**. — Prot. d. B. V. 28. Jan. 1827. Sitz. I. §. 4. —

***) W. S. A. art. 6. —

ist die Einräumung einer Curiatstimme in der Bundesversammlung durch Art. 6 der Bundesacte als eine Möglichkeit in Aussicht gestellt worden.

§. 10.

Bundesgebiet.

Das Bundesgebiet ist der Inbegriff der Staatsgebiete der zum deutschen Bunde vereinigten Regierungen. Von den Fürsten, die zugleich europäische Mächte sind, sind Oesterreich und Preussen nur für ihre früher zum deutschen Reiche gehörigen Besitzungen, Dänemark nur für Holstein, und die Niederlande nur für Luxemburg dem Bunde beigetreten. Hannover war bei dem Abschlusse des Bundes nur zufällig (persönlich)*) mit England vereinigt, und galt daher von jeher als selbstständiges Königreich, so dass also England als solches nie Bundesmitglied war. Das Bundesgebiet umfasst sonach alle Länder, die heutzutage den geographischen Begriff von Deutschland ausmachen.

§. 11.

Abtretung von Bundesländern.

Abtretungen von Ländern, welche dem Bundesgebiete einverleibt sind, widersprechen dem Zwecke des Bundes, da dieser für die Integrität der einzelnen Staaten geschlossen ist.***) Es darf daher auch kein Theil eines Bundeslandes an Auswärtige ohne Zustimmung des Bundes

*) S. das allg. Staatsrecht §. 137. — Die volle Trennung Hannover's von England besteht wieder seit dem Tode Wilhelm's IV. 20. Juli 1837. —

**) B. A. art. 1. —

abgetreten werden. *) Eine solche Abtretung hat erst einmal stattgefunden, nämlich von Seiten des Königs der Niederlande als Grossherzog's von Luxemburg, an Belgien, in Gemässheit des Artikels 2 des Londoner Vertrags vom 19. April 1839. Der König der Niederlande hat aber an die Stelle des abgetretenen Theiles von Luxemburg mit Genehmigung der Bundesversammlung ein aus den Resten dieses Grossherzogthumes und aus dem Herzogthume Limburg neu gebildetes Grossherzogthum Luxemburg mit 145,727 Seelen treten lassen. Der deutsche Bund hat zu dieser Veränderung in der 19. Sitzung vom 5. Septbr. 1839 seine Zustimmung ertheilt. — Eine Verletzung der Grenzen eines Bundeslandes durch Auswärtige, gilt als Verletzung des Bundesgebietes selbst. **)

§. 12.

Rechtsgleichheit der Bundesglieder.

Die Gleichheit der Rechte aller Bundesglieder ist in der Bundesacte Art. 3 positiv ausgesprochen, jedoch ist dieser Grundsatz in Bezug auf die Abstimmungsverhältnisse in der Bundesversammlung mit Rücksicht auf die Grösse der Länder und die Stärke der Bevölkerung in der Art modificiert, dass in dieser Beziehung den Bundesgliedern ein mit dem Umfange ihrer Pflichten und Lasten im geraden Verhältnisse stehendes Stimmgewicht beigelegt ist.***)

*) W. S. A. art. 6. —

**) Wien. Schl. A. Art. 36.

***) B. A. art. 4. u. 6. — Vergl. unten §. 16.

§. 13.

Rangverschiedenheit der Bundesglieder.

Daraus, dass den Bundesgliedern gleiche Rechte beigelegt sind, folgt aber nicht, dass auch alle Bundesglieder gleichen Rang hätten. Diess ist weder in einem Bundesgesetze ausgesprochen, noch nach dem europäischen völkerrechtlichen Ceremoniel bei der Verschiedenheit der politischen Macht und Titel der einzelnen Bundesglieder überhaupt möglich. Nur so viel ist bundesgesetzlich anerkannt, (B. A. Art. 4 u. 8) dass weder die Ordnung, in welcher die Bundesglieder in der Bundesacte aufgeführt sind, noch die Ordnung, wie sie in der Bundesversammlung sitzen und stimmen, ihren gegenseitigen Rang-Ansprüchen einigen Abbruch thun solle, daher auch bis jetzt unter den deutschen Bundesgliedern noch keine Rangstreitigkeiten vorgekommen sind.

§. 14.

Subject der Bundesgewalt — Bundesversammlung.

Subject der Bundesgewalt ist die Bundesversammlung, d. h. die Gesammtheit aller Bundesmitglieder, welche aber nicht selbst zusammentreten, sondern durch einen permanenten Congress ihrer Bevollmächtigten (Bundestag) repräsentiert werden. Das Präsidium auf dem Bundestag führt nach der Bundesacte Art. 5. Oesterreich. Die Bundestagsgesandten bilden übrigens kein selbstständiges und unabhängiges, am wenigsten ein richterliches Collegium, sondern sie sind durchgängig und unbedingt in allen Verhältnissen an die von ihren Souverainen ertheilten, oder von denselben einzuholenden Instructionen gebunden.

§. 15.

Innere Organisation der Bundesversammlung -- engerer Rath und Plenum.

Die Bundesversammlung hat grundgesetzlich zwei verschiedene Verhandlungsarten bei ihren Geschäften und Schlussfassungen:

- 1) Den sogenannten engeren Rath, der die regelmässige Art der Verhandlung ist. (Bundesacte Art. 4);
- 2) Das Plenum, als ausnahmsweise Verhandlungsform in gewissen bundesgesetzlich bestimmten Fällen. — (Bundesacte Art. 6.) —

§. 16.

Zahl und Verhältniss der Stimmen im engeren Rathe und im Plenum.

Die Unterschiede zwischen beiden Formen der Verhandlung liegen:

- 1) In der Zahl der Stimmen und in der Verschiedenheit des Stimmgewichtes, welches den einzelnen Bundesgliedern in dem Plenum oder in dem engeren Rathe zukommt. Im Plenum sind nämlich nach der Bundesacte Art. 6., 69 Stimmen unter 38 Bundesglieder vertheilt, so dass (Reuss jüngere Linie ausgenommen*) jedes Bundesglied wenigstens eine Stimme führt: vierzehn Staaten aber mehrere Stimmen (4, 3 oder 2) und zusammen 45 Stimmen haben. Im engeren Rathe sind umgekehrt die 38 Bundesglieder in 17 Stimmen eingetheilt, so dass nur elf

*) S. oben §. 8. not. *). —

Staaten einzelne Stimmen führen, von den sieben und zwanzig Uebrigen aber immer mehrere in eine Gesamtstimme oder Curie zusammengeworfen sind,*) und sonach sechs Curiatstimmen bestehen. Die Curiatstimmen dürfen immer nur von einem Bundestagsgesandten der in eine Curie verbundenen Staaten geführt werden, und daher wechselt die Stimmführung unter den Bundestagsgesandten der einzelnen Curiatstimmen nach Particularconventionen, die darüber zwischen den betreffenden Höfen bestehen; doch dürfen gemäss der vorläufigen Geschäftsordnung der Bundesversammlung vom 14. Nov. 1816 auch die Gesandten der übrigen nicht-stimmführenden Mitglieder der Curiatstimme den Versammlungen beiwohnen. Die mehreren in einer Curie eingetheilten Bundesglieder müssen sich daher auch, bevor sie durch den stimmführenden Bundestagsgesandten abstimmen lassen, in ein gemeinschaftliches Votum vereinigen. *)

- 2) Ein anderer Unterschied besteht zwischen der Verhandlung in dem Plenum und im engeren Rathe in der Verschiedenheit der Berechnung der Majorität. Im engeren Rathe entscheidet nämlich regelmässig absolute Majorität, d. h. es genügt, wenn für eine Meinung sich auch nur eine Stimme mehr als die Hälfte aller Votanten ausgesprochen hat. In dem Plenum entscheidet aber nur eine Majorität von zwei Drittheilen. *)

*) Hessen-Homburg ist erst durch B. Beschluss v. 17. Mai. 1838 in eine Curie eingetheilt, und stimmt hiernach im engeren Rathe in der XVI. Stimme, im Plenum vor den freien Städten. —

**) Halbe, und dergl. Stimmen, wie solche auf der Tagsatzung in der Schweiz geführt werden, sind in der Bundesversammlung nicht gestattet.

***) B. A. art. VII. Abs. 2.

§. 17.

Gegenstände, welche vor das Plenum gehören.

Die Gegenstände, welche nur im Plenum entschieden werden dürfen, sind nach der Bundesakte Art. 6:

- 1) **Abfassung und Abänderung von Grundgesetzen des deutschen Bundes,**
- 2) **Ebendesshalb auch die authentische Interpretation dieser Grundgesetze, (nicht aber die anderer Bundesgesetze. *)**
- 3) **Organische Bundeseinrichtungen,**
- 4) **Und sonstige gemeinnützige Anordnungen.**

Nach der Wiener Schlussacte Art. 12 sollen ferner noch nur im Plenum verhandelt werden:

- 5) **Kriegserklärungen und Friedensschlüsse;**
- 6) **Die Aufnahme neuer Mitglieder in den Bund.**

Allein auch hier soll bei entstehenden Zweifeln erst im engeren Rathe entschieden werden, ob eine Sache vor das Plenum gehört oder nicht. *)

§. 18.

Gegenstände, die nur durch Stimmeneinhelligkeit entschieden werden können.

Als Regel ist in der Bundesacte sowohl für die Beschlussfassungen im Plenum wie im engeren Rathe die Beschlussfassung durch Stimmenmehrheit ausgesprochen. (§. 16 No. 2.) Dagegen sollen sowohl im Plenum, wie im engeren Rathe ausnahmsweise über die so eben im §. 17 aufgezählten, vor das Plenum gehörigen Gegenstände mit

*) W. S. A. art. 12. — Vergl. unten §. 23. —

**) W. S. A. art. 12. —

alleiniger Ausnahme von No. 5. (Kriegserklärungen und Friedensschlüsse) nur durch Stimmeneinhelligkeit Beschlüsse gefasst werden können. *) Man ersieht hieraus, dass Kriegserklärungen und Friedensschlüsse die einzigen Gegenstände sind, bei welchen die in der Bundesacte Art. 7 Abs. 2 aufgestellte Regel **) Platz greifen kann, dass im Plenum regelmässig eine Stimmenmehrheit von zwei Drittheilen entscheidet. Ausserdem dürfen aber auch noch über folgende Gegenstände, die nicht vor das Plenum gehören, d. h. wenigstens nicht durch die Bundesgesetze vor das Plenum ausdrücklich gewiesen sind, und die also (nach der Regel) im engeren Rath zu behandeln sind, doch auch in diesem lediglich durch Stimmeneinhelligkeit Beschlüsse gefasst werden:

- 1) über *jura singulorum*, (B. A. Art. 7.) — W. S. A. Art. 15. —
- 2) über Religionsangelegenheiten; (B. A. Art. 7, W. S. A. Art. 13.)
- 3) Wenn einzelnen Bundesgliedern eine besondere Leistung zugemuthet werden soll (W. Schl. A. Art. 15.)
- 4) Wenn die Rechte und Pflichten eines Bundesgliedes wegen Veränderung des gegenwärtigen Besitzstandes eine Abänderung erleiden sollen. (W. S. A. Art. 6.)
- 5) Wenn ein Bundesglied seine Souverainität oder einen Theil seiner Länder an einen auswärtigen nicht verbündeten Fürsten abtreten will. (W. S. A. Art. 6.)
- 6) Wenn einem deutschen Bundesfürsten durch Erbschaft andere Bundesstaaten zufallen, hat der Bund durch Stimmeneinhelligkeit zu bestimmen, ob und in wieferne ihm die bisher darauf haftenden Stimmen

*) B. A. art. 7. — W. S. A. art. 15 u. art. 64. —

**) Es ist diess also vielmehr eine Ausnahme als eine Regel: denn in allen anderen, vor das Plenum gewiesenen Gegenständen, kann nur Stimmen-Einhelligkeit entscheiden.

im Plenum beigelegt werden können. (W. S. A. art. 16.)

Wegen der Stimmführung im engeren Rath enthält der Art. 16. für einen solchen Fall keine Bestimmung, weil im engeren Rathe kein Bundesglied mehr als eine Stimme führen könne. *Argumento a contrario* scheint aber doch hieraus gefolgt werden zu dürfen, dass, wenn die Länder eines souverainen nur an einer Curiatstimme im engeren Rathe theilhabenden Hauses durch Erbschaft an ein anderes übergehen, auch von selbst hiermit der Antheil an der Curiatstimme an das erbfolgende Haus übergeht, insoferne dieses nicht bereits schon eine ganze Stimme im engeren Rathe hat. *)

§. 19.

Verhandlungsart im Plenum.

Hinsichtlich der Verhandlungsart der Geschäfte im Plenum ist vorgeschrieben, dass in diesem durchaus keine Berathung stattfinden soll, sondern es darf darin lediglich über die Beschlüsse abgestimmt werden, welche bereits im engeren Rathe vorbereitet worden sind. (W. S. A. art. 12.)

§. 20.

Verhandlungsart im engeren Rathe.

Für die Behandlung eines Gegenstandes im engeren

*) Wenigstens ist den die XII. Stimme bildenden Grossherzoglichen und Herzoglichen Sächsischen Häusern *ipso jure* der Stimm-Antheil von Gotha nach dessen Aussterben 1825 (s. §. 8.) accresciert.

Rathe kann man nach der vorläufigen Geschäftsordnung *) der Bundesversammlung vom 14. Nov. 1816. Abschn. 2 u. 3. folgende Abschnitte des Verfahrens unterscheiden:

1) Die Eingabe oder Präsentation eines Antrages, sei es von Seite einer Privatperson **) oder eines Bundesstaates. Im erstern Falle geschieht die Eingabe bei dem Bundestagspräsidium, und dieses macht sodann in der nächsten Sitzung der Bundesversammlung davon eine vorläufige Anzeige. ***) Bundesglieder haben dagegen das Recht, ihre Anträge unmittelbar bei der Bundesversammlung selbst zu machen, müssen sie aber wenigstens am Tage vor der Sitzung dem Präsidium schriftlich mittheilen.

2) Der Antrag zur Berathung, sogenannter erster Antrag. †) Diese Proposition geht von dem Präsidium aus, und muss in Bezug auf die Anträge von Bundesstaaten in vierzehn Tagen und auf Eingaben von Privatpersonen innerhalb drei Wochen vom Tage der vorläufigen Anzeige an gerechnet, gestellt werden, insoferne die Bundesversammlung nicht bereits

*) Bei v. Meyer II. Thl. p. 58 u. fl.

**) Alle Eingaben an die B. V. müssen in deutscher Sprache abgefasst sein. B. Beschl. v. 3. Dec. 1816. — Gedruckt bei der B. V. einzureichende Denkschriften müssen der Censur des Staates unterworfen werden, in welchem sie gedruckt werden. Werden sie in Frankfurt gedruckt, so übt die Bundeskanzlei-Direction selbst die Censur. B. B. v. 13. Jan. 1824. — Anonyme Eingaben werden nicht berücksichtigt. B. B. v. 30. Jan. 1817. — Schriftsteller, welche ihre Werke der B. V. überreichen wollen, haben diess durch den Gesandten ihres Staates zu thun. Auch werden von der B. V. keine Zueignungen angenommen, wozu die Erlaubniss nicht vorher nachgesucht worden. B. B. vom 3. Juli 1823.

***) Wenn eine Eingabe sich nach Form und Inhalt gänzlich unstatthaft darstellt, geschieht die Anzeige nur in der nächsten vertraulichen Sitzung. (§. 21.)

†) S. d. vorläufige Geschäftsordnung III. 7. a.—

bei der Anzeige eine frühere oder spätere Vornahme des Gegenstandes beschlossen haben sollte. Findet die Bundesversammlung eine besondere Berathung nöthig, so bestimmt sie nach ihrem Ermessen den Tag, an welchem die Discussion und Erörterung stattfinden soll, und diess heisst Verlassnahme.

5) Hierauf erfolgt sodann an dem bestimmten Tage die Erörterung (Discussion) und nach hinreichender Berathung die Beschlussfassung, dass die Sache zur Abstimmung reif sei, wobei zugleich die Zeit festgesetzt wird, wo diese Abstimmung vorzunehmen ist, insoferne nicht sofort bei der ersten Umfrage ein Vorschlag einstimmig angenommen oder verworfen worden ist. In diesem Falle sind also die drei Hauptstufen für die Behandlung eines Gegenstandes (erster Antrag, Erörterung, und endliche Abstimmung) auf zwei Sitzungen vertheilt; im entgegengesetzten Falle wird die endliche Abstimmung in einer dritten Sitzung vorgenommen. Wenn eine besondere Erörterung nothwendig erscheint, haben die Bundestagsgesandten, welche sich nicht genügend von ihren Regierungen instruiert finden, von diesen die erforderlichen Instructionen einzuholen. Wird eine gemeinsame Instructionseinholung für rathsam gefunden, so ist es gewöhnlich, dass die Bundesversammlung, um möglichste Uebereinstimmung der zu erwartenden Instructionen zu erwirken, durch eine aus ihrer Mitte gewählte Commission einen (sogenannten) gleichlautenden Commissionsbericht zur Mittheilung an die Regierungen bearbeiten lässt. In solchen Fällen kann auch noch eine vierte Sitzung nöthig werden, in welcher sodann durch das Präsidium das Resultat aus den eingegangenen Votis gezogen wird (Sitzung zur Schlussziehung). —

§. 21.

Vertrauliche Berathungen.

Die Bundesversammlung hält seit 1819 *) wöchentlich nur einmal (am Donnerstag) regelmässige, d. h. nicht besonders angesagte Sitzungen; ausserordentliche Sitzungen finden statt, je nachdem es die Umstände erfordern. Man unterscheidet dabei die bisher (§. 20) beschriebene, sogenannte förmliche Verhandlung, und die vertrauliche Besprechung, (förmliche und vertrauliche Sitzungen). Die vertraulichen Sitzungen dienen zum Zweck vorläufiger Erörterung und Austauschung der Ansichten. Sie sind ohne amtliche Form und Wirkung. Es wird in denselben weder förmlich abgestimmt, noch überhaupt ein förmliches Protokoll aufgenommen. Auch kann den Umständen nach in derselben Sitzung mit förmlichen und vertraulichen Berathungen gewechselt werden. **)

§. 22.

Dictatur und Druck loco dictaturae.

Die Protocolle und Registraturen der Bundesversammlung werden entweder durch Dictatur oder durch den Druck *loco dictaturae* nach dem Bedürfnisse der Bundesmitglieder vervielfältigt. Durch den Bundesbeschluss vom 14. Nov. 1816, ***) war sogar die Bekanntmachung der Proto-

*) Nach der vorl. Gesch. O. v. 14. Nov. 1816. sollten wöchentlich zwei Sitzungen, am Montag und Donnerstag, gehalten werden.

**) Vergl. die vorläufige Gesch. O. v. 14. Nov. 1816. I. —

***) Die amtliche (sog. Originalausgabe) der Protokolle der B. V. wird

colle der Bundesversammlung durch den Druck als Regel ausgesprochen worden. Durch den Beschluss vom 1. Juli 1824 wurde aber die Bekanntmachung der Protocolle sehr eingeschränkt.

§. 23.

Wappen, Siegel und Titel der Bundesversammlung.

Bei Ausfertigungen bedient sich der deutsche Bund vorläufig des Wappens und der Siegel des Präsidium's mit der Umschrift: „Kaiserlich Oesterreichische Bundespräsidialkanzlei.“ Schreiben der Bundesversammlung an auswärtige Staaten führen die Unterschrift: „Der deutsche Bund, und in dessen Namen der Kaiserlich Oesterreichische präsidirende Gesandte der Bundesversammlung.“ — Die Beschlüsse der Bundesversammlung werden, insoferne sie bekannt gemacht werden, als Auszüge aus den Protocollen derselben und mit Unterzeichnung der Bundespräsidialkanzlei gegeben. Der Bund erhält von auswärtigen Staaten den Titel: »Durchlauchtigster deutscher Bund.« *) In Eingaben von Bundesgliedern oder Privatpersonen ist die Bundesversammlung mit: »Hohe Bundesversammlung« anzureden.**)

in Folio gedruckt. Bis zum J. 1828 erschien für das Publikum noch eine Ausgabe in Quart, wobei die nur *loco dictaturae* für die Bundestagsgesandten und die resp. Höfe gedruckten Separat-Protokolle oder Registraturen weggelassen sind. Nach den B. B. v. 5. Febr. 1824, und 21. Juni 1838. darf in die Zeitungen in Bezug auf die Verhandlungen der B. V. und der von ihr abhängenden Commissionen nichts aufgenommen werden, als der wörtliche Inhalt der ihnen mitgetheilten Bundesprotokolle. —

*) Klüber, öffentl. R. §. 144. §. 183. not. b. —

***) Vorl. Gesch. O. vom 14. Nov. 1816. III. 7. g. k. — Die Adresse ist: An die hohe deutsche Bundesversammlung. —

§. 24.

Vertagung der Bundesversammlung.

Die Bundesversammlung kann nie aufgelöst, sondern nach der Bundesacte Art. VII. höchstens auf vier Monate vertagt werden (sogenannte Bundestagsferien). Die Amtsfunktion des Präsidiums und der Präsidialkanzlei werden aber hierdurch nicht unterbrochen, und können daher auch während der Ferien Eingaben an die Bundesversammlung gerichtet werden. Es muss daher der Bundespräsidialgesandte, wenn er selbst abreiset, einen anderen Bundesgesandten sich substituieren, und überdiess müssen stets noch zwei andere Bundestagsgesandte ausser dem Präsidenten oder dessen Substituten am Sitze der Bundesversammlung gegenwärtig sein, um von den Einläufen Kenntniss zu nehmen, und die nothwendigen Maasregeln bei dringenden Fällen zu ergreifen. (B. B. v. 26. Juni 1817. — Vergl. noch B. B. v. 20. Sept. 1819 Sitz. XXXV. §. 221.) —

§. 25.

Von der authentischen Interpretation der Bundesgesetze insbesondere.

Die Frage, welche Verhandlungsart und Abstimmungsweise bei der authentischen Interpretation von Bundesgesetzen anzuwenden sei, namentlich ob sie immer vor das Plenum gehöre, oder nicht, ist bereits in der Bundesversammlung selbst angeregt worden. *) Am richtigsten

*) Vergl. die Beil. 25. §. 41. zu dem Prot. der B. V. vom 5. Juni 1820. §. 190. (Prot. XII. p. 143. fl. 186. fl. der Quartausgabe.) —

wird man hier von dem Grundsatz ausgehen, dass eine authentische Interpretation nichts anderes, als die Aufstellung eines neuen Gesetzes ist, und daraus ergibt sich die Folgerung, dass zu der authentischen Interpretation alles dasjenige, aber auch nicht mehr gehört, als was zu der Abfassung des zu interpretierenden Gesetzes selbst erforderlich gewesen ist. Hieraus ergibt sich von selbst die Unterscheidung, dass die Gesetze, die nur im Plenum errichtet werden können, auch nur im Plenum interpretiert werden dürfen; die übrigen aber, die im engeren Rathe errichtet worden sind, auch von diesem interpretiert werden dürfen. Dieselbe Unterscheidung ist auch hinsichtlich der Frage zu machen, ob Stimmeneinhelligkeit oder Stimmenmehrheit zu der authentischen Interpretation erforderlich sei. *)

§. 26.

Von den organischen Einrichtungen des Bundes.

Organische Einrichtungen sind nach der W. S. A. art. 13. bleibende Anstalten als Mittel zur Erfüllung der Bundeszwecke. Der sehr bald äusserst fühlbar gewordene Uebelstand und die Schwierigkeiten, welche sich in Bezug auf die organischen Einrichtungen ergeben hatten, weil dieselben nur durch Stimmen-Einhelligkeit zu Stande kommen können (§. 18), liessen einen Ausweg in

*) Diese Distinctionen sind auch auf den Wiener Ministerialconferenzen von 1820 gemacht worden. Klüber §. 150. not. d. — Sollte darüber ein Zweifel obwalten, ob ein von der B. V. zu fassender Beschluss eine authentische Interpretation, oder nur eine Anwendung eines bestehenden Gesetzes auf einen einzelnen Fall sei, so hat hierüber die B. V. in der regelmässigen Art, d. h. im engeren Rathe und nach Stimmenmehrheit zu entscheiden.

der Art erfinden, dass man da, wo die Stimmeneinhelligkeit nicht leicht erzielt werden konnte, nur provisorische Beschlüsse fasste, welche als einstweilige Aushülfe, und vorübergehende, nicht definitive Einrichtungen im engeren Rathe nach Stimmenmehrheit gefasst werden können.*) Wo aber bereits über eine in Frage stehende, organische Einrichtung einmal wirklich eine Abstimmung in Pleno ohne Erfolg, d. h. ohne dass Stimmen-Einhelligkeit erzielt werden konnte, stattgefunden hat, da darf in der Regel die Minorität nicht mehr durch die Majorität zum Beitritt gezwungen werden, sondern es bleibt sodann den Bundesgliedern, die zur Majorität gehören, anheimgestellt, die fragliche Maasregel unter sich (gleichsam privatim) durchzuführen. Sollte aber ohne Mitwirkung sämtlicher Bundesglieder die fragliche Maasregel nicht durchzuführen sein, so ist die dissentierende Minderzahl zu ihrer Mitwirkung speciell, als durch den Bundeszweck geboten, aufzufordern, und dann kann die Theilnahme, resp. der Beitritt zur Majorität nicht mehr verweigert werden, ohne aufzuhören, Bundesmitglied zu sein. **)

§. 27.

Von den *iuribus singulorum* insbesondere.

Jura singulorum (B. A. art. 7.) sind nach der Erklärung der W. S. A. art. 15 solche Rechtsverhältnisse, in Bezug auf welche die deutschen Staaten nicht als Glieder des Bundes in ihrer vertragsmässigen Einheit, sondern als einzelne selbstständige Staaten in Betracht

*) S. das am 29. Juli 1819 zum provisorischen Bundesbeschluss erhobene Commissionsgutachten.

**) Ebendasselbst. — S. v. Meyer Thl. II. p. 114. ff. —

kommen,*) wesshalb denn auch ohne freie Zustimmung der Betheiligten kein dieselben bindender Beschluss gefasst werden kann.

Der Interimsbeschluss vom 29. Juli 1819 rechnete dazu auch die Fälle, wo ein Bundesglied Leistungen übernehmen soll, welche die andern nicht gleichmässig tragen. Dieser Fall ist zwar in der W. S. A. von 1820 art. 15 auch namentlich und mit gleicher Rechtswirkung, wie die *Jura singulorum*, aufgeführt, ohne jedoch denselben beigezählt zu werden. Eine specielle Aufzählung der *Jura singulorum* findet sich in den Bundesgesetzen nicht. Unverkennbar ist aber der Schlusssatz des Art. 7 der deutschen Bundesacte, wodurch für Religionssachen und *Jura singulorum* Stimmeneinhelligkeit vorgeschrieben ist, einer ähnlichen Bestimmung des westphälischen Friedens nachgebildet*). Hiernach gab es auch zur Zeit des deutschen Reiches drei Fälle, in denen auf dem Reichstag nicht die Stimmenmehrheit entschied, nämlich:

- 1) Religionssachen.
- 2) *Jura singulorum*.
- 3) Wenn die katholischen und protestantischen Stände *in partes* gingen, (*Itio in partes*) d. h. wenn die Katholiken oder die Protestanten insgesamt erklärten, dass sie in Bezug auf eine Sache anderer Meinung seien, wie der andere Religionstheil, es mochte nun

*) Vergl. noch über diesen Begriff das durch B. B. v. 29. Juli 1819 als Provisorium angenommene Commissionsgutachten bei v. Meyer Thl. II. pag. 418. — Hier wird besonders der Unterschied der *jura singulorum* und *jura quaesita* hervorgehoben.

**) I. P. O. art. V. §. 52. »*In causis religionis, omnibusque aliis negotiis, ubi status tanquam unum corpus considerari nequeunt, ut etiam catholicis et augustanae Confessionis statibus in duas partes euntibus, sola amicabile compositio lites dirimat, non attenta votorum pluralitate.* —

die fragliche Sache an sich eine Religionssache oder *Jus singulorum* sein oder nicht. Die *jura singulorum* waren zur Zeit des deutschen Reiches ein fortwährender Gegenstand des Streites, weil die protestantischen Stände auch die Reichssteuersachen dazu gezählt wissen wollten. Dieser Streit ist nun durch die W. S. A. art. 15, in Bezug auf den deutschen Bund abgeschnitten, denn hiernach gehört unbestreitbar die Bestimmung der Quantität der Geldmittel für die Bundesanstalten und Bundeszwecke nicht zu den *Juribus singulorum*.

§. 28.

Von den Interessen oder sogenannten politischen Rechten der Bundesglieder.

Es ist bereits bei dem deutschen Bunde einmal ein Streit darüber angeregt worden, ob auch Interessen, (das *utile*) oder, wie man in neuerer Zeit sich auszudrücken angefangen hat, die «politischen Rechte» der einzelnen Bundesglieder, nach den Grundsätzen über *Jura singulorum* zu behandeln seien, so dass, wenn auch darüber nicht von der Bundesversammlung durch Stimmenmehrheit verfügt werden könne, doch aber ein solcher Streit als ein Rechtsstreit zu behandeln sei, und daher doch wenigstens nach Art. 11 der Bundesakte eine austrägalgerichtliche Entscheidung verlangt werden könne oder nicht. *)

Dieser Streit ist nun zwar durch die Bundesversammlung zu keiner Entscheidung gekommen. Vom allgemeinen juristischen Standpunkte aus betrachtet, erscheint der

*) Prot. der B. V. v. 1820. Bd. XII. p. 92. u. fl. p. 149 fl. — Heffter Beitr. z. deut. Staats- und Fürsten-Recht p. 182.

Begriff der *Jura singulorum* allerdings nur da passend, wo von besonderen Rechten eines Bundesgliedes gegen die **Gesammtheit** des deutschen Bundes die Rede ist, nicht aber da, wo ein Bundesglied gewisse Interessen, die dem Rechte eines anderen einzelnen Bundesgliedes widerstreiten, in Anspruch nimmt.

Allein daraus folgt noch nicht, dass derjenige, welcher für seinen Theil ein Interesse oder sogenanntes politisches Recht behauptet, in einem Streite mit einem anderen Bundesgliede gar keine Autorität anzuerkennen schuldig sei. Vielmehr setzt Art. 11 der Bundesacte für alle Bundesglieder hinsichtlich aller und jeder Streitigkeiten derselben unter einander und ohne Ausnahme und ohne alle Unterscheidung eine austrägalgerichtliche Entscheidung fest. *)

Jedoch ist durch die Praxis des Bundes anerkannt, dass ein Bundesglied, welches in einer solchen Sache als Parthei erscheint, sich der Abstimmung zu enthalten habe. **)

§. 29.

Von den gemeinnützigen Anordnungen.

Gemeinnützige Anordnungen sind nach der Bundesacte art. 6, und der W. S. A. art. 64 Beschlüsse über solche

*) Das Gegentheil sucht auszuführen: Carl Friedr. Eichhorn Betrachtungen über die Verf. des deut. Bundes. Berlin 1833. Die Widerlegung findet sich schon vollständig in Dresch, Beiträge, Tübingen 1822. Nr. V. und sodann in desselben Abhandl. München 1830. Nr. I. — Vergl. auch die anonyme Schrift: über die austrägalgerichtl. Entscheidung von Streitigkeiten unter den Mitgliedern des deut. Bundes Wien, 1833.

**) Das baierische Votum in den Bundesprotokollen vom 2. Decbr. 1816. §. 36. Prot. I. p. 121; vgl. mit den Protok. 2. Bd. §. 105.

zu den Befugnissen der einzelnen Bundesregierungen gehörigen Gegenstände, welche die Bundesversammlung zu ihrer Berathung zieht, weil sie für sämtliche Bundesstaaten auf irgend eine Art von gemeinsamer Wichtigkeit oder Bedeutung sind, und durch ihre Behandlung nach gleichförmigen Grundsätzen in sämtlichen Bundesstaaten für alle Einzelnen ein grösserer Vorthail zu erwarten steht. Durch B. B. vom 30. Jan. 1817 Sitz. VI. §. 30 wurde beschlossen, ein Verzeichniss der eingehenden Vorschläge zu gemeinnützigen Anordnungen anzulegen, welches in der letzten Sitzung des Jahres der B. V. überreicht, und dem Protokolle beigelegt werden soll. — Bisher ist die Bundesversammlung mit der Zustandebringung derselben nicht sehr glücklich gewesen.*) Günstigere Resultate haben dagegen die ausserhalb derselben unter den einzelnen Bundesstaaten gepflogenen Negotiationen gehabt.**)

§. 30.

Von den Bundestagscommissionen und den Bundescommissionen.

Bundestagscommissionen sind Ausschüsse, welche von der Bundesversammlung aus den Bundestagsgesandten zur

*) Zur Gewährung der in der Wiener Congressacte v. 9. Juni 1815. art. 109 bis 116, ferner in der Bundesacte art. 19, und den B. B. v. 5. Aug. 1820 Plenarversammlung §. 4. wiederholt zugesicherten Freiheit der Fluss-Schiff-Farth sind bis jetzt zu Stande gekommen 1) die Elb-Schiff-Farth-Acte d. d. Dresden, v. 23. Juni 1821. (in Martens *recueil*, suppl. IX. p. 714); 2) die Weser-Schiff-Farth-Acte, d. d. Minden 10. Sept. 1823. (bei Martens l. c. X. p. 301; 3) die Rhein-Schiff-Farth-Acte, d. d. Mainz, 31. März 1831 (in Alexand. Müller, Arch. f. die neueste Gesetzgebung I. p. 619).

**) So z. B. der Abschluss des preussischen Zollvereines, die damit in

Instruierung und Vorbereitung eines sodann durch die Bundesversammlung selbst zu entscheidenden Gegenstandes gewählt werden. *) Ausser diesen gibt es auch noch andere Commissionen, welche durch Beschlüsse der Bundesversammlung für gewisse Angelegenheiten angeordnet werden, und nicht aus Bundesgesandten bestehen. Dahin gehören z. B. die Militaircommission des Bundes, **) die Centraluntersuchungscommission zur Untersuchung der demagogischen Umtriebe ***) und die Archiv-Commission zu Wetzlar zur Bewahrung des ehemaligen reichskammergerichtlichen Archivs. †) Diese Commissionen heissen Bundescommissionen. Der Umfang ihrer Befugnisse richtet sich lediglich nur nach den von der Bundesversammlung ihnen ertheilten Instructionen.

Verbindung stehende Münzconvention u. s. w. — Als ein dringendes und unaufschiebliches Bedürfniss erscheint gegenwärtig die Abfassung eines gemeinschaftlichen Handels- und Wechselgesetzes für die diesem Zollverein beigetretenen Staaten. —

*) Die Geschäftsordnung der Bundestagscommissionen v. 29. April 1819 s. bei v. Meyer Thl. II. p. 108 fl. — Hiezu sind auch die nicht stimmführenden Gesandten von Curiatstimmen verwendbar. B. B. v. 26. März 1821. Sitz. XII. §. 73.

**) Geschäftsordnung der technischen Militärcommission der deut. B. V. v. 15. März 1819. Ebendas. p. 103 fl. Vergl. auch B. B. v. 29. Juli und 5. Aug. 1819. Ebendas. p. 121.

***) B. B. v. 20. Sept. 1819. Ebendas. p. 145. — B. B. v. 20. Juni 1833, 8. Aug. u. 10. Oct. 1833. bei v. Meyer Fortsetzg. z. II. Thl. Nr. CXV. p. 427. —

†) B. B. v. 25. Jan. 1821. Sitz. III. §. 15. — B. B. v. 7. Febr. 1822 Sitz. V. §. 46. — B. B. v. 19. Juni 1823. Sitz. XVII. §. 109. — B. B. v. 29. Jan. 1824. Sitz. III. §. 34. — B. B. v. 5. Mai 1825. Sitz. XI. §. 58 u. 59. — B. B. v. 17. Mai 1838. Sitz. VIII. §. 118. — B. B. v. 25. Jul. 1839. Sitz. XIV. §. 188. — B. B. v. 25. Sept. 1839. Sitz. XXII. §. 305. —

§. 31.

Geschäftskreis des Präsidenten der Bundesversammlung.

Das Präsidium der Bundesversammlung, welches von Oesterreich geführt wird, (B. A. art. 5.), hat überhaupt die formelle Leitung der Bundestagsangelegenheiten zu besorgen, mithin die Vollmachten und Creditive der Gesandten, Eingaben und Anträge an die Bundesversammlung anzunehmen und zu präparieren, die Sitzungen zu bestimmen, den Bundestag zu vertagen und wieder zu eröffnen, den Vorsitz in den Sitzungen zu führen, und die Umfrage und Stimmenzählung vorzunehmen. Das wichtigste Recht desselben aber besteht darin, bei Stimmengleichheit im engern Rathe ein *Votum decisivum* abzugeben (B. A. art. 7).

Ferner hat der Präsident die Aufsicht, die Befugniss zur Anstellung und zur Entlassung im Falle nicht gehörig erfüllter Amtspflicht und die Jurisdiction über das Unterpersonal der Bundesversammlung, welches gebildet wird, durch einen Canzleidirector, (der zugleich die Protocolle in den Sitzungen zu führen hat); einen Registrator, einen Cassier, einen Cassecontroleur, zwei Canzellisten, den Druckcorrector, welcher zugleich die Stelle eines dritten Canzellisten versieht, und zwei Pedellen und einen Casse-diener. *)

§. 32.

Verhältniss der Bundestagsgesandten zur freien Stadt Frankfurt.

Den Bundestagsgesandten kommt, wie überhaupt nach

*) Registratur über die VI. Präliminarconferenz der Gesandten v. 30. Oct. 1816. in der Quartausgabe d. P. der B. V. I. p. 256. — Prot. d. B. V. v. 23. Dec. 1816. §. 70. — Vergl. Geschäfts-O. der B. V. v. 14. Nov. 1816. Nr. IV. — B. B. v. 14. Oct. 1830 u. 27. Jan. 1831.

völkerrechtlichen Grundsätzen jedem Gesandten, sowohl als Einzelnen, als in ihrer Gesammtheit (als Bundestag), das Recht der Exterritorialität zu, und eben darum ist auch jede Jurisdiction der Stadt Frankfurt über die zu den Bundestagsgesandtschaften gehörigen Personen und ihre Diener ausgeschlossen. *) Daher hat auch das Präsidium die Versiegelung des Nachlasses vorzunehmen, wenn ein Bundestagsgesandter stirbt. **)

Zweite Abtheilung.

Verwaltungsrecht des Bundes.

§. 33.

Character der Bundesgewalt.

Die Bundesgewalt ist der Inbegriff der Rechte, welche dem Bunde in seiner Gesammtheit (der Bundesversammlung) über die einzelnen Bundesglieder zustehen. Da nun der Bund eine politische, vertragsmässig begründete Corporation ist, so folgt, dass auch die Bundesgewalt eine eigentliche Collegialgewalt ist. Hieraus folgt weiter, dass die

*) Die Note der Bundesversammlung an den Frankfurter Senat vom 22. Oct. 1816 bei v. Meyer Thl. II. p. 53. —

*) Prot. der B. V. v. 22. Febr. 1., 8. und 15. März 1821 bei v. Meyer Thl. II. p. 199. —

Bundesversammlung von keinem einzelnen **Mitgliede** des **Bundes** eine **Weisung** anzunehmen hat, oder von demselben zur **Rechenschaft** gezogen werden kann. Es ergibt sich auch aus demselben Grunde, dass von einem **Beschlusse** der **Bundesversammlung** nicht noch einmal weiter an die **Person** der **Bundesfürsten**, gleichsam als höchste **Inстанz**, appelliert werden kann, weil diese selbst schon durch die **Bundesversammlung** vollständig repräsentiert werden.

§. 34.

Die Bundesgewalt als oberste politische Autorität in Deutschland.

Die **Bundesgewalt** ist die höchste politische **Autorität** in **Deutschland** — nicht als ob sie ihrem Begriffe nach über den einzelnen **Souverainen** stände, was mit dem Begriffe eines **Staatenbundes** und der **Souverainität** gleichmässig im **Widerspruche** wäre, sondern darum, weil sie durch die **Vereinigung** aller in **Deutschland** anerkannten **Souveraine** gebildet wird und ihre **Beschlüsse** als der **Ausdruck** ihres freien und vertragsmässigen **Gesamtwillens** erscheinen. Die **Mitglieder** des **Bundes** selbst, nämlich die **Souveraine**, sind daher auch der **Bundesgewalt** nicht weiter unterworfen, als diess durch den **Zweck** des **Bundes** geboten und durch die **Grundgesetze** desselben vorgeschrieben ist, wie diess schon daraus folgt, dass der **Bund** nur eine zu gewissen **Zwecken** errichtete **Corporation** ist.

§. 35.

Verhältniss der Bundesgewalt zu den Unterthanen der einzelnen Bundesstaaten.

Die **Bundesgewalt** als **Collegialgewalt** erstreckt sich ihrem Begriffe nach nur über die **Mitglieder** dieser politi-

sehen Corporation, d. h. also nur über die Souveraine selbst, nicht aber unmittelbar über deren Unterthanen. Es ist daher auch für diese durchaus kein Beschluss der Bundesversammlung verbindlich, so lange er nicht von der betreffenden Staatsregierung speciell publiciert ist. (Vergl. noch §. 40.)

§. 36.

Aufzählung der in der Bundesgewalt liegenden Rechte.

Der Inbegriff von Rechten, der die Bundesgewalt bildet, lässt sich analog den Rechten, welche in dem Begriffe der Staatsgewalt liegen, in folgende einzelne Rechte auflösen: I. In formeller Beziehung sind 1) die gesetzgebende, und 2) die vollziehende Gewalt des Bundes zu unterscheiden. II. Diese beiden Gewalten in Bezug auf die Verhältnisse betrachtet, welche Object der Bundesgewalt sein können, erscheinen sodann ferner analog den materiellen im Begriffe der Staatsgewalt liegenden Hoheitsrechten, *) A. als sog. richterliche Gewalt; **) B. als Polizeigewalt; C. als Finanzgewalt; D. als Militairgewalt, und endlich E. correspondierend den im Begriffe der Staatsgewalt liegenden Hoheitsrechten) als Repräsentativgewalt des Bundes.

*) Der Ausdruck »Hoheitsrechte« wird von den in der Bundesgewalt liegenden Rechten nicht gebraucht, sondern durchaus nur der Ausdruck : »Gewalten.« —

**) Richtiger wäre die Bezeichnung: »Gerichtsbarkeit, *jurisdictio*,« weil auch der Bund nie selbst Recht spricht, sondern nur durch eigens construierte Instanzen, welche von den Weisungen der B. V. völlig unabhängig sind,

§. 37.

Von der Competenz der Bundesversammlung in Bezug auf die von ihr zu behandelnden Gegenstände im Allgemeinen.

Was die Competenz der Bundesversammlung anbetrifft, so lässt sich im Allgemeinen nur so viel angeben, dass sie mit Ausnahme des Falles, wo sie durch ein Austrägal- oder ein Bundesschiedsgericht thätig wird, keine richterliche Behörde, sondern nur eine politische Autorität ist. Darum sind auch alle Entscheidungen, die von der Bundesversammlung selbst ausgehen, niemals als Richtersprüche, sondern nur als Gesetze zu betrachten. Daher kann auch die Bundesversammlung von ihren Beschlüssen beliebig wieder abgehen, dieselben aufheben und durch neue Beschlüsse das Gegentheil der früheren festsetzen. Die Gegenstände, welche zur Competenz der Bundesversammlung gehören, sind im Allgemeinen durch den Zweck des Bundes bestimmt. Ueberdiess erstreckt sich aber die Competenz der Bundesversammlung noch auf jene Verhältnisse, welche ihr namentlich durch die Grundgesetze des Bundes oder durch neuere Bundesbeschlüsse zugewiesen sind. In allen unter diese Kategorien gehörenden Sachen entscheidet und beschliesst also die Bundesversammlung wie ein Regierungscollegium und gesetzgebender Körper; nur darf sie da nicht selbst entscheiden, wo ausnahmsweise ihr durch die Grund- und Bundesgesetze nur die Vollziehungsgewalt beigelegt und die Entscheidung besonderen Behörden (Austrägalinstanz und Bundesschiedsgericht) zugewiesen ist. Ganz auf diesen Grundsätzen stehend, ist auch die Frage nach der Competenz der Bundesversammlung durch die sogenannte Competenzbestimmung der Bundesversammlung vom 12. Juni 1817

Sitz. XXXIV. §. 223. sowohl hinsichtlich der innern, als äussern Verhältnisse des Bundes beantwortet, und zwar in ersterer Beziehung nach folgenden drei Haupt-rücksichten:

A. Mit Rücksicht auf den Bund selbst, d. h. auf die Stellung, Rechte und Pflichten der Bundesmitglieder zu einander als Mitglieder derselben Gesamtheit;

B. Mit Rücksicht auf die einzelnen Staaten und Regierungen zu einander;

C. Mit Rücksicht auf einzelne Deutsche; sie mögen nun Privatpersonen sein, oder Corporationen, oder sonst eine ganze Klasse von Personen, insoferne diesen der Bund gewisse Rechte garantiert hat.

Eine specielle Aufzählung der zur Competenz der Bundesversammlung gehörigen Gegenstände ist daher auch in der Competenzbestimmung nicht versucht worden, und ist auch an sich nicht nothwendig.

In Bezug auf die zu ihrer Competenz gehörigen Gegenstände schreitet die Bundesversammlung theils unaufgefordert, theils nur auf Antrag der Betheiligten ein:

A. Ersteres ist der Fall in Bezug auf Grundgesetze, organische Einrichtungen, die militairischen und finanziellen Verhältnisse des Bundes, die Erfüllung der bundesgesetzlichen Verpflichtungen der Bundesglieder gegen den Bund, ferner in Bezug auf alle auswärtigen Verhältnisse, sodann bei Störungen des Besitzstandes durch Feindseligkeiten der Bundesglieder unter einander, und bei Bedrängung einer Regierung durch ihre rebellischen Unterthanen, Sicherung der Neutralität der Bundesglieder bei Kriegen auswärtiger Mächte, Kriegserklärungen und Friedensschlüsse des Bundes und Interpretation der Bundesbeschlüsse. *)

*) B. A. art. 10. — W. S. A. art. 18. 19. 26. 28. 31. 43. 50. 51. 52. — Bundesbeschl. v. 28. Juni 1832 art. 6. —

Ueberdiess soll die Bundesversammlung noch unaufgefordert sorgen für die Einführung landständischer Verfassungen in allen deutschen Bundesstaaten, für gleichlautende Bestimmungen über Pressfreiheit, Nachdruck, Handelsverkehr, bürgerliche Verbesserung der Juden, nähere Bestimmung der Rechte der Standesherrn, Festsetzung einer beständigen Stimmordnung unter den Bundesgliedern und Aufrechthaltung der Bestimmungen des Reichsdeputationshauptschlusses vom 25. Febr. 1803 über die Rheinschiffahrtsoctroi und deren Renten, und die ebendasselbst bestimmten Pensionen und Sustentationen. *)

B. Auf Aufforderung :

- a) Einzelner Bundesstaaten hat der Bund einzuschreiten, (abgesehen von dem Fall, dass die Anträge eines Bundesstaates die Bundesangelegenheiten selbst berühren B. A. Art. 5.), wenn Streitigkeiten zwischen den einzelnen Bundesgliedern unter sich entstehen und die Vermittelung der Bundesversammlung oder die Execution eines Austrägalgerichtserkenntnisses verlangt wird; ferner wenn ein Bundesglied Schutz des Besitzstandes oder Hülfe gegen aufrührerische Unterthanen verlangt, oder ein Bundesstaat die Vermittelung des Bundes in seinen eigenen oder auch seiner Unterthanen Angelegenheiten mit auswärtigen Staaten anspricht, oder wenn eine Bundesregierung die Garantie einer von ihr eingeführten landständischen Verfassung nachsucht, oder Vorschläge zu gemeinnützigen Anordnungen macht, oder wenn sich ein Bundesglied durch die in einem andern Bundesstaate erschienenen Druckschriften verletzt glaubt. **)

*) B. A. art. 6. 8. 14. 15. 16. 18. 19. — W. S. A. art. 54. 63. 65.

**) B. A. art. 11. — W. S. A. art. 20. 21. 26. 27. 60. 64. — Die Competenzbestimmung vom 12. Juli 1817. §. 4. — Pressgesetz vom 20. Sept. 1819. §. 6. —

- b) Auf Aufforderung einzelner Privatpersonen oder Corporationen ist die Bundesversammlung competent bei Recursen und Reclamationen wegen Justizverweigerung oder wegen Verletzung der ihnen durch die Bundesverfassung garantierten Rechte; auch wenn es sich um Rechte handelt, die durch die Landesverfassung begründet sind, jedoch hier nur, wenn der Bund die Garantie der Verfassung übernommen hat,*) insofern nämlich nicht schon aus allgemeinen Gründen**) der Bund einzuschreiten befugt ist. Auch bei Reclamationen von Privatpersonen, welche nach der W. S. A. Art. 30 Anlass zu einem Austrägalverfahren unter mehreren Bundesgliedern geben können, ist die Bundesversammlung competent einzuschreiten. ***)
- c) Endlich kann die Bundesversammlung sogar auf die Aufforderung auswärtiger Staaten thätig werden, wenn nämlich diese über Verletzungen durch ein Bundesglied klagen (W. S. A. Art. 36), oder wenn von zwei streitenden fremden Mächten, deren Streit Bundesglieder bedroht, die Vermittlung des Bundes begehrt oder angenommen wird, (W. S. A. art. 43.) oder wenn eine auswärtige Macht die Verwendung der Bundesversammlung bei einem Bundesgliede wegen einer Beschwerde gegen einen Unterthan desselben nachsucht. †)

*) W. S. A. art. 19. 53. 60. —

**) W. S. A. art. 61.

***) Kompetenzbestimmung art. 5. —

†) Kompetenzbestimmung §. 5. C. 3. d. 1 u. 2. —

§. 38.

I. Formelle Rechte der Bundesversammlung**A) Von der gesetzgebenden Gewalt des Bundes.****1) Rechtlicher Character der Bundesgesetzgebung überhaupt.**

Alle Gesetze, welche von der deutschen Bundesversammlung beschlossen werden, sie mögen Grundgesetze sein oder nicht, tragen den Character der Vertragsmässigkeit an sich, und sind daher als Staatsverträge zu betrachten. Dieser Character kömmt ohne Unterschied auch jenen Bundesgesetzen zu, welche durch Stimmenmehrheit zu Stande gekommen sind, indem auch die Verbindlichkeit zur Anerkennung eines solchen Beschlusses nur eine vertragsmässig übernommene ist, (B. A. art. 7) und mithin also auch in solchem Falle jedes Bundesglied nur selbstgebilligten Gesetzen gehorcht.

§. 39.

2) Verhältniss der gesetzgebenden Gewalt der deutschen Landesherrn zur gesetzgebenden Gewalt des Bundes.

Da die Bundesacte (art. 12 u. fl.) und die spätere Bundesgesetzgebung mancherlei Bestimmungen über politische Rechte enthalten, welche den Unterthanen der einzelnen Bundesstaaten von ihren Regierungen gewährt werden sollen, so musste alsbald die Frage aufgeworfen werden, ob ein Bundesglied befugt sei, seinen Unterthanen

durch Landesgesetze mehr Rechte einzuräumen, als ihnen die Bundesgesetze zusprechen.

Nach der Natur der Sache und nach der Analogie der Rechtsgrundsätze, die zur Zeit des deutschen Reiches galten, müsste diese Frage bejaht werden; denn nach der alten Reichsverfassung war den Landesherren nur untersagt, verbiethenden Reichsgesetzen zuwiderlaufende Gesetze zu erlassen. *) Auch möchte man aus der Geschichte der Abfassung der deutschen Bundesacte mit Grund schliessen dürfen, dass in den Art. 12 — 19 der Bundesacte nur ein *Minimum* von Rechten bestimmt werden sollte, welches jedes Bundesglied seinen Unterthanen zu gewähren schuldig sei. Allein schon in der W.S.A. art. 57 wurde hinsichtlich der landständischen Rechte eine gewisse Gränze gezogen, und besonders vorgeschrieben, dass die landständischen Befugnisse nie so weit durch ein Landesgesetz ausgedehnt werden dürften, dass hieraus eine Theilung der Staatsgewalt entstände. Auch wurde in Bezug auf das badische Pressgesetz vom 28. Dezbr. 1831 durch Beschluss der Bundesversammlung vom 6. Juli 1832 Sitz. 24. ausgesprochen, „dass dieses Gesetz für unvereinbar mit der Bundesgesetzgebung zu erklären sei, und daher nicht bestehen dürfe“ — und demzufolge ist auch von der Badischen Regierung durch Verordnung vom 8. Juli 1832**) jenes Pressgesetz wieder ausser Wirkung gesetzt worden.

§. 40.

3) Verhältniss der Bundesgesetzgebung zu den deutschen Landständen.

Nach der natürlichen Rechtsregel, dass eine Gesamt-

*) Meine deutsche Staats- und Rechtsgeschichte §. 121. —

**) Reg.-Bl. Nr. XLII. 1832. — Uebrigens bestimmte schon §. 17 der Bad. V. U. ausdrücklich: „die Pressfreiheit wird nach den

heit nicht mehr Rechte haben könne, als ihre einzelnen Mitglieder an sie abgeben können, müsste man nach logischer Consequenz den Satz aufstellen, dass in Bezug auf die innere Verfassung und die inneren Rechtsverhältnisse in den deutschen Bundesstaaten, über welche selbst der Landesherr nicht ohne Concurrenz der Landstände beschliessen und verfügen kann, auch der Bund nicht einseitig verfügen könne, ohne dass vorher jedes Bundesglied mit seinen Landständen die nothwendige Vereinbarung getroffen hätte. Allein der practischen Geltung dieser Ansicht stehet entgegen, dass die gegenwärtig bestehenden landständischen Verfassungen in der Bundesgesetzgebung selbst wurzeln, und namentlich durch Art. 13 der B. A. und Art. 54 der W. S. A. ins Leben gerufen worden sind, und also selbst als eine positiv-bundesverfassungsmässige Institution erscheinen. Auch ist so viel gewiss, dass es bei der Abfassung der Bundesacte durchaus nicht in der Absicht der Souveraine gelegen ist, die Rechtsgültigkeit der Bundesbeschlüsse von einer landständischen Genehmigung abhängig zu machen. Vielmehr liegt der Bundesacte offenbar die Ansicht zu Grunde, dass der von den Souverainen in ihrer Gesammtheit (als Bund) den deutschen Völkern gemachten Concession landständischer Verfassungen ungeachtet, nichts desto weniger diese Gesammtheit, der Bund, die höchste politische Autorität in Deutschland verbleiben müsse, und dass die landständischen Befugnisse nie die Bundesgewalt sollten beschränken, oder die Ausführung eines Bundesbeschlusses sollten verhindern können. *) Die Verbindlichkeit eines Bundesbeschlusses für die Unterthanen der deut-

künftigen Bestimmungen der Bundesversammlung gehandhabt werden."

*) Diese Grundsätze sind positiv bundesgesetzlich ausgesprochen, W. S. A. art. 37. 38. — Bundesbeschluss vom 28. Juni 1832. art. 3. 2. 3. 4. — Vergl. Präsidialvortrag, 20. Sept. 1819. Sitz. XXXV. §. 220. Nr. I. bei v. Meyer Thl. II. p. 125 fl. —

schen Staaten hängt daher auch nicht von dessen Genehmigung durch die Landstände der einzelnen Staaten, sondern lediglich von der Publication desselben durch den Landesherrn ab (§. 35), und hierbei kann es keinen Unterschied begründen, ob diess durch die Landesverfassung speciell ausgesprochen worden ist, oder nicht.

§. 41.

B. Vollziehende Gewalt des Bundes.

1) Berathungs- und Vollziehungsgegenstände.

Alle Gegenstände, in Bezug auf welche die Bundesversammlung thätig wird, sind nach der Art dieser Thätigkeit entweder Berathungs- oder Vollziehungsgegenstände, je nachdem es sich darum handelt, gesetzliche Bestimmungen über dieselben zu treffen, oder die Gesetze durch die dem Bunde zustehenden Zwangsmittel zu handhaben, so dass also nach Umständen derselbe Gegenstand bald Berathungs- bald Vollziehungsgegenstand sein kann.

§. 42.

2) Executivmittel der Bundesversammlung.

Das Executivmittel der Bundesversammlung ist lediglich militairisches Einschreiten des Bundes, und dieses kann in dreifacher Beziehung statt finden:

- 1) In Beziehung auf die einzelnen Bundesregierungen selbst, insoferne diese ihren bundesmässigen Verpflichtungen nicht nachkommen, oder den austrägalgerichtlichen und bundesschiedsgerichtlichen Erkenntnissen nicht Folge leisten, oder insoferne zwischen Bundesgliedern Thätlichkeiten zu besorgen sind, in welchem

Falle die Bundesversammlung vor Allem den Besitzstand schützen muss. *)

2) In Bezug auf die Unterthanen kann eine Anwendung der Executivmittel des Bundes vorkommen, wenn sich diese im Zustande der Widersetzlichkeit gegen ihre Regierung befinden, jedoch hier regelmässig nur, wenn es die betreffende Regierung verlangt, ausnahmsweise auch unaufgefordert, wenn die betreffende Regierung factisch an der Stellung eines solchen Antrags verhindert wäre. **)

3) In Bezug auf auswärtige Staaten kann man von Anwendung von Executivmitteln des Bundes nur in dem Sinne sprechen, als es sich um die Führung eines Bundeskrieges handelt. ***)

§. 43.

3) Verfahren bei der Execution.

Nach der W. S. A. art. 33 fl. beauftragt die Bundesversammlung (den Fall des Bundeskrieges abgerechnet, an dem alle Bundesstaaten gemeinschaftlich Antheil zu nehmen haben) eine oder mehrere Regierungen zur Durchführung der beschlossenen Execution unter der Leitung eines sogenannten Civilcommissairs, den die beauftragten Regierungen zu ernennen haben. Die gesetzlichen Bestimmungen über das Verfahren bei der Execution enthält die Bundesexecutionsordnung vom 3. August 1820. Hiernach besteht eine von 6 zu 6 Monaten zu erneuernde Bundescommission von 5 Mitgliedern, welche die Vollziehungsgegen-

*) W. S. A. art. 31. fl. — Executionsordnung v. 3. August 1820. art. 1. —

**) W. S. A. art. 25. 26. 27. 32. —

***) W. S. A. art. 33 bis 47. —

stände zu prüfen und der Bundesversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen und vorzubereiten hat. Bevor jedoch ein Beschluss der Execution zur Ausführung kommt, wird, wenn dieselbe gegen eine Bundesregierung gerichtet werden soll, dieser eine Frist zur Erfüllung ihrer Obliegenheiten gesetzt. Nach vergeblichem Ablaufe derselben wird sodann in der Bundesversammlung der Anfang der Execution beschlossen und diess der betreffenden Regierung notificiert. Sodann macht die mit der Execution beauftragte Regierung der damit bedrohten die Anzeige, dass sie damit nach drei Wochen in Ermanglung genügender Nachweisung der Parition wirklich beginnen werde. Ein Incidentverfahren kann dabei eintreten, wenn eine Bundesregierung sich weigert, die Execution zu übernehmen. Auch tritt bei Bundesausträgerkenntnissen die Execution nur auf Antrag der Betheiligten ein.

§. 44.

II. Von den materiellen Rechten der Bundesgewalt.

A. Von der sog. richterlichen Gewalt (Gerichtsbarkeit) des Bundes überhaupt.

Eine oberste richterliche Gewalt (Gerichtsbarkeit, *jurisdictio*) im eigentlichen Sinne, in der Art, wie früher dem Reichskammergericht eine solche zukam, hat die deutsche Bundesversammlung nicht, und daher gibt es auch von den Entscheidungen der obersten Gerichtshöfe in den einzelnen deutschen Staaten keine Berufung an den Bund. Doch verstattet die W. S. A. art. 29 im Falle einer Justizverweigerung durch die Gerichte eines Bundesstaates den betheiligten Unterthanen bei der B. V. eine *Querela*

protractae et denegatae justitiae anzubringen, worauf sodann der Bund dahin zu wirken hat, dass die Rechtspflege nach Maasgabe der Landesgesetze ausgeübt werde. *) Auch sind nach der W. S. A. art. 30 Privatpersonen berechtigt, Bundesglieder gegen einander vor der Bundesversammlung zu einem austrägalgerichtlichen Verfahren zu provocieren, wenn nämlich ungewiss ist, welches von mehreren Bundesgliedern von einer Privatperson wegen Staatsschulden, Entschädigungen und anderen ähnlichen Forderungen als Verpflichteter in Anspruch zu nehmen ist. Ein richterliches Einschreiten des Bundes kommt nur in zwei Beziehungen vor, nämlich:

1) In Bezug auf Streitigkeiten der Mitglieder des Bundes unter einander:

2) In Bezug auf Streitigkeiten der Regierung eines Bundesstaates mit ihren Landständen.

Im ersten Falle beschränkt sich jedoch die Befugniss des Bundes darauf, zu verlangen, dass die Streitigkeiten der Bundesglieder vor der Bundesversammlung selbst angebracht werden sollen, und hierauf hat die Bundesversammlung nach einem vergeblichen Versuche der Güte für die Aufstellung einer wohlgeordneten Austrägalinstanz zu sorgen, sich selbst aber jeder richterlichen Entscheidung zu enthalten. **)

In zweiter Beziehung hat die Bundesversammlung ebenso nur für die Aufstellung einer entscheidenden Behörde, des sogenannten Bundesschiedsgerichts, zu sorgen, das erst durch den Bundesbeschluss vom 30. October 1834 angeordnet worden ist. Dabei stehet den Bundesgliedern nunmehr frei, auch ihre Streitigkeiten unter einander, wenn sie es vorziehen, bei dem Bundesschiedsgerichte anzubringen, an-

*) Vergl. den B. B. v. 7. Oct. 1830. betr. die Beschwerde des Freiherrn von Sierstorpff. S. oben p. 101. not. *)

*) B. A. art. 11. —

statt sich einer austrägalgerichtlichen Entscheidung zu unterwerfen. *)

Aus dem Art. 11 der Bundesacte ergibt sich hinsichtlich der Streitigkeiten der Bundesglieder untereinander so viel:

1) Dass alle und jede Streitigkeiten der Bundesglieder vor der Bundesversammlung eingebracht, und bei Ermangelung gütlicher Ausgleichung austrägalgerichtlich zu entscheiden sind, ohne dass in Bezug auf die sogenannten Interessen oder politischen Rechte eine Ausnahme stattfinden könnte. **)

2) Wenn die Bundesgewalt in den gegebenen Verhältnissen als richterliche Gewalt thätig wird, so wird sie doch nicht durch die Bundesversammlung selbst ausgeübt, sondern sie beschränkt sich auf die Befugnis, für die Aufstellung des Austrägalgerichts zu sorgen, und diess erscheint seinem juristischen Wesen nach als ein eigentlicher, wenn gleich nur für einzelne Fälle zu bestellender Bundes-Gerichtshof, welcher nicht nach Instructionen der Bundesregierungen oder der Bundesversammlung, sondern völlig unabhängig von jeder solchen Einwirkung, und wie jedes Richtercollegium nur nach Gesetz und Recht zu entscheiden hat.

3) Daraus, dass in einer Sache die richterliche Gewalt des Bundes nicht competent ist, d. h. dass sich dieselbe nicht zu einem austrägalgerichtlichen oder bunddesschiedsgerichtlichen Verfahren eignet, folgt noch nicht, dass der Bund darüber nicht in anderen Beziehungen competent und einzuschreiten befugt sei, z. B. in etwaigen Successionsstreitigkeiten der Mit-

*) B. B. v. 30. Oct. 1834. art. XII. —

*) S. §. 28. dieses Anhangs.

glieder einer regierenden Familie, oder bei Streitigkeiten und Verwicklungen einer Regierung mit dem Volke selbst wegen angeblichen Missbrauches der Staatsgewalt, Verfassungsverletzung u. dgl., oder bei Streitigkeiten gewisser Unterthanenklassen z. B. der Standesherrn, oder eines katholischen oder protestantischen Religionstheiles mit der Landesregierung über die ihnen bundesverfassungsmässig garantierten Rechte. Hier kann der Bund, und zwar in den gewöhnlichen Formen der Verhandlung der Bundesversammlung, einschreiten und sich als competent erklären, als oberste in Deutschland bestehende, politische Gewalt (§. 54); jedoch ist hier der Natur der Sache nach seine Competenz dadurch bedingt, dass Streitigkeiten der gedachten Art den Zweck des Bundes, d. h. Erhaltung des Rechtszustandes in Deutschland, berühren und gefährden. Darum muss sich auch seine Wirksamkeit in solchen Fällen lediglich darauf beschränken, Störung der öffentlichen Ruhe zu verhüten und die Streitigkeiten dieser Art durch seine Dazwischenkunft vom gewaltsamen Ausbruche abzuhalten und entweder zu vermitteln oder sonst ihre Erledigung auf den durch die Landesverfassung dazu vorgezeichneten Wegen zu bewirken.

§. 45.

Von dem Austrägalgerichte insbesondere. *)

Durch die Anordnung der Austrägalinstanz suchte man das Problem der Rechtsverfolgung auf einem friedlichen

*) Literatur. G. v. Struve, erster Versuch auf dem Felde des deutschen Bundesrechtes betr. die verfassungsmässige Erledigung der Streitigkeiten zwischen deutschen Bundesgliedern. Bremen,

und gesetzlich geordneten Wege unter souverainen Staaten gegen einander zu lösen, ohne dadurch der Souverainität der Einzelnen zu nahe zu treten. Das Institut der Austrägalinstanz war schon der alten deutschen Rechtsverfassung bekannt, und ist aus dieser nur erst in der neuern Zeit entlehnt und mit einigen Veränderungen auf den deutschen Bund übertragen worden. Die ersten Spuren der Austräge findet man im 13. und 14. Jahrhundert, wo es der Adel für erniedrigend halten mochte, sich in seinen Streitigkeiten eigentlichen Gerichten zu unterwerfen, und daher lieber seine Rechtsansprüche, wenn er sie nicht mit dem Schwerdte ausmachen wollte, durch selbstgewählte Vermittler ausgleichen oder austragen liess. Nach Errichtung des Reichskammergerichts suchte man von Seiten der Reichstaatsgewalt den Gebrauch der Austräge einzuschränken, wegen des vielen Missbrauches und Verschleifes der Sachen, welche dabei gewöhnlich vorkamen. Man erlaubte sie daher nur noch den reichsunmittelbaren und jenen anderen Personen und Corporationen, die sie durch Herkommen oder kaiserliche Privilegien erworben hatten, als eine wahre erste Instanz, die der Kläger nicht überspringen durfte.

Die Bundesgesetze, die sich auf das Austrägalverfahren beziehen, sind:

- 1) Die Bundesacte Art. 11.
- 2) Die Wiener Schlussacte Art. 21 — 24.
- 3) Die Austrägalordnung vom 16. Juni 1817.
- 4) Die Bundesgesetze vom 3. August 1820; vom 19. Juni 1823; vom 7. Oct. 1830; vom 28. Februar 1833; vom 25. Juni 1835; und vom 19. Oct. 1838.

1830. Leonhardi: Das Austrägalverfahren des deutschen Bundes. Frankfurt 1838. — F. v. Lindelof, von dem Rechte der Bundesausträgalgerichte, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen Fristversäumnisse zu ertheilen. Darmstadt, 1838.

Nach diesen Gesetzen soll die Bundesversammlung bei Streitigkeiten unter den Bundesgliedern vor Allem eine gütliche Vermittlung durch einen Ausschuss versuchen. B. A. art. 11. — (Austrägalordnung von 1817 No. II.) Gelingt diess nicht, so schreitet sie zur Veranlassung einer Austrägalinstanz (B. A. art. 11). Als Austrägalinstanz soll nun nach der Bestimmung der Austrägalordnung III. 1, die Bundesversammlung selbst betrachtet werden. Sie darf aber weder den Process selbst leiten, noch das Urtheil selbst sprechen, sondern sie thut diess durch eine dritte oberste Justizstelle (ein Oberappellationsgericht oder Oberhofgericht) irgend eines deutschen Bundesstaates. Dieses wird von dem Kläger aus drei Oberappellationsgerichten gewählt, welche ihm der Beklagte längstens innerhalb 6 Wochen von dem Tage der bei der Bundesversammlung gemachten Anzeige des misslungenen Sühneversuches vorzuschlagen hat. Versäumt der Beklagte diese Frist, so geht das Vorschlagsrecht an die Bundesversammlung über. Das so bestimmte Oberappellationsgericht leitet und entscheidet den Process im Namen und anstatt der Bundesversammlung, in Folge eines ihm von derselben zu ertheilenden förmlichen Auftrags, und soll nach Bestimmung der Austrägalordnung III. 5, die Sache stets in *pleno* verhandeln und entscheiden. *) Die Oberappellationsgerichte in Deutschland sind verpflichtet, die Bestellung als Austrägalgericht anzunehmen, haben aber ein Recusationsrecht, wenn sie der Bundesversammlung innerhalb 14 Tagen solche unbekannte Verhältnisse vorstellen können, die eine absolute

*) Diess ist durch B. B. vom 19. Oct. 1858. Sitz. XXIX. §. 320. dahin modificiert worden, dass denjenigen Regierungen, deren oberste Gerichte aus mehreren Senaten bestehen, und ausser dem Präsidenten oder Director mehr als 12 Mitglieder zählen, gestattet ist, einen besondern Senat für die Austrägalsachen zu bilden, der jedoch mit Einschluss des Vorsitzenden, wenigstens aus 15 Mitgliedern bestehen soll.

Unfähigkeit zur Ausübung des Richteramtes in diesem Falle dardun. Der *modus procedendi* wird nach der Processordnung geleitet, welche überhaupt bei dem gewählten Austrägalgerichte gilt. Nach B. B. v. 7. Oct. 1850. Sitz. XXXI. §. 254. sind die O.A.Gerichte angewiesen, in allen Fällen, wo sie als Austrägalgerichte eine unmittelbare Zustellung (*Insinuation*) ihrer Verfügungen an Anwälte der streitenden Theile nicht bewirken können, davon ihren Regierungen die Vorlage zu machen, damit dieselben in den Stand gesetzt werden, durch ihre Bundestagsgesandtschaften die geeignete Mittheilung an jene Regierung, die es angeht, zu bewirken. — Das Austrägalgericht hat alle Fristen von Amtswegen zu beachten, und wenn sie peremptorische sind, sofort mit deren Ablauf den Verzicht des Säumigen zu präsumieren, und auch ohne Contumacialantrag des Gegners das Weitere nach Lage der Sache zu verfügen. *) Die Entscheidung der Sache selbst geschieht aber nach gemeinem deutschen Rechte, und nach den, von den Reichsgerichten befolgten Normen, sofern nicht in einer Sache specielle Entscheidungsnormen, wie Verträge, Specialherkommen, u. dgl. angeführt werden können. Das Erkenntniss muss innerhalb Jahresfrist von Zeit der Anstellung der Klage an erfolgen, wenn nicht die Bundesversammlung auf einen dessfallsigen Bericht des Oberappellationsgerichtes eine weitere Frist bewilligt. Die Erkenntnisse des Oberappellationsgerichtes als Austrägalinstanz sind sofort mit ihrer Publication rechtskräftig. Alle *remedia ordinaria* sind daher unbedingt unzulässig.

Von den ausserordentlichen Rechtsmitteln ist nur die *Restitutio ex capite novorum* und auch diese nur ohne Suspensiveffect in einem *Quadriennium* vom Tage der Auffin-

*) B. B. v. 19. Juni 1825. —

dung der *nova* an verstattet, niemals aber eine Nullitätsquerel. *) Das Restitutionsgesuch wird in solchen Fällen bei der Bundesversammlung angebracht, über die Statthaftigkeit desselben entscheidet aber wieder jenes Oberappellationsgericht, welches die Hauptsache als Austrägalinstanz entschied. Der Restitutionseid muss hierbei von dem Vorstande der Behörde, welche die Nachsuchung der Restitution betreibt, und von sämtlichen Beamten, die bisher die Sache bearbeitet haben, in Person oder durch Specialbevollmächtigte geschworen werden, wenn sich der Gegner nicht begnügt, von diesen einen zu benennen, der schwören soll. Widerklagen sind nur statthaft bei materieller Connexität, und wenn sie sogleich mit der *Litiscontestatio*n verbunden werden. Interventionen und Litisdenuntiationen sind gleichfalls nur bei materieller Connexität zulässig. **)

Zur Adcitation eines andern dritten Bundesgliedes als Parthei ist aber das Austrägalgericht nicht berechtigt, weil es abgesehen von andern Gründen, dadurch die Gränze seines Mandates überschreiten würde. Die Execution der austrägalgerichtlichen Erkenntnisse geschieht durch die Bundesversammlung nach den Grundsätzen der Executionsordnung vom 3. Aug. 1820 ***) und ist daher für die Bundesversammlung lediglich nur ein Vollziehungsgegenstand, aber nicht mehr Berathungsgegenstand (§. 21.). Ueber Streitigkeiten, die sich bei der Execution selbst ergeben, entscheidet jedenfalls noch das Oberappellationsgericht, welches die Hauptsache entschieden hat. Durch Bundesbeschluss vom 25. Juni 1836. Sitz. X. §. 171 ist die Unanwendbarkeit von Stempelpapier und Sporteln auf Austrägal- und Compromiss-Verhandlungen ausgesprochen worden. — Nach

*) Ausdrücklich ist diess festgesetzt in dem B. B. v. 25. Juni 1833. Sitzg. XVI. §. 230.

**) B. B. v. 3. Aug. 1820., das bei Aufstellung der Austrägalinstanzen zu beobachtende Verf. betr. art. 3. —

***) S. §. 45. dieses Anhangs. —

B. B. v. 28. Febr. 1833. kann ein Austrägalgericht zwar mit unbedingten Mandaten vorschreiten, wenn über Neuerungen während der Rechtshängigkeit geklagt wird, jedoch hat sich das Gericht hierbei der Androhung von Geldstrafen zu enthalten, und die Veranlassung der Vollstreckung des auf das erlassene Mandat ergehenden, an die Bundesversammlung einzusendenden schliesslichen Erkenntnisses, dieser zu überlassen.

§. 46.

Bundesschiedsgericht.

Durch Bundesbeschluss vom 30. Oct. 1834 ist eine neue eigenthümliche Instanz unter dem Namen **Bundesschiedsgericht** eingeführt worden. Es tritt diese Instanz in Thätigkeit, wenn sich zwischen einer Bundesregierung und ihren Landständen, oder in den freien Städten zwischen dem Senate und den verfassungsmässigen bürgerlichen Behörden Streitigkeiten über die Auslegung einer von beiden Theilen anerkannten Verfassung oder über die Grenzen der den Ständen bei der Ausübung einzelner Regierungsrechte eingeräumten Mitwirkung, namentlich über die Grösse der Steuerbewilligung für die Dauer einer Steuerperiode ergeben (Art. I, XI.). Die Berufung auf diese Instanz steht nur allein der betreffenden Regierung nach Erschöpfung aller anderen verfassungsmässigen Wege, nicht aber auch den Landständen zu (Art. I). *) Eine Regierung kann daher auch nicht von ihren Landständen, wohl aber kann sie von der Bundesversammlung selbst dazu gezwungen werden, ihre Differenzen vor

*) Aus den Worten des art, III. »Erfolgt im Falle der Vereinbarung über die Berufung an das Bundes-Schiedsgericht etc.« erhellet jedoch, dass, wenn die Landstände gleichwohl kein Recht haben, die Regierung vor das Bundesschiedsgericht vorzuladen, doch auch die Stände nicht wider ihren Willen von der Regierung vor dasselbe genöthiget werden können.

das Bundesschiedsgericht zu bringen, weil der Bund nicht schuldig ist, der Regierung gegen ihre Landstände eher eine Hülfe und Unterstützung zu gewähren, bevor sie die Sache vor das Bundesschiedsgericht gebracht, und dieses darüber entschieden hat. Die Personen, die das Bundesschiedsgericht bilden, heissen Spruchmänner, und werden von den deutschen Bundesregierungen allein, ohne Mitwirkung ihrer Stände, und zwar nach den 17 Stimmen des engeren Rathes, von jeder Stimme zwei Spruchmänner, nämlich ein Justizbeamter und ein Administrativbeamter, jedesmal für den Zeitraum von drei Jahren gewählt, so dass also immer 34 gewählte Spruchmänner vorhanden sind (Art. II.). Aus diesen 34 Spruchmännern wählen nun vorkommenden Falles die betreffende Regierung und eben so auch ihre Landstände, jeder Theil gewöhnlich 3 Schiedsrichter; sie können sich aber auch auf 2 oder 4 im Ganzen beschränken, nie aber im Ganzen mehr als 8 Spruchmänner wählen. Kein Theil hat ein Recusationsrecht in Bezug auf die von dem andern gewählten Spruchmänner, nur dürfen die von der streitenden Regierung selbst in das Schiedsgericht ernannten Spruchmänner nicht von derselben ohne Zustimmung ihrer Landstände zur Fällung der Entscheidung gewählt werden (Art. III.). — Die hiermit erlesenen Schiedsrichter wählen sodann einen Obmann aus den übrigen Spruchmännern. Bei Gleichheit der Stimmen wird der Obmann von der Bundesversammlung gewählt (Art. IV.). Der Obmann ernennt aus den *in concreto* benannten Spruchmännern einen Referenten und einen Correferenten, von denen wenigstens einer oder der andere aus den von den Ständen ernannten Schiedsrichtern genommen sein muss (Art. V.). Die Schiedsrichter entscheiden sodann (wie eine *Jury*) nach eigenem Gewissen und eigener Einsicht *) (Art. VI.). Die

*) Es ist nicht gesetzlich bestimmt, dass die Spruchmänner verpflichtet

Entscheidung geschieht immer nach Stimmenmehrheit (Art. VI.). Das Urtheil soll regelmässig in 4 Monaten von der Ernennung des Obmannes an erfolgen (Art. VIII.); der schiedsrichterliche Ausspruch hat sodann ganz die Kraft eines austrägalgerichtlichen Erkenntnisses, d. h. er ist, wie dieses, nur ein Vollzugsgegenstand für die Bundesversammlung (Art. IX.). Bei Streitigkeiten über die Ansätze eines Budgets erstreckt sich die Kraft des Schiedsspruches auf die Dauer der Steuerbewilligungsperiode, welche das in Frage stehende Budget umfasst (Art. IX.). Die Kosten des Bundesschiedsgerichtes trägt der betreffende Staat, und zwar, wenn sich über dieselben Anstände ergeben, nach deren Festsetzung durch die Bundesversammlung (Art. X.).

§. 47.

B. Von der Polizeigewalt des deutschen Bundes.

a) Im Allgemeinen.

Eine polizeiliche Gewalt ist dem deutschen Bunde insofern beigelegt, als diess der Zweck des Bundes, nämlich die Erhaltung des Rechtszustandes in Deutschland fordert. Daher kann, wie schon in §. 37 bemerkt wurde, die Bundesversammlung theils *ex officio*, theils auf Anrufen der betheiligten Bundesstaaten einschreiten, wo die öffentliche Ruhe in einzelnen oder mehreren Bundesstaaten durch Aufruhr gestört, oder durch revolutionäre Verbindungen bedroht ist, oder wo zwischen Bundesgliedern Thätlichkeiten zu besorgen oder ausgebrochen sind. *)

seien, nach dem positiven Landesrechte zu entscheiden. — Auch ist eine Vertheidigung der Schiedsmänner nicht vorgeschrieben

*) Wien. Schl. A. Art. 19, 25, 26, 28.

§. 48.

b) In Bezug auf Universitäten.

Nach dem Bundesbeschluss vom 20. Sept. 1819 Sitz. XXXV. §. 220. soll an jeder Universität ein ausserordentlicher, am Orte der Universität residierender landesherrlicher Commissarius ernannt werden, der aber auch zugleich Curator der Universität sein kann, um auf die Handhabung der Gesetze und Disciplinurvorschriften zu halten, den Geist, in welchem die Lehrer bei ihren öffentlichen und Privatvorträgen verfahren, zu beobachten, und die Sittlichkeit, gute Ordnung und äusseren Anstand der Studierenden zu überwachen. Nach Art. 2 verpflichten sich die Bundesstaaten, Lehrer, die ihren Einfluss auf die Gemüther der Jugend missbrauchen, und der öffentlichen Ruhe feindselige oder die Grundlagen der bestehenden Ordnung untergrabende Lehren vortragen, vom Lehramte zu entfernen, und soll ein solcher Lehrer an keiner andern Universität in den Bundesstaaten mehr angestellt werden. — Geheime und nicht autorisierte Verbindungen unter den Studierenden, namentlich die allgemeine Burschenschaft, sind untersagt (Art. 3.), und die Bundesregierungen sind verpflichtet, die Theilnehmer hieran bei keinem öffentlichen Amte zuzulassen (Art. 3. Abs. 2.). Auch soll kein Studierender, der auf Antrag oder mit Bestätigung des Regierungscommissairs von einer Universität weggewiesen wurde, oder der keine genügenden Zeugnisse seines Wohlverhaltens nachweisen kann, an einer andern Universität aufgenommen werden. Diese Grundsätze sind durch die Beschlüsse vom 16. Aug. 1824, vom 5. Juni 1832 und durch den Bundesbeschluss vom 13. Nov. 1854 wiederholt eingeschränkt und bestätigt worden. Insbesondere wurde durch letzteren B. B. die Niedersetzung besonderer Immatriculationscom-

missionen unter dem Beisitze der ausserordentlichen Regierungsbevollmächtigten angeordnet, und die Bedingungen der Immatriculation, so wie die Nachweisungen, welche ein Studierender desshalb zu machen hat, festgesetzt (art. 1 — 4). Es darf sonach ein von einer Universität mittelst des *Consilii abeundi* weggewiesener Student nur dann von einer anderen Universität aufgenommen werden, wenn die Regierung dieser Universität, nach vorgängiger, nothwendiger, durch den Regierungsbevollmächtigten zu pflegender Rücksprache mit der Regierung der Universität, welche die Wegweisung verfügt hat, es gestattet. Zur Aufnahme eines Relegierten ist nebstdem die Einwilligung der Regierung des Landes dem er angehört, erforderlich (art. 4.). Vereinigungen der Studierenden zu wissenschaftlichen oder geselligen Zwecken, können mit Erlaubniss der Regierung unter den von letzterer festzusetzenden Bedingungen statt finden. Alle anderen geheimen Verbindungen der Studierenden, sowohl unter sich, als mit sonstigen geheimen Gesellschaften, sind als verboten zu betrachten (art. 6.). Es werden sodann die Abstufungen bestimmt, nach welchen die Theilnahme an verbotenen Verbindungen bestraft werden soll, (art. 7.) — und namentlich sind die Theilnehmer an einer burschenschaftlichen oder anderen politischen Verbindung mit geschärfter Relegation, Ausschluss vom Civildienst, kirchlichen und Schulämtern, akademischen Würden, Advocatur, ärztlicher und chirurgischer Praxis innerhalb der Staaten des deutschen Bundes bedroht. Diejenigen, welche gegen eine Universität, ein Institut, eine Behörde oder einen akademischen Lehrer eine sogenannte Verrufserklärung unternehmen, werden von allen deutschen Universitäten ausgeschlossen: die Beförderer derselben, so wie diejenigen, welche sich Verrufserklärungen gegen Privatpersonen erlauben, werden nach Umständen mit dem *Consilium abeundi* oder der Relegation bestraft. Dieser Bundesbeschluss ist

auf 6 Jahre verbindlich, und analog auf andere öffentliche und Privatilehranstalten auszudehnen.

§. 49.

c) In Bezug auf Nachdruck und Schutz des sogenannten geistigen Eigenthumes.

Hinsichtlich des Nachdruckes oder des Schutzes des sogenannten geistigen Eigenthums hatte schon die Bundesacte Art. 18 die Aufstellung gleichförmiger Grundsätze verheissen.

Durch den Bundesbeschluss vom 6. Dezbr. 1852 wurde zuerst nur eine allgemeine Verbindlichkeit der Bundesregierungen ausgesprochen, hinsichtlich des Nachdruckes, den in andern Bundesstaaten sesshaften Verlegern gleichen Rechtsschutz, wie ihren eigenen Unterthanen zu gewähren. Durch den Beschluss vom 9. Nov. 1857 ist aber nun endlich so viel festgesetzt worden, dass literarische Erzeugnisse und Kunstwerke, sie mögen bereits veröffentlicht sein oder nicht, nicht ohne Erlaubniss des Urhebers oder dessen, dem er sein Recht übertrug, auf mechanischem Wege vervielfältigt werden dürfen. Art. 1. — Das solchergestalt anerkannte geistige Eigenthum an einem literarischen oder Kunstwerke geht auch auf die Erben und Rechtsnachfolger über, und muss in allen Bundesstaaten mindestens 10 Jahre geschützt werden. *) Das Maximum des Schutzes, das die

*) So erfreulich es ist, die Anerkennung eines literarischen Eigenthums endlich einmal durch die Bundesgesetzgebung ausgesprochen zu sehen, und so gewiss das literarische Eigenthum als ein ganz singuläres, nur durch legislative Fiction dem wirklichen Eigenthum an körperlichen Sachen gleichgestelltes Rechtsverhältniss von Haus aus nicht geeignet ist, auf einen immerwährenden Schutz der Gesetze Anspruch zu machen, so unbefriedigend ist die in dem angef. B. B. ausgesprochene Fristbestimmung für den Schutz des literarischen Eigenthums. Nur dann ist dieser auf

Bundesversammlung auf Antrag einer Regierung für Werke, die besondere Vorauslagen fordern, gewährt, sind 20 Jahre. Werke, die vor 20 Jahren vor der Abfassung dieses Gesetzes erschienen sind, stehen nicht mehr unter seinem Schutze. Bei den innerhalb der letzten 20 Jahre erschienenen Büchern läuft die zehnjährige Verjährungsfrist des literarischen Eigenthums vom Datum dieses Bundesbeschlusses an. Bei Werken, die in mehreren Bänden und Heften erscheinen, läuft die Frist von Erscheinung des letzten Bandes an, wenn nicht mehr als 3 Jahre zwischen der Erscheinung der einzelnen Hefte oder Bände verflossen sind. *) Ausser der Verbindlichkeit zur Entschädigung

eine den Interessen des Autors und des Buchhandels wahrhaft entsprechende Weise gewährt, wenn man 1) jeden Nachdruck bei dem Leben des Autors unbedingt, und 2) den Nachdruck auch noch eine bestimmte Zeit (10—30) Jahre nach seinem Tode bei Strafe verbietet. Es ist nämlich sehr unbillig und ungerecht, wenn das Gesetz selbst dem Autor noch bei seinem Leben Concurrenten bei der Ausgabe seiner eigenen Werke schafft, und ihn dadurch um die Honorarien bringt, welche er ausserdem mit Sicherheit von einer Verlagshandlung erwarten durfte, und die Erfahrung lehrt, dass gerade bei guten, classischen Büchern, also bei jenen, wo der Autor und sein redlicher Verleger des Schutzes der Gesetze am würdigsten sind, die grössten buchhändlerischen Geschäfte oft erst nach des Autors Tode gemacht werden. Warum will man hier ohne Weiteres den Gewinn jedem unbefugten Dritten Preis geben, so lange man noch Interessenten kennt, welche Mühe, Zeit und Kapitalien daran gewagt haben, ein einträgliches Werk zu Stande zu bringen? Nach aller Gerechtigkeit müsste auch jeder Verlagshandlung, so lange ihre Firma besteht, voller Schutz gegen den Nachdruck ihres Verlags, ohne alle Zeiteinschränkung, bewilligt werden.

*) Man vermisst hier eine Entscheidung der Frage: ob die zweite oder fernere Ausgabe eines Werkes, welche innerhalb der Verjährungsfrist des literarischen Eigenthums von dem Autor oder rechtmässigen Verleger geschah, als ein solches (neues) Werk gilt, welches nun wieder den Ablauf der Verjährungsfrist für sich in Anspruch nehmen darf, bis es jedem Andern verstattet

trifft den unbefugten Nachbildner oder Nachdrucker noch die Strafe der Confiscation der Exemplare, und bei Kunstproducten die Wegnahme der Platten und anderer Vorrichtungen (art. 4.). Auch ist unter Strafe der Confiscation der Exemplare, und mit Vorbehalt der landesgesetzlichen Strafen der Debit aller Nachdrucke in den deutschen Bundesstaaten verboten, auch wenn sie ausser Deutschland gemacht wurden. Den Bundesstaaten, in welchen aber bisher der Nachdruck nicht gesetzlich verboten war, steht es frei, eine Frist zum Ausverkauf der noch vorhandenen Nachdrücke zu gestatten (art. 5.). Die Einführung dieser Grundsätze durch speciellere Vollzugsverordnungen in den einzelnen Bundesstaaten ist der Territorialgesetzgebung anheimgestellt. Durch B. B. v. 22. April 1841. Sitzg. X. *) sind nunmehr auch besondere Verfügungen zum Schutze der inländischen Verfasser musikalischer Compositionen und dramatischer Werke gegen unbefugte Aufführung und Darstellung derselben im Bundesgebiet getroffen worden. Hiernach darf I) die öffentliche Aufführung eines solchen Werkes im Ganzen oder mit Abkürzungen nur mit Erlaubniss des Autors, seiner Erben oder sonstigen Rechtsnachfolger geschehen, so lange das Werk noch nicht durch den Druck vervielfältigt worden ist. II) Dieses Recht soll wenigstens 10 Jahre in allen Bundesstaaten von der ersten rechtmässigen Aufführung an gerechnet, anerkannt und geschützt werden. Hat jedoch der Autor die Aufführung

ist, dasselbe nachzudrucken: das heisst die Frage, ob die Veranstaltung einer rechtmässigen neuen Auflage die Verjährungszeit unterbricht, und deren Lauf neu begründet, ist leider! nicht entschieden. Und doch wäre, wenn diese Frage nicht bejaht werden dürfte, die jetzige Bundesgesetzgebung über den Nachdruck ein offener Freibrief zum Prellen der Autoren, deren Werke wiederholte Auflagen erleben!!

*) Mitgetheilt in der Frankf. O. P. A. Zeitg. v. 14. Mai 1841. aus dem Frankf. Amtsbl. v. 12. Mai 1841.

irgend Jemand ohne Nennung seines Familien- oder offenkundigen Autornamens gestattet, so findet auch gegen Andere kein ausschliessliches Recht mehr statt. III) Dem Autor stehet gegen Jeden, der sein ausschliessliches Recht durch öffentliche Aufführung eines noch nicht gedruckten Werkes beeinträchtigt, Anspruch auf Entschädigung zu. IV) Die Bestimmung dieser letzteren, und die Festsetzung einer etwa noch ausser dem Schadenersatz zu leistenden Geldbusse bleibt den Landesgesetzen vorbehalten. In jedem Falle soll als Entschädigung der ganze Betrag der Einnahme, ohne Abzug der Kosten, gegeben werden, und zwar ohne Rücksicht, ob das betreffende Stück allein, oder mit anderen zur Aufführung gebracht worden ist.

§. 50.

d) In Bezug auf die Pressfreiheit.

In Bezug auf die freie Presse hatte gleichfalls die Bundesacte art. 18 der Bundesversammlung die nähere Bestimmung vorbehalten. Bis jetzt bildet das provisorische erneuerte Pressgesetz vom 20. Sept. 1819 *) die Grundlage. Hierdurch wurde bestimmt:

1) Dass alle Schriften, die in Form von täglichen Blättern oder regelmässigen Heften oder überhaupt in Heften erscheinen, die nicht über 20 Bogen stark sind, nicht ohne Censur und Staatserlaubniss gedruckt werden sollen. Findet sich ein Bundesstaat durch die in einem andern erscheinenden, der Censur hiernach nicht unterliegenden Schriften verletzt, so bringt er seine Klage bei der

*) Durch B. B. v. 16. Aug. 1824. Sitzg. XXIV. §. 151. Nr. 3. wurde bestimmt, dass dieses provisorische Pressgesetz so lange in Kraft bleiben soll, bis man sich über ein definitives Pressgesetz vereinbart haben wird.

letztgedachten Regierung an, und diese lässt diese Klage dann auf ihren Namen in landesgesetzlichem Wege verfolgen.

Durch §. 4 ist jeder Bundesstaat wegen der in ihm erscheinenden Schriften nicht nur dem beleidigten Bundesstaate, sondern auch der Gesamtheit des Bundes verantwortlich gemacht. Die Bundesversammlung ist durch §. 6 befugt erklärt, sowohl nach Antrag eines Bundesgliedes, als auch unaufgefordert, alle staatsgefährlichen Schriften durch einen Ausspruch zu unterdrücken, von dem keine Appellation stattfindet, und den alle Bundesregierungen zu vollziehen verpflichtet sind. Der Redacteur einer unterdrückten Zeitschrift oder Zeitung darf sodann nach Art. 7 binnen 5 Jahren in keinem Bundesstaate bei der Redaction einer ähnlichen Zeitschrift zugelassen werden. Wohl zu bemerken ist aber die weitere Bestimmung des Art. 7. Abs. 2. des Bundespressgesetzes, dass wenn die Verfasser oder Herausgeber Censur-pflichtiger Schriften diese gehörig der Censur unterstellt haben, sie sodann von aller weiteren Verantwortung frei bleiben, und die Bundesversammlung nur noch gegen die Schriften selbst, (d. h. also durch Confiscation) nicht aber gegen die Person (also nicht mehr mit Strafen) einschreiten kann. *) Nach §. 9 müssen alle Zeitungen mit dem Namen des Redacteurs, alle übrigen Druckschriften ohne Ausnahme mit dem Namen des Verlegers, (aber nicht nothwendig mit

*) S. oben das allgem. Staats-Recht §. 124. — Durch B. B. v. 14. Juni 1832. Sitz. XXI. §. 203. Nr. 3, hat die B. V. ihre Meinung dahin ausgesprochen, dass durch die Beobachtung der Vorschriften des Bundespressgesetzes Art. 7. Abs. 2. die Verfasser etc. noch keinesweges der Verantwortung gegen die einzelnen Bundesstaaten entbunden seien, sondern sich von selbst verstehe, dass die Anwendung der Landesgesetze auf Pressvergehen durch die Bundesgesetze keiner Beschränkung unterworfen sei. — v. Meyer, II. Thl. p. 396. —

dem Namen des Autors), *) versehen sein, widrigenfalls Beschlagnahme oder Geld- und Gefängniss - Strafen eintreten.**)

§. 51.

e) In Bezug auf die Erhaltung der öffentlichen Ordnung und des Rechtszustandes.

Die wichtigsten Bundesgesetze in dieser Hinsicht sind:

I. Das Bundesgesetz (VI. Artikel) vom 28. Juni 1832. Hiernach ist beschlossen, (Art. I.) dass jede Bundesregierung befugt und verpflichtet ist, Petitionen der Stände zu verwerfen, die mit dem Principe des Art. 57 der Wiener Schlussacte in Widerspruch stehen, wonach ein Souverain nur bei der Ausübung gewisser Rechte an die Mitwirkung seiner Stände gebunden sein soll. In Art. 2. wird bestimmt, dass die Verweigerung der zur Führung einer den Bundespflichten und der Landesverfassung entsprechenden Regierung erforderlichen Geldmittel durch die Landstände unter Art. 25 und 26 der Wiener Schlussacte gezogen, d. h. als Widersetzlichkeit gegen die Regierung betrachtet werden soll. Der Art. 3 bestimmt, dass die innere Gesetzgebung eines deutschen Bundesstaates nicht mit dem Zwecke des Bundes oder den bundesverfassungsmässigen Verbindlichkeiten der Regierung im Widerspruch stehen, oder den Leistungen der Geldbei-

*) Ueber die Rücksichten, welche die Pressgesetzgebung darauf nehmen sollte, ob sich der wahre Verfasser einer Schrift auf derselben genannt hat oder nicht, siehe oben das allgem. Staats-Recht §. 123. 124. —

**) Es bestehen über die Censur noch folgende besondere Bundesgesetze: 1) das B. G. v. 15. Jan. 1824. Sitz. I. §. 5. wegen der bei der B. V. gedruckt einzureichenden Schriften: s. oben p. 279; 2) B. G. v. 28. April 1836. Sitz. III. §. 70. über die Censur der Zeitungen wegen Aufnahme landständischer Verhandlungen oder

träge zum deutschen Bunde hinderlich sein dürfe. Der Art. 4 verordnet, dass eine Commission auf 6 Jahre vom Bunde ernannt werde, um die ständischen Verhandlungen in Deutschland zu überwachen, und Anträge und Beschlüsse, welche die Verpflichtungen gegen den Bund oder die durch die Bundesacte garantierten Regierungsrechte beschränken, bei der Bundesversammlung zur Anzeige zu bringen. Art. 5 setzt fest, dass die Bundesstaaten verpflichtet sein sollen, in den landständischen Versammlungen, wo die Landesverfassung Oeffentlichkeit der Verhandlung gestattet, dafür zu sorgen, dass durch die freie Aeusserung und durch den Druck der ständischen Verhandlung keine Angriffe auf den Bund gemacht, und die Ruhe von Deutschland oder den einzelnen Bundesstaaten gefährdet werde. Art. 6 verordnet endlich, (was aber schon längst durch die Grundgesetze bestimmt war *) dass nur die Bundesversammlung befugt sei, die Bundesgesetze mit rechtlichen Wirkungen zu interpretieren **).

Nachrichten darüber betreffend, s. unten §. 57. 3) B. G. v. 5. Febr. 1824, und (repet.) 24. Juni 1838. über die Aufnahme von Zeitungsartikeln über die Bundestagsverhandlungen; s. §. 22. not. ***). p. 282. —

*) Vergl. §. 25. dieses Anhangs. —

**) Diese VI Artikel wurden in Sachsen, Bayern, Württemberg, dem Grossherzogthum Hessen, und in dem Herzogthum Sachsen-Meinungen von den Regierungen mit der Erklärung publiciert, dass dadurch den Verfassungen und verfassungsmässigen Rechten der Stände nirgend Eintrag geschehen solle. Dagegen wurde in dem Prot. der B. V. Sitz. XLII Nov. 8. 1832. die Bemerkung niedergelegt, dass durch diese Beisätze einzelner Regierungen der allgemeinen Verbindlichkeit des B. B. v. 28. Juni 1832 kein Eintrag habe geschehen sollen und können. — Da in einigen Bundesstaaten Protestationen, Petitionen und Adressen gegen diese VI Artikel vorgekommen waren, so sprach die B. V. durch Beschl. v. 9. Aug. 1832. die zuversichtliche Erwartung aus, »dass die Regierungen, in deren Staaten derlei Acte der Auflehnung gegen die im Staatsoberhaupt vereinigte Staatsgewalt sich ereignen, gegen die Urheber und Verbreiter solcher Protestatio-

Hieran reihet sich zunächst:

II. Der Bundesbeschluss v. 5. Juli 1832 über die Maasregeln zur Erhaltung der gesetzlichen Ordnung und Ruhe in Deutschland. Hierdurch wurde bestimmt

1) Dass alle ausser Deutschland in deutscher Sprache erscheinenden Zeitungen und politischen Schriften unter 20 Bogen nur mit Genehmigung der Regierung in einem deutschen Staate eingeführt werden dürfen. Die Contravention ist als Verbreitung verbotener Druckschriften zu betrachten.

2) Alle Vereine mit politischer Tendenz sind in allen Bundesstaaten verboten und soll gegen Urheber und Theilnehmer mit geeigneten Strafen eingeschritten werden.

3) Volksversammlungen und Volksfeste, die bisher nicht üblich waren, können nur mit Genehmigung der Regierung gehalten werden. Wer dieselben ohne eingeholte Erlaubniss veranlasst oder ausschreibt, soll angemessener Strafe unterliegen. Auch bei erlaubten Volksversammlungen dürfen bei Strafe keine Reden politischen Inhalts gehalten werden, auch keine Adressen und Beschlüsse vorgeschlagen und genehmigt werden.

4) Unnachsichtliche Strafe ist dem öffentlichen Tragen von Abzeichen in Bändern oder Cocarden gedroht, die andere Farben haben, als die Landesfarben des Staates, dem der Tragende als Unterthan zugehört. Eben so ist das nicht autorisierte Aufstecken von Fahnen und Flaggen, das Errichten von Freiheitsbäumen und dergleichen Aufrührzeichen unnachsichtlich zu bestrafen.

5) Sodann wurden die über die Beaufsichtigung der

nen, Petitionen und Adressen die Untersuchung einleiten und nach den Gesetzen verfahren werden. —

Universitäten bestehenden Verordnungen neu eingeschränkt. (S. oben §. 48.)

6) Die Bundesregierungen verpflichten sich zur grössten Aufmerksamkeit auf alle Einheimischen, die aufwieglerischer Tendenzen verdächtig sind, und versprechen sich auch gegenseitige Mittheilung der gemachten Entdeckungen.

7) Besonders strenge Aufmerksamkeit soll über fremde politische Flüchtlinge und über solche Einheimische und Fremde gehalten werden, die aus Orten und Gegenden kommen, wo sich Verbindungen zum Umsturz des deutschen Bundes und der Regierungen gebildet haben, und die der Theilnahme daran verdächtig sind. Daher die Passvorschriften verschärft werden sollen, und verdächtigen Ausländern der Aufenthalt nicht zu gestatten ist.

8) Alle in einen Bundesstaat aus einem andern geflüchteten politischen Verbrecher sollen auf Requisition ausgeliefert werden, sofern sie nicht eigene Unterthanen sind. *) Endlich sichern sich die Bundesregierungen:

9) Gegenseitig die prompteste militairische Assistenz zu, wie diess bereits schon früher durch den B. B. v. 21.

Oct. 1830. Sitz. XXXIV. §. 258 geschehen war.

Hieran reiht sich:

III. Der Bundesbeschluss vom 27. Oct. 1831. Sitz. XXXVI. §. 239, wonach das Einreichen von gemeinschaftlichen Addressen und Vorstellungen von Angehörigen der deutschen Bundesstaaten bei der Bundesversammlung über öffentliche Angelegenheiten des deutschen Bundes als unstatthaft erklärt worden ist, weil eine Befugniss hierzu in der Bundesverfassung nicht begründet, **) das Sammeln von Unterschriften zu dergleichen

*) Vergl. noch den B. B. v. 18. August 1836. Sitz. XVI. §. 226. — (Sieh hier Nr. IV. p. 326.)

**) Es liegt jedoch keineswegs in der Absicht dieses Beschlusses, dem Art. 53. der W. S. A. zu derogieren, und den Betheiligten die

Adressen aber vielmehr nur als ein die Autorität der Bundesregierungen und die öffentliche Ordnung und Ruhe gefährdender Versuch anzusehen sei, auf die gemeinsamen Angelegenheiten und Verhältnisse Deutschlands einen ungesetzlichen, mit der Stellung der Unterthanen zu ihren Regierungen und dieser letzteren zum Bunde, unvereinbaren Einfluss zu üben.

IV. Durch Beschluss vom 18. August 1836 Sitz. XVI. §. 226. wurde bestimmt, dass die gegen die Existenz Integrität, Sicherheit oder Verfassung des deutschen Bundes gerichteten Handlungen in dem Staate, in dem der Thäter Unterthan ist, als Hochverrath, Landesverrath oder unter einer andern Benennung gestraft werden sollen, unter welcher die gleiche Handlung, gegen den einzelnen Staat selbst begangen, zu strafen sein würde. Als Grund dieser Bestimmung wird in diesem Beschlusse selbst angegeben, dass die Verfassung des deutschen Bundes auch ein Theil der Landesverfassung sei. Auch verpflichteten sich hier abermals *) die Bundesregierungen zur gegenseitigen Auslieferung politischer Verbrecher, vorausgesetzt, dass ein solches Individuum nicht ein Unterthan des um die Auslieferung angegangenen Staates selbst, oder in diesem schon wegen anderer ihm zur Last fallenden Verbrechen zu untersuchen oder zu bestrafen ist. Sollte das Unternehmen, dessen der Auszuliefernde beschuldigt ist, gegen mehrere Bundesstaaten gerichtet sein, so hat die Auslieferung an jenen dieser Staaten zu geschehen, welcher zuerst darum bittet.

V. Da es im Interesse des deutschen Bundes liegt, dass die deutschen Handwerksgesellen an keinen Associationen und Versammlungen Theil nehmen, wodurch die öffentliche

Anrufung des Bundes zum Schutze bundesverfassungsmässig garantierter Rechte zu untersagen. S. oben §. 37. dieses Anhangs.

*) S. hier oben Nr. II. 8. p. 325. —

Ruhe im In- oder Auslande bedroht oder gestört werden könnte, so wurde durch Bundesbeschluss v. 15. Jan. 1835 Sitz. III. §. 36 das Wandern der deutschen Handwerks-
 gesellen nach denjenigen Ländern, in welchen offenkundig
 dergleichen Associationen und Versammlungen geduldet
 werden, untersagt, und den Regierungen aufgegeben, die
 Zurückberufung der gegenwärtig in solchen Ländern be-
 findlichen Handwerksgesellen und deren Beaufsichtigung
 bei ihrer Rückkehr in die Heimath zu verfügen, und auch
 über die in Deutschland wandernden Handwerksgesellen
 und über die Verbindungen, in welche sie sich einlassen
 könnten, strenge polizeiliche Aufsicht zu führen. Durch
 Bundesbeschluss v. 3. Dez. 1840; Sitz. XXVII. vereinig-
 ten sich die Regierungen, übereinstimmende Maasregeln
 hinsichtlich derjenigen Handwerksgesellen zu treffen, welche
 durch Theilnahme an unerlaubten Gesellenverbindungen,
 Gesellengerichten, Verrufserklärungen u. dergl. sich gegen
 die Landesgesetze vergangen haben, und zwar sollen den
 Handwerksgesellen, welche sich in einem Bundesstaate, dem
 sie nicht durch Heimath angehören, derlei Vergehen zu
 Schulden kommen lassen, nach deren Untersuchung und
 Bestrafung ihre Wanderbücher oder Reisepässe abgenom-
 men, in dieselben die begangene und genau zu bezeich-
 nende Uebertretung der Gesetze nebst der verhängten
 Strafe bemerkt, und diese Wanderbücher an die Behörde
 der Heimath des betreffenden Gesellen gesendet werden.
 Solche Handwerksgesellen sollen nach überstandener Strafe
 mit gebundener Reiseroute in ihre Heimath gewiesen, und
 dort unter geeigneter Aufsicht gehalten, und sonach in
 keinem anderen Bundesstaate zur Arbeit zugelassen werden.
 Ausnahmen von dieser Bestimmung werden nur dann statt
 finden, wenn die Regierung der Heimath eines solchen
 Handwerksgesellen sich durch dauerndes Wohlverhalten des-
 selben zur Ertheilung eines neuen Wanderbuches oder Reise-
 passes nach anderen Bundesstaaten veranlasst finden sollte.

§. 52.

C. Finanzverfassung des Bundes.

Die Finanzverfassung des Bundes ist bis jetzt sehr einfach, da ausser der Besoldung des dienenden Personals der Bundesversammlung und ausser den Kosten für Unterhaltung der Lokalitäten der Bundesversammlung keine regelmässigen Ausgaben des Bundes vorkommen. — Zur Bestreitung dieser regelmässigen Bedürfnisse besteht eine Casse unter dem Namen Bundescanzleicasse. Jede der 17 Stimmen des engern Rathes zahlt dahin jährlich 2000 Gulden sogenannten Bundescanzleibetrag, also zusammen 34,000 Gulden. Für ausserordentliche Auslagen, worunter auch Kriegskosten gehören, besteht eine zweite Hauptcasse, die Matricularcasse, wovon die Bundeskriegscasse eine Filialcasse ist. Die Beiträge, welche die Bundesglieder dazu zu leisten haben, heissen Bundesmatricularbeiträge, weil sie nach einer Matrikel, d. h. einem Verzeichniss erhoben werden, worin sämmtliche einzelne Bundesglieder nach der Grösse der Bevölkerung jedes Landes als beitragspflichtig verzeichnet sind. Die Matrikel ist nach dem Bedürfniss (*simplum*) von 30,000 Gulden berechnet. Den meisten Beitrag zahlt Oestreich mit 9429 fl. 55 kr., den kleinsten Liechtenstein mit 5 fl. 30 kr. *)

*) Die Grundlage der Finanzverfassung bestimmt die Finanzmatrikel vom 20. Aug. 1818. Sitz. XLIII. §. 210. Hierzu ergänzender Beschluss v. 4. Febr. 1819. Sitz. III. §. 19. — Vergl. den Commissionsvortrag v. 19. Juli 1821. Sitz. XXVIII. §. 205. Als Vervollständigung hiervon die am 21. Juni 1827. Sitz. XVIII. Sep. Prot. §. 4. zum Regulativ erhobene Uebersicht der Grundsätze und Einrichtungen bei dem Bundescassen- und Rechnungswesen. — Der Beschluss vom 14. Oct. 1850. Sitz. XXXII. 246

§. 53.

D. Kriegsverfassung des Bundes.

Das Bundesheer besteht aus Contingenten der einzelnen Bundesstaaten, welche durch die im §. 52 erwähnte Matrikel *) gleichfalls bestimmt sind. Das Bundesheer besteht aus 10 Armeecorps; von diesen stellt Oesterreich allein drei (I. II. u. III.). Preussen ebenfalls drei (IV. V. u. VI.) und Bayern eines (das VII.). Diese VII Armeecorps heissen deshalb ungemischte. Die übrigen drei Armeecorps sind gemischte Armeecorps, und überdies sind 19 kleinere Bundesstaaten **) von den in das VIII. IX. u. X. Armeecorps eingetheilten Staaten gegen Uebernahme der Verpflichtung zur Stellung einer grösseren Anzahl von Infanterie von der Stellung von Cavallerie und Artillerie befreit worden. ***) Die hiernach nur aus Infanterie beste-

über die definitive Organisation des Bundescassenwesen, bestimmt das Verwaltungspersonale, welches hiernach aus einem Bundescassier, einem Cassecontroleur und einem Cassediener besteht. — Vergl. B. B. v. 27. Jan. 1831. Sitz. I. §. 15. —

*) Die erste Matrikel wurde am 20. August 1818. Sitzg. 43. nach den officiellen Angaben der Volkszahl der Bundesstaaten aufgestellt; die Fortdauer derselben wurde am 12. Jul. 1825. Sitzg. XXI. §. 139. bis auf Weiteres beschlossen. — Veränderungen wurden gemacht in Folge der Succession in die Herzogl. Sachsen-Gotha und Altenburg. Lande, am 12. Jul. 1. 27. XXI. Sitzg. §. 79; — sodann wegen der Vermehrung der Bevölkerungszahl von Oldenburg durch Zurechnung der freien Herrschaft Kniphhausen, B. B. v. 30. April 1831. Sitzg. XVI.

**) Das VIII. Armeecorps bilden jetzt Württemberg, Baden und Grossherzogthum Hessen; das IX. Königreich Sachsen, Churhessen, Luxemburg und Nassau; das X. Hannover, Holstein, Braunschweig, beide Mecklenburg, Oldenburg, Lübeck, Bremen und Hamburg; die übrigen kleinen Staaten bilden jetzt eine Reserve-Infanteriedivision. — B. B. v. 9. Dec. 1830.

***) B. B. v. 9. Dec. 1830. Sitz. XLI. §. 314. Vergl. B. B. v. 14. Dec. 1830. Sitz. XLII. §. 324. und B. B. v. 17. Febr. 1831. Sitz. V. §. 59. — Auch Nassau ist von der Cavallerie-Stellung befreit. — B. B. v. 3. Sept. 1836. Sitz. XIX. §. 263. —

henden Contingente derselben sind durch B. B. v. 9. Dec. 1830. von den drei gemischten Armmeecorps ausgeschieden, und in eine zunächst zur Verstärkung der Kriegsgarnisonen in den Bundesfestungen*) bestimmte Reserve-Infanteriedivision vereinigt worden. **)

Das Bundesheer ist nach der ersten Matrikel auf 300,000 Mann berechnet, nach der neuesten auf 303,484 Mann. ***) Das Militairwesen des Bundes ist durch folgende Gesetze reguliert:

1) Durch Bundesgesetz vom 9. April 1821, sog. Entwurf der Kriegsverfassung des Bundes, in 24 Artikeln.

2) Durch die sog. Grundzüge der Kriegsverfassung des deutschen Bundes, bestehend in 10 Abschnitten, zusammen 97 §§. enthaltend, wovon die 5 ersten Abschnitte am 12. April 1821, die 5 letzten, die sich vorzüglich auf die Rechte des Oberfeldherrn beziehen, durch Beschluss vom 11. Juni 1822 zu Stande gekommen sind.

*) Bis jetzt bestehen drei Bundesfestungen, Mainz, Luxemburg und Landau. B. B. v. 5. Oct. 1820. und die darauf bezügl. Tractate, s. in v. Meyer C. I. conf. germ. II. p. 175. fl. Ferner B. B. v. 28. Juli 1823; v. 19. August 1830. vergl. mit. Prot. v. 26. August 1830. §. 191; v. 14. Dec. 1830; v. 3. März 1831; v. 27. Sept. 1832.

**) B. B. v. 3. März 1831. — Vrgl. revidierte Instruction für die Musterung der zur Reserve-Infanterie-Division gehörigen Contingente v. 28. April 1836. Sitz. III. §. 81. — Vergl. B. B. v. 23. April und 11. Aug. 1831.

***) Das grösste Contingent stellet Oesterreich mit 94,822 Mann, das kleinste Liechtenstein mit 55 Mann. — Die freie Herrschaft Kniphausen stellet zu dem Oldenburgischen Contingente 29 Mann. — Oldenburg, Lübeck und Bremen haben ihr Contingent zu einer Brigade vereinigt: B. B. 10. April 1834. Sitz. XIV. §. 185.; beide Hohenzollern und Liechtenstein haben sich wegen der Formierung eines gemeinschaftlichen Bataillons vereinigt. B. B. 16. Febr. 1837. Sitz. III. §. 44. —

- 3) Der Beschluss vom 13. Sept. 1852 als authentische Interpretation der Grundzüge der Kriegsverfassung;
- 4) die allgemeine Cartell-Convention der Bundes-Staaten, vom 10. Febr. 1831, wegen gegenseitiger Auslieferung der Militairdeserteure und Conscriptiionsflüchtlinge, und
- 5) Der nachträgliche Beschluss der B. V. v. 17. Mai 1832 zu der allgemeinen Cartell-Convention.

Hiernach bestehen folgende Grundsätze:

Das Contingent, welches jeder Bundesstaat an streitbarer Mannschaft zu stellen hat, bildet den hundertsten Theil seiner Bevölkerung. Die Mannschaft zur Bäckerei, Sanitätsanstalten und das Armeefuhrwesen, mit Ausnahme des regelmässigen Artilleriefuhrwesens, muss überdies nach Bedürfniss gestellt werden. So wie das Heer ausrückt, muss sofort der sechshundertste Theil der Bevölkerung als Reserve aufgestellt und die Hälfte hiervon muss sogleich 5 Wochen nach dem Ausrücken dem Heere nachgesandt werden. Weitere Nachsendungen geschehen nach Bedürfniss von 2 zu 2 Monaten. Wenn grössere Verluste eintreten, so ist ein Bundesglied in einem Kriegsjahre nicht schuldig, einen grösseren Ersatz allein zu stellen, als den 200sten Theil seiner Bevölkerung. Grössere Anstrengungen müssen durch besondere Bundesbeschlüsse bestimmt werden, und diese werden sodann nicht von einem Bundesstaat allein, sondern von allen verhältnissmässig nach der Matrikel geleistet. Das Contingent von 1 Proc. der Bevölkerung muss auch im Frieden so schlag- und marschfertig sein, dass es 4 Wochen nach der vom Bunde erhaltenen Aufforderung ausrücken kann. Desshalb kann bei diesem Contingente auch im Frieden nur eine theilweise Beurlaubung eintreten. Von der Infanterie müssen stets $\frac{1}{6}$ und $\frac{2}{3}$ der Unterofficiere bereit sein; bei der Cavallerie muss in jenen Staaten, die (wie Preussen) Landwehrcaval-

lerie haben, wenigstens $\frac{2}{3}$ der Mannschaft und Pferde präsent sein. Die anderen Staaten dürfen sogar nur $\frac{1}{5}$ ihres Cavalleriecontingentes an Pferden im Frieden vacant haben. Bei reitender Artillerie ist das Minimum der Praesenz gleichfalls $\frac{2}{3}$, und bei der Fussartillerie und ihrer Bespannung $\frac{1}{3}$. — Rekruten werden nicht unter diesem Minimum der bereit zu haltenden Mannschaft mitgerechnet, und in dieser Beziehung bestimmt der Beschluss vom 13. Sept. 1832, dass der Infanterist erst nach 6 Monaten als eingeübter Soldat gelten soll. Der Oberfeldherr des Bundesheeres wird vom Bunde erwählt, steht in dessen Eid und Pflicht, erhält von diesem seine Instruction, und ist ihm allein verantwortlich. Er entwirft allein den Operationsplan, den er erst bei der Ausführung der Bundesversammlung zur Kenntnissnahme vorlegt, und vollständig schriftlich aufsetzen muss, für den Fall, dass er selbst umkäme oder dienstunfähig würde. Der Bund ernennt auch einen Generallieutenant des Bundes aus der Zahl der Corpscommandanten, zum Stellvertreter des Oberfeldherrn. Der Oberfeldherr ist zu allen provisorischen Maasregeln, wo Gefahr auf dem Verzug ist, befugt, wie z. B. zu Verträgen über die Einstellung der Feindseligkeiten, (aber nicht zum Abschlusse förmlicher Waffenstillstände), ferner zur Suspension und Verhaftung von Militairs, zur Anordnung von Standrechten, Verkündigung von Martialgesetzen u. dergl. — Zur Vertretung der Interessen seiner Corps, hat jeder Staat das Recht, einen Officier zu dem Hauptquartier abzuordnen, welcher bei dem Obergeneral freien Zutritt hat.

Zufolge der allgemeinen Cartellconvention v. 10. Febr. 1831 und des nachträglichen Beschlusses vom 17. Mai 1832 sind die Bundesstaaten gegenseitig zur Auslieferung der Militairdeserteure und Conscriptionsflüchtlinge (Refracteurs) verpflichtet. Nur dann darf die Auslieferung eines Deserteurs verweigert werden, wenn derselbe aus dem

Militairdienste eines anderen Staates in seine eigene Heimath geflohen ist. Hat der Deserteur in dem Staate, in welchen er geflohen ist, ein Verbrechen begangen, so wird er erst nach ausgestandener Strafe ausgeliefert. Schulden dagegen, welche ein Deserteur contrahierte, geben an sich dem Staate, in welchem er sich aufhält, kein Recht, die Auslieferung zu verweigern.

§. 54.

Repräsentativgewalt des deutschen Bundes.

In dem deutschen Bunde erscheinen die sämmtlichen souverainen Staaten Deutschlands den übrigen souverainen Staaten gegenüber in einer unauflösslichen (corporativen) Einheit in Bezug auf alle Verhältnisse der auswärtigen Politik und des Völkerrechts. Als Verein souverainer Staaten hat daher der Bund wie diese selbst *) das Recht des Krieges, **) der Bündnisse und Friedensschlüsse, ***) das Gesandtschaftsrecht, (das Recht Gesandte zu schicken und anzunehmen †) und das Recht

*) Die einzelnen Bundesglieder behalten daher auch des Bundesverbandes ungeachtet ihre Repräsentativ Gewalt: dürfen aber das Bündnissrecht nicht gegen die Sicherheit des Bundes oder anderer Bundesstaaten gebrauchen, (B. A. art. 11) und das Kriegsrecht nur nach Maassgabe der Bestimmungen der W. S. A. art. 35—50 ausüben, auch bei einmal ausgebrochenem Bundeskriege einseitig keinen Frieden oder Waffenstillstand mit dem Frieде schliessen. (B. A. art. 11. — W. S. A. art. 48.) —

**) Die Grundsätze, nach welchen der Bund des Kriegsrecht ausübt, s. W. S. A. art. 35—47. —

***) W. S. A. art. 35. 48. 49. 50.

†) W. S. A. art. 50. — B. B. v. 12. Juli 1817. über die auswärtigen Verhältnisse den (diplomatischen Verkehr) des deut. Bundes. —

der Staatsservituten. *) Insbesondere hat der Bund das Recht und die Pflicht, seine Mitglieder, und auf deren Verlangen auch ihre Unterthanen auswärtigen Staaten gegenüber zu vertreten und zu schützen. **) Ungeachtet der deutsche Bund nach dem Umfange seines Territoriums und seiner Waffenmacht den mächtigsten auswärtigen Staaten Europa's an die Seite gestellt werden kann, so hat derselbe dennoch bis jetzt an keiner diplomatischen Verhandlung der europäischen Grossmächte, worin Angelegenheiten von europäischer Wichtigkeit zur Berathung und Entscheidung gekommen sind, Antheil genommen, sondern bis jetzt sind es nur zwei Mitglieder des deutschen Bundes — Oesterreich und Preussen — gewesen, welche in ihrer Eigenschaft als europäische Mächte (mit Ausschluss des übrigen Deutschlands) in der hohen Diplomatie Stimmen geführt haben. ***)

Nach B. B. v. 19. Febr. 1824. Sitz. VI. §. 42. ist ausgesprochen, dass die bei dem durchlauchtigsten deutschen Bunde accrediteden Gesandten mit den Bundestagsgesandten dieselben gesandtschaftlichen Vorrechte theilen, welche für diese in ihren Verhältnissen zur freien Stadt Frankfurt als dem Sitze des Bundestages festgesetzt sind. — (§. 32 dieses Anhangs.). —

*) Als solche erscheinen z. B. die §. 53. p. 330. not. *) erwähnten Bundesfestungen.

**) W. S. A. art. 50. S. auch oben §. 37. dieses Anhangs. (p. 297. 298.) —

***) Es ist nicht zu verkennen, dass hieraus für die übrigen kleinen Staaten Deutschlands mancherlei Inconvenienzen entstehen können. Insbesondere wird schwerlich vermieden werden können, dass dieselben nicht in alle Kriege hineingezogen und verflochten werden, welche ein zugleich als europäische Macht erscheinendes Bundesglied mit anderen europäischen Staaten unternimmt. Vergl. W. S. A. art. 47. —

Dritte Abtheilung.

Besondere Bestimmungen.

§. 55.

Vorbemerkung.

Obgleich die durch die Bundesacte den einzelnen Bundesstaaten garantierte Unabhängigkeit im Allgemeinen jede Einwirkung des Bundes in die innere Staatseinrichtung und Staatsverwaltung derselben ausschliesst, so sind doch durch die Bundesacte art. 12 — 19 mehrere Bestimmungen über einzelne, einer Regulierung nach gleichmässigen Grundsätzen für bedürftig geachtete Verhältnisse des Territorialstaatsrechtes und zwar mit gleicher verbindlicher Kraft getroffen worden, wie sie den 11 ersten Artikeln der Bundesacte zukömmt. Diese Bestimmungen enthalten mehrfache, bundesgrundgesetzlich den Unterthanen der einzelnen Bundesstaaten oder einzelnen Klassen oder Personen garantierte Rechte, und daher liegt der Bundesversammlung ob, die Erfüllung der durch diese Bestimmungen übernommenen Verbindlichkeiten zu bewirken, wenn sich aus genügenden Anzeigen der Betheiligten ergibt, dass solche nicht stattgefunden haben. (W. S. A. art. 55).*) —

*) Vergl. oben §. 37. dieses Anhangs.

§. 56.

Von der Nothwendigkeit von Gerichten dritter Instanz und von der Actenversendung.

In dem Art. 12 der Bundesacte ist jenen Bundesgliedern, deren Besitzungen nicht eine Volkszahl von 300,000 Seelen erreichen, aufgegeben, sich mit verwandten Häusern oder anderen Bundesgliedern zu der Bildung eines gemeinschaftlichen obersten Gerichtshofes dritter Instanz zu vereinigen. *) Auch wurde die Befugniss zu einer gleichen Vereinigung den vier freien Städten eingeräumt, und ausgesprochen, dass in jenen Staaten, welche die erwähnte Volkszahl nicht besitzen, die bereits etwa bestehenden Gerichte dritter Instanz erhalten werden sollen, woferne nur die Volkszahl, über welche sie sich erstrecken, nicht unter 150,000 Seelen ist. Unverkennbar ist in Bezug auf Staaten von einer Bevölkerung von über 300,000 Seelen das Bestehen von obersten Gerichtshöfen dritter Instanz stillschweigend (als sich von selbst verstehend) vorausgesetzt worden. **) Nach der Bestimmung des Art. 12 der

*) Gemeinschaftliche Oberappellationsgerichte bestehen gegenwärtig zu Jena, für die grossh. und herz. Sächsischen und die fürstl. Reussischen Häuser; zu Wolfenbüttel für Braunschweig, Waldeck und beide Lippe; zu Zerbst, für die drei Anhalt und beide Schwarzburg; zu Parchim, für beide Mecklenburg; zu Lübeck, für die vier freien Städte. Beide Hechingen haben sich 1818 an das O. A. G. zu Darmstadt, seit 1824 u. 1825 an das Obertribunal in Stuttgart, und Liechtenstein (wegen des Fürstenthums Vaduz an das österreichische Appellationsgericht für Tyrol und Voralberg zu Innsbruck angeschlossen. —

**) Dass der B. V. im Verhältniss zu den Landesgerichten keine obergerichtliche Gewalt, sondern nur die Befugniss zukommt, auf Anrufen der Betheiligten wegen Justizverweigerungen zu intervenieren, ist schon angeführt worden. S. oben p. 101. not. *). p. 298. u. p. 304. W. S. A. art. 29. —

Bundesacte sollte bei den solchergestalt errichteten gemeinschaftlichen Oberappellationsgerichten jeder der Partheien gestattet sein, auf die Verschickung der Acten an eine deutsche Facultät oder einen Schöppenstuhl zu Abfassung des Endurtheiles anzutragen. Durch einhelligen Bundesbeschluss vom 13. Nov. 1834 Sitz. XXIX. §. 547. wurde aber der art. 12 der B. A. authentisch dahin interpretiert, dass eine Ausdehnung seiner Bestimmung auf Polizei- und Criminalerkenntnisse nicht in seinem Sinne liege, und er daher nur in Bezug auf Civilstreitigkeiten Anwendung zu finden habe. Durch Stimmenmehrheit erfolgte sodann am 5. Nov. 1835 Sitz. XXVII. §. 447 ein weiterer Beschluss, wonach die Bundesstaaten, in denen die Versendung der Acten in Civil- und Criminalsachen an Facultäten und Schöffenstühle noch verstattet war, veranlasst wurden, solche Anordnungen zu treffen, dass diese Verschickung der Acten, es sei an deutsche oder ausländische Universitäten, spätestens vom 1. Jan. 1837 an aufhöre. Die Regierungen, in deren Staaten Universitäten bestehen, wurden ersucht, denselben von gleichem Termine an die Annahme solcher Acten zum Spruche *) zu untersagen.

§. 57.

Bundesgesetzliche Bestimmungen über die landständische Verfassung.

Durch den art. 13 der deutschen Bundesacte wurde im Allgemeinen bestimmt, dass in jedem Bundesstaate eine landständische Verfassung bestehen soll. **) Eine specielle

*) Gutachten (Responsa) in Criminal- und Polizeisachen zu ertheilen ist den Universitäten nicht verwehrt. —

**) Nach W. S. A. art. 54. soll die B. V. darüber wachen, dass diese Bestimmung in keinem Bundesstaate unerfüllt bleibe.

Bestimmung, aus welchen Elementen die Landstände gebildet, und welche Befugnisse denselben eingeräumt werden sollen, ist in der Bundesgesetzgebung nicht enthalten. Es ist daher auch die Einführung der landständischen Verfassung von den einzelnen Bundesstaaten in sehr verschiedener Weise bewirkt worden, indem man eines Theiles sich begnügte, die ältere ständische Verfassung fortbestehen zu lassen, oder mit einigen durch die Zeit gebotenen Modificationen wieder in's Leben zu rufen, *) theils neue Verfassungen gab, in welchen das Princip der Volksvertretung, wenn gleich bald mit grösserer, bald mit geringerer Beimischung eines ständischen Elementes überwog. **)

*) So z. B. in Churhessen, Ges. v. 27. Febr. 1814; in Hannover, Ges. v. 7. Dec. 1819; in Braunschweig, erneuerte Landschaftsordnung, v. 25. April 1820; das preuss. Gesetz v. 9. Juni 1825; auch in Oesterreich, in beiden Mecklenburg, den Anhaltischen und Reussischen Ländern, dauert die alte landschaftliche Verfassung fort. Vergl. Klüber öffentl. R. des deut. Bundes. §. 287.

**) Neuere (repräsentative) Verfassungen erhielten 1) Nassau, 1. Sept. 1814; 2) Luxemburg (k. Niederländische Verf.) 24. August 1815; 3) Schwarzburg-Rudolstadt, 8. Jan. 1816; 4) Schaumburg-Lippe, 15. Jan. 1816; 5) Waldeck, 19. April 1816; 6) Weimar-Eisenach, 5. Mai 1816; 7) Sachsen-Hildburghausen, 19. März 1818; 8) Bayern, 26. Mai 1818; 9) Baden, 22. Aug. 1818; 10) Liechtenstein, 9. Nov. 1818; 11) Württemberg, 25. Sept. 1819; 12) Hessen-Darmstadt, 17. Dec. 1820; 13) Sachsen-Coburg-Saalfeld, 8. Aug. 1821; 14) Sachsen-Meinungen a) 4. Sept. 1824, sodann b) 25. Aug. 1829; 15) Schwarzburg-Sondershausen, 28. Dec. 1830; 16) Churhessen, 5. Januar 1831; 17) Sachsen-Altenburg, 29. April 1831; 18) Königreich Sachsen, 4. Sept. 1831; 19) Braunschweig, 12. Oct. 1832; 20) Hohenzollern-Sigmaringen, 11. Juli 1833; 21) Hannover, a) 26. Sept. 1833; sodann b) 6. Aug. 1840; 22) Holstein (Provinzialstände, eingef. d. 15. Mai 1834; 23) Hohenzollern-Hechingen, (Landstände, seit 1796) neue Wahlordnung, 1. Febr. 1835; 24) Lippe-Detmold, 6. Juli 1836. —

Da diese Verfassungen mehr oder minder Nachbildungen der französischen Charte v. 1814 sind, nach welcher die Verfassung auf dem Systeme der Theilung der Gewalten beruht, so konnte es nicht fehlen, dass nicht die neuen Verfassungen in den deutschen Ländern vielfach, sowohl in- als ausserhalb der Ständeversammlungen in einem gleichen Sinne aufgefasst und entwickelt werden wollten. Um dieser, zum Theile nicht ohne eigenes Verschulden mancher deutschen Regierungen, vielverbreiteten, irrigen Ansicht über das landständische Verfassungswesen in Deutschland entschieden zu begegnen, wurde durch die W. S. A. art. 57. positiv festgesetzt, dass die gesamte Staatsgewalt in dem Monarchen vereinigt bleiben, und der Souverain nur in der Ausübung gewisser Rechte an die Mitwirkung der Stände gebunden werden dürfe, wodurch also das System der Theilung der Gewalten ausdrücklich verworfen, und dagegen das System der Belebung von Volksrechten neben den Hoheitsrechten grundgesetzlich für die deutschen Repräsentativ-Verfassungen adoptiert worden ist. *)

Ferner wurde bestimmt, dass kein Bundesglied durch eine landständische Verfassung in der Erfüllung seiner bundesmässigen Verpflichtungen beschränkt werden dürfe. **) Durch den Bundesbeschluss vom 28. Juni 1852 Art. 2 wurde auch festgesetzt, dass die Stände nicht befugt sind, die zur Führung einer verfassungsmässigen Regierung erforderlichen Steuern zu verweigern, ***) und durch den Bundesbeschluss vom 30. Oct. 1854 ist in dem Bundesschiedsgerichte eine eigenthümliche Instanz zur

*) Vergl. oben das allgem. Staats-R. §. 68. §. 76. u. fl. §. 86. u. fl. — B. B. v. 28. Juni 1852. art. 1. s. oben p. 322.

**) W. S. A. art. 58. — B. B. v. 28. Juni 1852. art. 2. —

***) S. das allgem. Staats-R. §. 111. —

Erledigung der Streitigkeiten der Regierungen mit ihren Ständen gegründet worden. *) Den Bundesregierungen ist insbesondere zur Pflicht gemacht, Missbräuchen, welche durch die Oeffentlichkeit der landständischen Verhandlungen und den Druck derselben begangen werden könnten, so wie Angriffen auf den Bund in den ständischen Versammlungen vorzubeugen. **) Nach dem Bundesbeschlusse vom 28. Juni 1832 art. IV. war auch eine Bundestagscommission auf 6 Jahre ernannt, um die landständischen Verhandlungen in Deutschland zu überwachen. ***) Dagegen sollen die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden Verfassungen nicht anders als auf verfassungsmässigem Wege geändert werden können. †) Auch ist die Bundesversammlung befugt, auf Ansuchen eines Bundesgliedes die Garantie der in seinem Lande eingeführten landständischen Verfassung zu übernehmen, wodurch sie die Befugniss erhält, auf Anrufen der Betheiligten die Verfassung aufrecht zu erhalten, und die über Auslegung oder Anwendung derselben entstandenen Irrungen, soferne darüber nicht anderweitig Mittel und Wege gesetzlich vorgeschrieben sind, durch gütliche Vermittelung oder compromissarische Entscheidung beizulegen. (W. S. A. 60. 61.) Die in den Grundgesetzen des Bundes über die landständige Verfassung enthaltenen Bestimmungen sind auch auf die freien Städte analog anwendbar. (W. S. A. art. 62.)

*) S. hierüber oben p. 167. not. **), p. 176. not. *) und §. 49. dieses Anhangs.

**) W. S. A. art. 59. — B. B. v. 16. Aug. 1824. Nr. 1. Sitz. XXIV. §. 151. — B. B. v. 28. Juni 1832. art. 5. — S. oben p. 157. not. *) und §. 46. dieses Anhangs. — S. auch B. B. v. 28. April 1836.

***) S. §. 46. dies Anhangs. — S. auch B. B. v. 29. Nov. 1832. Sitz. XLV. §. 526. —

†) W. S. A. art. 56. — Ueber den Sinn dieser Bestimmung s. oben p. 72. 73. 85. not. *). p. 125. —

§. 58.

Bundesgesetzliche Bestimmungen über die Rechtsverhältnisse der mediatisierten Reichsfürsten und Reichsgrafen, so wie über die zur ehemaligen freien Reichsritterschaft gehörigen Familien.

Bei der Gründung des deutschen Bundes wurde darauf Bedacht genommen, den ehemaligen reichsständischen fürstlichen und gräflichen Familien, welche in Folge der Auflösung des deutschen Reiches ihre Selbstständigkeit verloren hatten, so wie dem früher reichsunmittelbaren ritterschaftlichen Adel als den unglücklichen Opfern einer vergangenen Zeit, *) alle jene Auszeichnungen, Vorzüge und Gerechtsame zu gewähren, welche mit den neubegründeten politischen Verhältnissen Deutschlands verträglich sind. Die deutsche Bundesacte art. 14 sichert den seit 1806 mittelbar gewordenen (mediatisierten) fürstlichen und gräflichen Häusern unter der Bezeichnung als Standesherrn, mit Verweisung auf die bayerische Declaration vom 19. März 1807, welche als subsidiäres Bundesgesetz recipiert ist, folgende Befugnisse zu, um ihnen einen gleichmässigen Rechtszustand in Bezug auf alle deutschen Staaten zu gewähren:

1) Dass sie der Mediatisierung ungeachtet zu dem hohen Adel (gleich den regierenden Familien) in Deutschland gerechnet werden sollen, und dass ihnen das Recht der Ebenburt mit den souverainen Häusern verbleibt. Hierdurch

*) So werden sie im ersten Vortrag der k. k. österr. vortragenden Gesandtschaft (Sitz. II. 11. Nov. 1816, §. 7. ad II. p. 33. der Quartausg. bezeichnet.

ist nun auch implicite jede weitere Untersuchung über den früheren etwa nicht ebenbürtigen Ursprung eines jetzt als standesherrlich anerkannten Hauses bundesgesetzlich abgeschnitten, und eben so ist bundesverfassungsmässig keine regierende Familie für befugt zu achten, ein neues Hausgesetz zu gründen, worin sie die Verbindung eines ihrer Mitglieder mit einer Frau aus einer jetzt standesherrlichen Familie für eine Missheirath erklären wollte. *)

2) Die Häupter der standesherrlichen Familien und diese selbst bilden die privilegierteste Classe in den deutschen Staaten, namentlich hinsichtlich der Besteuerung, und nach Bundesbeschluss vom 18. August 1825 ist den Häuptern der fürstlichen Familien das Prädicat „Durchlaucht“ und durch Beschluss vom 18. Febr. 1829 den Häuptern der gräflichen Familien das Prädicat „Erlaucht“ verliehen worden, um denselben einen „ihrer Ebenbürtigkeit mit den souverainen Häusern entsprechenden Rang und Titel“ zu gewähren.

§. 59.

Fortsetzung.

3) Als persönliche Vorrechte der Standesherren und ihrer Familien erscheinen ferner nach dem Art. 14 der Bundesacte das Recht des beliebigen Aufenthaltes in jedem zu dem Bunde gehörigen oder mit demselben in

*) Abweichende Ansichten über letzteren Punct haben Klüber, Abhandlungen und Beobachtungen etc. 1850. p. 140. fl. und v. Dresch, Abhandlungen über Gegenstände des öffentl. R. 1850. p. 239. —

Frieden lebenden Staate; ferner das Recht der Autonomie, als Befugniss über ihre Güter und Familienverhältnisse verbindliche Verfügungen zu treffen, so wie denselben auch die Aufrechthaltung ihrer noch bestehenden Familienverträge nach den Grundsätzen der früheren deutschen Verfassung zugesichert ist. Verträge und Statute, welche die standesherrlichen Familien kraft ihres bundesgesetzlich anerkannten Autonomierechtes errichten, bedürfen keiner Bestätigung (*confirmatio*) weder durch den Bund, noch durch den Souverain, in dessen Lande die standesherrlichen Besitzungen liegen, oder die standesherrliche Familie ihren Wohnsitz erwählt hat; jedoch sind sie dem Souverain vorzulegen und durch die höchsten Landesstellen zur allgemeinen Kenntniss und Nachachtung zu bringen. Endlich ist den standesherrlichen Familien Befreiung von aller Militairpflicht, und (als Beklagten) ein befreiter Gerichtsstand garantiert. In Gemässheit der bayerischen Declaration vom 19. März 1807 A. 11 *) bestehet dieser befreite Gerichtsstand in Bezug auf Criminalsachen in dem Rechte, durch Standesgenossen (*judicium parium*) gerichtet zu werden. **) Die Bundesacte art. 6 hatte den Standesherrn auch einige Aussicht auf die Einräumung einer Curiatstimme bei der Bundesversammlung eröffnet. Auf dem Congress zu Aachen wurde diese Frage abermals angeregt, ist aber bis jetzt noch zu keiner Entscheidung gekommen. ***)

*) Diese Bestimmung ist der Rheinbundsact art. 28. nachgebildet. —

**) Ob im Falle der Verurtheilung dem Verurtheilten ein Rechtsmittel und welches, zustehe, ist zu bestimmen übersehen worden.

***) Vergl. das Conferenz-Prot. v. 7. Nov. 1818. in Martens Recueil Suppl. IX. p. 287. —

§. 60.

Fortsetzung.

4) In Bezug auf ihre Besitzungen sind den Standesherrn durch die Bundesacte art. XIV alle jene Rechte zu gesichert, welche aus dem Eigenthume an Grund und Boden fliessen, dagegen aber im Allgemeinen alle jene Rechte abgesprochen, welche aus dem Begriffe der Staatsgewalt und den höheren Regierungsrechten fliessen. *) Jedoch ist den Standesherrn ausdrücklich in ihren Standesherrschaften die Ausübung der Civil- und Criminaljustiz in erster, und wo die Besitzungen gross genug sind, auch in zweiter Instanz, ferner die Forstgerichtsbarkeit, Ortspolizei und Aufsicht in Kirchen- und Schulsachen, und über die milden Stiftungen, jedoch nach Vorschrift der Landesgesetze und unter der Oberaufsicht der Regierungen gestattet. Es versteht sich von selbst, dass den Standesherrn unverwehrt ist, für die Erhebung und Verwaltung ihrer Renten und Gefälle eigene, selbst collegialische Behörden (Domänenkanzleien) einzurichten. Ein Recht der Besteuerung haben aber die Standesherrn über ihre Unterthanen nicht mehr. Alle kraft der Landeshoheit früher erhobenen oder zu erhebenden Steuern bezieht jetzt der Staat, welcher aber dafür eine verhältnissmässige Quote der auf den standesherrlichen Gebieten ruhenden Schulden zu übernehmen hat. **) Die

*) Auch dieser Grundsatz war schon in der Rheinbundsacte art. 27. ausgesprochen, wo selbst sich auch eine Aufzählung der einzelnen Rechte findet, welche als aus der Souverainität oder als aus dem Grundeigenthume fliessend betrachtet werden sollen.

*) Bayer. Decl. v. 19. März 1807. H. I. —

Einkünfte aus nutzbaren Regalien verbleiben den Standesherrn eben so ungeschmälert, wie ihnen die Renten aus ihren Domänen verbleiben. *) Daher muss man auch den Standesherrn (und nicht dem Souverain) insoferne sie es vor der Mediatisierung hatten, das Recht des Fiscus zusprechen, in erblose Güter zu succedieren, oder überhaupt herrenlose Güter an sich zu ziehen, und die Nachsteuer u. s. w., in so weit sie nach art. 18 der deutschen Bundes-Acte noch stattfinden kann, zu erheben. **) Alle diese nutzbaren Rechte, so wie die Domänen der Standesherrn selbst, haben jetzt nur noch den Character von adelichen Privatrechten und Privatgütern, und sind daher im Verhältnisse zum Staate nur noch als Ausflüsse der Grundherrlichkeit zu betrachten. ***)

§. 61.

Fortsetzung.

Dem früher reichsunmittelbaren rittermässigen Adel sichert die Bundesacte art. 14 wie den Standesherrn freie Wahl des Wohnsitzes in allen Bundesstaaten und in den,

*) Rheinb.-Act. art. 27. — Die angef. bayr. Declar. H. 5. 6. 7. —

**) Die angef. bayr. Declar. l. c. — Man muss bei der Beurtheilung dieser Verhältnisse von der Grundansicht ausgehen, dass der Verlust, welchen die Standesherrn leiden, ein politisches Opfer ist, zu welchem sie durch die Zeitverhältnisse gezwungen wurden, daher denn auch ihnen nur dasjenige rechtlich abgesprochen werden kann, was mit den jetzigen politischen Zuständen absolut unverträglich ist. — Vergl. W. Emmerich, die Ansprüche der deutschen Standesherrn auf die *jura fisci* des römischen Rechts. Hanau, 1854. —

***) Bayr. Declar. l. a. II. 5. —

dem Bunde befreundeten Staaten, die Aufrechthaltung seiner Familienverträge und das Autonomierecht in dem §. 59 angegebenen Sinne und einen befreiten Gerichtsstand zu. Denjenigen, welche Rittergüter besitzen, ist überdiess die Landstandschaft, die Patrimonial- und Forstgerichtsbarkeit die Ortspolizei und das Kirchenpatronat eingeräumt.

§. 62.

Fortsetzung.

Die standesherrlichen Vorrechte werden, so weit sie sich auf die standesherrlichen Besitzungen beziehen, verloren, wenn diese an den Staat abgetreten werden, (*consolidatio*) oder wenn darauf verzichtet wird. Die persönlichen Vorrechte der standesherrlichen Familien gehen aber mit der Entäusserung der standesherrlichen Besitzungen an sich nicht verloren, weil kein Gesetz diess sagt, und auch überhaupt die persönlichen Privilegien des hohen Adels, und namentlich die Ebenbürtigkeit nicht von der Fortdauer des Territorialbesitzes abhängen. *) Nach der Rheinbundsacte art. 27. Abs. 2. war die Veräusserung eines standesherrlichen Gebietes an einen auswärtigen (d. h. nicht zu dem Bunde gehörigen) Souverain unbedingt

*) Diess ergibt sich schon daraus, dass überhaupt nicht alle Mitglieder einer souverainen oder hochadelichen Familie das Territorium zugleich besitzen, (sondern immer nur ein Mitglied). So hat man auch zur Zeit des deutschen Reiches nie aufgehört, solche Familien, welche durch Fehden mit anderen Reichsständen, oder durch andere Ereignisse aus dem Besitze ihrer Territorien geworfen worden waren, fortwährend zu dem hohen Adel zu zählen, so z. B. die reichsgräfliche Familie der Rantzau. — Aehnliche Beispiele bietet die neueste Zeit in Bezug auf die Familie Wasa, und die Familie Karl's X. von Frankreich. —

untersagt, und bei jeder anderen Veräußerung vorgeschrieben, dass die Standesherrschaft vorerst dem Fürsten angeboten werden solle, unter dessen Staatshoheit sie gelegen ist. Die fortdauernde Gültigkeit dieser Bestimmung kann wegen der sich darauf beziehenden Vorschrift der als subsidiäres Bundesgesetz adoptierten Bayerischen Declaration vom 19. Mai 1807 H. 14 nicht beanstandet werden. Zweifelhaft könnte es dagegen erscheinen, ob in dem Falle, wo die standesherrlichen Besitzungen an einen Besitzer übergehen, welcher nicht selbst zu derselben oder vielleicht auch überhaupt zu keiner standesherrlichen Familie gehört, jene standesherrlichen Vorrechte, welche sich auf die Besitzungen beziehen, eben so erlöschen, wie im Falle der *Consolidatio* oder des Verzichtes, oder ob dieselben als wahre Realgerechtigkeiten auf den neuen Erwerber übergehen. *) Erwägt man jedoch, dass so viel positivrechtlich feststeht, dass die sich auf die standesherrlichen Besitzungen beziehenden Rechte als aus der Grundherrschaft fließende Rechte angesehen werden sollen (§. 60), und dass sie auch im Wesentlichen keine anderen Berechtigungen umfassen, als solche, welche mit adelichen Gütern überhaupt verbunden zu sein pflegen, so wird man kein Bedenken tragen dürfen, den Erwerber einer Standesherrschaft für allerdings befugt zur Ausübung der auf die Besitzungen bezüglichen, den Standesherrn durch die Bundesgesetze als ein Privateigenthum zugesprochenen Rechte zu erklären, wenn er überhaupt persönlich so qualificiert ist, dass er nach der Landesverfassung adeliche Güter (Rittergüter) erwerben, und die mit solchen regelmässig verbundenen politischen Rechte ausüben kann.

*) Dass die persönlichen Vorrechte der Standesherrn auf den Erwerber einer Standesherrschaft nicht übergehen, bedarf keiner Erörterung.

§. 63.

Fortsetzung.

Zum Schutze ihrer bundesverfassungsmässigen Rechte stehet den Standesherrn und dem früher reichsunmittelbaren Reichsadel ausser dem Rechtswege vor den Landesgerichten auch der Recurs an die Bundesversammlung zu, jedoch nur

1) wenn sie durch die Legislation eines Bundesstaates in ihren, durch die Bundesgesetze ausdrücklich begründeten, oder auch in den ihnen durch die Landesgesetzgebung *) in Gemässheit der Bundesgesetze eingeräumten Rechten beschränkt werden, und

2) wenn ihnen die gesetzliche Rechtshülfe im Staate verweigert wird. **)

§. 64.

Bundesgesetzliche Garantien zu Gunsten einzelner Personen.

Nach ausdrücklicher Bestimmung der deutschen Bundesacte Art. 15 ist die Fortdauer der durch den Reichsdeputationshauptschluss vom 25. Febr. 1803 auf die Rhein-Schiff-Fahrts-Octroi angewiesenen directen und subsidiari-

*) B. B. v. 16. Juli 1836. vergl. mit dem grossherz. bad. Verord. v. 16. Febr. 1837, Regg.-Bl. Nr. V. — Sieh die oben p. 210. not. *) angef. Schrift. —

*) W. S. A. art. 63. —

schen Renten,*) so wie auch die fortwährende Gültigkeit der in demselben in Betreff des Schuldenwesens der ehemaligen Reichskreise, der Landesherren und Länder, **) und hinsichtlich der Pensionen an geistliche und weltliche Individuen***) enthaltenen Bestimmungen von dem Bunde garantiert, und dabei den Mitgliedern der ehemaligen Dom- und freien Reichsstifter verstattet, ihre Pensionen ohne Abzug in jedem mit dem deutschen Bunde in Frieden stehenden Staate verzehren zu dürfen. Den Mitgliedern des deutschen Ordens sind ebenfalls Pensionen nach den in dem Reichsdeputationshauptschluss von 1803 für die Domstifter festgesetzten Grundsätzen zugesichert, und zwar in der Art, dass jene Fürsten, welche eingezogene Besitzungen des deutschen Ordens erhalten haben, diese Pensionen nach Verhältniss ihres Antheiles an denselben bezahlen. Diese im Art. 15 der Bundesacte †) zu Gunsten der Mitglieder des deutschen Ordens enthaltene Bestimmung wurde durch Bundesbeschluss vom 17. Juli 1817 Sitz. XLIV. §. 351 auch auf die Mitglieder und Diener des Johanniterordens ausgedehnt. Im art. 15 der Bundesacte wurde der Bundesversammlung insbesondere die Berathung über die Regulierung der Sustentationskasse und der auf die Besitzer des linken Rheinufers übertragenen Pensionen für die überrheinischen Bischöfe und Geistlichen vorbehalten. Diese Regulierung sollte binnen Jahresfrist geschehen, bis dahin aber die Bezahlung dieser Pensionen in der bisherigen Art fortgesetzt wer-

*) Reichsdep. H. S. §. 7, 9, 14, 17, 20, 27. —

**) Reichsdeputationshauptschluss v. 1803. §. 38. 77 — 85.

***) Ebendas. §. 30. u. fl.

†) Vergl. auch B. B. v. 23. Aug. 1852. Sitz. XXXI. §. 329. — Die B. V. erkennt hiernach kein Ascensionsrecht an, d. h. kein Recht von Mitgliedern des deutschen Ordens, in den Genuss der Revenüen anderer Commenden hinaufzurücken, als welche sie selbst besaßen.

den. *) Obgleich die Bundesacte über die Pensionsverhältnisse der Mitglieder und Angehörigen des Reichscammergerichtes nichts bestimmt hatte, so liess sich doch die Bundesversammlung angelegen sein, das Pensionswesen derselben auf eine dem Geiste der deutschen Nation, so wie der Achtung für dieses ehrwürdige Nationalinstitut entsprechende Weise zu ordnen. **) Durch B. B. v. 14. Juli 1817 Sitz. XLIII. §. 330 wurde zwischen den Gehaltsrückständen bis zum Ende des Jahres 1816 und der Feststellung der Pensionen für die Zukunft vom 1. Jan. 1817 an unterschieden, und namentlich in letzterer Beziehung der Beweis gegeben, dass der Geist deutscher Milde, wie er sich in dem Reichsdeputationsabschiede von 1803 zum Vortheile entlassener Staatsdiener so laut ausgesprochen, sich nach allen Stürmen der Staatsumwälzung unverändert in Deutschland erhalten hat. ***) Auch die Frage über die Bezahlung der Besoldungsrückstände ist nach einigen weiteren Verhandlungen nunmehr definitiv erledigt und für die Befriedigung der dessfallsigen Ansprüche Sorge getragen worden. †) Sodann hat auch die Bundesversammlung Verhandlungen eingeleitet, um die Privatgläubiger der ehemaligen Reichsoperationskasse aus Rücksicht der Billigkeit zu befriedigen, obgleich keine rechtliche

*) Diese Angelegenheit (sog. transrhenanische Sustentations-Angelegenheit) hat mehrfache Verhandlungen und Bundesbeschlüsse veranlasst. Vergl. insbesondere B. B. v. 25. Dec. 1816. Sitz. XIV. §. 60. -- B. B. v. 14. Juli 1817. Sitz. XLIII. §. 532. — Zuletzt B. B. zur völligen Erledigung der transrhenanischen Sustentationsangelegenheit v. 10. Juni 1824. Sitz. XVI. §. 102. —

**) Worte des Bundesbeschl. v. 14. Juli 1817.

***) Ebenfalls Worte des B. B. v. 14. Juli 1817.

†) Vergl. B. B. v. 6. Febr. und 18. August 1818. — B. B. v. 24. Febr. 1823. — B. B. v. 18. Aug. 1825. und besonders B. B. v. 24. Nov. 1831. —

Verbindlichkeit des Bundes zur Zahlung dieser Schulden anerkannt worden ist. *) Endlich aber wurden dem fürstlichen Hause Thurn und Taxis in der Bundesacte art. 17 seine ihm zufolge des Reichsdeputationshauptschlusses auf Besitz und Genuss der Posten in verschiedenen Bundesstaaten zustehenden Rechte, und resp. auf angemessene Entschädigung gegründeten Ansprüche garantiert.

§. 65.

Bundesgesetzliche Zusicherung von Rechten der Unterthanen in sämtlichen deutschen Bundesstaaten.

Die deutsche Bundesacte sichert den Unterthanen sämtlicher Bundesstaaten gewisse gemeinsame Rechte zu, daher man in dieser Beziehung auch von einem auf die Bundesacte sich stützenden allgemeinen deutschen Staatsbürgerrechte oder Bundesindigenate (im Gegensatz des Landesindigenates **) sprechen kann. Als solche, den Unterthanen sämtlicher Bundesstaaten gemeinschaftliche Rechte sind in der B. A. Art. 19 aufgeführt:

- 1) das Recht, Grundeigenthum auch in anderen Bundesstaaten, als in jenem, welchem sie angehören, zu erwerben, ohne desshalb in dem fremden Staate mehreren Abgaben und Lasten unterworfen zu sein, als dessen eigene Unterthanen. Die in einem Staate etwa bestehenden Retractrechte der Einheimischen sind aber dadurch nicht aufgehoben.

*) Vergl. B. B. v. 9. Oct. 1820. — B. B. v. 27. April 1826. — Insbesondere die B. B. v. 5. Nov. 1833, v. 15. Nov. 1838. und v. 28. Febr. 1839.

**) S. oben das allgemeine Staatsrecht §. 72.

- 2) Den Unterthanen aller Bundesstaaten ist Freiheit der Auswanderung nach allen Bundesstaaten zugestanden, unter der Voraussetzung, dass der Militairpflicht gegen das bisherige Vaterland vollständig genügt ist, und ein anderer Bundesstaat den Auswandernden erweislich als Unterthanen aufnehmen will. *)
- 3) Insoferne durch Auswanderung oder Erbfolge oder durch sonst einen Rechtstitel, wie Mitgift, Schenkung, Kauf, Tausch u. s. w., Vermögen aus einem Bundesstaate in den anderen übergeht, ist Freiheit von aller Nachsteuer, d. h. die Freiheit von allen Abgaben ausgesprochen, welche nicht ein inländischer Erwerber ebenfalls zu tragen hätte. Besondere Freizügigkeitsverträge unter den einzelnen Bundesstaaten behalten nur noch in soferne ihre Gültigkeit, als sie den bundesgesetzlichen Bestimmungen nicht entgegen sind. **)
- 4) Auch hat jeder Unterthan eines deutschen Bundesstaates die Befugniss, in die Civil- und Militärdienste eines anderen Bundesstaates zu treten, gleichfalls unter der Voraussetzung, dass ihm die Militairpflicht gegen sein bisheriges Vaterland nicht im Wege steht.
- 5) Durch die Bundesacte art. 16 ist festgesetzt worden, dass die Verschiedenheit der christlichen Religionspartheien in den deutschen Bundesländern keinen Unterschied im Genusse der bürgerlichen und politischen Rechte begründen kann. In Bezug auf

*) Vergl. das allgemeine Staatsrecht §. 75. —

**) S. besonders B. B. über die Nachsteuer und Abzugsfreiheit v. 23. Juni 1817. Sitz. XXXVII. §. 254. und die authentische Interpretation des art. 8. dieses Beschlusses durch B. B. v. 2. August 1827. Sitz. XXIV. §. 89. —

die Bekenner des jüdischen Glaubens wird ebenda-
selbst die Bundesversammlung die bürgerliche Ver-
besserung derselben in Deutschland, und die Gewäh-
rung voller bürgerlicher Rechte gegen die Ueber-
nahme aller Bürgerpflichten in den einzelnen Bundes-
staaten in Berathung ziehen; unterdessen sollen ihnen
jene Rechte erhalten werden, welche ihnen in den
einzelnen Bundesstaaten bereits eingeräumt sind. *)

*) Vergl. B. B. v. 26. August 1824. Sitz. XXVI. §. 138. —

Anhang II.

Die Grundgesetze des deutschen Bundes.

A.

Die deutsche Bundesacte,

vom 8. Januar 1815.

Im Namen der allerheiligsten und untheilbaren Dreieinigkeit.

Die souverainen Fürsten und freien Städte Deutschlands, den gemeinsamen Wunsch hegend, den 6. Artikel des Pariser Friedens vom 30. Mai 1814 in Erfüllung zu setzen, und von den Vortheilen überzeugt, welche aus ihrer festen und dauerhaften Verbindung für die Sicherheit und Unabhängigkeit Deutschlands, und die Ruhe und das Gleichgewicht Europas hervorgehen würden, sind übereingekommen, sich zu einem beständigen Bunde zu vereinigen, und haben zu diesem Behuf ihre Gesandten und Abgeordneten am Congresse in Wien mit Vollmachten versehen.

In Gemässheit dieses Beschlusses haben die vorstehenden Bevollmächtigten, nach geschעהner Auswechslung ihrer richtig befundenen Vollmachten, folgende Artikel verabredet.

I. Allgemeine Bestimmungen.

Art. 1. Die souverainen Fürsten und freien Städte Deutschlands mit Einschluss Ihrer Majestäten des Kaisers von Oesterreich und der Könige von Preussen, Dänemark und der Niederlande; und zwar der Kaiser von Oesterreich, der König von Preussen, beide für ihre gesammten vormals zum deutschen Reich gehörigen Besitzungen; der König von Dänemark für Holstein; der König der Niederlande für das Grossherzogthum Luxemburg, vereinigen sich zu einem beständigen Bunde, welcher der deutsche Bund heissen soll.

Art. 2. Der Zweck desselben ist Erhaltung der äusseren und inneren Sicherheit Deutschlands und der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen deutschen Staaten.

Art. 3. Alle Bundesglieder haben als solche gleiche Rechte; sie verpflichten sich alle gleichmässig die Bundesacte unverbrüchlich zu halten.

Art. 4. Die Angelegenheiten des Bundes werden durch eine Bundesversammlung besorgt, in welcher alle Glieder desselben durch ihre Bevollmächtigten theils einzelne theils Gesamtstimmen folgender Massen, jedoch unbeschadet ihres Ranges, führen:

1) Oesterreich 1 Stimme. 2) Preussen 1 St. 3) Bayern 1 St. 4) Sachsen 1 St. 5) Hannover 1 St. 6) Württemberg 1 St. 7) Baden 1 St. 8) Kurhessen 1 St. 9) Grossherzogthum Hessen 1 St. 10) Dänemark wegen Holstein 1 St. 11) Niederlande wegen des Grossherzogthums Luxemburg 1 St. 12) Die Grossherzoglich und Herzoglich Sächsischen Häuser 1 St. 13) Braunschweig und Nassau 1 St. 14) Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz 1 St. 15) Holstein-Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg 1 St. 16) Hohenzollern, Liechtenstein, Reuss, Schaumburg-Lippe, Lippe und Waldeck 1 St. 17) Die freien Städte: Lübeck, Frankfurt, Bremen und Hamburg 1 St. Zusammen 17 Stimmen.

Art. 5. Oesterreich hat bei der Bundesversammlung den Vorsitz, jedes Bundesglied ist befugt, Vorschläge zu machen und in Vortrag zu bringen, und der Vorsitzende ist verpflichtet, solche in einer zu bestimmenden Zeitfrist der Berathung zu übergeben.

Art. 6. Wo es auf Abfassung und Abänderung von Grundgesetzen des Bundes, auf Beschlüsse, welche die Bundesacte selbst betreffen, auf organische Bundes-Einrichtungen und auf gemeinnützige Anordnungen sonstiger Art ankömmt, bildet sich die Versammlung zu einem Plenum, wobei jedoch mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der Grösse der einzelnen Bundesstaaten folgende Berechnung und Vertheilung der Stimmen verabredet ist:

1) Oesterreich erhält 4 Stimmen. 2) Preussen 4 St. 3) Sachsen 4 St. 4) Bayern 4 St. 5) Hannover 4 St. 6) Württemberg 4 St. 7) Baden 3 St. 8) Kurhessen 3 St. 9) Grossherzogthum Hessen 3 St. 10) Holstein 3 St. 11) Luxemburg 3 St. 12) Braunschweig 2 St. 13) Mecklenburg-Schwerin 2 St. 14) Nassau 2 St. 15) Sachsen-Weimar 1 St. 16) Sachsen-Gotha 1 St. 17) Sachsen-Coburg 1 St. 18) Sachsen-Meiningen 1 St. 19) Sachsen-Hildburghausen 1 St. 20) Mecklenburg-Strelitz 1 St. 21) Holstein-Oldenburg 1 St. 22) Anhalt-Dessau 1 St. 23) Anhalt-Bernburg 1 St. 24) Anhalt-Cöthen 1 St. 25) Schwarzburg-Sondershausen 1 St. 26) Schwarzburg-Rudolstadt 1 St. 27) Hohenzollern-Hechingen 1 St. 28) Liechtenstein 1 St. 29) Hohenzollern-Sigmaringen 1 St. 30) Waldeck 1 St. 31) Reuss ältere Linie 1 St. 32) Reuss jüngere Linie 1 St. 33) Schaumburg-Lippe 1 St. 34) Lippe 1 St. 35) Die freie Stadt Lübeck 1 St. 36) Die freie Stadt Frankfurt 1 St. 37) Die freie Stadt Bremen 1 St. 37) Die freie Stadt Hamburg 1 St. Zusammen 69 Stimmen.

Ob den mediatisirten vormaligen Reichsständen auch einige Curiatstimmen in Pleno zugestanden werden sollen, wird die Bundesversammlung bei der Berathung der organischen Bundesgesetze in Erwägung nehmen.

Art. 7. In wiefern ein Gegenstand nach obiger Bestimmung für das Plenum geeignet sei, wird in der engern Versammlung durch Stimmenmehrheit entschieden.

Die der Entscheidung des Pleni zu unterziehenden Beschlusssentwürfe werden in der engern Versammlung vorbereitet und bis zur Annahme oder Verwerfung zur Reife gebracht; sowohl in der engern Versammlung

als in Pleno werden die Beschlüsse nach der Mehrheit der Stimmen gefasst, jedoch in der Art, dass in der ersten die absolute, in letzterer aber nur eine auf zwei Drittheilen der Abstimmung beruhende Mehrheit entscheidet.

Bei Stimmengleichheit in der engern Versammlung steht dem Vorsitzenden die Entscheidung zu.

Wo es aber auf Annahme oder Abänderung der Grundgesetze, auf organische Bundes-Einrichtungen, auf *jura singulorum* oder Religions-Angelegenheiten ankommt, kann weder in der engern Versammlung, noch in Pleno ein Beschluss durch Stimmenmehrheit gefasst werden.

Die Bundesversammlung ist beständig, hat aber die Befugniss, wenn die ihrer Berathung unterzogenen Gegenstände erledigt sind, auf eine bestimmte Zeit, jedoch nicht auf länger als vier Monate sich zu vertagen. Alle näheren die Vertagung und die Besorgung der etwa während derselben vorkommenden dringenden Geschäfte betreffenden Bestimmungen werden der Bundesversammlung bei Abfassung der organischen Gesetze vorbehalten.

Art. 8. Die Abstimmungsordnung der Bundesglieder betreffend, wird festgesetzt, dass, so lange die Bundesversammlung mit Abfassung der organischen Gesetze beschäftigt ist, hierüber keinerlei Bestimmung gelte, und die zufällig sich fügende Ordnung keinem der Mitglieder zum Nachtheil gereichen, noch eine Regel begründen soll. Nach Abfassung der organischen Gesetze wird die Bundesversammlung die künftige als beständige Folge einzuführende Stimmenordnung in Berathung nehmen und sich darin so wenig als möglich von der ehemals auf dem Reichstage und namentlich in Gemässheit des Reichsdeputationsschlusses von 1803 beobachteten Ordnung entfernen. Auch diese Ordnung kann aber auf den Rang der Bundesglieder überhaupt, und ihren Vortritt ausser den Verhältnissen der Bundesversammlung keinen Einfluss ausüben.

Art. 9. Die Bundesversammlung hat ihren Sitz zu Frankfurt am Main, die Eröffnung derselben ist auf den 1. September 1815 festgesetzt.

Art. 10. Das erste Geschäft der Bundesversammlung nach ihrer Eröffnung wird die Abfassung der Grundgesetze des Bundes und dessen organische Einrichtung in Rücksicht auf seine auswärtigen, militärischen und inneren Verhältnisse sein.

Art. 11. Alle Mitglieder des Bundes versprechen sowohl ganz Deutschland als jeden einzelnen Bundesstaat gegen jeden Angriff in Schutz zu nehmen und garantieren sich gegenseitig ihre sämmtlichen unter dem Bunde begriffenen Besitzungen.

Bei einmal erklärtem Bundeskrieg darf kein Mitglied einseitige Unterhandlungen mit dem Feinde eingehen, noch einseitig Waffenstillstand oder Frieden schliessen.

Die Bundesglieder behalten zwar das Recht der Bündnisse aller Art; verpflichten sich jedoch in keine Verbindungen einzugehen, welche gegen die Sicherheit des Bundes oder einzelner Bundesstaaten gerichtet wären.

Die Bundesglieder machen sich ebenfalls verbindlich, einander unter keinerlei Vorwand zu bekriegen, noch ihre Streitigkeiten mit Gewalt zu verfolgen, sondern sie bei der Bundesversammlung anzubringen. Dieser liegt alsdann ob, die Vermittelung durch einen Ausschuss zu versuchen; falls dieser Versuch fehlschlagen sollte, und demnach eine richterliche Entscheidung nothwendig würde, solche durch eine wohlgeordnete Austrä-

galinstanz zu bewirken, deren Ausspruch die streitenden Theile sich sofort zu unterwerfen haben.

II. Besondere Bestimmungen.

Ausser den in den vorhergehenden Artikeln bestimmten auf die Feststellung des Bundes gerichteten Punkten sind die verbündeten Mitglieder übereingekommen, hiermit über folgende Gegenstände die in den nachstehenden Artikeln enthaltenen Bestimmungen zu treffen, welche mit jenen Artikeln gleiche Kraft haben sollen.

Art. 12. Diejenigen Bundesglieder, deren Besitzungen nicht eine Volkszahl von 300,000 Seelen erreichen, werden sich mit den ihnen verwandten Häusern oder andern Bundesgliedern, mit welchen sie wenigstens eine solche Volkszahl ausmachen, zu Bildung eines gemeinschaftlichen obersten Gerichts vereinigen.

In den Staaten von solcher Volksmenge, wo schon jetzt dergleichen Gerichte dritter Instanz vorhanden sind, werden jedoch diese in ihrer bisherigen Eigenschaft erhalten, wofern nur die Volkszahl, über welche sie sich erstrecken, nicht unter 150,000 Seelen ist.

Den vier freien Städten steht das Recht zu, sich unter einander über die Errichtung eines gemeinsamen obersten Gerichts zu vereinigen.

Bei den solchergestalt errichteten gemeinschaftlichen obersten Gerichten soll jeder der Partheien gestattet sein, auf die Verschickung der Acten auf eine deutsche Facultät oder an einen Schöppenstuhl zu Abfassung des Endurtheils anzutragen.

Art. 13. In allen Bundesstaaten wird eine landständische Verfassung statt finden.

Art. 14. Um den im Jahr 1806 und seitdem mittelbar gewordenen ehemaligen Reichsständen und Reichsangehörigen in Gemässheit der gegenwärtigen Verhältnisse in allen Bundesstaaten einen gleichförmig bleibenden Rechtsstand zu verschaffen, so vereinigen die Bundesstaaten sich dahin:

- a) dass diese fürstlichen und gräflichen Häuser fortan nichts desto weniger zu dem hohen Adel in Deutschland gerechnet werden, und ihnen das Recht der Ebenbürtigkeit, in dem bisher damit verbundenen Begriff verbleibt;
- b) sind die Häupter dieser Häuser die ersten Standesherrn in dem Staate zu dem sie gehören; — Sie und ihre Familien bilden die privilegierteste Classe in demselben, insbesondere in Ansehung der Besteuerung;
- c) es sollen ihnen überhaupt in Rücksicht ihrer Personen, Familien und Besitzungen alle diejenigen Rechte und Vorzüge zugesichert werden oder bleiben, welche aus ihrem Eigenthum und dessen ungestörtem Genusse herrühren, und nicht zu der Staatsgewalt und den höhern Regierungsrechten gehören. Unter vorerwähnten Rechten sind insbesondere und namentlich begriffen:
 - 1) die unbeschränkte Freiheit ihren Aufenthalt in jedem zu dem Bunde gehörenden oder mit demselben im Frieden lebenden Staate zu nehmen;
 - 2) werden nach den Grundgesetzen der früheren deutschen Verfassung die noch bestehenden Familienverträge aufrecht erhalten, und ihnen die Befugniß zugesichert, über ihre Güter und Familienverhältnisse verbindliche Verfügungen zu treffen, welche jedoch dem Souverain vorgelegt und bei den höchsten Landesstellen zur

allgemeinen Kenntniss und Nachachtung gebracht werden müssen. Alle bisher dagegen erlassenen Verordnungen sollen für künftige Fälle nicht weiter anwendbar sein;

3) privilegierter Gerichtsstand und Befreiung von aller Militärflichtigkeit für sie und ihre Familien;

4) die Ausübung der bürgerlichen und peinlichen Gerechtigkeitspflege in erster, und wo die Besitzung gross genug ist, in zweiter Instanz, der Forstgerichtsbarkeit, Ortspolizei und Aufsicht in Kirchen- und Schulsachen, auch über milde Stiftungen, jedoch nach Vorschrift der Landesgesetze, welchen sie, so wie der Militärverfassung und der Oberaufsicht der Regierungen über jene Zuständigkeiten unterworfen bleiben.

Bei der näheren Bestimmung der angeführten Befugnisse sowohl, wie überhaupt und in allen übrigen Puncten wird zur weitem Begründung und Feststellung eines in allen deutschen Bundesstaaten übereinstimmenden Rechtszustandes der mittelbar gewordenen Fürsten, Grafen und Herren, die in dem Betreff erlassene königl. bayerische Verordnung vom Jahr 1807 als Basis und Norm unterlegt werden.

Dem ehemaligen Reichsadel werden die sub. Nr. 1 und 2 angeführten Rechte, Antheil der Begüterten an Landstandschaft, Patrimonial- und Forstgerichtsbarkeit, Ortspolizei, Kirchenpatronat und der privilegierte Gerichtsstand zugesichert. Diese Rechte werden jedoch nur nach Vorschrift der Landesgesetze ausgeübt.

In den durch den Frieden von Lünneville vom 9. Febr. 1801 von Deutschland abgetretenen und jetzt wieder damit vereinigten Provinzen werden bei Anwendung der obigen Grundsätze auf den ehemaligen unmittelbaren Reichsadel diejenigen Beschränkungen Statt finden, welche die dort bestehenden besondern Verhältnisse nothwendig machen.

Art. 15. Die Fortdauer der auf die Rheinschiffahrts-Octroi angewiesenen directen und subsidiarischen Renten, die durch den Reichsdeputationsschluss vom 25. Februar 1803 getroffenen Verfügungen, in Betreff des Schuldenwesens und festgesetzten Pensionen an geist- und weltliche Individuen, werden von dem Bunde garantiert.

Die Mitglieder der ehemaligen Dom- und freien Reichsstifter haben die Befugniss, ihre durch den erwähnten Reichsdeputationsschluss festgesetzten Pensionen ohne Abzug in jedem mit dem deutschen Bunde im Frieden stehenden Staate verzehren zu dürfen.

Die Mitglieder des deutschen Ordens werden ebenfalls nach den in dem Reichsdeputations Hauptschluss von 1803 für die Domstifter festgesetzten Grundsätzen Pensionen erhalten, insofern sie ihnen noch nicht hinreichend bewilliget worden, und diejenigen Fürsten, welche eingezogene Besitzungen des deutschen Ordens erhalten haben, werden diese Pensionen nach Verhältniss ihres Antheils an den ehemaligen Ordens-Besitzungen bezahlen.

Die Berathung über die Regulierung der Sustentations-Casse und der Pensionen für die überrheinischen Bischöfe und Geistlichen, welche Pensionen auf die Besitzer des linken Rheinufers übertragen werden, ist der Bundesversammlung vorbehalten. Diese Regulierung ist binnen Jahresfrist zu beendigen, bis dahin wird die Bezahlung der erwähnten Pensionen auf die bisherige Art fortgesetzt.

Art. 16. Die Verschiedenheit der christlichen Religionspartheien, kann in den Ländern und Gebieten des deutschen Bundes keinen Unterschied in dem Genusse der bürgerlichen und politischen Rechte begründen.

Die Bundesversammlung wird in Berathung ziehen, wie auf eine möglichst übereinstimmende Weise die bürgerliche Verbesserung der Bekenner des jüdischen Glaubens in Deutschland zu bewirken sei, und wie insonderheit denselben der Genuss der bürgerlichen Rechte gegen die Uebernahme aller Bürgerpflichten in den Bundesstaaten verschafft und gesichert werden könne; jedoch werden den Bekennern dieses Glaubens bis dahin die denselben von einzelnen Bundesstaaten bereits eingeräumten Rechte erhalten.

Art. 17. Das fürstliche Haus Thurn und Taxis bleibt in dem durch den Reichsdeputationsschluss vom 25. Februar 1803 oder spätere Verträge bestätigten Besitz und Genuss der Posten in den verschiedenen Bundesstaaten, so lange als nicht etwa durch freie Uehereinkunft anderweitige Verträge abgeschlossen werden sollten.

In jedem Falle werden demselben in Folge des Artikels 13 des erwähnten Reichsdeputations-Hauptschlusses, seine auf Belassung der Posten, oder auf eine angemessene Entschädigung gegründeten Rechte und Ansprüche versichert.

Dieses soll auch da Statt finden, wo die Aufsehung der Posten seit 1803 gegen den Inhalt des Reichsdeputations-Hauptschlusses bereits geschehen wäre, insofern diese Entschädigung durch Verträge nicht schon definitiv festgesetzt ist.

Art. 18. Die verbündeten Fürsten und freien Städte kommen überein, den Unterthanen der deutschen Bundestaaten folgende Rechte zuzusichern:

a) Grundeigenthum ausserhalb des Staates, den sie bewohnen, zu erwerben und zu besitzen, ohne deshalb in dem fremden Staate mehreren Abgaben und Lasten unterworfen zu sein, als dessen eigene Unterthanen.

b) Die Befugniss

1) des freien Wegziehens aus einem Bundesstaat in den andern, der erweisslich sie zu Unterthanen annehmen will, auch

2) in Civil- und Militärdienste desselben zu treten, beides jedoch nur in so fern keine Verbindlichkeit zu Militärdiensten gegen das bisherige Vaterland im Wege stehe; und damit wegen der dormalen vorwaltenden Verschiedenheit der gesetzlichen Vorschriften über Militärpflichtigkeit hierunter nicht ein ungleichartiges, für einzelne Bundesstaaten nachtheiliges, Verhältniss entstehen möge, so wird bei der Bundesversammlung die Einführung möglichst gleichförmiger Grundsätze über diesen Gegenstand in Berathung genommen werden.

c) Die Freiheit von aller Nachsteuer (*jus detractus, gabella emigrationis*) insofern das Vermögen in einen andern deutschen Bundesstaat übergeht und mit diesem nicht besondere Verhältnisse durch Freizügigkeits-Verträge bestehen.

d) Die Bundesversammlung wird sich bei ihrer ersten Zusammenkunft mit Abfassung gleichförmiger Verfügungen über die Pressfreiheit und die Sicherstellung der Schriftsteller und Verleger gegen den Nachdruck beschäftigen.

Art. 19. Die Bundesglieder behalten sich vor, bei der ersten Zusammenkunft der Bundesversammlung in Frankfurt, wegen des Handels und Verkehrs zwischen den verschiedenen Bundesstaaten, so wie wegen der Schifffahrt nach Anleitung der auf dem Congress zu Wien angenommenen Grundsätze in Berathung zu treten.

Art. 20. Der gegenwärtige Vertrag wird von allen contrahierenden Theilen ratificiert werden und die Ratificationen sollen binnen der Zeit von sechs Wochen, oder möglich noch früher, nach Wien an die Kaiserlich Oesterreichische Hof- und Staatskanzlei eingesandt und bei Eröffnung des Bundes in das Archiv desselben niedergelegt werden.

Zur Urkunde dessen haben sämtliche Bevollmächtigte den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und mit ihren Wappen besiegelt. So geschehen Wien den achten Juni im Jahr eintausend achthundert und fünfzehn.

B.

Schlussacte der über Ausbildung und Befestigung des deutschen Bundes zu Wien gehaltenen Ministerial-Conferenzen.

Die souverainen Fürsten und freien Städte Deutschlands, eingedenk ihrer bei Stiftung des deutschen Bundes übernommenen Verpflichtung, den Bestimmungen der Bundesacte durch ergänzende und erläuternde Grundgesetze eine zweckmässige Entwicklung und mithin dem Bundesverein selbst die erforderliche Vollendung zu sichern, überzeugt, dass sie, um das Band, welches das gesammte Deutschland in Friede und Eintracht verbindet, unauflöslich zu befestigen, nicht länger anstehen durften, jener Verpflichtung und einem allgemein gefühlten Bedürfnisse durch gemeinschaftliche Berathungen Genüge zu leisten, haben zu diesem Ende nachstehende Bevollmächtigte ernannt welche zu Wien nach geschehener Auswechselung ihrer richtig befundenen Vollmachten, in Cabinets-Conferenzen zusammengetreten, und, nach sorgfältiger Erwägung und Ausgleichung der wechselseitigen Ansichten, Wünsche und Vorschläge ihrer Regierungen, zu einer definitiven Vereinbarung über folgende Artikel gelangt sind.

Art. 1. Der deutsche Bund ist ein völkerrechtlicher Verein der deutschen souverainen Fürsten und freien Städte, zur Bewahrung der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit ihrer im Bunde begriffenen Staaten, und zur Erhaltung der innern und äussern Sicherheit Deutschlands.

Art. 2. Dieser Verein besteht in seinem Innern als eine Gemeinschaft selbstständiger, unter sich unabhängiger Staaten, mit wechselseitigen gleichen Vertrags-Rechten und Vertrags-Obliegenheiten, in seinen äussern Verhältnissen aber, als eine in politischer Einheit verbundene Gesamtmacht.

Art. 3. Der Umfang und die Schranken, welche der Bund seiner Wirksamkeit vorgezeichnet hat, sind in der Bundesacte bestimmt, die der Grundvertrag und das erste Grundgesetz dieses Vereins ist. Indem dieselbe die Zwecke des Bundes ausspricht, bedingt und begränzt sie zugleich dessen Befugnisse und Verpflichtungen.

Art. 4. Der Gesamtheit der Bundesglieder steht die Befugniss der Entwicklung und Ausbildung der Bundesacte zu, in so fern die Erfüllung der darin aufgestellten Zwecke solche nothwendig macht. Die desshalb zu fassenden Beschlüsse dürfen aber mit dem Geiste der Bundesacte nicht im Widerspruch stehen, noch von dem Grundcharacter des Bundes abweichen.

Art. 5. Der Bund ist als ein unauflöslicher Verein gegründet, und es kann daher der Austritt aus diesem Verein keinem Mitgliede desselben frei stehen.

Art. 6. Der Bund ist nach seiner ursprünglichen Bestimmung auf die gegenwärtig daran theilnehmenden Staaten beschränkt. Die Aufnahme eines neuen Mitgliedes kann nur statt haben, wenn die Gesamtheit der Bundesglieder solche mit den bestehenden Verhältnissen vereinbar und dem Vortheil des Ganzen angemessen findet. Veränderungen in dem gegenwärtigen Besitzstande der Bundesglieder können keine Veränderungen in den Rechten und Verpflichtungen derselben in Bezug auf den Bund, ohne ausdrückliche Zustimmung der Gesamtheit bewirken. Eine freiwillige Abtretung auf einem Bundesgebiete haftender Souveränitäts-Rechte kann ohne solche Zustimmung nur zu Gunsten eines Mitverbündeten geschehen.

Art. 7. Die Bundesversammlung, aus den Bevollmächtigten sämtlicher Bundesglieder gebildet, stellt den Bund in seiner Gesamtheit vor, und ist das beständige verfassungsmässige Organ seines Willens und Handelns.

Art. 8. Die einzelnen Bevollmächtigten am Bundestage sind von ihren Committenten unbedingt abhängig, und diesen allein wegen getreuer Befolgung der ihnen ertheilten Instructionen, so wie wegen ihrer Geschäftsführung überhaupt, verantwortlich.

Art. 9. Die Bundesversammlung übt ihre Rechte und Obliegenheiten nur innerhalb der ihr vorgezeichneten Schranken aus. Ihre Wirksamkeit ist zunächst durch die Vorschriften der Bundesacte, und durch die in Gemässheit derselben beschlossenen oder ferner zu beschliessenden Grundgesetze, wo aber diese nicht zureichen, durch die im Grundvertrage bezeichneten Bundeszwecke bestimmt.

Art. 10. Der Gesamtwille des Bundes wird durch verfassungsmässige Beschlüsse der Bundesversammlung ausgesprochen; verfassungsmässig aber sind diejenigen Beschlüsse, die innerhalb der Grenzen der Competenz der Bundesversammlung, nach vorgängiger Berathung, durch freie Abstimmung, entweder im engern Rathe, oder im Plenum, gefasst werden, je nachdem das Eine oder das Andere durch die grundgesetzlichen Bestimmungen vorgeschrieben ist.

Art. 11. In der Regel fasst die Bundesversammlung die zur Besorgung der gemeinsamen Angelegenheiten des Bundes erforderlichen Beschlüsse im engern Rathe, nach absoluter Stimmenmehrheit. Diese Form der Schlussfassung findet in allen Fällen statt, wo bereits feststehende allgemeine Grundsätze in Anwendung, oder beschlossene Gesetze und Einrichtungen zur Ausführung zu bringen sind, überhaupt aber bei allen Berathungs-Gegenständen, welche die Bundesacte oder spätere Beschlüsse nicht bestimmt davon ausgenommen haben.

Art. 12. Nur in den in der Bundesacte ausdrücklich bezeichneten Fällen, und, wo es auf eine Kriegserklärung, oder Friedensschluss-Bestätigung von Seiten des Bundes ankommt, wie auch, wenn über die Aufnahme eines neuen Mitgliedes in den Bund entschieden werden soll, bildet sich die Versammlung zu einem Plenum. Ist in einzelnen Fällen

die Frage, ob ein Gegenstand vor das Plenum gehört, zweifelhaft, so steht die Entscheidung derselben dem engern Rathe zu. Im Plenum findet keine Erörterung noch Berathung statt, sondern es wird nur darüber abgestimmt, ob ein im engern Rathe vorbereiteter Beschluss angenommen oder verworfen werden soll. Ein gültiger Beschluss im Plenum setzt eine Mehrheit von zwei Dritttheilen der Stimmen voraus.

Art. 13. Ueber folgende Gegenstände:

- 1) Annahme neuer Grundgesetze, oder Abänderung der bestehenden;
- 2) Organische Einrichtungen, das heisst, bleibende Anstalten, als Mittel zur Erfüllung der ausgesprochenen Bundeszwecke;
- 3) Aufnahme neuer Mitglieder in den Bund;
- 4) Religions-Angelegenheiten;

findet kein Beschluss durch Stimmenmehrheit statt; jedoch kann eine definitive Abstimmung über Gegenstände dieser Art nur nach genauer Prüfung und Erörterung der den Widerspruch einzelner Bundesglieder bestimmenden Gründe, deren Darlegung in keinem Falle verweigert werden darf, erfolgen.

Art. 14. Was insbesondere die organischen Einrichtungen betrifft, so muss nicht nur über die Vorfrage, ob solche unter den obwaltenden Umständen nothwendig sind, sondern auch über Entwurf und Anlage derselben in ihren allgemeinen Umrissen und wesentlichen Bestimmungen, im Plenum und durch Stimmen-Einhelligkeit entschieden werden. Wenn die Entscheidung zu Gunsten der vorgeschlagenen Einrichtung ausgefallen ist, so bleiben die sämmtlichen weiteren Verhandlungen über die Ausführung im Einzelnen der engern Versammlung überlassen, welche alle dabei noch vorkommenden Fragen durch Stimmenmehrheit entscheidet, auch, nach Befinden der Umstände, eine Commission aus ihrer Mitte anordnet, um die verschiedenen Meinungen und Anträge mit möglichster Schonung und Berücksichtigung der Verhältnisse und Wünsche der Einzelnen auszugleichen.

Art. 15. In Fällen, wo die Bundesglieder nicht in ihrer vertragsmässigen Einheit, sondern als einzelne, selbstständige und unabhängige Staaten erscheinen, folglich *jura singulorum* obwalten, oder wo einzelnen Bundesgliedern eine besondere, nicht in den gemeinsamen Verpflichtungen Aller begriffene Leistung und Verwilligung für den Bund zugemuthet werden sollte, kann ohne freie Zustimmung sämmtlicher Betheiligten kein dieselben verbindender Beschluss gefasst werden.

Art. 16. Wenn die Besitzungen eines souverainen deutschen Hauses durch Erbfolge auf ein anderes übergehen, so hängt es von der Gesammtheit des Bundes ab, ob und in wie fern die auf jenen Besitzungen haftenden Stimmen im Plenum, da im engern Rathe kein Bundesglied mehr als eine Stimme führen kann, dem neuen Besitzer beigelegt werden sollen.

Art. 17. Die Bundesversammlung ist berufen, zur Aufrechthaltung des wahren Sinnes der Bundesacte, die darin enthaltenen Bestimmungen, wenn über deren Auslegung Zweifel entstehen sollten, dem Bundeszweck gemäss zu erklären, und in allen vorkommenden Fällen den Vorschriften dieser Urkunde ihre richtige Anwendung zu sichern.

Art. 18. Da Eintracht und Friede unter den Bundesgliedern ungestört aufrecht erhalten werden soll, so hat die Bundesversammlung, wenn die innere Ruhe und Sicherheit des Bundes auf irgend eine Weise bedroht oder gestört ist, über Erhaltung oder Wiederherstellung derselben Rath zu pflegen, und die dazu geeigneten Beschlüsse

nach Anleitung der in den folgenden Artikeln enthaltenen Bestimmungen zu fassen.

Art. 19. Wenn zwischen Bundesgliedern Thätlichkeiten zu besorgen, oder wirklich ausgeübt worden sind, so ist die Bundesversammlung berufen, vorläufige Maasregeln zu ergreifen, wodurch jeder Selbsthülfe vorgebeugt und der bereits unternommenen Einhalt gethan werde. Zu dem Ende hat sie vor allem für Aufrechthaltung des Besitzstandes Sorge zu tragen.

Art. 20. Wenn die Bundesversammlung von einem Bundesgliede zum Schutze des Besitzstandes angerufen wird, und der jüngste Besitzstand streitig ist, so soll sie für diesen besondern Fall befugt sein, ein bei der Sache nicht betheiligtes Bundesglied in der Nähe des zu schützenden Gebietes aufzufordern, die Thatsache des jüngsten Besitzes, und die angezeigte Störung desselben ohne Zeitverlust durch seinen obersten Gerichtshof summarisch untersuchen und darüber einen rechtlichen Bescheid abfassen zu lassen, dessen Vollziehung die Bundesversammlung, wenn der Bundesstaat, gegen welchen er gerichtet ist, sich nicht auf vorgängige Aufforderungen freiwillig dazu versteht, durch die ihr zu diesem Ende angewiesenen Mittel zu bewirken hat.

Art. 21. Die Bundesversammlung hat in allen, nach Vorschrift der Bundesacte bei ihr anzubringenden Streitigkeiten der Bundesglieder die Vermittlung durch einen Ausschuss zu versuchen. Können die entstandenen Streitigkeiten auf diesem Wege nicht beigelegt werden, so hat sie die Entscheidung derselben durch eine Austrägal-Instanz zu veranlassen, und dabei, so lange nicht wegen der Austrägal-Gerichte überhaupt eine anderweitige Uebereinkunft zwischen den Bundesgliedern stattgefunden hat, die in dem Bundestags-Beschlusse vom sechzehnten Juni achtzehnhundert und siebenzehn enthaltenen Vorschriften, so wie den in Folge gleichzeitig an die Bundestags-Gesandten ergehender Instructionen, zu fassenden besondern Beschluss zu beobachten.

Art. 22. Wenn nach Anleitung des obgedachten Bundestags-Beschlusses der oberste Gerichtshof eines Bundesstaats zur Austrägal-Instanz gewählt ist, so steht demselben die Leitung des Processes und die Entscheidung des Streits in allen seinen Haupt- und Nebepuncten uneingeschränkt und ohne alle weitere Einwirkung der Bundesversammlung oder der Landesregierung zu. Letztere wird jedoch auf Antrag der Bundesversammlung, oder der streitenden Theile, im Fall einer Zögerung von Seiten des Gerichts, die zur Beförderung der Entscheidung nöthigen Verfügungen erlassen.

Art. 23. Wo keine besondern Entscheidungsnormen vorhanden sind, hat das Austrägalgericht nach den in Rechtsstreitigkeiten derselben Art vormals von den Reichsgerichten subsidiarisch befolgten Rechtsquellen, in so fern solche auf die jetzigen Verhältnisse der Bundesglieder noch anwendbar sind, zu erkennen.

Art. 24. Es steht übrigens den Bundesgliedern frei, sowohl bei den einzelnen vorkommenden Streitigkeiten, als für alle künftige Fälle, wegen besonderer Austräge oder Compromisse übereinzukommen, wie denn auch frühere Familien- oder Vertrags-Austräge durch Errichtung der Bundes-Austrägal-Instanz nicht aufgehoben, noch abgeändert werden.

Art. 25. Die Aufrechthaltung der innern Ruhe und Ordnung in den Bundesstaaten steht den Regierungen allein zu. Als Ausnahme kann jedoch in Rücksicht auf die innere Sicherheit des gesammten Bundes, und in Folge der Verpflichtung der Bundesglieder zu gegenseitiger Hülfleistung die Mitwirkung der Gesammtheit zur Erhaltung oder Wiederherstellung

der Ruhe, im Fall einer Widersetzlichkeit der Unterthanen gegen die Regierung, eines offenen Aufruhrs, oder gefährlicher Bewegung in mehreren Bundesstaaten statt finden.

Art. 26. Wenn in einem Bundesstaate durch Widersetzlichkeit der Unterthanen gegen die Obrigkeit die innere Ruhe unmittelbar gefährdet, und eine Verbreitung aufrührerischer Bewegungen zu fürchten, oder ein wirklicher Aufruhr zum Ausbruch gekommen ist, und die Regierung selbst, nach Erschöpfung der verfassungsmässigen und gesetzlichen Mittel, den Beistand des Bundes anruft, so liegt der Bundesversammlung ob, die schleunigste Hülfe zur Wiederherstellung der Ordnung zu veranlassen. Sollte im letztgedachten Falle die Regierung notorisch ausser Stande sein, den Aufruhr durch eigene Kräfte zu unterdrücken, zugleich aber durch die Umstände gehindert werden, die Hülfe des Bundes zu begehren, so ist die Bundesversammlung nichts desto weniger verpflichtet, auch unaufgerufen zur Wiederherstellung der Ordnung und Sicherheit einzuschreiten. In jedem Falle aber dürfen die verfügten Maasregeln von keiner längern Dauer sein, als die Regierung, welcher die bundesmässige Hülfe geleistet wird, es nothwendig erachtet.

Art. 27. Die Regierung, welcher eine solche Hülfe zu Theil geworden, ist gehalten, die Bundesversammlung von der Veranlassung der eingetretenen Unruhen in Kenntniss zu setzen, und von den zur Befestigung der wiederhergestellten gesetzlichen Ordnung getroffenen Maassregeln eine beruhigende Anzeige an dieselbe gelangen zu lassen.

Art. 28. Wenn die öffentliche Ruhe und gesetzliche Ordnung in mehreren Bundesstaaten durch gefährliche Verbindungen und Anschläge bedroht sind, und dagegen nur durch Zusammenwirken der Gesammtheit zureichende Maasregeln ergriffen werden können, so ist die Bundesversammlung befugt und berufen, nach vorgängiger Rücksprache mit den zunächst bedrohten Regierungen solche Maasregeln zu berathen und zu beschliessen.

Art. 29. Wenn in einem Bundesstaate der Fall einer Justiz-Verweigerung eintritt, und auf gesetzlichen Wegen ausreichende Hülfe nicht erlangt werden kann, so liegt der Bundesversammlung ob, erwiesene, nach der Verfassung und den bestehenden Gesetzen jedes Landes zu beurtheilende Beschwerden über verweigerte oder gehemmte Rechtspflege anzunehmen, und darauf die gerichtliche Hülfe bei der Bundesregierung, die zu der Beschwerde Anlass gegeben hat, zu bewirken.

Art. 30. Wenn Forderungen von Privatpersonen desshalb nicht befriedigt werden können, weil die Verpflichtung, denselben Genüge zu leisten, zwischen mehreren Bundesgliedern zweifelhaft oder bestritten ist, so hat die Bundesversammlung, auf Anrufen der Betheiligten, zuvörderst eine Ausgleichung auf gütlichem Wege zu versuchen, im Fall aber, dass dieser Versuch ohne Erfolg bleibe, und die in Anspruch genommenen Bundesglieder sich nicht in einer zu bestimmenden Frist über ein Compromiss vereinigen, die rechtliche Entscheidung der streitigen Vorfrage durch eine Austrägal-Instanz zu veranlassen.

Art. 31. Die Bundesversammlung hat das Recht und die Verbindlichkeit, für die Vollziehung der Bundesacte und übrigen Grundgesetze des Bundes, der in Gemässheit ihrer Competenz von ihr gefassten Beschlüsse, der durch Austräge gefällten schiedsrichterlichen Erkenntnisse, der unter die Gewährleistung des Bundes gestellten compromissarischen Entscheidungen und der am Bundestage vermittelten Vergleiche, so wie für die Aufrechthaltung der von dem Bunde übernommenen besonderen Garantien zu sorgen, auch zu diesem Ende,

nach Erschöpfung aller andern bundesverfassungsmässigen Mittel, die erforderlichen Executionsmaas-Regeln, mit genauer Beobachtung der in einer besondern Executions-Ordnung dieserhalb festgesetzten Bestimmungen und Normen, in Anwendung zu bringen.

Art. 32. Da jede Bundesregierung die Obliegenheit hat, auf Vollziehung der Bundesbeschlüsse zu halten, der Bundesversammlung aber eine unmittelbare Einwirkung auf die innere Verwaltung der Bundesstaaten nicht zusteht, so kann in der Regel nur gegen die Regierung selbst ein Executionsverfahren statt finden. — Ausnahmen von dieser Regel treten jedoch ein, wenn eine Bundesregierung, in Ermangelung eigener ausreichenden Mittel, selbst die Hülfe des Bundes in Anspruch nimmt, oder wenn die Bundesversammlung unter den im sechs und zwanzigsten Artikel bezeichneten Umständen, zur Wiederherstellung der allgemeinen Ordnung und Sicherheit unaufgerufen einzuschreiten verpflichtet ist. — Im ersten Falle muss jedoch immer in Uebereinstimmung mit den Anträgen der Regierung, welcher die bundesmässige Hülfe geleistet wird, verfahren, und im zweiten Fall ein Gleiches, sobald die Regierung wieder in Thätigkeit gesetzt ist, beobachtet werden.

Art. 33. Die Executionsmaasregeln werden im Namen der Gesamtheit des Bundes beschlossen und ausgeführt. Die Bundesversammlung ertheilt zu dem Ende mit Berücksichtigung aller Localumstände und sonstigen Verhältnisse, einer oder mehreren, bei der Sache nicht betheiligten Regierungen, den Auftrag zur Vollziehung der beschlossenen Maasregeln, und bestimmt zugleich sowohl die Stärke der dabei zu verwendenden Mannschaft, als die nach dem jedesmaligen Zweck des Executionsverfahrens zu bemessende Dauer desselben.

Art. 34. Die Regierung, an welche der Auftrag gerichtet ist, und welche solchen als eine Bundespflicht zu übernehmen hat, ernennt zu diesem Behuf einen Civil-Commissair, der, in Gemässheit einer, nach den Bestimmungen der Bundesversammlung, von der beauftragten Regierung zu ertheilenden besondern Instruction, das Executionsverfahren unmittelbar leitet. — Wenn der Auftrag an mehrere Regierungen ergangen ist, so bestimmt die Bundesversammlung, welche derselben den Civil-Commissair zu ernennen hat. Die beauftragte Regierung wird, während der Dauer des Executions-Verfahrens, die Bundesversammlung von dem Erfolge desselben in Kenntniss erhalten, und sie, sobald der Zweck vollständig erfüllt ist, von der Beendigung des Geschäfts unterrichten.

Art. 35. Der Bund hat als Gesamtmacht das Recht, Krieg, Frieden, Bündnisse und andere Verträge zu beschliessen. Nach dem im zweiten Artikel der Bundesacte ausgesprochenen Zwecke des Bundes übt derselbe aber diese Rechte nur zu seiner Selbstvertheidigung, zur Erhaltung der Selbstständigkeit und äussern Sicherheit Deutschlands, und der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen Bundesstaaten aus.

Art. 36. Da in dem eilften Artikel der Bundesacte alle Mitglieder des Bundes sich verbindlich gemacht haben, sowohl ganz Deutschland, als jeden einzelnen Bundesstaat gegen jeden Angriff in Schutz zu nehmen, und sich gegenseitig ihre sämmtlichen unter dem Bunde begriffenen Besitzungen zu garantiren, so kann kein einzelner Bundesstaat von Auswärtigen verletzt werden, ohne dass die Verletzung zugleich und in demselben Maasse die Gesamtheit des Bundes treffe.

Dagegen sind die einzelnen Bundesstaaten verpflichtet, von ihrer Seite weder Anlass zu dergleichen Verletzungen zu geben, noch auswärtigen Staaten solche zuzufügen. — Sollte von Seiten eines fremden Staates

über eine von einem Mitgliede des Bundes ihm widerfahrene Verletzung bei der Bundesversammlung Beschwerde geführt, und diese gegründet befunden werden, so liegt der Bundesversammlung ob, das Bundesglied welches die Beschwerde veranlasst hat, zur schleunigen und genügenden Abhülfe aufzufordern, und nach dieser Aufforderung, nach Befinden der Umstände, Maasregeln, wodurch weitem friedestörenden Folgen zur rechten Zeit vorgebeugt werde, zu verbinden.

Art. 57. Wenn ein Bundesstaat bei einer zwischen ihm und einer auswärtigen Macht entstandenen Irrung, die Dazwischenkunft des Bundes anruft, so hat die Bundesversammlung den Ursprung dieser Irrung und das wahre Sachverhältniss sorgfältig zu prüfen. — Ergibt sich aus dieser Prüfung, dass dem Bundesstaate das Recht nicht zur Seite steht, so hat die Bundesversammlung denselben von Fortsetzung des Streites ernstlich abzumahnern, und die begehrte Dazwischenkunft zu verweigern, auch erforderlichen Falls zur Erhaltung des Friedens geeignete Mittel anzuwenden. Ergibt sich das Gegentheil, so ist die Bundesversammlung verpflichtet, dem verletzten Bundesstaate ihre wirksamste Verwendung und Vertretung angedeihen zu lassen, und solche so weit auszudehnen, als nöthig ist, damit demselben volle Sicherheit und angemessene Genugthuung zu Theil werde.

Art. 58. Wenn aus der Anzeige eines Bundesstaats, oder aus andern zuverlässigen Angaben, Grund zu der Besorgniss geschöpft wird, dass ein einzelner Bundesstaat, oder die Gesammtheit des Bundes, von einem feindlichen Angriffe bedroht sei, so muss die Bundesversammlung sofort die Frage, ob die Gefahr eines solchen Angriffs wirklich vorhanden ist, in Berathung nehmen, und darüber in der kürzest möglichen Zeit einen Ausspruch thun. Wird die Gefahr anerkannt, so muss gleichzeitig mit diesem Ausspruche, wegen der in solchem Falle unverzüglich in Wirksamkeit zu setzenden Vertheidigungsmaasregeln, ein Beschluss gefasst werden. Beides, jener Ausspruch und dieser Beschluss, ergeht von der engern Versammlung, die dabei nach der in ihr geltenden absoluten Stimmenmehrheit verfährt.

Art. 59. Wenn das Bundesgebiet von einer auswärtigen Macht feindlich überfallen wird, tritt sofort der Stand des Krieges ein, und es muss sofort in diesem Falle, was auch ferner von der Bundesversammlung beschlossen werden mag, ohne weitem Verzug zu den erforderlichen Vertheidigungsmaasregeln geschritten werden.

Art. 40. Sieht sich der Bund zu einer förmlichen Kriegserklärung genöthigt, so kann solche nur in der vollen Versammlung nach der für dieselbe vorgeschriebenen Stimmenmehrheit von zwei Drittheilen beschlossen werden.

Art. 41. Der in der engern Versammlung gefasste Beschluss über die Wirklichkeit der Gefahr eines feindlichen Angriffes verbindet sämtliche Bundesstaaten zur Theilnahme an den vom Bundestage nothwendig erachteten Vertheidigungsmaasregeln. Gleichermassen verbindet die in der vollen Versammlung ausgesprochene Kriegserklärung sämtliche Bundesstaaten zur unmittelbaren Theilnahme an dem gemeinschaftlichen Kriege.

Art. 42. Wenn die Vorfrage, ob Gefahr vorhanden ist, durch die Stimmenmehrheit verneinend entschieden wird, so bleibt nichts desto weniger denjenigen Bundesstaaten, welche von der Wirklichkeit der Gefahr überzeugt sind, unbenommen, gemeinschaftliche Vertheidigungs-Maasregeln unter einander zu verabreden.

Art. 43. Wenn in einem Falle, wo es die Gefahr und Beschützung einzelner Bundesstaaten gilt, einer der streitenden Theile auf die förm-

liche Vermittelung des Bundes anträgt, so wird derselbe, in so fern er es der Lage der Sachen und seiner Stellung angemessen findet, unter vorausgesetzter Einwilligung des andern Theils, diese Vermittelung übernehmen; jedoch darf dadurch der Beschluss wegen der zur Sicherheit des Bundesgebiets zu ergreifenden Vertheidigungs-Maasregeln nicht aufgehoben werden, noch in der Ausführung der bereits beschlossenen ein Stillstand oder eine Verzögerung eintreten.

Art. 44. Bei ausgebrochenem Krieg steht jedem Bundesstaate frei, zur gemeinsamen Vertheidigung eine grössere Macht zu stellen, als sein Bundes-Contingent beträgt; es kann jedoch in dieser Hinsicht keine Forderung an den Bund statt finden.

Art. 45. Wenn in einem Krieg zwischen auswärtigen Mächten, oder in andern Fällen Verhältnisse eintreten, welche die Besorgniss einer Verletzung der Neutralität des Bundesgebiets veranlassen, so hat die Bundesversammlung ohne Verzug im engern Rathe die zur Behauptung dieser Neutralität erforderlichen Maasregeln zu beschliessen.

Art. 46. Beginnt ein Bundesstaat, der zugleich ausserhalb des Bundesgebiets Besitzungen hat, in seiner Eigenschaft als europäische Macht einen Krieg, so bleibt solcher, die Verhältnisse und Verpflichtungen des Bundes nicht berührender Krieg, dem Bunde ganz fremd.

Art. 47. In den Fällen, wo ein solcher Bundesstaat in seinen ausser dem Bunde gelegenen Besitzungen bedroht oder angegriffen wird, tritt für den Bund die Verpflichtung zu gemeinschaftlichen Vertheidigungs-Maasregeln, oder zur Theilnahme und Hülffleistung nur in so fern ein, als derselbe nach vorgängiger Berathung durch Stimmenmehrheit in der engern Versammlung, Gefahr für das Bundesgebiet erkennt. Im letzteren Falle finden die Vorschriften der vorhergehenden Artikel ihre gleichmässige Anwendung.

Art. 48. Die Bestimmungen der Bundesacte, vermöge welcher, nach einmal erklärtem Bundeskriege, kein Mitglied des Bundes einzelne Unterhandlungen mit dem Feinde eingehen, noch einseitig Waffenstillstand oder Frieden schliessen darf, ist für sämtliche Bundesstaaten, sie mögen ausserhalb des Bundes Besitzungen haben oder nicht, gleich verbindlich.

Art. 49. Wenn von Seiten des Bundes Unterhandlungen über Abschluss des Friedens oder eines Waffenstillstandes stattfinden, so hat die Bundesversammlung zu specieller Leitung derselben einen Ausschuss zu bestellen, zu dem Unterhandlungs-Geschäft selbst aber eigene Bevollmächtigte zu ernennen, und mit gehörigen Instructionen zu versehen. Die Annahme und Bestätigung eines Friedensvertrags kann nur in der vollen Versammlung geschehen.

Art. 50. In Bezug auf die auswärtigen Verhältnisse überhaupt liegt der Bundesversammlung ob:

- 1) Als Organ der Gesammtheit des Bundes für die Aufrechthaltung friedlicher und freundschaftlicher Verhältnisse mit den auswärtigen Staaten Sorge zu tragen;
- 2) die von fremden Mächten bei dem Bunde beglaubigten Gesandten anzunehmen, und wenn es nöthig befunden werden sollte, im Namen des Bundes Gesandte an fremden Mächte abzuordnen;
- 3) in eintretenden Fällen Unterhandlungen für die Gesammtheit des Bundes zu führen, und Verträge für denselben abzuschliessen;

- 4) Auf Verlangen einzelner Bundesregierungen, für dieselben die Verwendung des Bundes bei fremden Regierungen, und, in gleicher Art auf Verlangen fremder Staaten, die Dazwischenkunft des Bundes bei einzelnen Bundesgliedern eintreten zu lassen.

Art. 51. Die Bundesversammlung ist ferner verpflichtet, die auf das Militärwesen des Bundes Bezug habenden organischen Einrichtungen, und die zur Sicherstellung seines Gebiets erforderlichen Vertheidigungs-Anstalten zu beschliessen.

Art. 52. Da zu Erreichung der Zwecke und Besorgung der Angelegenheiten des Bundes, von der Gesammtheit der Mitglieder Geldbeiträge zu leisten sind, so hat die Bundesversammlung

- 1) den Betrag der gewöhnlichen verfassungsmässigen Ausgaben, so weit solche im Allgemeinen geschehen kann, festzusetzen;
- 2) in vorkommenden Fällen die zur Ausführung besonderer in Hinsicht auf anerkannte Bundeszwecke gefassten Beschlüsse erforderlichen ausserordentlichen Ausgaben und die zur Bestreitung derselben zu leistenden Beiträge zu bestimmen;
- 3) das matrielmässige Verhältniss, nach welchem von den Mitgliedern des Bundes beizutragen ist, festzusetzen;
- 4) Die Erhebung, Verwendung und Verrechnung der Beiträge anzuordnen und darüber die Aufsicht zu führen.

Art. 53. Die durch die Bundesacte den einzelnen Bundesstaaten garantierte Unabhängigkeit schliesst zwar im Allgemeinen jede Einwirkung des Bundes in die innere Staatsverwaltung aus. Da aber die Bundesglieder sich in dem zweiten Abschnitt der Bundesacte über einige besondere Bestimmungen vereinigt haben, welche sich theils auf Gewährleistung zugesicherter Rechte, theils auf bestimmte Verhältnisse der Unterthanen beziehen, so liegt der Bundesversammlung ob, die Erfüllung der durch diese Bestimmungen übernommenen Verbindlichkeiten, wenn sich aus hinreichend begründeten Anzeigen der Betheiligten ergibt, dass solche nicht stattgefunden habe, zu bewirken. Die Anwendung der in Gemässheit dieser Verbindlichkeiten getroffenen allgemeinen Anordnungen auf die einzelnen Fälle bleibt jedoch den Regierungen allein überlassen.

Art. 54. Da nach dem Sinn des 13ten Artikels der Bundesacte, und den darüber erfolgten spätern Erklärungen in allen Bundesstaaten landständische Verfassungen stattfinden sollen, so hat die Bundesversammlung darüber zu wachen, dass diese Bestimmung in keinem Bundesstaat unerfüllt bleibe.

Art. 55. Den souverainen Fürsten der Bundesstaaten bleibt überlassen, diese innere Landesangelegenheit, mit Berücksichtigung sowohl der früherhin gesetzlich bestandenen ständischen Rechte, als der gegenwärtig obwaltenden Verhältnisse zu ordnen.

Art. 56. Die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassungen können nur auf verfassungsmässigem Wege wieder abgeändert werden.

Art. 57. Da der deutsche Bund, mit Ausnahme der freien Städte, aus souverainen Fürsten besteht, so muss, dem hierdurch gegebenen Grundbegriffe zufolge, die gesammte Staatsgewalt in dem Oberhaupt des Staats vereinigt bleiben, und der Souverain kann durch eine landständische Verfassung nur in der Ausübung bestimmter Rechte an die Mitwirkung der Stände gebunden werden.

Art. 58. Die im Bunde vereinten souverainen Fürsten dürfen durch keine landständische Verfassung in der Erfüllung ihrer bundesmässigen Verpflichtungen gehindert oder beschränkt werden.

Art. 59. Wo die Oeffentlichkeit landständischer Verhandlungen durch die Verfassung gestattet ist, muss durch die Geschäftsordnung dafür gesorgt werden, dass die gesetzlichen Gränzen der freien Aeussierung weder bei den Verhandlungen selbst, noch bei deren Bekanntmachung durch den Druck, auf eine die Ruhe des einzelnen Bundesstaats oder des gesammten Deutschlands gefährdende Weise überschritten werden.

Art. 60. Wenn von einem Bundesgliede die Garantie des Bundes für die in seinem Lande eingeführte landständische Verfassung nachge- sucht wird, so ist die Bundesversammlung berechtigt, solche zu über- nehmen. Sie erhält dadurch die Befugniss, auf Anrufung der Betheilig- ten, die Verfassung aufrecht zu erhalten, und die über Auslegung oder Anwendung derselben entstandenen Irrungen, so fern dafür nicht ander- weitig Mittel und Wege gesetzlich vorgeschrieben sind, durch gütliche Vermittelung oder compromissarische Entscheidung beizulegen.

Art. 61. Ausser dem Fall der übernommenen besondern Garantie einer landständischen Verfassung, und der Aufrechthaltung der über den dreizehnten Artikel der Bundesacte hier festgesetzten Bestimmungen, ist die Bundesversammlung nicht berechtigt, in landständische Angelegen- heiten, oder in Streitigkeiten zwischen den Landesherren und ihren Ständen einzuwirken, so lange solche nicht den im sechs und zwanzigsten Artikel bezeichneten Charakter annehmen, in welchem Falle die Bestimmungen dieses, so wie des sieben und zwanzigsten Artikels auch hierbei ihre Anwendung finden. — Der sechs und zwanzigste Artikel der Wiener Congressacte vom Jahr achtzehn hundert und fünfzehn, in Betreff der Verfassung der freien Stadt Frankfurt, erhält jedoch hierdurch keine Abänderung.

Art. 62. Die vorstehenden Bestimmungen in Bezug auf den drei- zehnten Artikel der Bundesacte sind auf die freien Städte in so weit an- wendbar, als die besondern Verfassungen und Verhältnisse derselben es zulassen.

Art. 63. Es liegt der Bundesversammlung ob, auf die genaue und vollständige Erfüllung derjenigen Bestimmungen zu achten, welche der vierzehnte Artikel der Bundesacte in Betreff der mittelbar gewordenen ehemaligen Reichsstände und des ehemaligen unmittelbaren Reichsadels enthält. Diejenigen Bundesglieder, deren Ländern die Besitzungen der- selben einverleibt worden, bleiben gegen den Bund zur unverrückten Aufrechthaltung der durch jene Bestimmungen begündeten staatsrecht- lichen Verhältnisse verpflichtet. Und wenn gleich die über die Anwen- dung der in Gemässheit des vierzehnten Artikels der Bundesacte erlasse- nen Verordnungen oder abgeschlossenen Verträge entstehenden Steitig- keiten in einzelnen Fällen an die competenten Behörden des Bundesstaats, in welchem die Besitzungen der mittelbar gewordenen Fürsten, Grafen und Herren gelegen sind, zur Entscheidung gebracht werden müssen, so bleibt denselben, im Fall der verweigerten gesetzlichen und verfas- sungsmässigen Rechtshülfe, oder einer einseitigen zu ihrem Nachtheil er- folgten legislativen Erklärung der durch die Bundesacte ihnen zugesicher- ten Rechte, der Recurs an die Bundesversammlung vorbehalten; und diese ist in einem solchen Falle verpflichtet, wenn sie die Beschwerde gegründet findet, eine genügende Abhülfe zu bewirken.

Art. 64. Wenn Vorschläge zu gemeinnützigen Anordnungen, deren Zweck nur durch die zusammenwirkende Theilnahme aller Bundesstaaten vollständig erreicht werden kann, von einzelnen Bundesgliedern an die Bundesversammlung gebracht werden, und diese sich von der Zweck- mässigkeit und Ausführbarkeit solcher Vorschläge im Allgemeinen über-

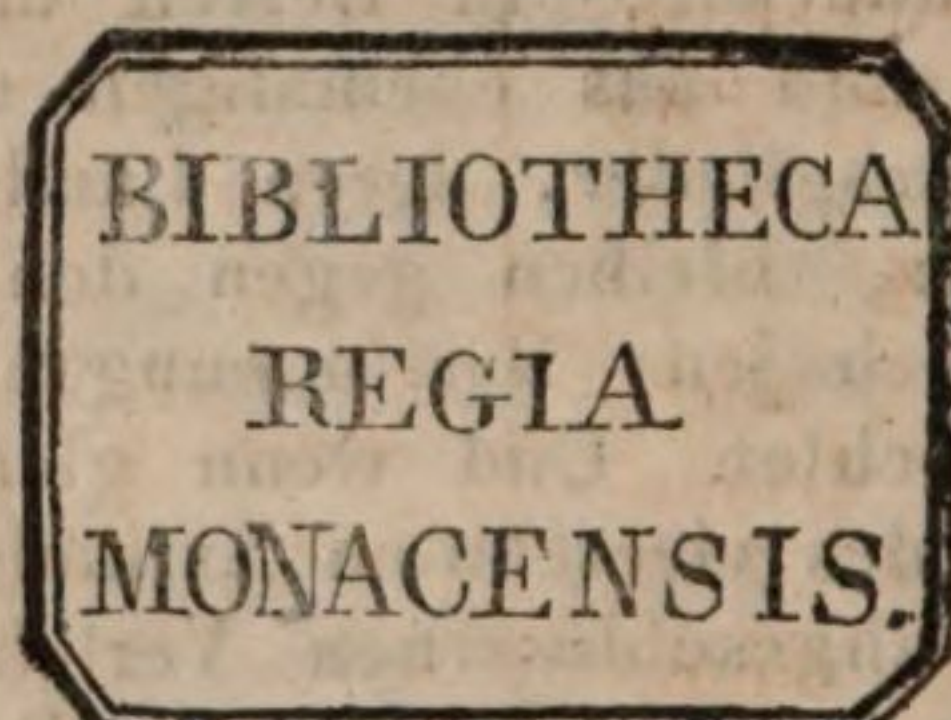
zeugt, so liegt ihr ob, die Mittel zur Vollführung derselben in sorgfältige Erwägung zu ziehen, und ihr anhaltendes Bestreben dahin zu richten, die zu dem Ende erforderliche freiwillige Vereinbarung unter den sämtlichen Bundesgliedern zu bewirken.

Art. 65. Die in den besondern Bestimmungen der Bundesacte, Artikel 16, 18, 19 zur Berathung der Bundesversammlung gestellten Gegenstände bleiben derselben, um durch gemeinschaftliche Uebereinkunft zu möglichst gleichförmigen Verfügungen darüber zu gelangen, zur fernern Bearbeitung vorbehalten.

Die vorstehende Acte wird als das Resultat einer unabänderlichen Vereinbarung zwischen den Bundesgliedern, mittelst Präsidial-Vortrags an den Bundestag gebracht, und dort, in Folge gleichlautender Erklärungen der Bundesregierungen, durch förmlichen Bundesbeschluss zu einem Grundgesetz erhoben werden, welches die nämliche Kraft und Gültigkeit wie die Bundesacte selbst haben, und der Bundesversammlung zur unabweichlichen Richtschnur dienen soll.

Zur Urkunde dessen haben sämtliche hier versammelte Bevollmächtigte die gegenwärtige Acte unterzeichnet und mit ihren Wappen untersiegelt.

So geschehen zu Wien, den fünfzehnten des Monats Mai, im Jahr ein tausend acht hundert und zwanzig.



Register.

Die Zahlen zeigen die Seiten im Text und in den
Noten an.

A.

Abänderung der Verfassung. 71.
72. 83. 125. 209.
Abdankung des Souverains. 80.
Abtretung von Bundesländern.
271.
Abzeichen, politische, 324.
Actenversendung, 337.
Adressen 184. 186. an die
Bundesversammlung
324. 325. 326.
Administrativsachen 229.
Adoption eines Thronfolgers 57.
Aemterhoheit 96. 244.
Agnaten, fürstliche, deren Rechte
58. 71. 81. 86. fl.
Alter der Staaten 21.
Anerkennung der Staatsgewalt
36. 46.
Anklage der Minister 169.
Anonymität 191.
Archivcommission, reichskam-
mergerichtliche, 290.
Ascensionsrecht 349.
Associationsrecht 184.
Aufführung, unbefugte, musi-
calischer und drama-
tischer Werke 319.
Auflösung der Ständeversamm-
lungen 175.
Aufnahme neuer Bundesglieder
270.
Aufsehende Gewalt 97. fl.
Ausländer, s. Fremde.
Auslegung. s. Interpretation.
Auslieferung von Verbrechern
109. 222. 325. 326.
Ausschuss, landständischer 196.
Austrägalgericht, s. Bundes-
austrägalgericht.
Auswanderung 112. 352.
Auszeichnungen 257.
Autocratie 121.

Autonomierecht der Standes-
herrs 343. fl. des
ehemaligen Reichsadels
346.

B.

Beamte s. Staatsdiener.
Beamtenaristocratie 187. 247.
Beherrschungsformen 119.
Begnadigungsrecht 9. 96.
256.
Beneficia legis 110. 253.
Bentink, Graf, s. Kniphausen.
Berathung der Gesetze 161.
Berathungsgegenstände der
Bundesversammlung
302.
Bund, deutscher, Begriff 260.
Beschlussfassung im
engern Rath und im
Plenum 274. 276, nach
Majorität und Einhel-
ligkeit der Stimmen
275. 277; sein Cha-
racter 267; Entste-
hung 261; dessen
Mitglieder 269; de-
ren Aufnahme 270;
Rechtsgleichheit 272;
Rang-Verschiedenheit
273; seine Unabhän-
gigkeit von fremden
Mächten 267; sein
Verhältniss zum deut-
schen Reich u. Rhein-
bund 268. 269.
Bundes - Acte 262, (Abdruck
354 fl.)
— Austrägalgericht 307. u. fl.
— Canzleicasse 328.
— Commissionen 289.
— Execution 303 fl.
— Festungen 350.
— Gebiet 271.

Bundes-Gesetze 265.

- Gewalt 292.
- Heer 329 fl.
- Indigenat 106. 331 fl.
- Matrikel 328. 329.
- Matricularcasse 328.
- Militaircommission 290.
- Präsidium 273. sein Geschäftskreis 291.
- Schiedsgericht 167. 176. 312 u. fl.

Bundestag 275.

Bundestags-Commissionen 289.

- Ferien 285.
- Gesandte 291.

Bundesversammlung 273. ihre Competenz 295.

Bündnissrecht, s. Repräsentativgewalt.

Bürgerlicher Gehorsam 74.

Bürgerliche Gesellschaft 5.

Bürgerliche Rechte 106. 110.

Burschenschaft s. Universitäten.

C.

Cabinetsjustiz 99. 101. 241.

s. Justizverweigerung.

Cartellconvention, allgemeine 331. 332.

Censur, 188 fl. 191 fl. 320. 322. 324.

Centraluntersuchungscommission 290.

Competenz der Bundesversammlung 295. fl.

Congress, Wiener 261.

Conscription 243.

Constitution 122. 123 fl. 338. s. Landstände und Repräsentation.

Constitutionelle Monarchie 122. 127. fl.

Contingente der Bundesstaaten 329 fl.

Contrasignatur der Minister 179.

Culturpolizei 96.

Curiatstimmen 275. 278. der Standesherrn 270. 271.

D.

Deutscher Orden 349.

Diäten der Landstände 136.

Dictatur und Druck loco dictaturae 281.

Disciplin in den Kammern 136. 138.

Dispensationen 237.

Droits Civils 106. 110.

E.

Ebenburt 341.

Eigenthum, geistiges, s. Nachdruck.

Engerer Rath 274. 278.

Entlassung der Minister 176. der andern Beamten 246. 330.

Entschädigungspflicht des Staates 213. 240. 250 fl.

Entstehung der Staaten 22 fl.

Erbmonarchie 50. 52 fl.

Erneuerung der Repräsentation 135.

Erworbene Rechte 209 fl. 213 fl.

Executivmittel des Bundes 302 fl.

F.

Finanzhoheit 96. 238 fl.

Finanzverfassung des Bundes 328.

Fiscalhoheit 96. 239.

Flüchtlinge, politische 325. s. Auslieferung.

Fluss - Schifffahrt - Acten 289.

Freiheitsbäume 324.

Fremde 106. 108. 110. 222. 325.

Friedensschlüsse 164. 335.

Fürstensouverainität 114.

G.

Garantien der Verfassung 194 fl.

Gehorsam, staatsbürgerlicher 74.

Gemeinnützige Anordnungen 288.

Gerichte dritter Instanz 336.

Gerichtsbarkeit 100. freiwillige 233. des Bundes 294. 304 fl.

Gesandte, fremde, bei dem Bund 334.

Gesandtschaftsrecht 255. 333.

Gesellenverbindungen s.
Handwerker.

Gesetz 200 fl.

Gesetzgebende Gewalt 97.
160 fl. 198 fl. deren
Gränzen 206. des Bun-
des 299.

Gewalten, politische 93. 97 fl.
198 fl. 294 fl.

Gewissensfreiheit 238.

Göttliches Recht 53.

Grundgesetze 124. 202 fl. des
Bundes 264.

H.

Haftung des Staates s. Entschä-
digungspflicht.

Handwerker, deren Verbin-
dungen und Beauf-
sichtigung 327.

Herrscherpflicht 8. 114.

Herrscherrecht s. Souveraini-
tät.

Hessenhomburg 263. 273.

Hochverrath am Landesherrn
79. 111.; am Bund
526.

Hoheitsrechte, Eintheilung u.
Arten 91 fl. 220 fl.
254 fl.

Huldigungseid 78.

I.

Identitäts-Theorie 10.

Incorporation 224.

Indigenat 106 fl.

Initiative 162.

**Instructionen der Bundestags-
gesandten** 273.

Interessen, politische, 149.
der Bundesglieder
278.

Interpretation der Gesetze
199. der Verfassung
122. der Bundesge-
setze 266 fl. 283 fl.
323.

Johanniterorden 349.

Itio in partes 286.

Juditium parium der Standes-
herrs 345.

Jüdische Glaubensgenossen 332.

Jura quaesita s. erworbene
Rechte.

Jura singulorum 277. 283.

Jury 227. 228.

Jus armorum 242.

Justizhoheit 93. 100. 224.

Justizsachen 229 fl.

Justizverweigerung 101.
304.

Jus universitatis 237.

K.

Kirche 3. 257. 258.

Kirchenhoheit 96.

Klagen gegen den Staat 250. ge-
gen vollziehende Be-
amte 248 fl. s. Spo-
lienklage.

Kniphausen 263. 329.

Kriegsrecht 256. 333.

Kriegsverfassung des Bundes
329 fl.

Krone, als Patrimonium 52. als
Majorat 53. 54. 58.
59. 71. 81.

L.

Landesdiensthoheit 96. 241.

Landfolge 96. 241.

Landstände deren persönliche
Rechte 153.; deren
Rechte in Bezug auf
die gesetzgebende Ge-
walt 161 fl. in Bezug
auf die vollziehende
Gewalt 163.; in Be-
zug auf Staatsverträge
162 fl.; ihr Verhält-
niss zur Bundesge-
setzgebung 300; bun-
desgesetzliche Bestim-
mungen 322. 337 fl.
s. Repräsentation.

Landwehr 243.

Legalität der Regierungsacte
41.

Legitimität 30. 40 fl. 53 fl.
65. 84.

Lehenshoheit 96.

Luxemburg 272.

M.

Machtsprüche 241.

Machtvollkommenheit 236.
240 fl.

Majestät 43.

Majorität der Stimmen, deren Berechnung im Plenum und engeren Rathe 275.

Matrikel, s. Bundesmatrikel.

Metapolitik 7.

Militairhoheit 97. 242.

Minister, deren Anklage 169.

Missbrauch der Staatsgewalt 85.

Mitglieder des Bundes s. Bund.

Mitregentschaft 61. 84.

Mündliches Verfahren 227.

N.

Nachbildung von Kunstwerken 317.

Nachdruck 317 fl.

Nachsteuer 352.

Naturstand 8.

Nothrecht des Staates 214. 240 fl.

Nothstand 14.

O.

Oberaufsehende Gewalt 97.

Oberfeldherr des Bundes 352.

Oeffentliche Meinung 155.

Oeffentlichkeit der Kammer-sitzungen und Verhandlungen 146. 325.

Oeffentliches Verfahren 227.

Opposition 151.

Organische Gesetze 305. und Einrichtungen des Bundes 284.

P.

Pairs, Ernennung derselben 177 fl.

Patriarchalprincip 26.

Patrimonialprincip 27.

Personal-Union 224.

Petitionen an den Fürsten 184. an die Landstände 171.

Petitionsrecht der Landstände 162.

Plenum der Bundesversammlung 274. 276. 278.

Politik 7.

Politische Partheien 150. 155.

— Rechte der Bundesglieder 287.

Polizei, geheime 234.

Polizeigewalt des Bundes 314.

Polizeihoheit 95. 252 fl.

Prärogative, fürstliche, 96. 172 fl.

Pressfreiheit und Pressgesetzgebung 182. 188 fl. 320 fl.

Primogenitur 56.

Prinzenerziehung 195.

Privilegia favorabilia 255.; odiosa 206. fl. 256.

Privilegienhoheit 96. 255 fl.

Privatrecht 8.

Propolitik 7.

Protocolle der Bundesversammlung 281. der Kammer - Verhandlungen 158.

Provisorische Verordnungen 202.

Q.

Quellen d. Bundesrechtes 264 fl.

Querela protractae et denegatae Justitiae 304. 305. s. Justizverweigerung.

R.

Rang der Bundesglieder 373.

Real-Union 224.

Rechtsgleichheit der Bundesglieder 272.

Redacteur s. Pressfreiheit und Zeitungsredacteur.

Redefreiheit 181 fl. der Landstände 155. 158.

Regieren 119.

Regierung des Innern 152.

Regierungsformen 119. 121. 122.

Regierungsvormundschaft 61. 83.

Reichsadel, ehemaliger, unmittelbarer, 341. 345.

Reichscammergericht, dessen Archiv s. Archiv-commission; Pensionierung seiner Mitglieder etc. 350.

Reichsoperationscasse, deren Schuldenwesen, 350.

Religionspartheien christliche, 352.

Religionsachen 277. 286.

Repräsentation, Begriff 138;
Character 139; Zu-
sammensetzung 140;
Erneuerung 153.

Repräsentativgewalt 94.
254. des Bundes 353 fl.

Repräsentativ - Verfassung
136. s. constitution-
nelle Monarchie.

Republik 119. 120.

Restauration 67.

Reuss ältere und jüngere Linie
270.

Revolution 89.

Richterliche Gewalt 98. 159.
252; der Kammern
160; des Bundes
304 fl.

Richterstand 227.

**Rückwirkende Kraft der Ge-
setze** 207.

S.

Salisches Gesetz 55.

Sanction, fürstliche, der Gesetze
177.

Selbstversammlungsrecht
der Landstände 195.

Siegel der Bundesversammlung
282.

**Sitzungen der Bundesversamm-
lung** 281.

Souverain 42. 45.

Souverainität 39. 44 fl. Erwerbs-
arten 48 fl; Beweis
65; Beendigung und
Verlust 79. s. Staats-
gewalt.

Spolienklage 251. 254. 249.

Sprechfreiheit s. Redefreiheit.

Staat, Begriff, Idee 1; Entste-
hung 22 fl.; Factoren
6; Alter 21; Univer-
salität 20; Verhält-
niss zu anderen Zu-
ständen 2. 3. 4.

Staats - Beamte, s. Staatsdiener.

— **Bürger** 104 fl.

— **Bürgerrecht**, 106; Er-
werbung 107; Wir-
kungen 108 fl; Ver-
lust 112.

— **Diener** 245 fl.; in wie
weit sie den Staat

verpflichten 250. s.
Entschädigungspflicht
und Wahlfähigkeit.

Bundes-Gebiet 6. 28. 44. 220 fl.

— **Gewalt** 37. 39; ihr Cha-
racter 41; Grenzen
42. s. Souverainität.

— **Güter** 259.

— **Recht**, 6. 7. 8.

— **Servituten** 256. 354.

— **Souverainität** 114.

— **Vertrag** 55 fl.

— **Verträge** 162. 265.

— **Wissenschaft** 6.

— **Zweck**, verschiedene
Theorien 10 fl.

Stände 156 fl. s. Landstände u.
Repräsentation.

Standesherrn 341 fl. deren
Besitzungen 344; Ver-
äußerung desselben
346 fl.

Statuta personalia 111; **realia**
225.

Steuerbewilligung 166.

Stimmeneinhelligkeit, wann
sie bei Bundesbeschlüs-
sen nöthig 276.

T.

Territorialhoheit 95. 220 fl.

Territorialprincip 45. 105.

Territorium s. Staatsgebiet.

Testamentarische Verfügung
über die Krone 57. 74.

Theilung der Gewalten 102.
162. 174.

Theorie des Sittengesetzes 11;
d. Rechtssicherheit 14;
der allseitigen Unter-
stützung 16; histori-
sche 22; rationale 22.
32; ideale 32. 33;
naturhistorische 23;
der Uebermacht 24 fl.
theocratische 29.

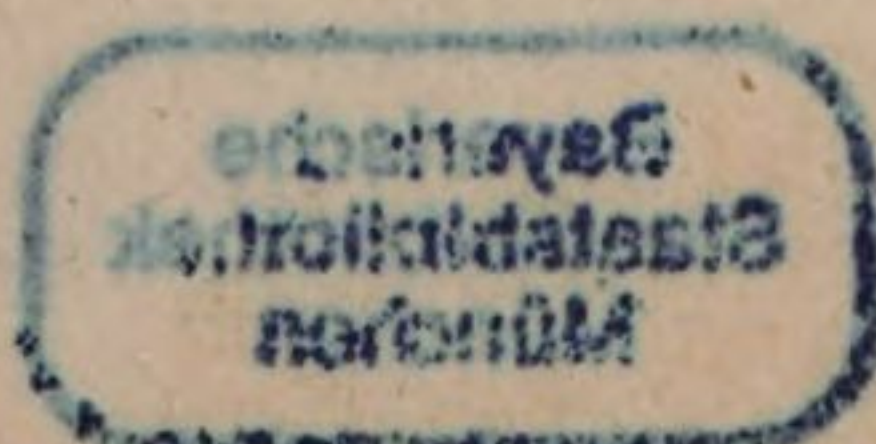
Thronfolge 54 fl. 69. 82. 90.

Thronfolger, seine Verpflich-
tung aus Handlungen
des Vorgängers 70 fl.

Thurn und Taxis 351.

Titel der Bundesversammlung
282.

Toleranz, politische 57.



Transrhenanische Substantiationsangelegenheit 349.
Trennung von Regierung und Verwaltung 179.

U.

Uebergang von Stimmen in der Bundesversammlg. an andere Bundesglieder 277. 278.

Uebertragung der Staatsgewalt 45.

Unabhängigkeit des Bundes von fremden Mächten 267.

Unfähigkeit zu regieren u. zu succedieren 81.

Universalmonarchie 21.

Universitäten 309.

Unterpersonal der Bundesversammlung 291.

Unterthanen 104.

Untheilbarkeit der Staatsgewalt 41.

Unwiderruflichkeit der Staatsgewalt 47.

Urverträge 54.

Usurpation 65.

V.

Verantwortlichkeit der Minister 168; der Beamten 248.

Verbindlichkeit der Bundesgesetze 294. 302.

Vereine, politische 184 fl. 324.

Verfassung, 6. 123 fl.

Verfassungsseite 195.

Verfassungsrecht 8. 39 fl. der constitutionellen Monarchie 127; des deutschen Bundes 267.

Verfassungsurkunden, deutsche, 358.

Verfügung über die Krone 57 fl.

Verjährung 62.

Vermuthung, rechtliche, für den Fürsten und die Regierung 75. 125.

Verordnung 200 fl.

Verlagung der Bundesversammlung 283. 285.

Vertragstheorie 32 fl.

Vertrauliche Berathung 281.

Verwalten 180.

Verwaltungsrecht 8. 198; des Bundes 292.

Veto, fürstliches 175.

Vollziehende Gewalt 97. 165. 218 fl. des Bundes 302.

Vollziehungs-Gegenstand 302.

Volonté générale 40.

Volk 6.

Völkerrecht 7.

Volksrechte 37. 42. 115 fl. 159. 181 fl. Eintheilung 117 fl.

Volkssouverainität 46. 114. 120. 152.

Volksversammlungen, 184 fl. 324. s. Vereine.

W.

Wahlen, landständische 140 fl.

Wahlfähigkeit 141 fl. der Staatsbeamten, 146. 151.

Wahlfreiheit 151.

Wappen der Bundesversammlung 282.

Widerstandsrecht 75.

Wiener Congress s. Congress.

Wiener Schlussacte 264. 265. (Abdruck 360 fl.)

Wohl, öffentliches, 2. 15. 19.

Wohlfahrtstheorie 11 fl.

Z.

Zeit der landständischen Versammlungen 152.

Zeitungsnachrichten über die Verhandlungen der Bundesversammlung 282.

Zeitungsredacteurs 156. 192 fl.

Zweikammersystem 147.

Zwischenherrscher 67.

